



Regionen: Statistisches Jahrbuch 2003



EUROPÄISCHE
KOMMISSION



THEMENKREIS 1
Allgemeine
Statistik



Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre Fragen zur Europäischen Union zu finden

Neue gebührenfreie Telefonnummer:

00 800 6 7 8 9 10 11

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2003

ISBN 92-894-5365-6
ISSN 1681-9292

© Europäische Gemeinschaften, 2003

Vorwort

Die vorliegende Ausgabe der Eurostat-Veröffentlichung „Regionen – Statistisches Jahrbuch 2003“ ist die letzte vor der geplanten Erweiterung 2004, der umfassendsten in der Geschichte der Europäischen Union. Mit dem Beitritt zehn neuer Länder wird die europäische Regionalstatistik zweifellos eine wesentliche Veränderung erfahren. Zahlreiche Trends lassen jedoch bereits jetzt deutlich die zunehmende Einbeziehung dieser Länder in das Datenerhebungssystem von Eurostat erkennen.

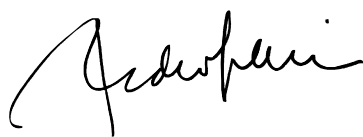
Zwar werden regionale Unterschiede in den Beitrittsländern auch weiterhin von Interesse für die Politik sein, doch wird sich der Schwerpunkt etwas verlagern. Immerhin sechs der zehn beitretenden Länder (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Slowenien und Zypern) sind so klein, dass Eurostat die Datenerhebung in den meisten Statistikbereichen auf die nationale Ebene beschränken wird – was bei den derzeitigen 15 Mitgliedstaaten lediglich auf zwei Länder (Dänemark und Luxemburg) zutrifft. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass es hier keine regionalen Unterschiede gibt oder keine Daten vorliegen. Mit Ausnahme Zyperns haben diese Länder mit Eurostat eine regionale Gliederung auf einer niedrigeren Ebene vereinbart, die die Erhebung von Daten über regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbslosigkeit und einige andere Themen ermöglicht.

Auch wenn das allgemeine Interesse verständlicherweise der 2004 bevorstehenden Erweiterungswelle gilt, sollten die nachhaltigen Bemühungen Bulgariens und Rumäniens um die Erfüllung der statistischen Normen der Europäischen Union und die Lieferung von Daten auf gleicher Grundlage wie die übrigen zehn Beitrittsländer gewürdigt werden.

Die beiden Länder sind natürlich weiterhin in die Karten und Erläuterungen des Jahrbuchs einbezogen.

Obwohl sich der weitere Verlauf der Verhandlungen (und der statistischen Zusammenarbeit) nicht absehen lässt, ist es durchaus möglich, dass die Ausgabe 2004 auch Daten über die Türkei enthalten wird.

Je größer die Europäische Union wird, desto wichtiger ist es, sich anhand genauer und vergleichbarer Regionalstatistiken einen klaren Überblick über ihre soziale und wirtschaftliche Realität verschaffen zu können.



Pedro Solbes Mira

Mitglied der Europäischen Kommission für Wirtschaft und
Währungsangelegenheiten, mit Zuständigkeit für Eurostat

INHALTSVERZEICHNIS

■ EINLEITUNG	9
2003 – ein Jahr bemerkenswerter Veränderungen	11
Neue Systematik	11
Erweiterung	11
Inhalt und Gliederung	11
Lesermeinungen	12
Fachbeiträge der Spezialisten	13
NUTS 99	13
Mehr zu diesem Thema	14
Interessengruppe im Internet	14
Redaktionsschluss	14
■ BEVÖLKERUNG	15
Einführung	17
Bevölkerungsentwicklung	18
Komponenten der Bevölkerungsentwicklung	18
Nettowanderung	20
Zu- und Abwanderungen	20
■ LANDWIRTSCHAFT	25
Einführung	27
Der Beitrag der Landwirtschaft zum BIP	28
Anteil der tierischen Erzeugnisse	28
Input-Output-Verhältnisse in der Landwirtschaft	30
Frauen in der Landwirtschaft	32
Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft	32
LUCAS – Statistiker beobachten die Landschaften in Europa	34
Ziele der Erhebung	35
Eine zweistufige Flächenstichprobe	35
Ein Mehrzweck-Informationssystem	36
Durchführung der Erhebung	37
Die wichtigsten Ergebnisse	37
Landschaftsaufnahmen	40
Schlussfolgerung	41
■ REGIONALES BRUTTOINLANDSPRODUKT	43
Was ist das Bruttoinlandsprodukt?	45
Kaufkraftparitäten und internationale Volumenvergleiche	45
Das regionale BIP für das Jahr 2000 in Euro	48
■ ARBEITSLOSIGKEIT	51
Einleitung	53
Die regionale Dimension der Gesamtarbeitslosigkeit	53
Frauen und der Arbeitsmarkt	56
Jugendarbeitslosigkeit	57
Das Problem der Langzeitarbeitslosen	60
Revision der Methodologie	61

ARBEITSKRÄFTEERHEBUNG	63
Die Erwerbstätigenquote der gesamten Bevölkerung	65
Die Erwerbstätigenquote der Frauen	66
Die durchschnittliche Arbeitszeit	68
Lebenslanges Lernen	69
Bildungsgrad und Beschäftigung	69
WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE	75
Einführung	77
Humanressourcen im Wissenschafts- und Technologiebereich	77
Beschäftigung in hochtechnologischen und wissensintensiven Bereichen	80
Patentanmeldungen	83
Hinweise zur Methodik	87
UNTERNEHMEN	89
Einführung	91
Dienstleistungssektor	92
Besserer Verdienst in den Hauptstädten	93
Ungleiche Verteilung der Arbeitsplätze in der Industrie	94
Kapitalintensive Industriezweige in den Regionen	96
Schlussfolgerung	96
VERKEHR	99
Einleitung	101
Methodische Anmerkungen	101
Verkehrsinfrastruktur	101
Straßennetz	102
Eisenbahnnetz	103
Fahrzeuge	104
Seeverkehr	106
Luftverkehr	108
Verkehrssicherheit	110
Zusammenfassung	112
GESUNDHEIT	113
Einführung	115
Bemerkungen zur Methodik	115
Die Sterblichkeit in den EU-Regionen	117
Das Auftreten der Tuberkulose in den EU-Regionen	125
Gesundheitsressourcen in den EU-Regionen	126
FREMDENVERKEHR	131
Einführung	133
Methodische Hinweise	133
Statistiken über die Kapazität (Infrastruktur)	133
Belegungszahlen	137
Schlussfolgerung	138

■	STÄDTESTATISTIK	141
	Hintergrund	143
	Enger Zeitplan	143
	Auswahl der Städte	143
	Räumliche Einheiten	145
	Die Variablen	145
	Organisation	147
	Nächste Schritte	147
■	HAUSHALTSKONTEN	149
	Einkommen der privaten Haushalte und BIP	151
	Wie reich sind die Regionen Europas?	157
■	INTERAKTIVE PRÄSENTATION VON DATEN	163
	Interaktive Visualisierung von Regionaldaten	165
	Wie ist das Applet zu handhaben?	165
■	EUROPÄISCHE UNION: REGIONEN AUF NUTS-2-EBENE	167
■	DIE REGIONEN IN DEN BEITRITTSLÄNDERN	169

E I N L E I T U N G



2003 – ein Jahr bemerkenswerter Veränderungen

Im vergangenen Jahr wurden mit der Annahme der NUTS-Verordnung und den kontinuierlichen Vorbereitungen auf die 2004 anstehende Erweiterung Struktur und Merkmale der zukünftigen Regionalstatistik auf europäischer Ebene vorgegeben.

Neue Systematik

Im April 2003 wurde nach über zweijähriger Vorbereitungsarbeit, die neben intensiven Anhörungen in den Mitgliedstaaten breit angelegte Erörterungen mit den Datennutzern und zwei gesonderte Lesungen im Europäischen Parlament umfasste, die NUTS-Verordnung vom Parlament angenommen. Die NUTS-Systematik erhält somit endlich eine Rechtsgrundlage, und auch die Vorgehensweise bei Änderungen der Regionaluntergliederungen in den einzelnen Ländern ist genau geregelt.

Zugleich wurde die Verordnung selbst Teil der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft, ebenso ihr Anhang, der die zwischen Eurostat und den Mitgliedstaaten vereinbarte Systematik enthält. Während bis zur Unterzeichnung der Verordnung die Daten zur Regionalstatistik in Europa nach der Fassung der Systematik aus dem Jahr 1999 („NUTS 99“) erhoben wurden, ist im Anhang der Verordnung nun die neue Systematik („NUTS 2003“) festgelegt, die damit die einzig gültige und zulässige regionale Gliederung für die Übermittlung von Daten an Eurostat bildet.

Dies hat naturgemäß den Nachteil, dass Daten, die in den Monaten unmittelbar nach Annahme der Verordnung übermittelt werden, zwangsläufig noch auf der Grundlage der NUTS-99-Gliederung erhoben wurden. Eurostat hat daher als Stichtag für den Abschluss der Umstellung seiner Datenbanken, die Regionaldaten enthalten, und insbesondere der Datenbank REGIO, den 21. November 2003 festgesetzt. Das Jahrbuch ist naturgemäß noch stärker von dieser Problematik betroffen; die ersten Datenauszüge für die Kapitel für das Jahr 2003 werden noch vor dem Inkrafttreten der Verordnung erstellt. Aus diesem Grund bildet die NUTS 99 noch die Grundlage für das gesamte Jahrbuch 2003 mit allen Listen von Regionen, Karten, Grafiken und Erläuterungen. Am Ende dieses Abschnitts ist daher die Systematik der NUTS 99 nochmals in einer Übersicht zusammengefasst.

Faktisch unterscheidet sich die NUTS 2003 nicht gravierend von ihrer Vorläuferversion. Von den über 200 NUTS-2-Regionen der NUTS 99 haben sich lediglich zehn geändert, wobei in allen Fällen die darunter liegende NUTS-3-Struktur unverändert blieb, was die Neuberechnung der Daten wesentlich erleichtert. Zehn Mitgliedstaaten sind von den Änderungen auf der NUTS-2-Ebene gar nicht betroffen. Auf der NUTS-3-Ebene wurden noch weniger Änderungen vorgenommen. Die genauen Einzelheiten der NUTS-2003-Gliederung können auf dem Eurostat-Server RAMON eingesehen werden (1).

Erweiterung

Was die Daten für die Kandidatenländer anbelangt, so konnte seit der letztjährigen Ausgabe des Jahrbuchs eine weitere Verbesserung des Erfassungsbereichs erreicht werden, wenn auch nicht in dem wünschenswerten Umfang. Zwar wurden in fast allen Themenbereichen die Kandidatenländer in den Datenerhebungsprozess einbezogen, doch ist dies z. T. erst seit relativ kurzer Zeit der Fall, so dass die Daten noch nicht in das aktuelle Jahrbuch aufgenommen werden konnten. Verschiedene Kapitel enthalten daher Karten nur für die derzeitigen EU-Mitgliedstaaten. In die Ausgabe 2004 dürften dann sämtliche Daten aller Kandidatenländer integriert sein.

Während ganz selbstverständlich das Erweiterungsdatum 2004 im Mittelpunkt des Interesses steht, sollte der Hinweis nicht fehlen, dass im Jahrbuch nicht zwischen den Ländern unterschieden wird, die bereits 2004 der Europäischen Union beitreten, und jenen Ländern, deren Aufnahme für 2007 vorgesehen ist. Soweit Daten für Bulgarien und Rumänien vorliegen, wurden diese selbstverständlich in die Karten und Erläuterungen aufgenommen. Etwas anders gestaltet sich die Sachlage im Fall der Türkei. Zwar wurde zwischen der Türkei und Eurostat eine Regionalgliederung vereinbart, doch wurden noch nicht genügend Regionaldaten erhoben, und der Erfassungsbereich reicht für die Aufnahme in das Jahrbuch 2003 noch nicht aus.

Inhalt und Gliederung

Das Jahrbuch 2003 enthält wieder ein Kapitel über den Tourismus, womit dem Zweijahres-

(1) Auf der Eurostat-Homepage www.europa.eu.int/comm/eurostat einfach die gewünschte Sprache auswählen, auf „Metadaten“ klicken, dann auf „Klassifikationen und Definitionen“ und dort schließlich auf „RAMON“.

turnus der Datenerhebung auf diesem Gebiet Rechnung getragen wird. Umweltdaten liegen hingegen noch nicht in genügender Menge vor, als dass die Aufnahme eines entsprechenden Kapitels gerechtfertigt erschiene; für 2004 ist dann wieder ein Umweltkapitel vorgesehen. Das Kapitel zur Städtestatistik wurde beibehalten, obwohl keine neuen Ergebnisse des „Urban Audit“ vorliegen – es bietet ein Forum für die Erörterung von Methodikfragen und sonstigen Fragen, die bei der Arbeit an diesem Projekt im zurückliegenden Jahr aufgelaufen sind, und zur Schilderung der erwarteten Fortschritte. Entsprechend wurde auch das Kapitel zur Landwirtschaft um eine Darstellung des Projekts LUCAS erweitert, das zwar nicht nach der NUTS-Systematik vorgeht, jedoch den Versuch darstellt, sehr detaillierte Daten über die Veränderungen bei der Bodennutzung in Europa zu gewinnen. Nicht zuletzt wurde in die Ausgabe 2003 des Jahrbuchs ein neues Kapitel über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte aufgenommen, mit dem die von den Nutzern so geschätzten regionalen Wirtschaftsinformationen noch erweitert werden.

Wie in früheren Jahren werden regionale Verteilungen in Erläuterungen zu sorgfältig ausgewählten Farbkarten und Grafiken beschrieben; wo dies angebracht erscheint, wird auf einzelne Regionen eingegangen. Absichtlich wurden dabei Variablen herausgegriffen, die 2002 und 2001 noch nicht untersucht wurden; damit werden nicht nur dem regelmäßigen Leser neue Einblicke vermittelt, sondern es entsteht auch ein besserer Eindruck von dem breiten Spektrum an Daten, das die Datenbank REGIO zur Verfügung hält. Wie bereits in den Vorjahren enthält die beige-fügte CD-ROM Daten für das letzte verfügbare Jahr in jedem REGIO-Gebiet, die Datenreihen, die die Grundlage für die Erstellung der Karten bilden, und die PDF-Versionen aller drei Sprachfassungen des Jahrbuchs. Bei der Zusammenstellung wurde besonders darauf geachtet, die CD-ROM gleichermaßen benutzerfreundlich wie interessant zu gestalten. Da das Jahrbuch häufig als Referenzquelle und im Bildungsbereich genutzt wird, enthält die CD-ROM dieses Jahr erstmals ein interaktives Applet, mit dem ganze Serien von Variablen für jede einzelne der 27 dargestellten NUTS-2-Regionen verglichen werden können. Dies sind die Regionen, die die Hauptstädte aller Mitgliedstaaten und Beitrittsländer enthalten.

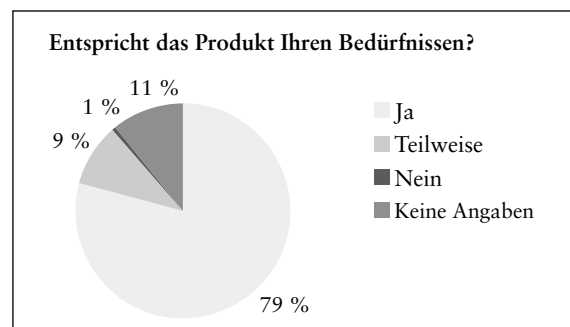
Lesermeinungen

Im Januar 2003 erhielten rund 300 regelmäßige Leser (Einzelpersonen und Institutionen) des Regionen-Jahrbuchs einen Fragebogen zugesandt. Nicht weniger als 154 Fragebogen wurden beant-

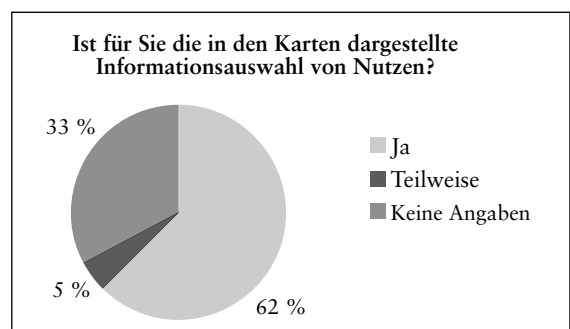
wortet, so dass Eurostat nun Rückmeldungen zu dem bisher verfolgten Konzept vorliegen. Generell findet das derzeitige Format – wie aus der nachstehenden Grafik ersichtlich – Zustimmung.



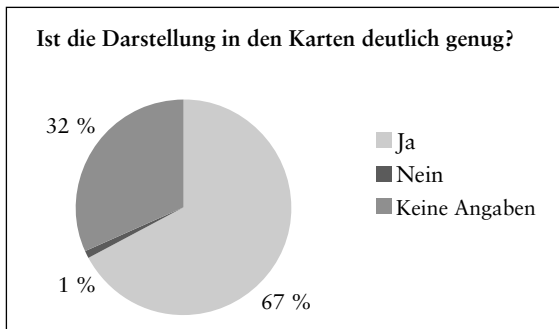
Wenngleich das breite Spektrum der Nutzer sehr unterschiedliche Verwendungszwecke des Jahrbuchs vermuten lässt, entspricht doch das bisherige Konzept ganz offensichtlich den Vorstellungen der meisten Leser.



Sicherlich schätzt der einzelne Leser jeweils diejenigen Kapitel am meisten, die mit seiner Arbeit in direktem Zusammenhang stehen, doch insgesamt entsteht der Eindruck, dass alle Kapitel Zustimmung finden; viele Leser gaben sogar an, dass für sie alle Kapitel von Nutzen seien. Besonders positiv wurden die Kapitel über BIP, Arbeitslosigkeit und Bevölkerung in den Regionen bewertet.



Für die meisten Leser stellen die Erläuterungen eine wertvolle Hilfe dar, die eine angemessene Analyse der Darstellungen ermöglicht. Wie aus den folgenden Grafiken hervorgeht, fanden auch die Karten ein positives Echo.



Nur neun Leser äußerten Kritik, von denen sich zwei für eine Darstellung auf einer anderen Ebene als NUTS 2 aussprachen. Zwei weitere Leser bedauerten, dass die bis 1999 im Jahrbuch enthaltenen Datentabellen weggefallen sind. Allerdings wird hierdurch eine deutlich bessere Lesbarkeit, insbesondere für die Nicht-Experten unter den Lesern, erreicht. Es erscheint fraglich, ob das Fehlen der Tabellen selbst für Spezialisten einen Mangel darstellt, da für Forschungsarbeiten die gesamte Datenbank REGIO über die Datashops zugänglich ist, was den zusätzlichen Vorteil von Aktualisierungen nach dem Abschluss der Datenaufnahme für das Jahrbuch bietet. Einzelne Leser trauerten auch den zahlreichen Sprachfassungen des Jahrbuchs aus der Zeit bis 1997 nach, als dieses noch aus einer reinen Zusammenstellung von Tabellen bestand. Aus Kostengründen – vom redaktionellen Aufwand ganz zu schweigen – wird es das Jahrbuch allerdings weiterhin „nur“ in deutscher, englischer und französischer Sprache geben.

Fachbeiträge der Spezialisten

Wie in den vergangenen Jahren wurden die Beiträge zu den einzelnen Fachkapiteln jeweils von einem der Eurostat-Sachverständigen des jeweiligen Gebiets verfasst ⁽²⁾. Durch ihre Kenntnis der Daten auf nationaler Ebene waren die Autoren somit in der Lage, regionale Unterschiede in einen geeigneten Bezug zu setzen. Das Team Regionalstatistik möchte sich bei folgenden Autoren für ihre Beiträge bedanken, die sie ihren ohnehin engen Zeitplänen abgerungen haben:

⁽²⁾ Im Falle der Kapitel „Regionales BIP“, „Arbeitslosigkeit in den Regionen“, „Städtestatistik“ und „Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte“ sind die Autoren zugleich Mitglieder des Regionalstatistik-Teams und Spezialisten für das betreffende Fachgebiet bei Eurostat.

Kapitel	Autor
1. Bevölkerung	Aarno Laihonon Erik Beekink
2. Landwirtschaft	Pol Marquer Ulrich Eidmann Maxime Kayadjanian Manola Bettio
3. Regionales BIP	Axel Behrens
4. Arbeitslosigkeit	Axel Behrens
5. Arbeitskräfte	Ana Franco
6. Wissenschaft und Technologie	August Goetzfried Simona Frank
7. Strukturelle Unternehmensstatistik	Paul Feuvrier Franca Faes-Cannito
8. Verkehr	Josefine Oberhausen
9. Gesundheit	Didier Dupre Toni Montserrat
10. Fremdenverkehr	Hans-Wilhelm Schmidt
11. Städtestatistik	Berthold Feldmann Torbiörn Carlquist
12. Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte	Axel Behrens
Interaktive Präsentation von Daten	Ulrich Marty Joachim Mittag Jana Cernovska

NUTS 99

Die vorliegende Fassung der NUTS (NUTS 99) gliedert das Wirtschaftsgebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in 78 Regionen der Ebene NUTS 1, 211 Regionen der Ebene NUTS 2 und 1 093 Regionen der Ebene NUTS 3.

In einigen Ländern sind aufgrund der relativ kleinen Fläche oder der geringen Bevölkerungszahl nicht alle drei regionalen Ebenen vorhanden. Dabei ist zu beachten, dass für Dänemark und Luxemburg die Ebenen NUTS 0, 1 und 2 identisch sind.

In den Karten dieses Jahrbuchs werden die Statistiken auf der Ebene NUTS 2 dargestellt. In der Einstecktasche auf der Innenseite des Umschlags befindet sich eine Karte mit den Code-Nummern der Regionen. Am Ende der Veröffentlichung finden Sie eine Liste aller NUTS-2-Regionen der Europäischen Union sowie eine Liste der zwischen Eurostat und den statistischen Ämtern der einzelnen Kandidatenländer vereinbarten statistischen Regionen der Ebene 2 der Kandidatenländer. Mit dieser Systematik wird jedoch einer Entscheidung über die NUTS nicht vorgegriffen. Diese wird zum Zeitpunkt des Beitritts der

einzelnen Länder zur Europäischen Union getroffen werden.

Umfassende Angaben zu den regionalen Gliederungen dieser Länder einschließlich Listen der Regionen der Ebenen 2 und 3 sowie die entsprechenden Karten sind auf dem Eurostat-Server RAMON (Link siehe Fußnote 1) einzusehen.

Mehr zu diesem Thema

Die Datenbank REGIO enthält weitere ausführliche Zeitreihen (bis zurück in das Jahr 1970) und detailliertere statistische Daten, als sie in diesem Jahrbuch dargestellt werden können (z. B. Bevölkerung nach Altersjahr – Sterbefälle nach Altersjahr – Geburten nach Altersjahr der Mutter – detaillierte Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft – Aggregate aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für 17 Wirtschaftszweige – eine detaillierte Untergliederung der landwirtschaftlichen Erzeugung – Daten über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe usw.). Darüber hinaus enthält die Datenbank REGIO eine Reihe von Indikatoren auf der Ebene NUTS 3 (z. B. Fläche, Bevölkerung, Geburten und Sterbefälle, Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosenquoten). Dies ist insofern von Bedeutung, als es für zwei EU-Mitgliedstaaten (Dänemark und Luxemburg) und vier Beitrittsländer (die drei baltischen Staaten und Slowenien) keine Untergliederung auf der Ebene 2 gibt.

Sämtliche REGIO-Daten erhalten Sie bei Ihrem Datashop unter der hinten in dieser Veröffentlichung angegebenen Adresse.

Ausführliche Informationen zum Inhalt der Datenbank REGIO enthält die Eurostat-Veröffentlichung „European Regional Statistics —

Reference Guide 2003“, die im PDF-Format auch auf der Begleit-CD-ROM gespeichert ist.

Interessengruppe im Internet

Das Regionalstatistik-Team von Eurostat hat im Internet (Website „CIRCA“) eine öffentlich zugängliche „Interessengruppe“ mit vielen nützlichen Links und Dokumenten eingerichtet.

Um Zugang zu diesem Bereich zu erhalten, klicken Sie einfach auf die URL

<http://forum.europa.eu.int/Public/irc/dsis/regstat/information>

Dort finden Sie u. a.:

- eine Liste aller Koordinierungsbeauftragten für die Regionalstatistik in den Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern,
- die vom Regionalstatistik-Team veröffentlichte „Regional Gazette“,
- die neueste Ausgabe des REGIO-Leitfadens („Reference Guide“),
- Powerpoint-Präsentationen der regionalstatistischen Arbeiten von Eurostat,
- die Gebietssystematik NUTS für die Mitgliedstaaten und die Gebietssystematik für die Kandidatenländer,
- einen Link zu einem Verzeichnis aller Eurostat-Datashops.

Redaktionsschluss

Für diese Ausgabe des Jahrbuchs wurden Daten bis zum 31. Mai 2003 berücksichtigt.







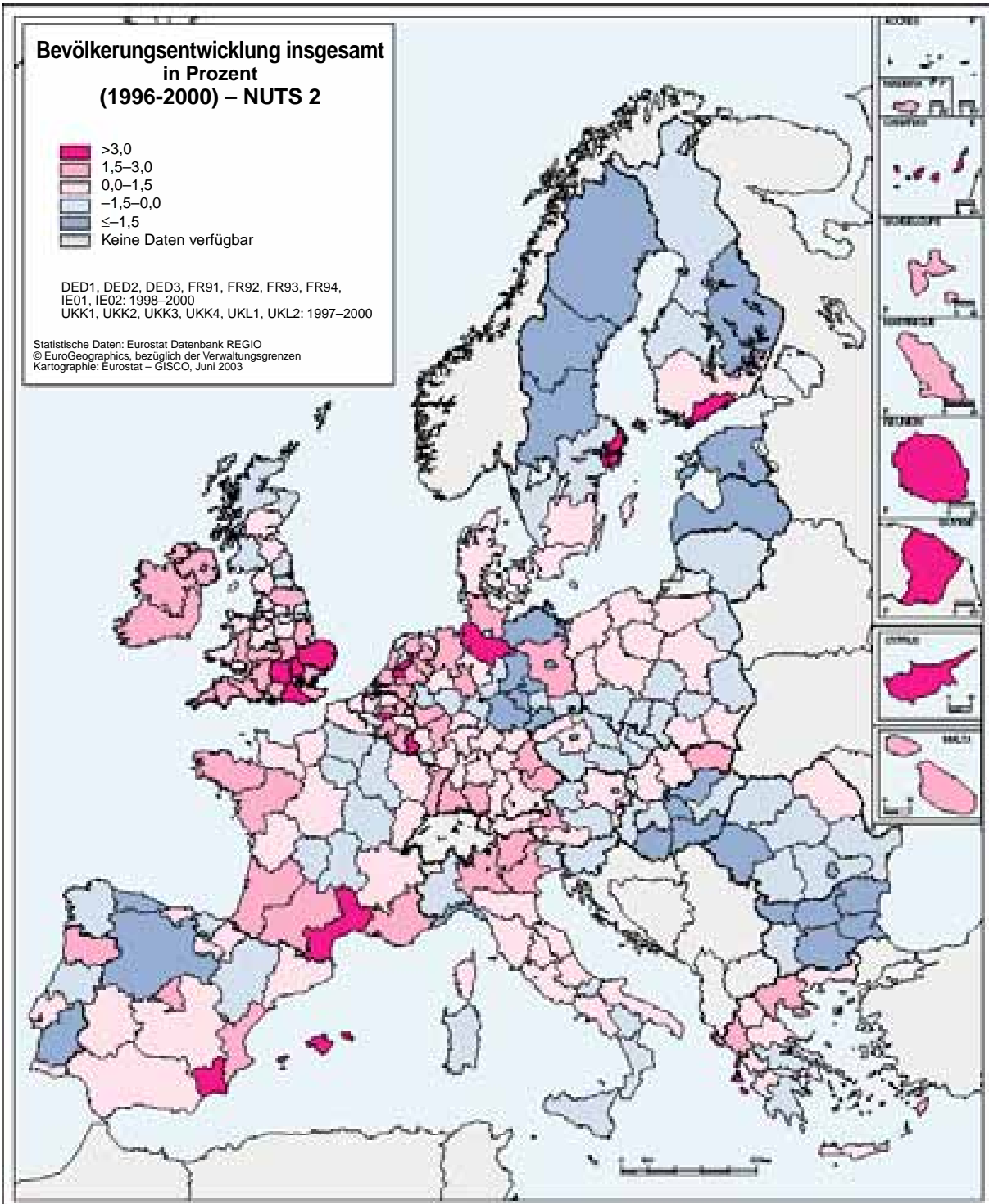
Einführung

Änderungen der Bevölkerungsgröße resultieren aus der Geburtenziffer, der Sterbeziffer und der Wanderungsrate.

Die Differenz zwischen der Geburten- und Sterbeziffer wird als natürliches Wachstum bezeichnet. Bei der Wanderung ist zwischen der internationalen, d. h. grenzüberschreitenden Wanderung, und der internen, d. h. innerhalb eines Staatsge-

biets erfolgenden Wanderung, zu unterscheiden. Eine weitere Unterscheidung ist zwischen Immigration und Emigration (internationale Wanderung) einerseits sowie der Zu- und Abwanderung im Zuge der internen Wanderung andererseits zu treffen. Zu- und Abwanderung werden häufig als Nettowanderungsquote ausgedrückt.

In den folgenden Abschnitten wird die regionale Entwicklung auf NUTS-2-Ebene in der zweiten Hälfte der 90er Jahre hinsichtlich der Zu- und Abwanderungsbewegungen in den Mitglied-



Karte 1.1

staaten der Europäischen Union und den Beitrittsländern (BL) erläutert. Der erste Abschnitt enthält eine Analyse des Bevölkerungswachstums im Zeitraum 1996-2000. Im zweiten Abschnitt wird eine Übersicht über die Komponenten gegeben, die im Jahr 1999 zum Bevölkerungswachstum beigetragen haben. Im dritten Abschnitt liegt der Schwerpunkt auf der Wanderungskomponente des Bevölkerungswachstums und den Nettowanderungsquoten für das Jahr 1999. Zum Abschluss des Kapitels werden einige Fallstudien zur Zu- und Abwanderung in den Jahren 1996 bis 1999 vorgestellt.

Bevölkerungs- entwicklung

Wie bereits in der Einführung erläutert, resultiert das Wachstum bzw. der Rückgang der Bevölkerung aus dem natürlichen Wachstum und einem positiven bzw. negativen Wanderungssaldo.

Die Karte 1.1 veranschaulicht das relative Bevölkerungswachstum (in %) im Fünfjahreszeitraum 1996-2000 (= die Bevölkerungszahl am 1. Januar 2000 abzüglich der Bevölkerungszahl am 1. Januar 1996, geteilt durch die Bevölkerungszahl am 1. Januar 1996 und multipliziert mit 100).

Im Zeitraum 1996-2000 war das relative Wachstum der Gesamtbevölkerung in mehr als einem Viertel der EU-Regionen (59 von 211) und in fast 70 % der Regionen der Beitrittsländer (38 von 55) negativ. In der Europäischen Union lag das Bevölkerungswachstum insgesamt bei 1 %, in den zwölf übrigen Ländern kam es zu einem Gesamtrückgang von -2,1 %.

Die höchste relative Wachstumsrate der Bevölkerung verzeichneten in diesem Zeitraum die folgenden fünf Regionen: Flevoland (Niederlande), Islas Baleares und Canarias (beide in Spanien), Luxemburg und Uusimaa (Finnland).

Die fünf Regionen, in denen in diesem Zeitraum die relative Wachstumsrate der Bevölkerung am stärksten zurückging, waren Alentejo (Portugal), Halle, Dessau und Magdeburg (alle in Deutschland) sowie Mellersta Norrland (Schweden).

Aus dem Farbschema lassen sich einige bemerkenswerte Muster ablesen. Die blau (Bevölkerungsrückgang) und rot (Bevölkerungszuwachs) dargestellten Regionen zeigen z. B., dass die Bevölkerungszahl in den mittleren und nördlichen Regionen Schwedens (Stockholm ausgenommen) und Finnlands zurückgegangen ist, in den südlichen Teilen der beiden Länder dagegen zugenommen hat. Die Mitte und der Süden des Vereinigten Königreichs verzeichneten einen Bevölkerungszuwachs, die nördlichen Regionen

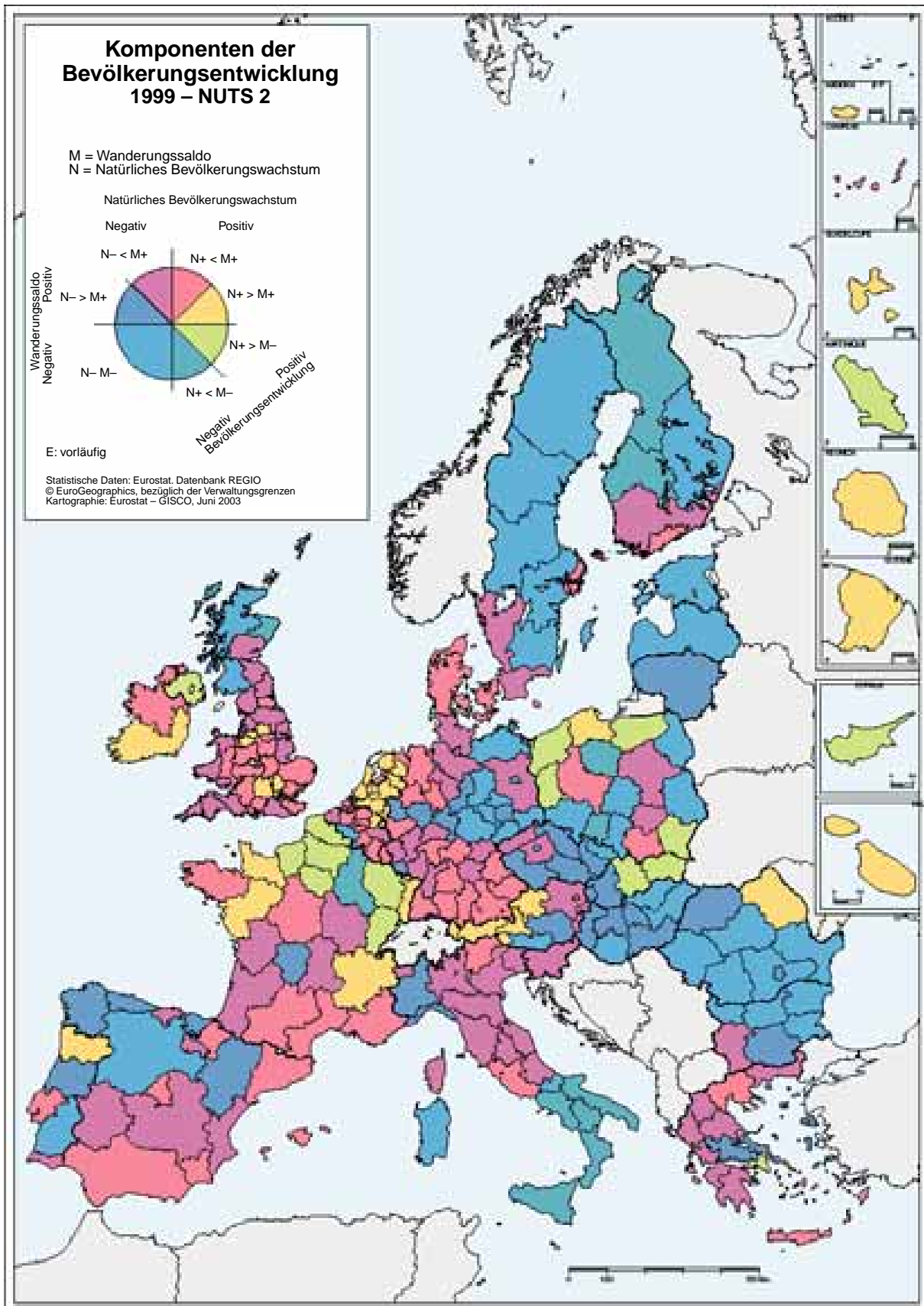
des Vereinigten Königreichs dagegen einen Bevölkerungsrückgang. Eine mehr oder weniger ähnliche Entwicklung lässt sich auch in Spanien feststellen. Alle Regionen in den Niederlanden verzeichneten in diesem Zeitraum einen Bevölkerungszuwachs, während der Trend in Ungarn und Bulgarien in die entgegengesetzte Richtung ging.

Komponenten der Bevölkerungs- entwicklung

Als nächstes soll näher auf das Verhältnis zwischen natürlichem Wachstum und Wanderung eingegangen werden. In Karte 1.2 wird der Versuch unternommen, für das Jahr 1999 die beiden Komponenten auf NUTS-2-Ebene in einer einzigen Karte darzustellen. Der Kartenaufbau ist recht komplex und erfordert daher eine zusätzliche Erläuterung. Werden das natürliche Wachstum mit N und die Nettowanderung mit M bezeichnet, so ergeben sich sechs Kombinationsmöglichkeiten, die entweder zu einem positiven (+) oder einem negativen (-) Wachstum der Gesamtbevölkerung führen. Positives Wachstum (ein Anstieg der Gesamtbevölkerung) entsteht bei drei möglichen Kombinationen dieser Komponenten. Eine davon, $N+$, $M+$ (sowohl natürliches Wachstum als auch Nettowanderung sind positiv), wurde in der Karte weiter in zwei Teilklassen unterteilt, die anzeigen, welche der beiden Komponenten für das positive Gesamtwachstum ausschlaggebend ist: $N+ < M+$ und $N+ > M+$. Die beiden anderen Kombinationen, die ein Wachstum der Gesamtbevölkerung bewirken, sind $|N-| < |M+|$ (der absolute Wert des negativen natürlichen Wachstums ist geringer als der absolute Wert der positiven Nettowanderung) und schließlich $|N+| > |M-|$ (der absolute Wert des positiven natürlichen Wachstums ist größer als der absolute Wert der negativen Nettowanderung).

Ein negatives Wachstum (d. h. ein Rückgang der Gesamtbevölkerung) ergibt sich aus den Kombinationen $N-$, $M-$ (sowohl natürliches Wachstum als auch Nettowanderung sind negativ), $|N-| > |M+|$ (der absolute Wert des negativen natürlichen Wachstums ist größer als der absolute Wert der positiven Nettowanderung) und $|N+| < |M-|$ (der absolute Wert des positiven natürlichen Wachstums ist geringer als der absolute Wert der negativen Nettowanderung).

Aufgrund der niedrigen Fruchtbarkeitsziffer wurde die Wanderung EU-weit zum entscheidenden Faktor für das weiterhin positive, jedoch langsame Bevölkerungswachstum. Auch auf regio-



Karte 1.2

ner Ebene spielt sie eine wichtige Rolle. 1999 gab es in 92 (von 211) NUTS-2-Regionen der Europäischen Union ein negatives natürliches Bevölkerungswachstum. Infolge der positiven

Nettowanderung war das Gesamtwachstum jedoch nur in der Hälfte dieser Regionen negativ. In den Beitrittsländern ist diese positive Auswirkung nicht festzustellen. In 41 (von 55) Regionen wur-

de ein negatives natürliches Wachstum festgestellt, und 35 Regionen verzeichneten ein negatives Bevölkerungswachstum.

Regionen mit einem „starken Bevölkerungsrückgang“ (negatives natürliches Wachstum in Verbindung mit negativer Nettowanderung und einem Gesamtrückgang der Bevölkerung von 7,5 oder mehr pro 1 000 Einwohner) findet man in der Europäischen Union vor allem in Deutschland (Thüringen, Halle, Magdeburg, Chemnitz, Dresden, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern). In den Beitrittsländern zählen dazu die Regionen Severozapaden und Severen Tsentralen in Bulgarien.

EU-Regionen mit einem starken Bevölkerungswachstum (positives natürliches Wachstum in Verbindung mit positiver Nettowanderung und einem Gesamtwachstum der Bevölkerung von 7,5 oder mehr pro 1 000 Einwohner) sind neben Dänemark z. B. in den Niederlanden (Gelderland, Flevoland, Noord- sowie Zuid-Holland, Noord-Brabant und Utrecht), in Schweden (Stockholm), in Finnland (Uusimaa) und in Spanien (Cataluña, Andalucía, Canarias, Islas Baleares, Comunidad de Madrid und Región de Murcia) zu finden. In den Beitrittsländern erfüllen lediglich zwei Regionen (Nord-Est in Rumänien und Małopolskie in Polen) alle oben genannten Bedingungen. Drei weitere Regionen verzeichneten jedoch sowohl ein positives natürliches Wachstum als auch eine positive Nettowanderung (Malta und die polnischen Regionen Pomorskie und Wielkopolskie).

Nettowanderung

Nach diesem allgemeinen Überblick über die Komponenten, die zu einem positiven oder negativen Bevölkerungswachstum in einer bestimmten Region beitragen können, liegt der Schwerpunkt im nächsten Abschnitt in erster Linie auf einer dieser Komponenten, der Wanderung. Wie bereits erwähnt, kam es durch die Wanderungsbewegungen trotz der EU-weit niedrigen Geburtenziffer zu einem stetigen, wenn auch langsamen Anstieg der Gesamtbevölkerung.

Karte 1.3 gibt für das Jahr 1999 die Differenz zwischen der Zu- und Abwanderung pro 1 000 Einwohner auf regionaler Ebene an. Diese Darstellung stützt sich auf die nicht bereinigte Nettowanderungsquote, die sich aus Bevölkerungswachstum abzüglich natürlichem Wachstum (pro 1 000 Einwohner) berechnet.

In nahezu jeder vierten EU-Region war 1999 ein negativer Wanderungssaldo festzustellen. In den BL-Regionen lag dieser Saldo mehr als doppelt so hoch. Insbesondere in Polen und Rumänien wies die überwiegende Mehrheit der Regionen einen

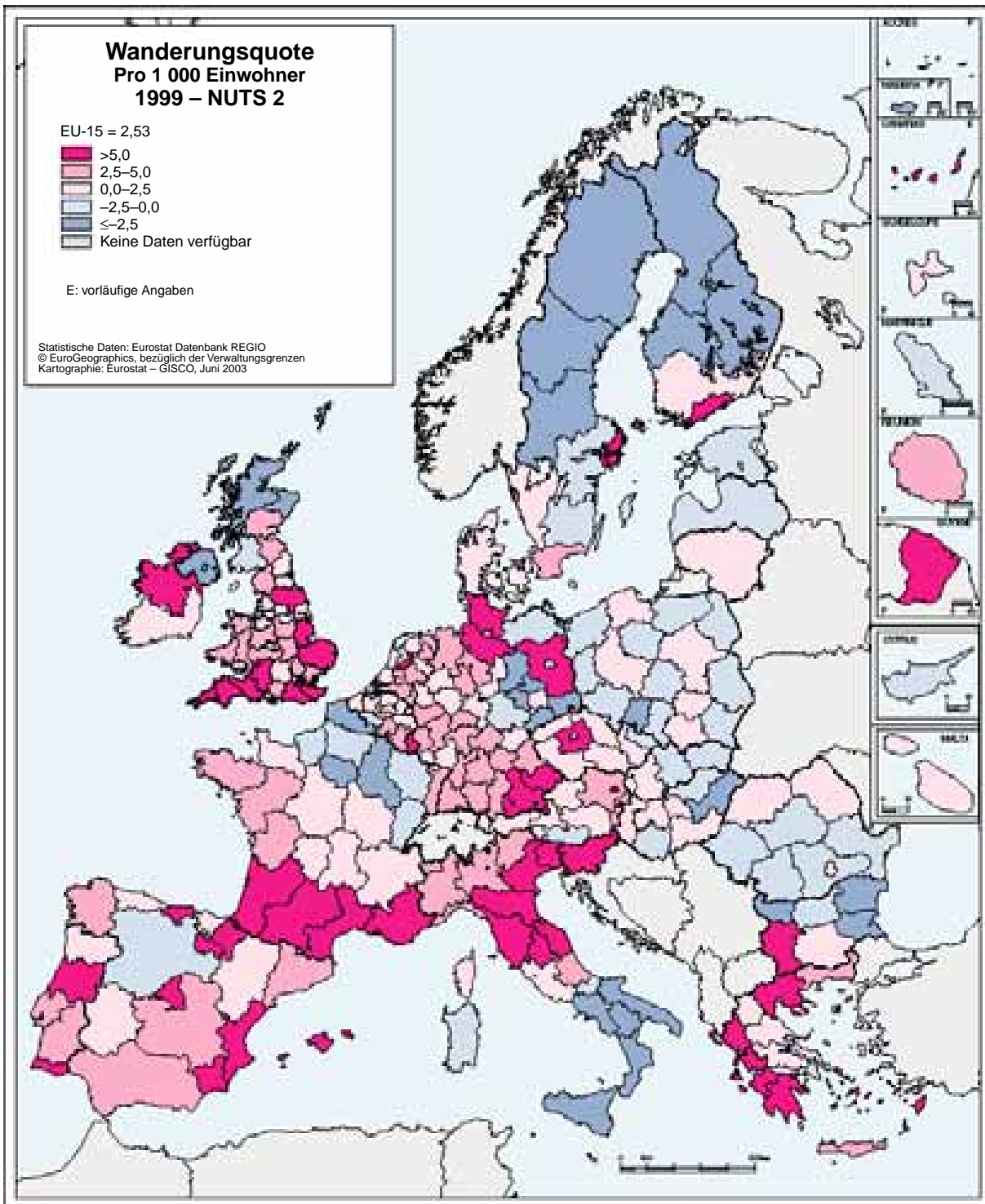
negativen Wanderungssaldo auf. Daher wurde im Jahr 1999 zwar für die EU-Regionen insgesamt eine Nettowanderungsquote von 2,5 erreicht, in den BL-Regionen lag sie jedoch bei -1,3. Dennoch liegen die fünf Regionen mit dem höchsten Abwanderungsüberschuss in Italien (Calabria und Campania), Deutschland (Halle und Dessau) und Finnland (Itä-Suomi). Weitere EU-Regionen mit ausgeprägt negativen Wanderungssalden befinden sich in Süditalien, Nordfrankreich, Mittel- und Ostdeutschland, Mittel- und Nordschweden und Finnland. Die erste BL-Region findet sich erst auf Platz 17 dieser Liste, und zwar Severozapaden in Bulgarien, gefolgt auf Platz 19 von Yugoiztochen in Bulgarien, auf Platz 20 von Opolskie in Polen und auf Platz 25 von Severoiztochen, ebenfalls in Bulgarien.

Die Regionen mit einem relativen Zuwanderungsüberschuss liegen vor allem im Süden des Vereinigten Königreichs, in Südfrankreich sowie in Mittel- und Norditalien. Abgesehen von einer Region in den Niederlanden (Flevoland) liegen die fünf Regionen, die hier die Spitzenplätze einnehmen, in Spanien (Islas Baleares, Canarias), Portugal (Algarve) und Griechenland (Ionia Nissia und Ipeiros). In den Beitrittsländern findet man mit Střední Čechy in der Tschechischen Republik und Slowenien nur zwei Regionen, deren Zuwanderungsquote gleich oder höher als 5 pro 1 000 Einwohner ist.

Zusammenfassend lassen sich beträchtliche Nettowanderungen von Nord- nach Südeuropa, von Nord- nach Südfrankreich und von Süditalien nach Mittel- und Norditalien feststellen. Die wichtigsten Gründe sind wirtschaftliche Push-Pull-Faktoren, die häufig junge Menschen dazu veranlassen, in andere Regionen abzuwandern. Zur Verdeutlichung soll im folgenden Abschnitt versucht werden, die Zu- und Abwanderung in bestimmten Ländern anhand der tatsächlichen Migrationszahlen im Detail darzustellen.

Zu- und Abwanderungen

In den vorstehenden Abschnitten wurde die hinter der Bevölkerungsentwicklung stehende Dynamik erläutert. Nach der Untersuchung von Änderungen in der Bevölkerungsgröße auf regionaler Ebene im Zeitraum 1996 bis 1999 standen dabei die Komponenten im Mittelpunkt, die den Zuwachs bzw. Rückgang der Bevölkerung beeinflussen – natürliches Wachstum und Wanderung. Anschließend wurde eine dieser Komponenten, die (nicht bereinigte) Nettowanderung, näher erläutert. Diese nicht bereinigten Werte basieren auf den Zahlen für das Bevölkerungswachstum

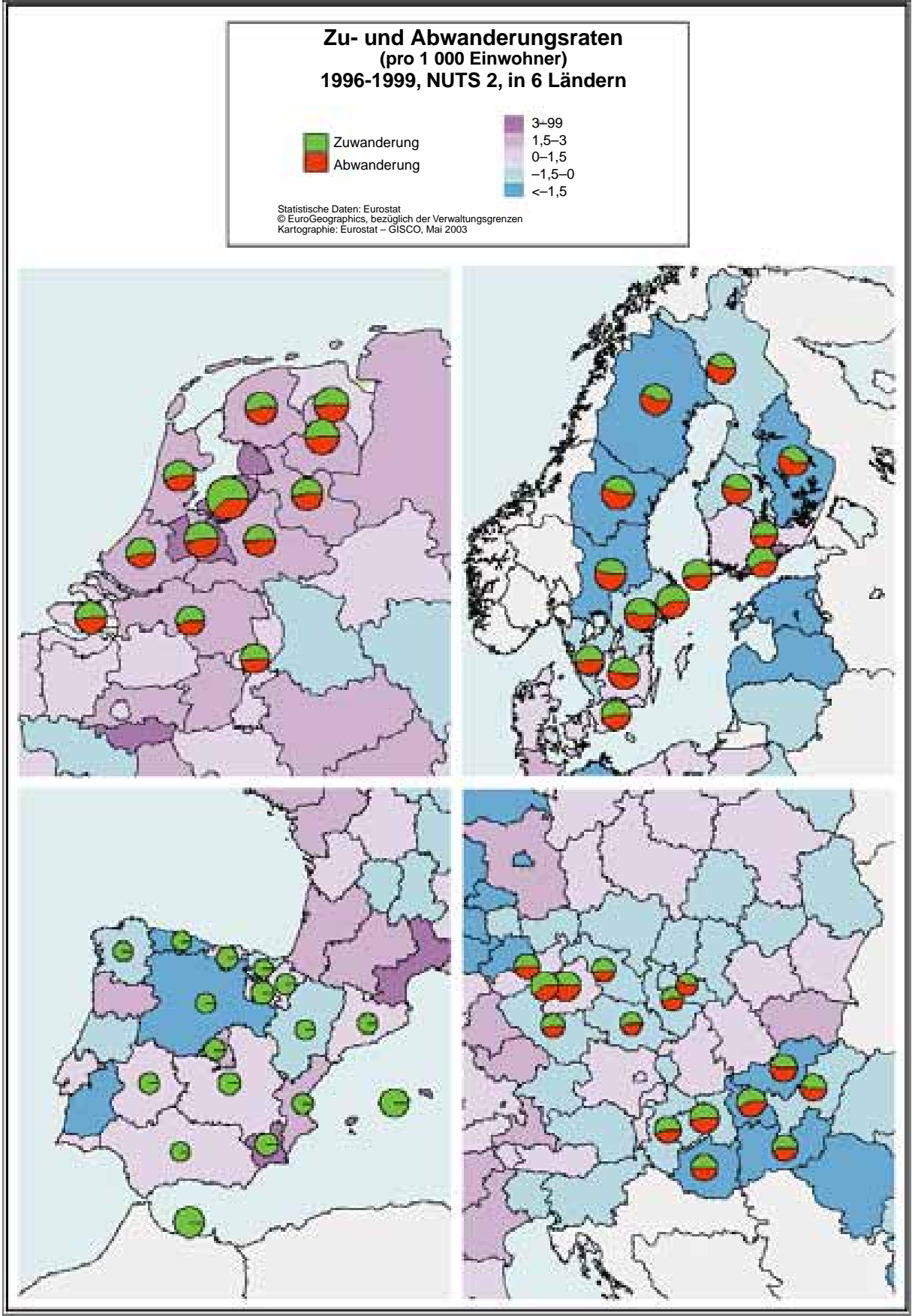


Karte 1.3

abzüglich der Zahlen für das natürliche Wachstum.

Im folgenden Abschnitt soll anhand der tatsächlichen Wanderungszahlen einiger Mitgliedstaaten (Schweden, Finnland, die Niederlande und Spanien) sowie zweier Beitrittsländer (Tschechische Republik und Ungarn) eine kurze Fallstudie durchgeführt werden. Die Auswahl der Länder erfolgte nach Verfügbarkeit und Vollständigkeit der jeweiligen Daten.

Die Karte 1.4 zeigt die oben genannten Länder. Anhand der Hintergrundinformationen aus Karte 1.1 (Bevölkerungsentwicklung, 1996-2000) wurden in dieser Karte auch Tortendiagramme für jede Region erstellt. Diese Diagramme zeigen den Saldo aus Zu- und Abwanderung als Prozentsatz der Durchschnittsbevölkerung in der betreffenden Region. Die Größe des Tortendiagramms entspricht dabei dem relativen Umfang der Wanderungsströme.



Karte 1.4



Die Zuwanderung entspricht der Summe aus regionenüberschreitender und internationaler Immigration. Analog dazu entspricht die Abwanderung aus einer Region der Summe aus regionenüberschreitender und internationaler Emigration. Die Zu- und Abwanderungsquoten berechnen sich jeweils als durchschnittliche Zu- und Abwanderung in den Jahren 1996-1999, dividiert durch die durchschnittliche Bevölkerung in diesem Zeitraum [(1. Januar 1996 + 1. Januar 2000) / 2] und multipliziert mit 1 000.

In drei der acht Regionen in Schweden liegt die Zuwanderungsquote höher als die Abwanderungsquote. Die höchste Zuwanderung erfolgt in der Region Stockholm (30,08 pro 1 000). Vor allem junge Menschen ziehen häufig und in großer Anzahl in diese Region, um die dortigen Beschäftigungsmöglichkeiten zu nutzen. Andere Regionen, in denen die Zuwanderungsrate höher liegt als die Abwanderungsrate, sind Sydsverige (mit Malmö) und Västsverige (mit Göteborg). Die Region, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die höchste Abwanderung verzeichnete, war Mellersta Norrland (27,67 pro 1 000). Die Wanderung, die in erster Linie in die südlichen Regionen erfolgt, ist z. T. das Ergebnis der zunehmenden industriellen Automatisierung.

Auch in Finnland verzeichnen nur die südlichen Regionen Uusima (mit Helsinki), Etelä-Suomi und Ahvenanmaa/Åland eine höhere Zuwanderung als Abwanderung. Besonders in Uusimaa wird aufgrund der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region Helsinki eine hohe Zuwanderungsrate (25,11 pro 1 000) erreicht. Die Regionen im Norden weisen eine beträchtliche Abwanderung auf. Dabei liegt die Quote in Itä-Suomi mit 21,99 pro 1 000 am höchsten.

Bereits an früherer Stelle in diesem Kapitel wurde erwähnt, dass alle Regionen in den Niederlanden im beobachteten Zeitraum ein positives Bevölkerungswachstum verzeichneten. Darüber hinaus war auch die Wanderungsrate in allen Regionen positiv. Die höchste Zuwanderung verzeichnete die Region Flevoland (66,83), in der zugleich aber auch mit 41,46 pro 1 000 die Abwanderung am höchsten lag.

Für Spanien liegen nur Werte zur Zuwanderung vor. Die NUTS-2-Regionen mit der höchsten Zuwanderung sind Islas Baleares und Ceuta y Melilla. In der Region Cataluña ist die Zahl der internen Zuwanderungen niedriger als die der internationalen Immigration.

Alle Regionen in Ungarn weisen ein negatives Bevölkerungswachstum und auch ein negatives natürliches Wachstum auf. Zwei der sieben Regionen – Észak-Magyarország und Észak-Alföld, beide im Osten des Landes – verzeichnen darüber hinaus eine höhere Abwanderung als Zuwanderung. In der Region Dél-Dunántúl im Süden halten sich Zu- und Abwanderung annähernd die Waage. Die Region mit der höchsten Zuwanderungsquote ist Közép-Magyarország (mit Budapest).

In der Tschechischen Republik liegt die Zuwanderung in fast allen Regionen höher als die Abwanderung. Einzig die Regionen Praha und Ostravsko verzeichnen eine höhere Ab- als Zuwanderung, wengleich aus völlig unterschiedlichen Gründen. Obwohl Praha mit seiner hohen Abwanderung untypisch für Hauptstadtregionen ist, lässt sich diese Entwicklung damit erklären, dass die Bewohner aufgrund der hohen Mietkosten in billigere Regionen abwandern und von dort zur Arbeit in die Stadt pendeln. Die Abwanderung in Ostravsko beruht dagegen auf der steigenden Arbeitslosigkeit nach dem Abbau der Schwerindustrie, die früher das wirtschaftliche Fundament der Region bildete. Die höchste Zuwanderung verzeichnete die Praha ringförmig umschließende Region Střední Čechy (21,55 pro 1 000).

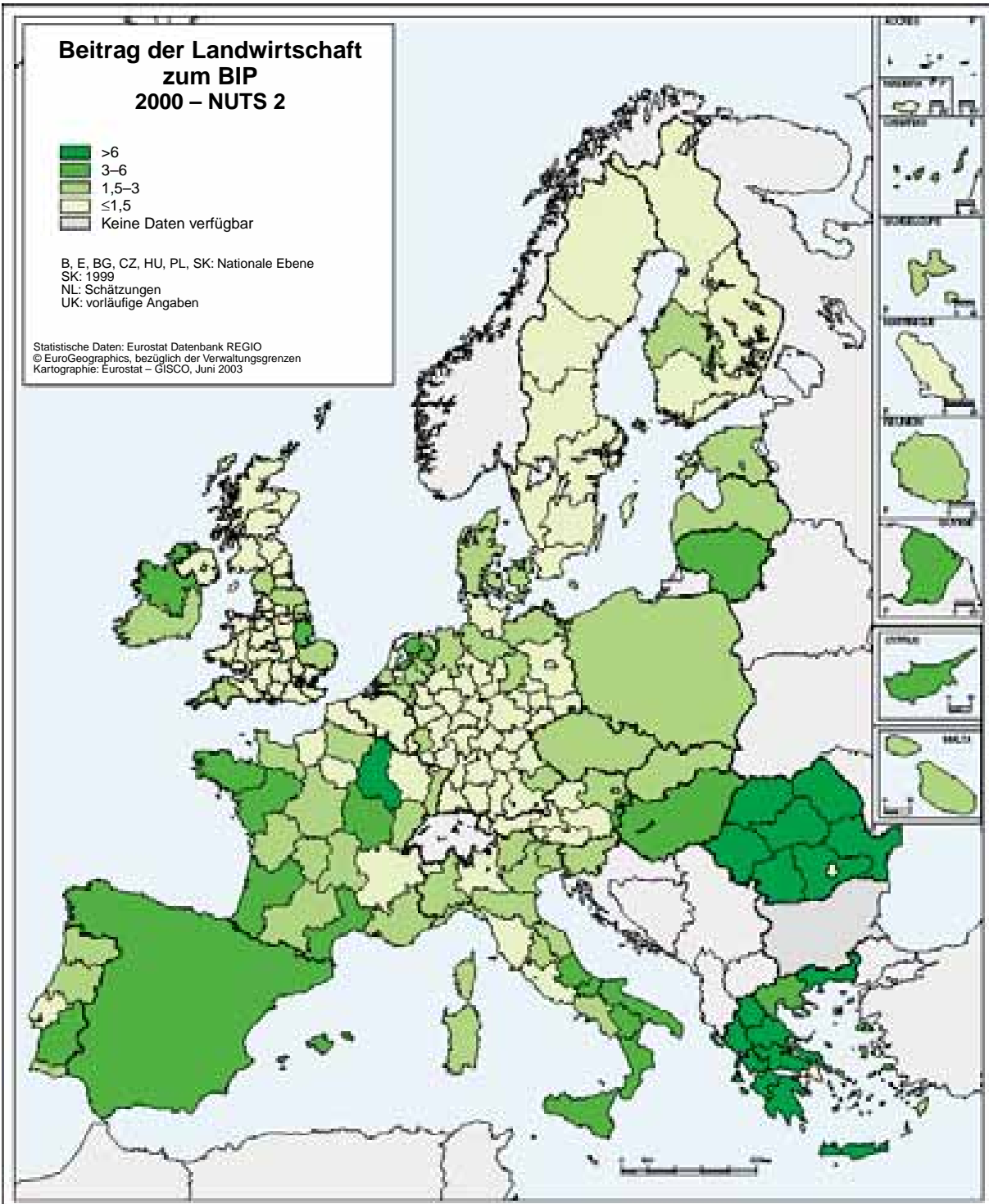
Wie bereits erwähnt, sind wirtschaftliche Push-Pull-Faktoren in der Regel die Hauptursache für Zu- und Abwanderung. Junge Menschen wandern von einer Region mit wenigen oder schlechten Beschäftigungsmöglichkeiten in eine Region mit zahlreicheren oder besseren Möglichkeiten ab. Diese Erklärung trifft in den meisten der oben genannten Fälle zu, allerdings zeigen die Fälle Praha und Flevoland (ganz zu schweigen von Ceuta und Melilla, wo die Militärgarnisonen einen Großteil der Bevölkerung in der Region ausmachen), dass auch andere Faktoren eine Rolle spielen können.



Einführung

In der vorliegenden Ausgabe 2003 des Regionen-Jahrbuchs wird die Landwirtschaft in einem ungewöhnlich weiten Sinne interpretiert, der Bodennutzung und Bodenbedeckung mit einschließt. Daraus ergibt sich ein sehr vielschichtig aufgebautes Kapitel, das in drei voneinander weitgehend unabhängige Abschnitte gegliedert ist. Zunächst werden die überaus umfangreichen

Informationen aus den regionalen landwirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewertet, und die Verteilung der landwirtschaftlichen Tätigkeiten wird aus einer neuen Perspektive beleuchtet. Danach werden dem Leser das Potenzial der Eurofarm-Daten und damit zusammenhängende Fragen der Methodik nahe gebracht. Abschließend bietet das Jahrbuch eine Gelegenheit, das innovative Projekt LUCAS vorzustellen. Zwar ist dieses Projekt nicht speziell für den Bereich der Landwirtschaft konzipiert, doch eröffnet die Untersu-



Karte 2.1

chung hervorragende Möglichkeiten, einen umfassenden Überblick über die Landschaften Europas – die landwirtschaftlich genutzten wie die ungenutzten Flächen – zu gewinnen.

Der Beitrag der Landwirtschaft zum BIP

In der Sprache der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (BIP) das Endergebnis der Produktionstätigkeit der verschiedenen Wirtschaftszweige (gebietsansässige produzierende Einheiten) einer Volkswirtschaft. Es entspricht der Summe der Bruttowertschöpfung (zu Marktpreisen) der verschiedenen Wirtschaftszweige, daher gibt der Vergleich der Bruttowertschöpfung eines bestimmten Wirtschaftszweigs mit dem BIP insgesamt Aufschluss über die relative Bedeutung der betreffenden Branche für die Volkswirtschaft. Dies ist allerdings nur ein grober Anhaltspunkt, denn es wäre (aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung der einzelnen Branchen) zu kurz gegriffen, wollte man die einzelnen Wirtschaftszweige nur für sich allein betrachten. Im Fall der Landwirtschaft, die in der Regel einen eher geringen Beitrag zum BIP leistet, müssten im Zuge einer eingehenderen Analyse auch die Zusammenhänge zwischen der Landwirtschaft und den verschiedenen vor- und nachgelagerten Wirtschaftszweigen, insbesondere der Agro-Food-Industrie, berücksichtigt werden.

Unabhängig hiervon bezieht sich der Indikator, der für die erste Karte in diesem Abschnitt gewählt wurde, nur auf die Landwirtschaft – genauer auf den **Beitrag der Landwirtschaft zum BIP**. Mit Blick auf die Mitgliedstaaten ist hierbei zuerst festzustellen, dass dieser Beitrag nur bei einem Viertel der Regionen mindestens 3 % ausmacht. Die meisten Regionen mit einem höheren Beitrag der Landwirtschaft zum BIP liegen in Griechenland. Betrachtet man die Regionen, in denen die Landwirtschaft mindestens 6 % zum BIP beiträgt, sind sogar zehn von zwölf dieser EU-Regionen in Griechenland zu finden, die beiden übrigen Regionen dieser Gruppe sind die Azoren (Portugal) und Champagne-Ardenne (Frankreich).

In den Beitrittsländern, für die auf der NUTS-2-Ebene keine Daten vorliegen, spielt die Landwirtschaft in Bulgarien und Rumänien mit einem Beitrag von mehr als 10 % zum BIP dieser Länder die größte Rolle. In den übrigen Ländern trägt die Landwirtschaft zwischen 1,5 % (Tschechische Republik) und 3,8 % (Zypern, Daten für 1999)

zum Gesamt-BIP bei. In Polen, dem größten Agrarproduzenten unter den Ländern, die 2004 der Europäischen Union beitreten, leistet die Landwirtschaft einen Beitrag von 2,7 % zum BIP.

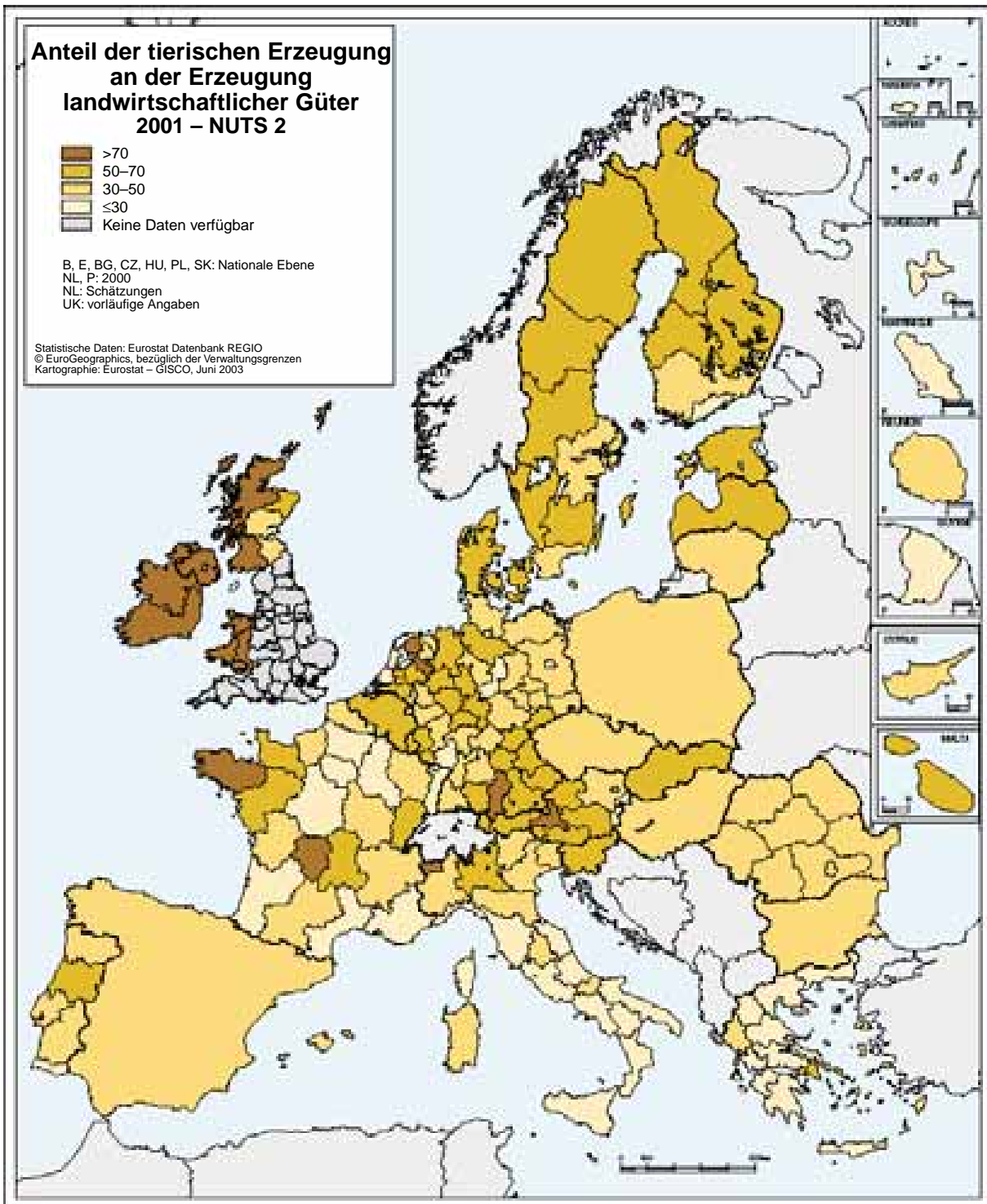
Anteil der tierischen Erzeugnisse

Die nachstehende Karte (2.2) gibt (bei recht starker Aggregation) Aufschluss über die Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Als Indikator wurde der **Anteil der tierischen Erzeugnisse an der Erzeugung landwirtschaftlicher Güter insgesamt** gewählt, der Aufschluss über die relative Bedeutung der tierischen (und damit indirekt auch der pflanzlichen) Erzeugung in den einzelnen Regionen gibt.

Diese Analyse ist allerdings mit Vorsicht zu werten, da die Zusammensetzung des landwirtschaftlichen Output von einer Reihe von Faktoren abhängt, die von Jahr zu Jahr gesehen beträchtlichen Einfluss haben können, deren Einfluss auf die mittelfristige Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung jedoch im Einzelfall recht gering sein kann. Dies trifft insbesondere auf die pflanzliche Erzeugung zu, wo Klimaschwankungen in einzelnen Jahren erhebliche Veränderungen der Höhe der Erzeugung zur Folge haben können. Hier ergäben beispielsweise Dreijahresdurchschnittswerte ein exakteres Bild der Struktur der landwirtschaftlichen Produktion, doch würde dadurch die Verfügbarkeit der Daten um ein weiteres Jahr verzögert.

Betrachtet man den Durchschnitt für EU-15, so liegt die tierische geringfügig unter der pflanzlichen Erzeugung. Im Jahr 2001, dem Bezugsjahr dieser Untersuchung, beträgt das Verhältnis etwa 45 zu 55 (tierische zu pflanzlicher Erzeugung). Ausgehend hiervon ist eine gewisse Dominanz von Regionen zu erwarten, die sich auf die pflanzliche Erzeugung „spezialisiert“ haben, bei denen also der Anteil der pflanzlichen Erzeugung den der tierischen Erzeugung übersteigt. Diese Erwartung wird durch die Ergebnisse der Untersuchung bestätigt, wenngleich die Zahl der Regionen, in denen die pflanzliche Erzeugung bedeutender ist als die tierische Erzeugung, größer ist, als man eigentlich erwarten würde – sie übertrifft die Zahl der auf tierische Erzeugung ausgerichteten Regionen um das Doppelte (Verhältnis 2:1).

Wie aus der Karte 2.2 hervorgeht, liegen die Regionen mit der stärksten Spezialisierung auf tierischer Erzeugung in den Niederlanden (Overijssel und Friesland), Irland und Frankreich (Bretagne und Limousin). Allerdings macht auf den Azoren (Portugal) und in der italienischen Region Valle d'Aosta die tierische Erzeugung rund



Karte 2.2

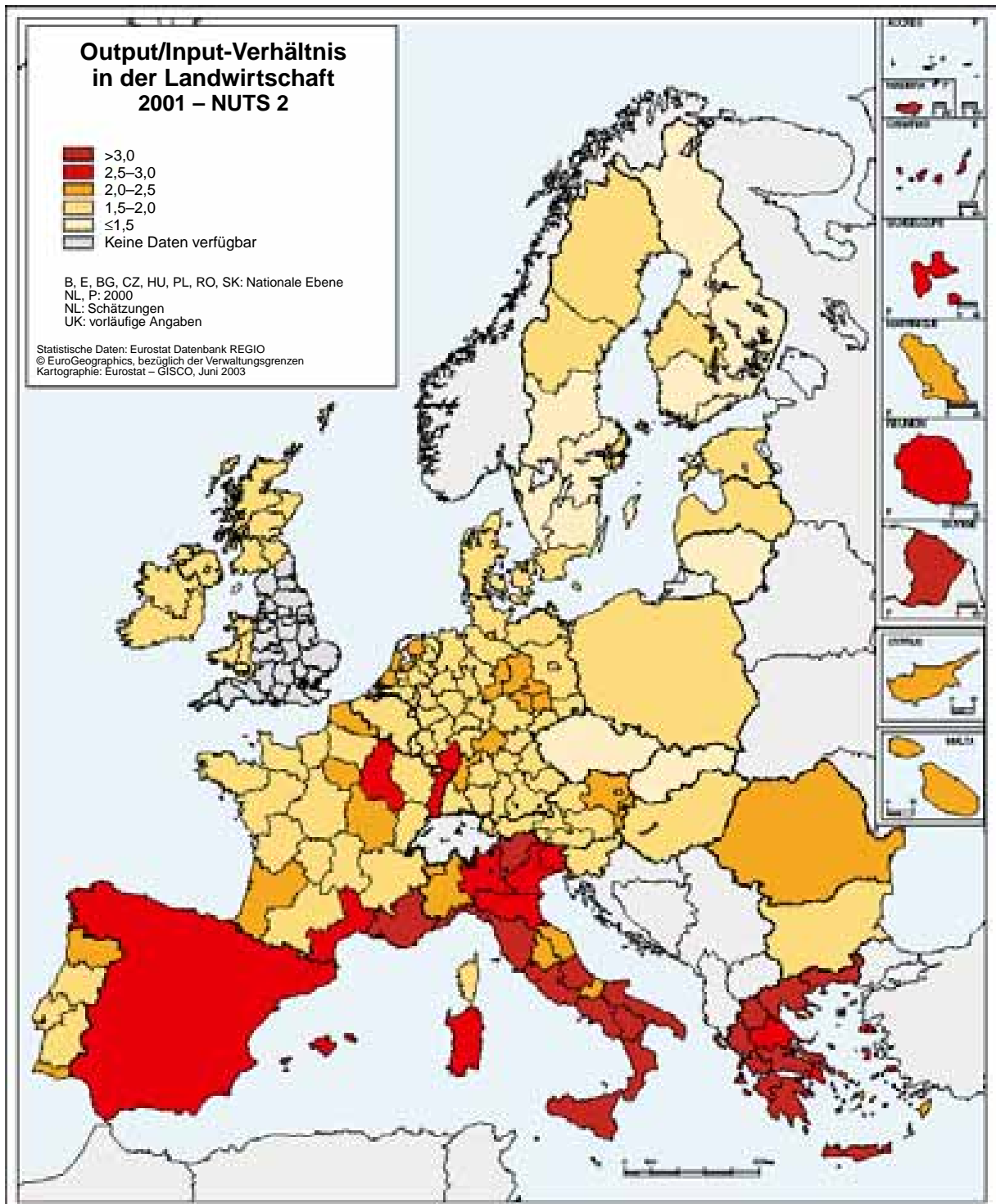
vier Fünftel der landwirtschaftlichen Erzeugung aus. Die meisten Regionen, in denen die pflanzliche Erzeugung vorherrscht (mindestens drei Viertel der Gesamterzeugung) finden sich in Frankreich, Griechenland und Italien. In Spanien, für das in diesem Kontext keine regionale Gliederung vorliegt, dominiert eindeutig die pflanzliche Erzeugung (Verhältnis 60:40).

Unter den Beitrittsländern spielt die tierische Erzeugung in Estland die größte Rolle (über 60 % der Gesamterzeugung). Am anderen Ende der Skala steht Rumänien, wo pflanzliche Erzeugnisse fast zwei Drittel der Gesamterzeugung ausmachen. In Polen ist das Verhältnis pflanzliche zu tierischer Erzeugung mit 50:50 ausgeglichen.

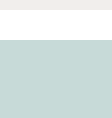
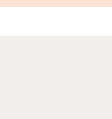
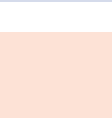
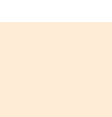
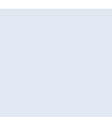
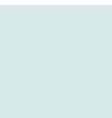
Input-Output-Verhältnisse in der Landwirtschaft

Die Input-Output-Verhältnisse, die der Karte 2.3 zugrunde liegen, geben Aufschluss über den Wert des durch eine Vorleistungseinheit erwirtschafteten Output. Sie sind als ein relativ einfacher

Indikator für die Produktivität anzusehen. Ihr Nutzen wird allerdings durch die Tatsache eingeschränkt, dass der Output lediglich als eine Funktion der Vorleistungen an Waren und Dienstleistungen betrachtet wird, während die übrigen Produktionsfaktoren (Arbeit, Land und Kapital) nicht berücksichtigt werden. Die Differenz zwischen Output und Vorleistungen ist die (Brutto-)Wertschöpfung, das Input-Output-Verhältnis wird daher auch als Wertschöpfungsquote bezeichnet.



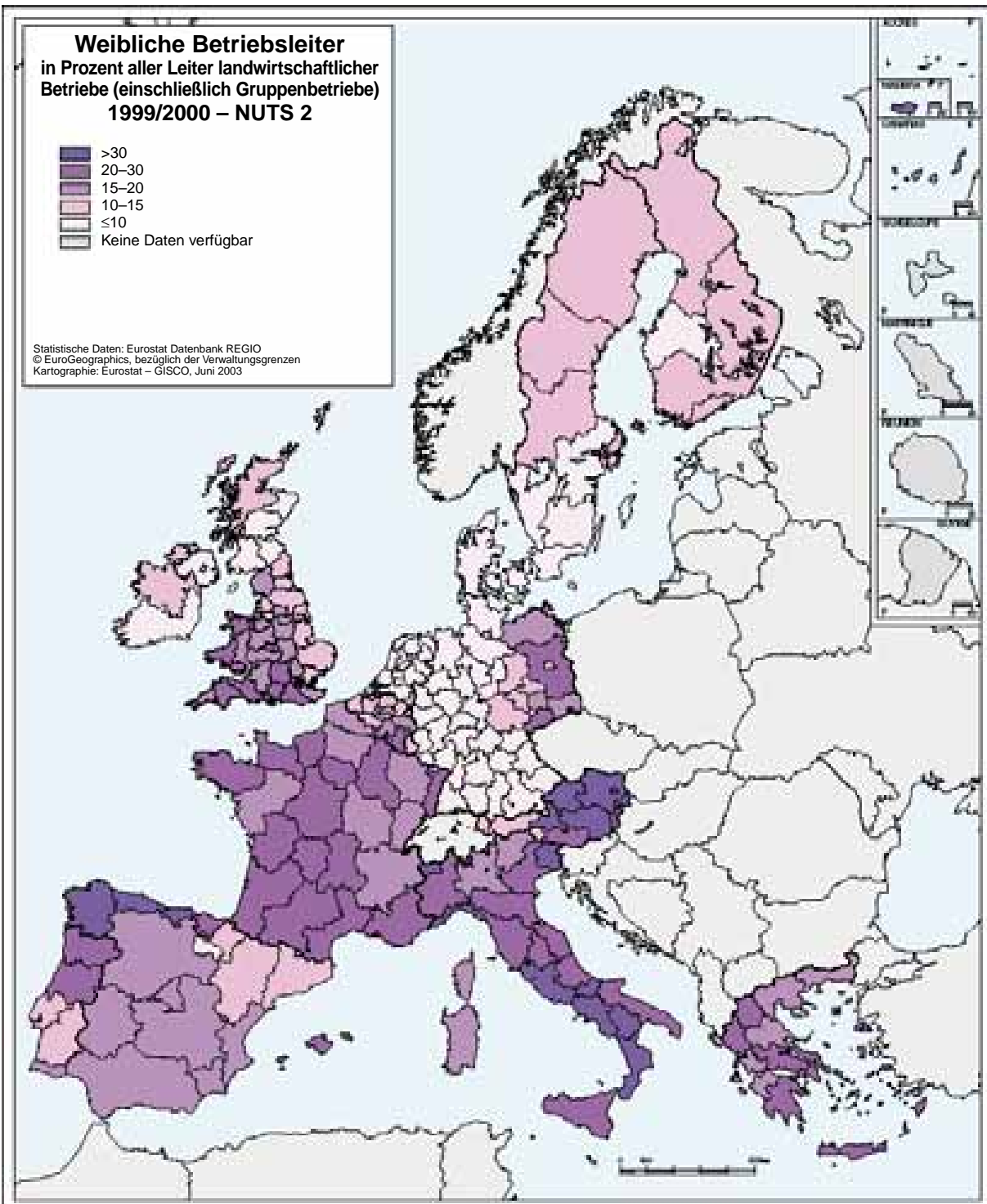
Karte 2.3



Aus der Karte wird deutlich, dass die meisten EU-Regionen mit hohem Input-Output-Verhältnis im Süden Europas liegen (Italien, Griechenland, Südfrankreich und Spanien). Dies scheint zu einem gewissen Grad mit der in den betreffenden Regionen vorherrschenden Art der Erzeugung zusammenzuhängen. In den meisten Regionen mit einem Input-Output-Verhältnis von 3,0 und darüber erreichen pflanzliche Erzeugnisse einen Anteil von mindestens 70 %, wobei Dauerkulturen (Obst, Oliven, Trauben) eine besondere Rolle spielen.

Die Regionen mit einem vergleichsweise niedrigen Input-Output-Verhältnis (maximal 1,5) sind überwiegend in Nordeuropa zu finden, vor allem in Finnland und Schweden. Ursache hierfür sind offensichtlich die ungünstigen klimatischen Verhältnisse und die relativ kurze Vegetationsperiode.

Unter den Beitrittsländern sind die Unterschiede weniger ausgeprägt. Am höchsten fallen die Input-Output-Verhältnisse für Malta und Zypern



Karte 2.4

(2,4 bzw. 2,3) aus, am niedrigsten für die Slowakei und die Tschechische Republik (1,4 bzw. 1,5). Polen weist ein Input-Output-Verhältnis von 1,7 auf.

Frauen in der Landwirtschaft

Der Frauenanteil unter den Leitern landwirtschaftlicher Betriebe (Karte 2.4) steht in deutlichem Kontrast zu den üblichen nach Geschlecht gegliederten Karten für die Europäische Union, bei denen in den nordeuropäischen Regionen das Verhältnis zwischen Frauen und Männern in Leitungs- und Führungspositionen meist ausgewogener ist. Bei den Betriebsleitern in landwirtschaftlichen Betrieben ist hingegen in Südeuropa der Frauenanteil höher als in Nordeuropa. Allerdings sollten hierbei verschiedene Aspekte berücksichtigt werden:

- In allen Regionen der Europäischen Union leiten mehr Männer als Frauen landwirtschaftliche Betriebe. Der höchste Anteil weiblicher Betriebsleiter liegt bei 49 % (in der Region Galicia in Spanien), während der EU-Durchschnitt gerade bescheidene 22 % erreicht.
- Die Entscheidungsbefugnisse des Betriebsleiters sind nicht vergleichbar mit der ungleich größeren Wirtschaftskraft der Betriebsinhaber. In einigen Ländern sind landesspezifische Trends erkennbar, die auf die kulturellen Wertvorstellungen des jeweiligen Landes zurückzuführen sind. Im Vereinigten Königreich und in Österreich ist der Frauenanteil bei den Betriebsleitern höher als bei den Betriebsinhabern, während das Verhältnis in Spanien gerade umgekehrt ist.
- In allen Mitgliedstaaten handelt es sich bei den landwirtschaftlichen Betrieben, die von Frauen geleitet werden, im Durchschnitt um physisch und wirtschaftlich kleinere Einheiten als bei den von Männern geführten Betrieben.

Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft

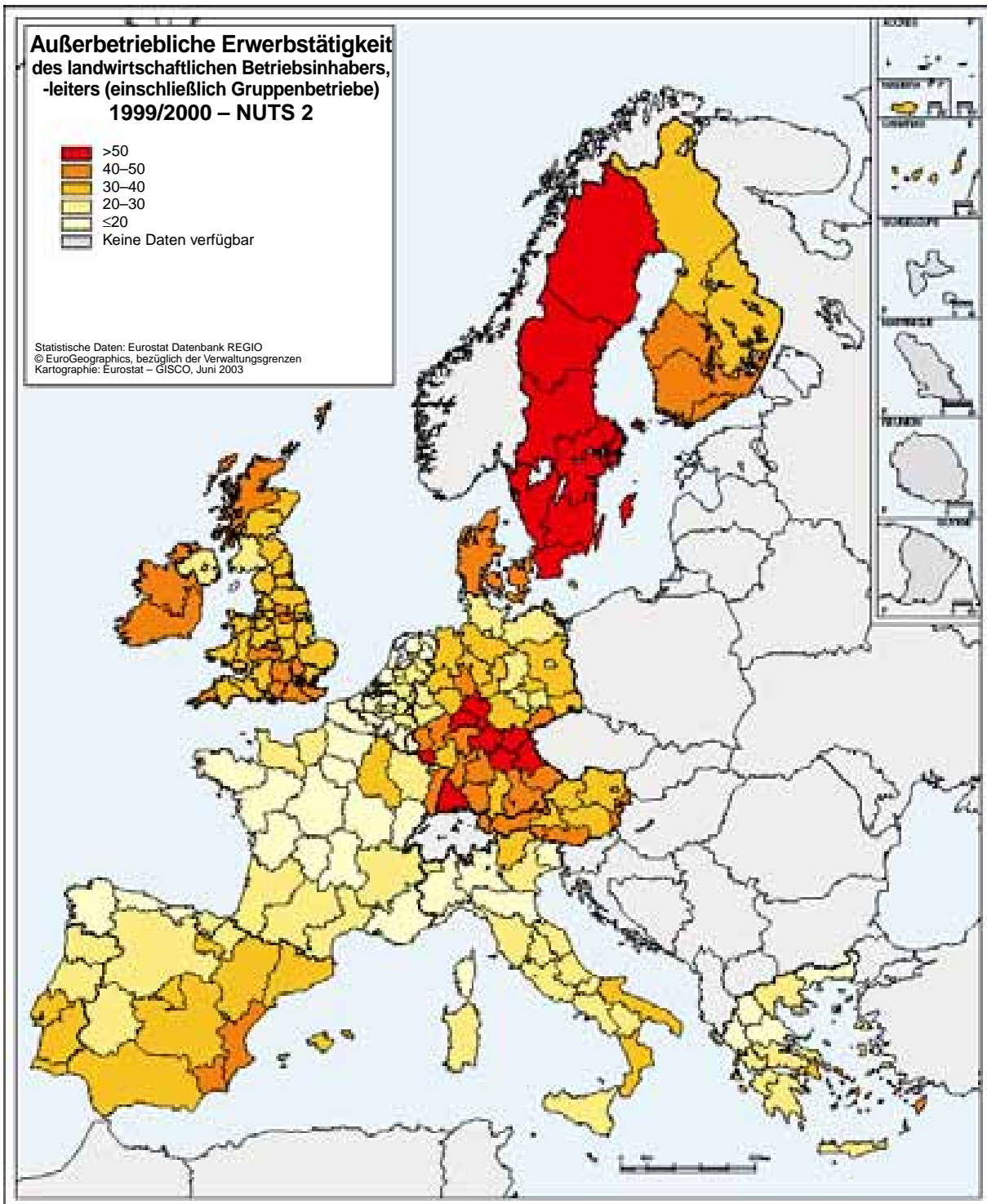
Der Anteil der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit der Betriebsinhaber/-leiter (Karte 2.5) lässt Rückschlüsse sowohl auf die Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe als auch auf den Zugang zu alternativen Beschäftigungsmöglich-

keiten in der örtlichen Wirtschaft zu. Hier lassen sich drei verschiedene Szenarien unterscheiden:

- In den ländlichen Gebieten (Nordeuropa, der äußerste Süden Europas und die Bergregionen) lässt sich am hohen Anteil der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit ablesen, dass der eigentliche landwirtschaftliche Betrieb zu wenig Einkommen erwirtschaftet. Die außerbetriebliche Erwerbstätigkeit steht allerdings zumeist mit der Landwirtschaft in Zusammenhang (Forstwirtschaft, Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Agrotourismus).
- In den städtischen Ballungsräumen (Südosten des Vereinigten Königreichs, Mitteldeutschland, spanische Mittelmeerküste) sind die landwirtschaftlichen Betriebe relativ klein und wirtschaften intensiver. Ein zusätzliches Einkommen lässt sich in der Nähe der Betriebe, nicht selten in anderen Wirtschaftszweigen, finden.
- In den übrigen Regionen wird die Landwirtschaft professioneller betrieben, aufgrund der daraus erwirtschafteten Einkommen sind alternative Einkommensquellen weniger dringlich.

Alle drei Szenarien lassen sich anhand von NUTS-2-Regionen veranschaulichen. So ließen sich z. B. Schweden, Irland, Schottland und die Inseln der Ägäis dem ersten Typ zuordnen. In Deutschland repräsentieren die Stadtstaaten (Bremen, Hamburg oder Berlin) und das Saarland den zweiten Typus, während die Bretagne und die Region Ile-de-France in Frankreich sowie die italienischen Regionen Emilia Romagna und Lombardia als Vertreter der dritten Gruppe angesehen werden könnten.

Hierzu der Hinweis, dass diese Trends in der Karte auf der Ebene NUTS 2 dargestellt sind. In einigen Fällen sind die NUTS-2-Regionen relativ groß, so dass Anteile, die für die gesamte Region berechnet werden, bestimmte Kombinationen dieser Szenarien gelegentlich nur undeutlich wiedergeben. Im Gegensatz hierzu sind bei den kleineren NUTS-2-Regionen die Unterschiede deutlicher ausgeprägt, so dass diese standortabhängigen Besonderheiten deutlicher erkennbar werden.



Karte 2.5

Abgleich der geografischen Einheiten von NUTS und FSS

Für die landwirtschaftliche Betriebsstrukturerhebung (Farm Structure Survey, FSS) werden eigene geografische Einheiten zugrunde gelegt, die drei verschiedene Ebenen umfassen: Land, Region und Bezirk. Jede Ebene wurde als ein Kompromiss definiert, der eine möglichst exakte und zuverlässige Aggregation der Daten erlaubt. Der Bezirk bildet die Aggregationsebene für Zensusdaten, die alle zehn Jahre erhoben werden. Die Region bietet ein ausreichendes Qualitätsniveau für Zwischenerhebungen (Stichproben).

Entsprechend stimmen die geografischen Ebenen der FSS nicht mit den vorgegebenen NUTS-Ebenen für die gesamte Europäische Union überein. Innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten decken sich die geografischen Ebenen der FSS eher mit der NUTS. Die FSS-Regionen stimmen überwiegend entweder mit NUTS 1 oder NUTS 2 überein, während sich die Bezirke an NUTS 2 oder NUTS 3 orientieren.

Ausnahmen von den vorstehend beschriebenen Regeln gelten in Gebieten mit einer geringen

Zahl landwirtschaftlicher Betriebe. In diesen Fällen werden städtische oder naturnahe Regionen auf einer höheren Ebene aggregiert.

Bislang konnten die geografischen Einheiten der FSS von einer Vollerhebung zur nächsten nicht geändert werden, weil sie als Bezugseinheiten für die Hochrechnung der Stichproben dienten. Im Vorfeld der Vollerhebung 1999/2000 forderte Eurostat die Mitgliedstaaten auf, eine genauere Lokalisierung der Betriebe anzugeben (NUTS 4/5), was eine Verfolgung von Änderungen der Systematik ermöglichen würde. Ziel dabei war es, die Konsistenz nicht mit der NUTS-Systematik, sondern vielmehr mit den Änderungen bei den Definitionen der „Zielgebiete“ der Strukturfonds zu gewährleisten.

Diese Maßnahme löst allerdings weder das Problem der Zuverlässigkeit noch das Problem, dass die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in städtischen oder sehr dünn besiedelten Gebieten in der gesamten Europäischen Union nicht mit den NUTS-Ebenen übereinstimmt. Letztlich geht es darum, dass die FSS-Statistik die Realität wiedergeben soll und nicht darum, die Realität nach der Statistik zu gestalten.

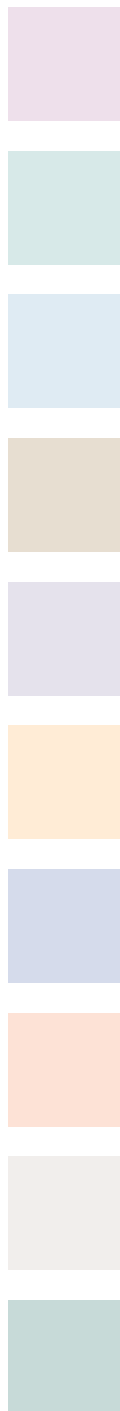
Tabelle 2.1: Handhabung von Ausnahmen in Eurofarm (FSS-DB) von der NUTS-Systematik

	NUTS 2	Eurofarm-Regionen/Bezirke
Als Aggregate von NUTS 2 definierte Eurofarm-Einheiten	BE1 + BE24	BE24_1
	DE3 + DE5 + DE6	DE3_90_5_6
	ES61 + ES63	ES61
	UKC1 + UKC2	UKC
	UKD3 + UKD4 + UKD5	UKD3_4_5
	UKE3 + UKE4	UKE3_4
	UKG1 + UKG3	UKG1_3
	UKI1 + UKI2 + UKJ1	UKI_J1
NUTS-2-Regionen, die durch Aggregation von Eurofarm-Distrikten gebildet werden	FI13	FI131 + FI132 + FI133 + FI134
	FI14	FI141 + FI142 + FI143 + FI144
	FI15	FI151 + FI152
	FI17	FI171 + FI172 + FI173 + FI174 + FI175 + FI176 + FI177
	IT31	IT311 + IT312

LUCAS – Statistiker beobachten die Landschaften in Europa

Eurostat hat – in enger Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Landwirtschaft und mit fachli-

cher Unterstützung der Gemeinsamen Forschungsstelle – das Pilotprojekt „Land Use/Cover Area frame statistical Survey (LUCAS)“ gestartet, mit dem die Bodenbedeckung und die Bodennutzung in Europa untersucht werden. Mit dem Projekt LUCAS wird die Entscheidung der Kommission über die Weiterführung des Einsatzes von Flächenstichprobenerhebungen und Fernerkundung in der Agrarstatistik im Zeitraum 2002-2003 aus dem Jahre 2000 umgesetzt.



2001 wurde in 13 der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union die erste Piloterhebung im Rahmen von LUCAS durchgeführt. Im Vereinigten Königreich und der Republik Irland musste die Erhebung wegen der Maul- und Klauenseuche auf 2002 verschoben werden. Die Erhebung ist in zwei Phasen untergliedert: eine Felderhebung im Frühjahr (Phase I) zur Erhebung von Daten über die Bodennutzung/Bodenbedeckung sowie von Umweltdaten und eine Befragung von Landwirten im Herbst (Phase II), bei der zusätzliche Informationen über Erträge und landwirtschaftliche Praktiken gesammelt werden.

Ziele der Erhebung

Mit der LUCAS-Erhebung, die sich noch in der Pilotphase befindet, werden zwei Hauptzwecke verfolgt:

1. Durchführung der eigentlichen Erhebungen in den Jahren 2001 und 2003;
2. Erkennung von Veränderungen der Bodennutzung/Bodenbedeckung. Neben dem Bild, das sich durch die Schätzungen im Rahmen von LUCAS in einem bestimmten Jahr ergibt, besteht eine der Stärken des Projekts darin, dass es die Möglichkeit bietet, Veränderungen von Bodenbedeckung, Bodennutzung und Landschaftsstruktur im zeitlichen Verlauf zu beobachten und zu quantifizieren.

Bereits jetzt kann die Erhebung als ein dynamisches und effizientes Konzept betrachtet werden, mit dem die nachstehenden Zielsetzungen erreicht werden können:

- Bereitstellung von harmonisierten Informationen (die es auf europäischer Ebene noch nicht gibt);
- Erweiterung eines rein auf Bodennutzung/Bodenbedeckung ausgerichteten Informationssystems zu einem Mehrzweck- und Mehrnutzersystem;
- Bereitstellung einer einheitlichen Methodik und Systematik für die Datenerhebung und die Berechnung von Schätzwerten;
- frühzeitige Bereitstellung von Schätzwerten für Flächen, die sich auf das laufende Jahr beziehen, und Möglichkeit einer Quantifizierung von Veränderungen gegenüber dem vorherigen Stand in Echtzeit;
- Bereitstellung der benötigten statistischen Daten für die Beobachtung der Einbeziehung von Umweltbelangen in die Gemeinsame Agrarpolitik.

Eine zweistufige Flächenstichprobe

Als Erhebungsmethode wurde die systematische Flächenstichprobenerhebung gewählt, denn LUCAS ist ein Mehrzweck-Informationssystem, das das Gesamtgebiet der EU-Mitgliedstaaten abdeckt, nicht nur die landwirtschaftliche Fläche.

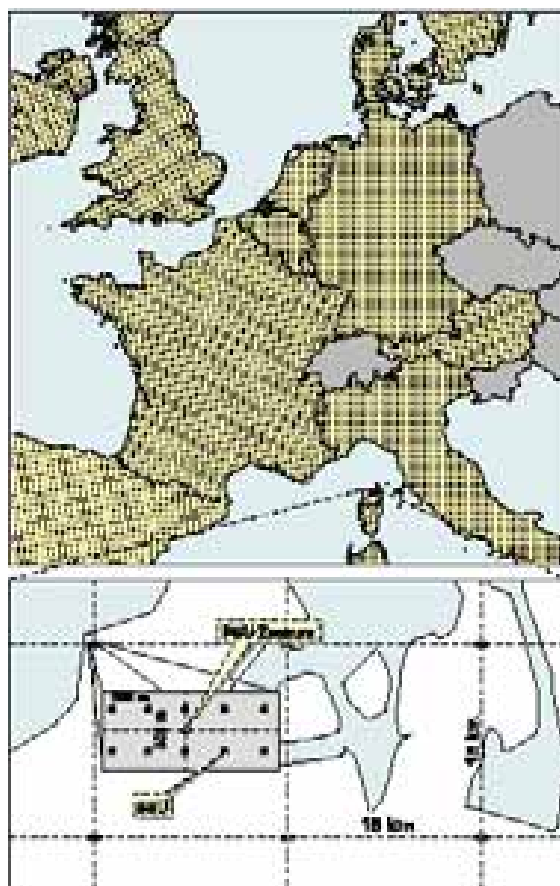


Abbildung 2.1: Die zweistufige Stichprobenerhebung bei LUCAS

Die Stichprobengrundlage erlaubt es, Flächen in den Bodenbedeckungs- und Bodennutzungskategorien auf europäischer Ebene zu schätzen. Durch Erhöhung der Zahl der Stichprobenpunkte ist es jedoch auch möglich, Daten auf nationaler oder regionaler Ebene zu erheben.

Für Phase I von LUCAS wird eine zweistufige Stichprobenerhebung durchgeführt: auf der ersten Ebene werden primäre Stichprobeneinheiten (Primary Sampling Units, PSU) festgelegt, bei denen es sich um Felder eines gleichmäßigen Rasters mit einer Größe von 18 x 18 km handelt, und sekundäre Stichprobeneinheiten (Secondary Sampling Units, SSU), bei denen es sich um zehn Punkte handelt, die um das Zentrum jeder einzelnen PSU gleichmäßig verteilt sind [in einem Rechteck von 1 500 x 600 m ⁽³⁾] (siehe Abbildung 2.1), hierfür

wurden die Bezugsnummern 11, 12, 13, 14, 15, 21, 22, 23, 24, 25 vergeben.

Die Stichprobe umfasst ungefähr 10 000 PSU im gesamten Gebiet der Europäischen Union. Diese Anzahl von PSU wurde gewählt, um die Kostenstruktur und die Genauigkeit auf europäischer Ebene zu optimieren.

Die Beobachtungseinheit von LUCAS Phase I ist der Punkt (SSU), definiert als ein Kreis von 3 m Durchmesser (Abb. 2.2). In jeder SSU werden vor Ort Daten über die Bodenbedeckung und Bodennutzung sowie über bestimmte Umweltmerkmale erhoben. Angesichts der Heterogenität der Bodenbedeckungsarten ist jedoch in einigen Fällen die Beobachtung in einem Umkreis von 20 m um den Punkt herum (erweitertes Beobachtungsfenster) vorgesehen ⁽⁴⁾.

Daten werden auch entlang eines Geradenabschnitts (Transekt) zwischen zwei Beobachtungspunkten erhoben (Abb. 2.2).

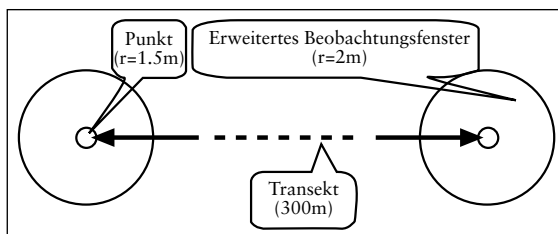


Abbildung 2.2: der Punkt und der Transekt

In Phase II der Erhebung, die im Herbst durchgeführt wird, geht es um die Erhebung von Umweltdaten und landwirtschaftliche Praktiken. Die Stichprobe für LUCAS Phase II besteht aus einer Teilstichprobe von rund 5 750 SSU (einschließlich einer Reserve von 15 %), die in Phase I als Ackerflächen identifiziert wurden.

Die Beobachtungseinheiten von Phase II der Erhebung sind der eigentliche landwirtschaftliche Betrieb und die Parzelle, in der sich die Stichproben-SSU befindet.

⁽³⁾ Ausnahmen bilden Spanien und Italien; hier wurde der Stichprobenerhebungsplan für LUCAS zwecks Übereinstimmung mit dem bestehenden Flächensystem geringfügig geändert.

⁽⁴⁾ Das erweiterte Beobachtungsfenster wird für bewaldete Flächen, Heideflächen und Dauergrünland verwendet. Das Vorkommen bestimmter Merkmale (z. B. einzeln stehende Bäume, Bodenerosion) wird ebenfalls in diesem erweiterten Beobachtungsfenster erfasst.

Ein Mehrzweck-Informationssystem

Im Zuge der Erhebung sollen nicht nur landwirtschaftliche Aspekte erfasst werden, sondern ein wesentlich breiter gefasstes Spektrum an Bodenbedeckungsarten (u. a. bebaute Flächen, bewaldete Flächen, Heideflächen, Gewässer und Feuchtgebiete sowie vegetationslose Flächen) und Bodennutzungsarten (Siedlung, Fertigungsindustrie, Handel und Finanzen, Freizeit und Sport usw.). Darüber hinaus werden verschiedene Umweltinformationen erhoben.

Informationen über Bodenbedeckung und Bodennutzung

„Bodenbedeckung“ bezeichnet die physische Deckschicht der Erdoberfläche, während „Bodennutzung“ eine Beschreibung der gleichen Flächen unter dem Aspekt ihrer sozioökonomischen Funktion darstellt. Im Rahmen von LUCAS umfasst der Begriff „Boden“ auch Gewässer und Feuchtgebiete (Seen, Flüsse, Küstengewässer), nicht eingeschlossen sind hingegen Nutzungsarten unter der Erdoberfläche (unterirdische Lagerstätten, Untergrundbahnen, Pilzzuchtanlagen, Untergeschosse von Gebäuden).

Die Nomenklatur der Bodenbedeckung umfasst drei Hierarchieebenen mit 57 Klassen auf der dritten Ebene. Die Nomenklatur der Bodennutzung unterscheidet hingegen auf der dritten Ebene nur 14 Klassen. Die vollständigen Nomenklaturen können auf der Seite der Gruppe „Bodennutzung“ (Land Use) auf der Website CIRCA eingesehen werden ⁽⁵⁾.

Umweltinformationen

Qualitative Informationen wie das Vorhandensein von Be- und Entwässerungsinfrastrukturen, einzeln stehenden Bäumen, Anzeichen von Schäden durch natürliche Ursachen sowie Bodenerosion/-antragung werden im Feld (LUCAS Phase I) in einem erweiterten Beobachtungsfenster im Umkreis von 20 m um den Beobachtungspunkt erhoben. Die Veränderungen der Bodenbedeckung und das Vorhandensein linearer Merkmale ⁽⁶⁾ werden entlang der Transekten erfasst.

Fotografische Landschaftsaufnahmen werden bei SSU 13 gemacht; aus diesen Aufnahmen ergibt sich eine fotografische Stichprobe der Landschaften in Europa.

Befragungen von Landwirten (LUCAS Phase II) liefern Informationen über landwirtschaftliche

⁽⁵⁾ <http://forum.europa.eu.int/Public/irc/dsis/landstat/library>.

⁽⁶⁾ Hecken und Baumreihen, Steinmauern und Dämme, Wasser führende Kanäle, Feldwege und Straßen, Schienenstrecken und Stromleitungen.

Praktiken (z. B. Fruchtfolge, Aussaatmethode, ausgebrachte Düngermengen nach Düngerart, Anwendung von Unkrautvernichtungsmitteln usw.), Daten über die Größe von Flächen, Feldfruchttrträge.

Durchführung der Erhebung

Lokalisierung der Punkte am Boden

Zur Lokalisierung der Punkte am Boden werden drei verschiedene Hilfsmittel eingesetzt :

- fotografische Luftaufnahmen,
- topografische Karten,
- Kompass und in bestimmten Fällen GPS.

Zunächst wird anhand von topografischen Karten (Maßstab 1:100 000 bis 1:50 000) die geeignetste Route zu den einzelnen PSU bestimmt. Auf der Ebene der SSU werden zur genauen Lokalisierung hauptsächlich die Luftaufnahmen unter Zuhilfenahme von GPS, Kompass und topografischen Karten in größerem Maßstab (1:25 000 bis 1:5 000) genutzt.

Periodizität und Beobachtungszeitraum

Die Erhebung begann in den meisten Fällen im Mai 2001 und wurde zwei bis drei Monate durchgeführt. Im Vereinigten Königreich und in Irland musste die Datenerhebung wegen der Maul- und Klauenseuche von 2001 auf 2002 verschoben werden. Aus ähnlichen Gründen konnte die Erhebung in den Niederlanden erst am 18. Juni 2001 begonnen werden.

Das Aufsuchen der einzelnen PSU nahm durchschnittlich zwei Stunden in Anspruch (einschließlich Abgehen von 10 x 300 m zwischen den einzelnen SSU). An Stellen mit starkem Gefälle oder stark überwucherten Stellen wurden bis zu zehn Stunden benötigt.

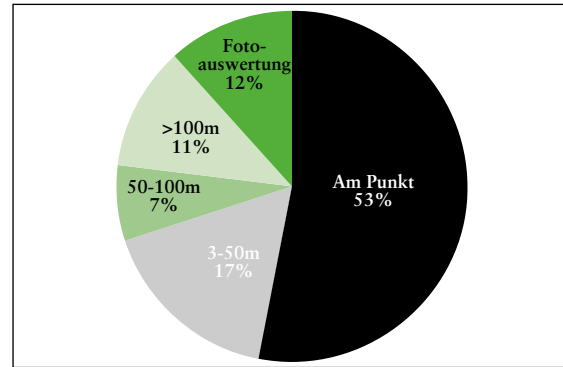


Abbildung 2.3 - Beobachtungsdistanz der Punkte

Bei SSU in über 2 000 m Höhe (oder in besonders isolierten Lagen, z. B. tief in den Wäldern Skandinaviens oder auf Inseln ohne regelmäßige Fahrverbindungen) wurde auf das direkte Aufsuchen verzichtet und stattdessen eine Auswertung der Luftaufnahmen vorgenommen. Nicht weniger als 88 % aller SSU wurden allerdings direkt aufgesucht.

Die wichtigsten Ergebnisse

Bodenbedeckung

Tabelle 2.2 – Schätzwerte für die Bodenbedeckungsarten (7)

Bodenbedeckung	KM²	%	VK
Waldland	1 134 606	35,0	1,0
Ackerland	837 536	25,8	1,3
Permanentes Weideland	509 573	15,7	1,4
Buschland	268 693	8,3	2,9
Wasser und Feuchtgebiete	236 111	7,3	3,0
Bebauungsland	153 912	4,8	2,7
Brachland	99 729	3,1	5,3
Insgesamt	3 240 160	100,0	

Auf der EU-15-Ebene (Tabelle 2.2) machen mehr oder minder naturbelassene Flächen den größten Teil der Bodenbedeckung aus. Künstlich angelegte Flächen bedecken hingegen weniger als 5 % des Gebiets der Europäischen Union.

Die Konzentration von bewaldeten Flächen und von Gewässern und Feuchtgebieten ist in den skandinavischen Ländern – vor allem im

(7) VK in der Tabelle steht für Variationskoeffizient.

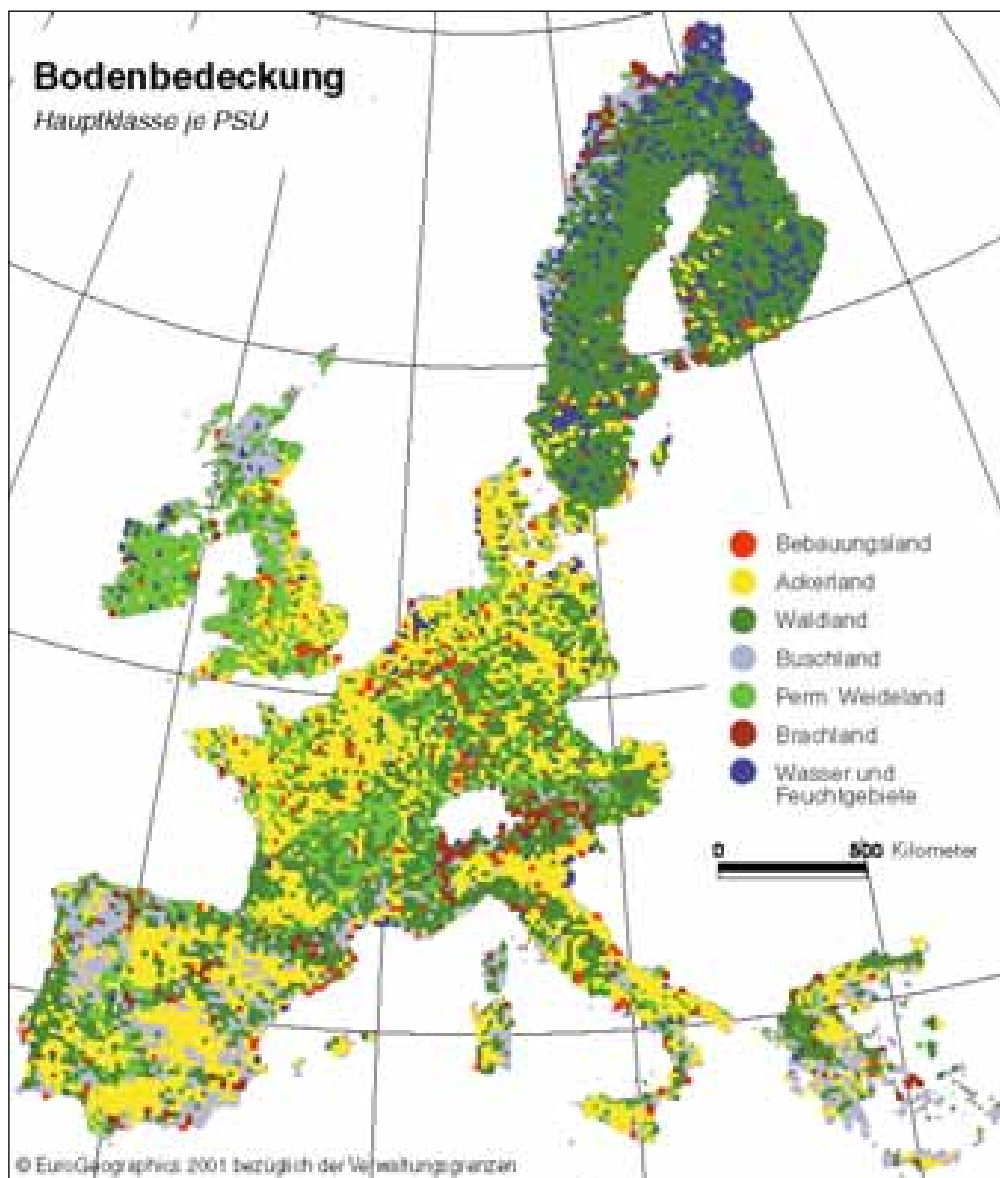
Vergleich zum restlichen Gebiet der Europäischen Union – besonders hoch (Karte 2.6).

Die landwirtschaftlich intensiv genutzten Zonen befinden sich in Dänemark, dem Osten Englands, der nordwestlichen Hälfte Frankreichs, in der Po-Ebene, an der italienischen Adriaküste sowie im Süden von Portugal und Spanien. Heideflächen sind vor allem in den Mittelmeerländern anzutreffen, aber auch in der nordwestlichen Grenzregion von Schweden und in den schottischen Highlands.

Bodennutzung

Mehr als 41 % der Fläche werden landwirtschaftlich genutzt, womit die Landwirtschaft in den

15 Ländern der Erhebung eindeutig den ersten Platz in der Bodennutzung belegt (Tab. 2.3). Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche gehören sowohl die eigentlichen Nutzflächen für die Erzeugung als auch alle für sonstige landwirtschaftliche Zwecke gebrauchten Flächen (Gebäude, Höfe usw.). Abgesehen von den Extremsituationen in den skandinavischen Ländern und Österreich wird über die Hälfte der Fläche von der Landwirtschaft genutzt. Die forstwirtschaftliche Nutzung liegt mit 30 % an zweiter Stelle. Bei fast 19 % der Gesamtfläche der 15 Länder war keine besondere Nutzung erkennbar. Die drei genannten Positionen (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, keine Nutzung) decken zusammen 90 % der Fläche von EU-15 ab.

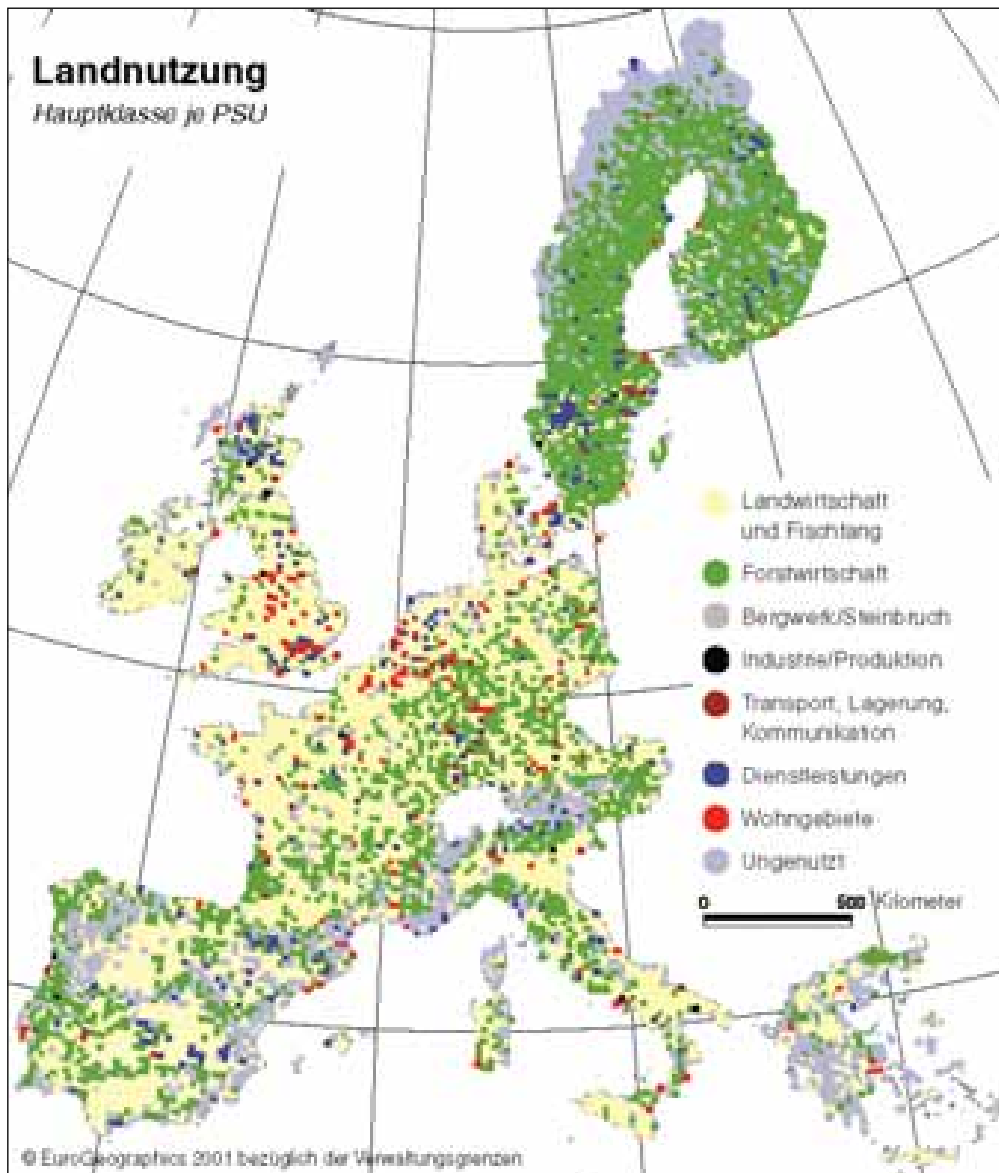


Karte 2.6

Tabelle 2.3 – Schätzwerte für die Bodennutzung

Bodennutzung	KM ²	%	VK
Landwirtschaft	1 343 180	41,5	0,9
Forstwirtschaft	972 952	30,0	1,2
Ungenutzt	603 630	18,6	1,6
Erholung, Freizeit, Sport	131 805	4,1	4,7
Wohngebiete	74 584	2,3	4,4
Transport, Kommunikation, Lagerung, Schützende Arbeiten	65 644	2,0	3,6
Öffentliche Dienste	11 745	0,4	16,6

Bodennutzung	KM ²	%	VK
Fischfang	9 743	0,3	17,5
Industrie und produktion	6 861	0,2	16,1
Handel, Finanzen, Firmen	6 458	0,2	16,3
Bergwerk und Steinbruch	6 137	0,2	22,4
Konstruktion	2 668	0,1	23,7
Wasser- und müllwirtschaft	2 566	0,1	21,4
Energieproduktion	2 187	0,1	31,8
Insgesamt	3 240 160	100,0	



Karte 2.7

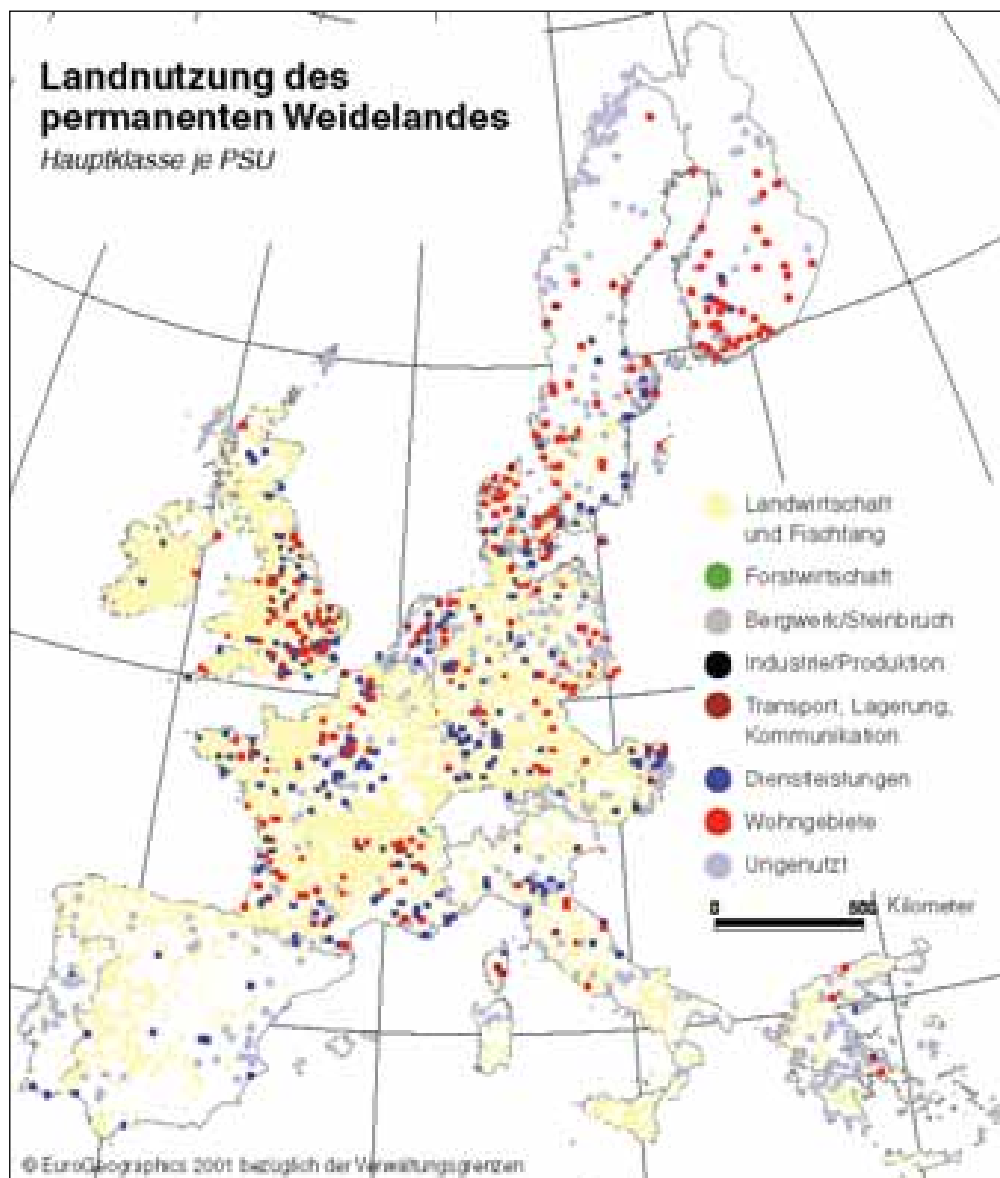
Bedeckungen mit unterschiedlicher Nutzung

Grünland wird zu rund 82 % für landwirtschaftliche Zwecke genutzt, 9 % werden nicht genutzt, 8 % dienen als Siedlungen und Freizeiträume, und das verbleibende 1 % wird für Verkehr, Lagereinrichtungen und Schutzbauten genutzt. Die Nutzung der Grünflächen ist sehr heterogen. In Spanien, Frankreich, Griechenland und Deutschland liegt der Grad der landwirtschaftlichen Nutzung solcher Flächen bei über 80 %. Von Süden nach Norden nimmt der Anteil anderer Nutzungen zu; Grünland wird zunehmend entweder für Siedlungen (Rasen) oder Freizeitaktivitäten (Sportgelände) verwendet. Den extremsten Fall bildet

Finnland, wo nur knapp 4 % des Grünlands der Landwirtschaft dienen und beinahe 60 % zu Siedlungen gehören (Karte 3).

Landschaftsaufnahmen

Die im Rahmen von LUCAS erhobenen Daten über die Bodenbedeckung/Bodennutzung wurden durch fotografische Erfassung der Landschaft von einem systematisch gewählten Beobachtungspunkt für jede PSU (SSU 13) ergänzt. Für die Erhebung wurden in alle vier Himmelsrichtungen



Karte 2.8

(Nord, Ost, Süd und West) Aufnahmen gemacht (Bild 1); jede Aufnahme wird zur Sicherstellung

der räumlichen Zuordnung mit der Nummer der jeweiligen PSU erfasst.

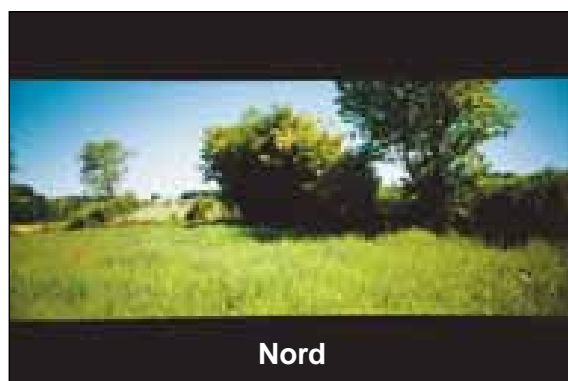
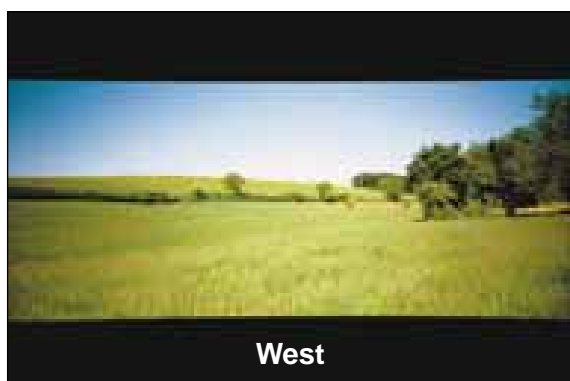


Bild 1 – Beispiel: Vier Landschaftsaufnahmen aus Frankreich

Für die Datenerhebung 2001 wurden rund 20 000 Landschaftsaufnahmen gemacht. Diese Aufnahmen bilden ein einmaliges Archiv der Landschaften Europas, dessen Auswertung neue Perspektiven in der europäischen Landschaftsanalyse eröffnen wird.

Schlussfolgerung

Die im Rahmen der LUCAS-Pilotstudie gewonnenen Erfahrungen ermöglichen eine Bewertung

des angewandten Flächenstichprobenkonzepts; mit der erstmaligen Bereitstellung von harmonisierten und vergleichbaren Daten für die gesamte Europäische Union hat diese Art der Erhebung ihre Zuverlässigkeit unter Beweis gestellt.

Aufgrund des flexiblen Konzepts ist LUCAS als Plattform für ein breites Spektrum von Anwendungsgebieten nutzbar, insbesondere in der Umweltbewertung.



Was ist das Bruttoinlandsprodukt?

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region wird häufig mittels des Bruttoinlandsprodukts dargestellt. Auch Vergleiche zwischen Regionen werden an dieser Kennzahl festgemacht. Was bedeutet das aber nun genau? Und wie lässt sich Vergleichbarkeit bei unterschiedlicher Regionengröße und verschiedenen Währungen herstellen?

Unterschiedlich große Regionen produzieren unterschiedlich großes regionales Bruttoinlandsprodukt. Ein Vergleich wird möglich, wenn man das regionale Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner der jeweiligen Region darstellt. An dieser Stelle ist der Unterschied zwischen Wohn- und Arbeitsort wichtig, denn die Darstellung von Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist nur dann völlig unproblematisch, wenn alle Arbeitnehmer, die an der Erstellung dieses Bruttoinlandsprodukts beteiligt sind, auch gleichzeitig in dieser Region ihren Wohnsitz haben. Das Bruttoinlandsprodukt misst nämlich die in den Grenzen des Inlands oder einer Region erbrachte wirtschaftliche Leistung unabhängig davon, ob diese Leistung von inländischen oder ausländischen bzw. von in der Region ansässigen oder nichtansässigen Wirtschaftseinheiten erbracht wurde. Insbesondere in wirtschaftlichen Zentren wie London oder Wien kann es bei einem hohen Anteil von Pendlern zu Situationen kommen, bei denen man ein sehr hohes regionales Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner im Zentrum feststellt und die umliegenden Regionen ein relativ niedriges regionales Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ausweisen, obwohl die Kaufkraft bzw. das verfügbare Einkommen der Haushalte in diesen Regionen recht hoch ist. Man darf also regionales Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner nicht mit regionalem verfügbarem Einkommen gleichsetzen.

Wie bereits angesprochen, handelt es sich beim regionalen BIP um einen „Geldwert“. Vergleichbarkeit zwischen Ländern wird in einem ersten Schritt hergestellt, indem man nationale Währungen in Euro oder eine andere Währung konvertiert. Allerdings werden nicht alle Preisniveauunterschiede zwischen Ländern in den Wechselkursen reflektiert. Um dafür einen Ausgleich zu schaffen, konvertiert man das BIP in sogenannte Kaufkraftstandards (KKS). Damit soll ein Vergleich nicht in Wertgrößen, sondern in Volumeneinheiten bzw. Gütereinheiten möglich werden. Die Grundlagen und die Details dieser KKP sollen jetzt näher beleuchtet werden.

Kaufkraftparitäten und internationale Volumenvergleiche

Einleitung

Die Unterschiede zwischen den Ländern in den BIP-Werten, selbst nach Umrechnung in eine gemeinsame Währung mit Hilfe von Wechselkursen, sind nicht allein auf unterschiedliche Waren und Dienstleistungsvolumen zurückzuführen. Auch die Preisniveauelemente kann einen beträchtlichen Anteil dazu beitragen. Wechselkurse werden von vielen Faktoren bestimmt, die Angebot und Nachfrage auf den Währungsmärkten widerspiegeln, wie z. B. internationaler Handel und Zinsgefälle. Mit anderen Worten, Wechselkurse spiegeln gewöhnlich andere Elemente als allein Preisunterschiede wider. Deswegen ist die Konvertierung mit Wechselkursen bei länderübergreifenden Vergleichen nur eingeschränkt sinnvoll.

Für einen reinen Volumenvergleich ist es deshalb unverzichtbar, spezielle Umrechnungsfaktoren (räumliche Deflatoren) zu verwenden, um die Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern auszuschalten. Kaufkraftparitäten (KKP) sind solche Umrechnungsfaktoren, die Wirtschaftsindikatoren von nationalen Währungen in eine künstliche gemeinsame Währung konvertieren, Kaufkraftstandard (KKS) genannt.

Mit anderen Worten, KKP werden verwendet, um nominale Konsumausgaben für Produktgruppen sowie Aggregate bis hin zum BIP der verschiedenen Teilnehmerländer des Vergleichsprogramms in vergleichbare Ausgabenvolumen umzurechnen, die in KKS-Einheiten ausgedrückt werden. Durch die Einführung des Euro sind zum ersten Mal direkte Preisvergleiche zwischen den Ländern der Eurozone möglich. Der Euro hat jedoch in den einzelnen Ländern der Eurozone abhängig vom nationalen Preisniveau unterschiedliche Kaufkraft. Zur Berechnung von reinen Volumenaggregaten in KKS müssen daher weiterhin KKP berechnet werden. Anders ausgedrückt, für die nicht zur Eurozone gehörenden Länder dienen KKP als Währungsumrechnungskurse und zur Eliminierung der Auswirkungen unterschiedlicher Preisniveaus; für die zur Eurozone gehörenden Länder erfüllen sie dagegen lediglich die letztgenannte Funktion von Preisdeflatoren.

Wie werden KKP berechnet, und was sind KKS?

In ihrer einfachsten Form sind KKP Preisverhältnisse zwischen Preisen für ein und dieselbe Ware oder Dienstleistung in verschiedenen Ländern in deren jeweiliger Landeswährung (z. B. kostet ein Brot in Frankreich 1,87 EUR, in Deutschland 1,68 EUR und 95 Pence im Vereinigten Königreich usw.). Für die Preiserhebungen wird ein Korb vergleichbarer Waren und Dienstleistungen verwendet. Diese sind so ausgewählt, daß sie die gesamte Breite der Waren und Dienstleistungen repräsentieren und die Verbrauchsstrukturen der verschiedenen Länder berücksichtigen. Die einfachen Preisverhältnisse auf Produktebene werden anschließend aggregiert (zusammengewichtet) zu KKP für Produktgruppen, dann für den gesamten Verbrauch und schließlich für das BIP. Um einen Bezugswert für das Berechnungsverfahren der KKP festzulegen, wird gewöhnlich ein Land als Basisland benutzt und auf 1 gesetzt. Für die Europäische Union ist die Auswahl eines einzelnen Landes (bzw. einer Währung) als Basis ungeeignet. Deshalb wird in der Europäischen Union der KKS als künstliche gemeinsame Referenzwährungseinheit verwendet, um das Volumen der Wirtschaftsaggregate im räumlichen Vergleich in realen Werten darzustellen. Wirtschaftliche Volumenaggregate in KKS werden berechnet, indem ihr Ausgangswert in nationaler Währung durch die entsprechende KKP dividiert wird.

Der empirische Befund

In dem folgenden Schaubild findet man, der Größe nach geordnet, diejenigen Umrechnungsfaktoren, welche die BIP-Werte in Euro/Ecu in die oben beschriebenen KKS umwandeln. Dabei sind sowohl die Werte für das Jahr 1993 als auch für das Jahr 2003 dargestellt. Die Grafik liest sich wie

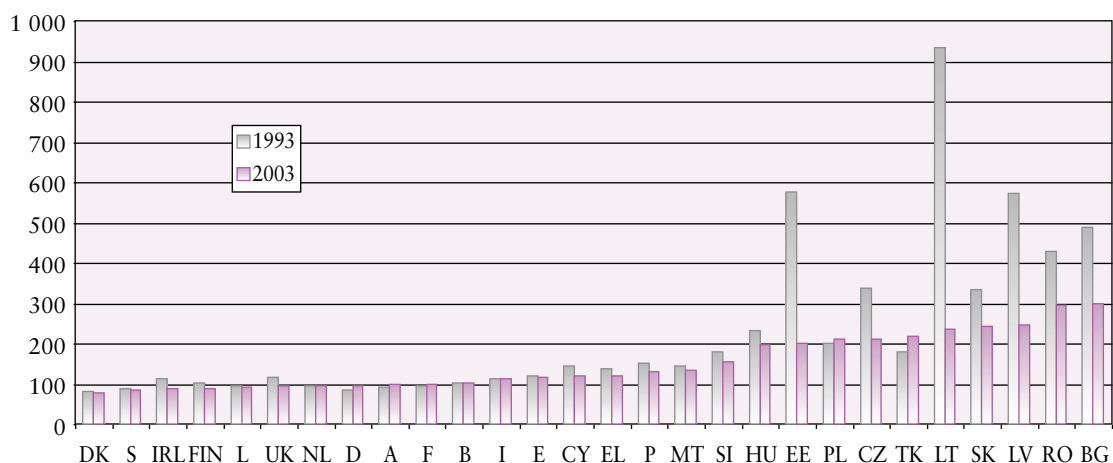
folgt: Hat Dänemark im Jahr 2003 ein BIP von 100 EUR, so führt die Umrechnung in KKS dazu, dass in KKS gerechnet ein BIP von ungefähr 79 KKS bleibt. Hätte Estland im Jahr 2003 ebenfalls ein BIP von 100 EUR gehabt, so führt die Umrechnung in KKS dazu, dass ein BIP von ungefähr 200 KKS resultiert.

Man sieht, dass sich zwischen 1993 und dem Jahr 2003 die Unterschiede zwischen den Ländern, insbesondere zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern, deutlich verringert haben. Eine Konvergenz der Preisniveaus ist offensichtlich. Trotzdem bleiben Unterschiede besonders zu bislang noch wenig entwickelten Ländern wie Bulgarien oder Rumänien bestehen.

Es wird auch deutlich, dass eine starke wirtschaftliche Entwicklung die Preisniveaus beeinflussen kann. So hat Irland den prozentual größten Rückgang der Euro/Ecu-KKS-Rate zu verzeichnen. Wurde im Jahr 1993 ein BIP von 100 ECU noch zu 114 KKS umgerechnet, so bleiben im Jahr 2003 von 100 EUR lediglich 86 KKS übrig.

Leider liegen gegenwärtig keine Umrechnungsfaktoren auf regionaler Ebene vor. So werden etwa die französischen Überseegebiete wie Réunion oder Guadeloupe mit dem Wert für Frankreich umgerechnet. Hätte man regionale Umrechnungsfaktoren, würde das BIP in KKS dieser Gebiete wohl höher ausfallen. Gleichfalls wird derselbe Umrechnungsfaktor für Nord- und Süditalien und West- und Ostdeutschland angewandt. Hier sind gewisse Verzerrungen nicht ausgeschlossen. Die Größenordnung der KKP ist ebenfalls von Bedeutung. Geht man davon aus, dass sowohl im BIP als auch in den KKP eine statistische Fehlermarge besteht, so dominiert der Effekt aus der Umrechnung von Euro zu KKS die statistische Unschärfe des regionalen BIP, wenn der Umrechnungsfaktor von Euro zu KKS sehr groß ist.

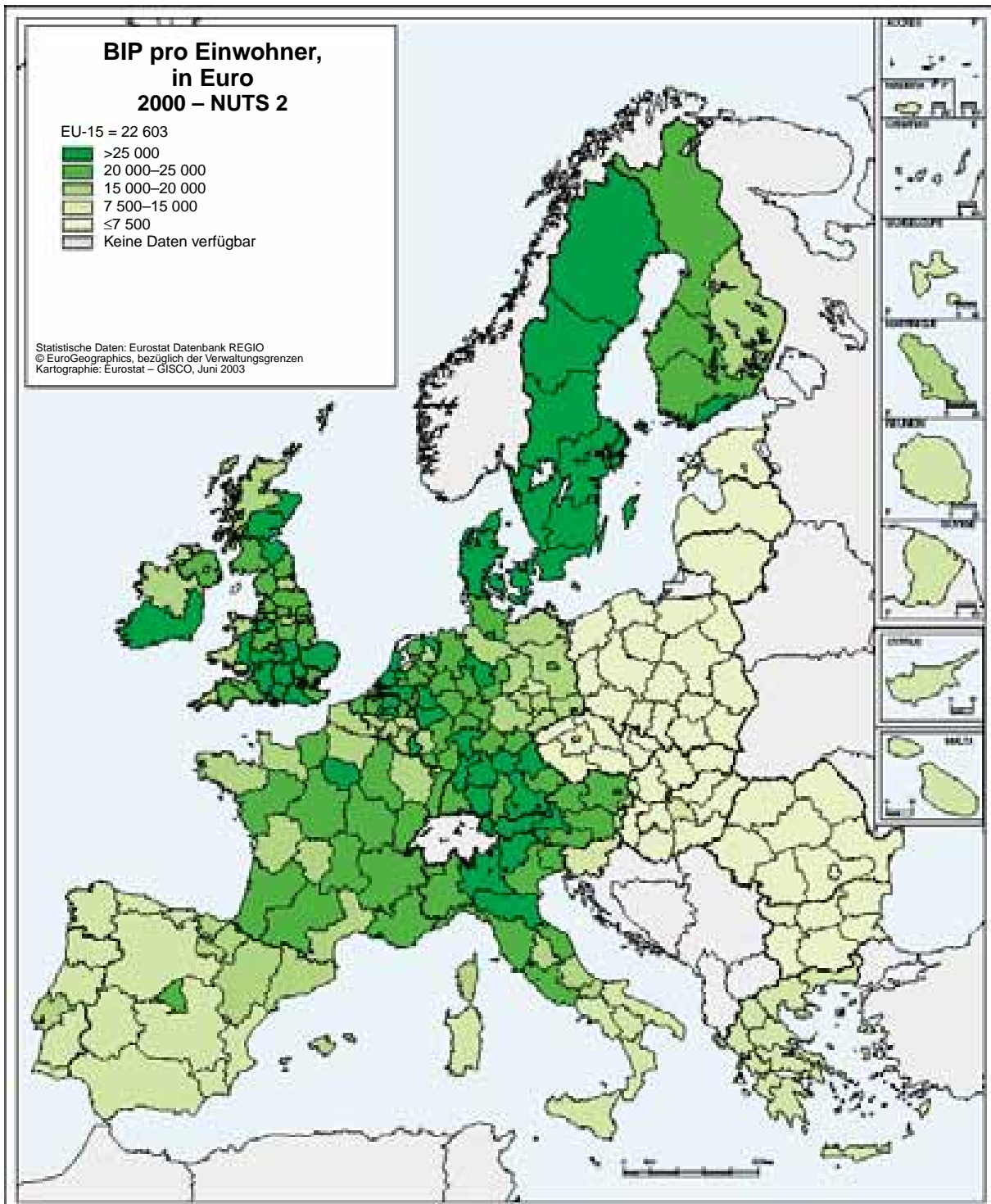
Schaubild 3.1 — Wert des BIP in KKS, wenn BIP in Euro = 100



NB: Für Malta sind für 2000 keine KKS-Daten erhältlich.

Ein Ranking der Regionen wird unterschiedlich ausfallen, wenn man in KKS statt in Euro rechnet. So liegt Slowenien mit einem BIP pro Kopf von 9 815 EUR deutlich vor der slowakischen Hauptstadtregion Bratislava, die 8 426 EUR verzeichnet. In KKS jedoch liegt Bratislava mit 22 134 KKS pro Kopf weit vor Slowenien, welches 15 183 KKS pro Kopf aufweist.

Von der Verteilung her gesehen führt die Verwendung von KKS statt Euro zu einer „Glättung“. Die Spannweite der NUTS-2-Regionen in Europa sinkt von über 60 000 auf ungefähr 50 000. Der Variationskoeffizient sinkt von 54,3 % im Fall von BIP in Euro auf 41,0 % im Fall von KKS.



Karte 3.1

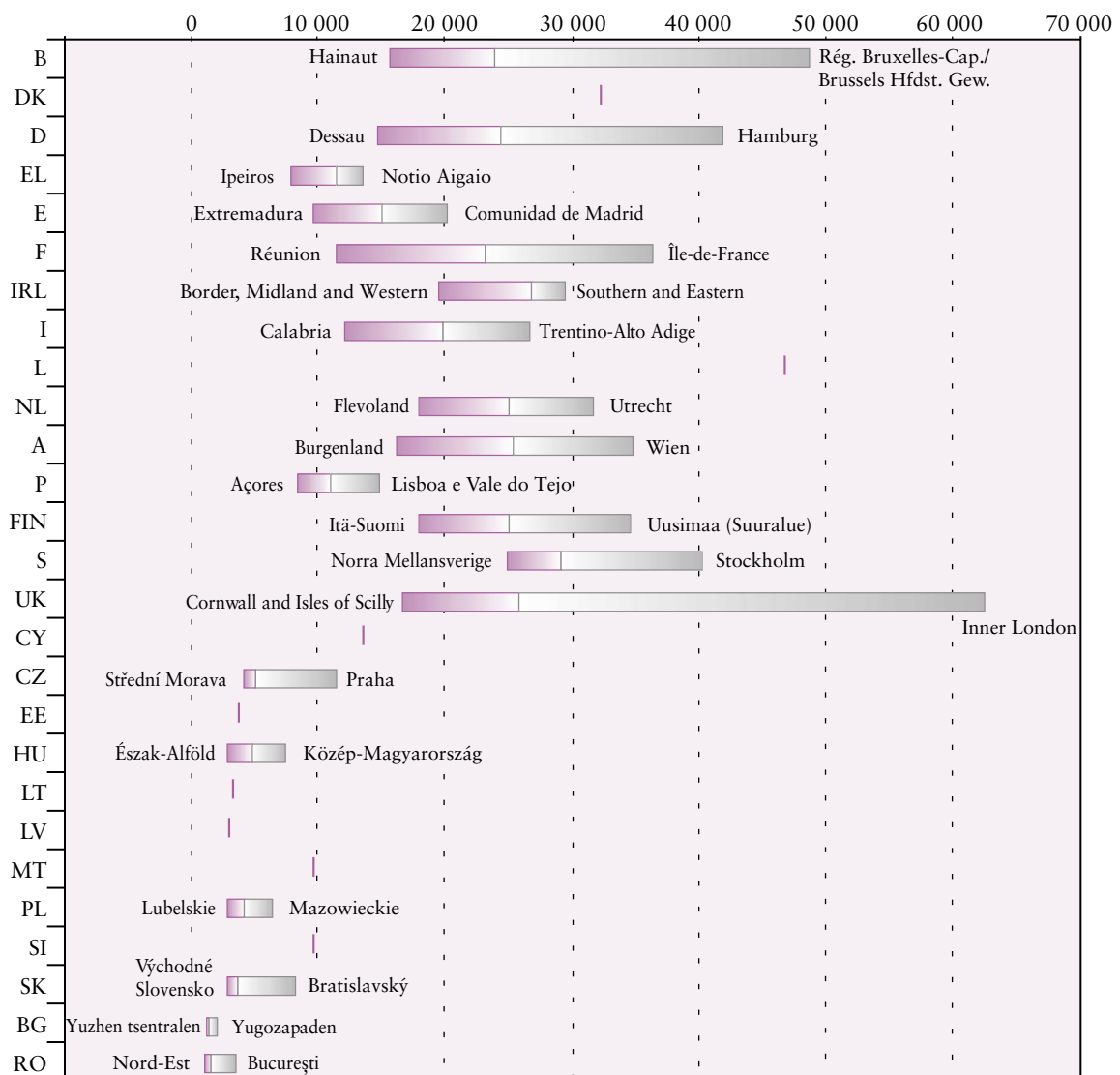
Das regionale BIP für das Jahr 2000 in Euro

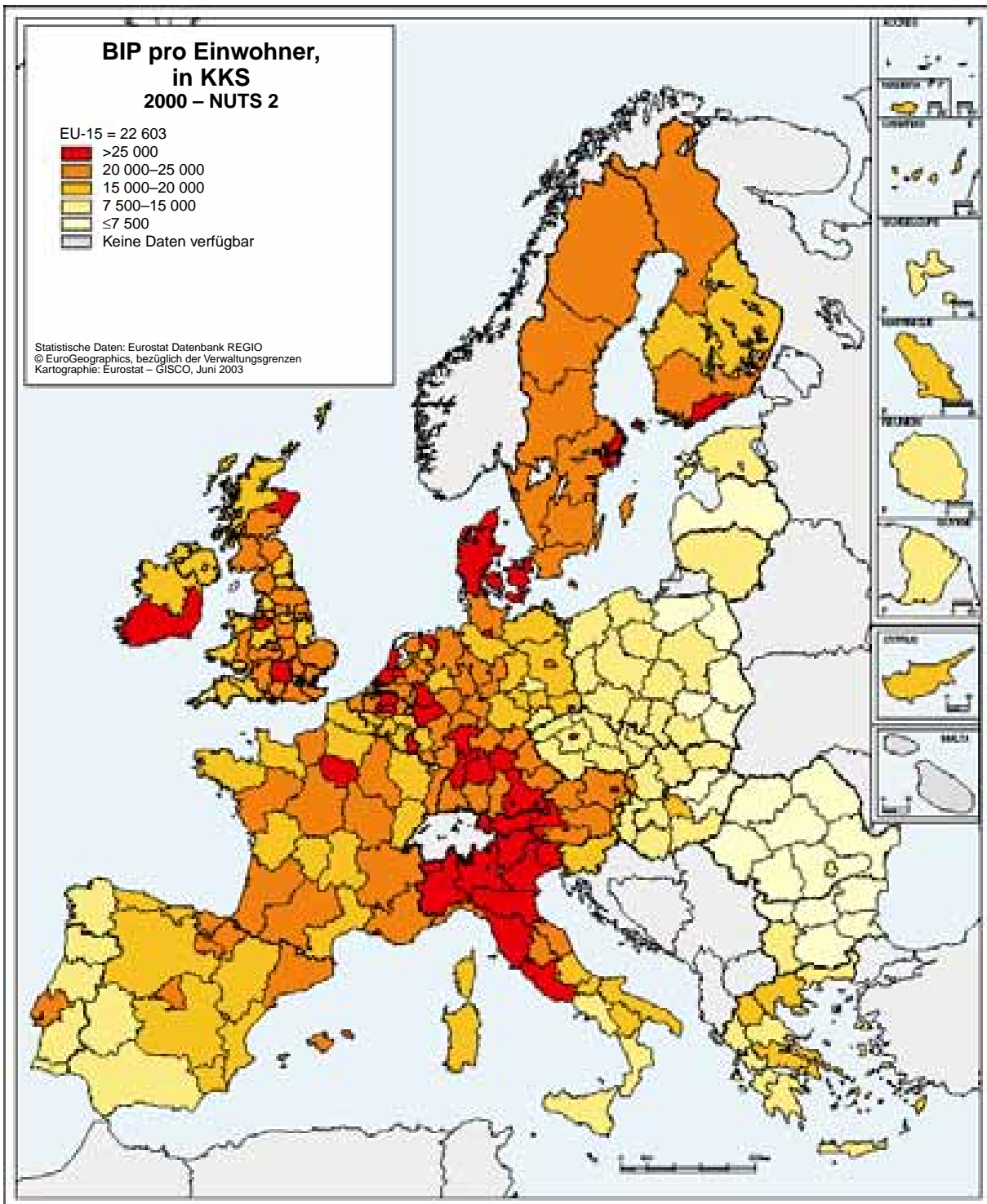
Die folgende Karte verdeutlicht die regionale Verteilung des BIP für die Europäische Union und die Beitrittsländer. Die Spannweite reicht von 1 251 EUR pro Kopf im Südosten Rumäniens bis hin zu 62 788 EUR pro Kopf in der britischen Hauptstadtregion Inner London. Brüssel und Luxemburg folgen auf Platz 2 und 3. Stockholm nimmt bereits den Platz 5 ein, während es in KKS gerechnet erst auf Platz 9 zu finden ist. Wesentlich deutlicher, wenn auch mit anderen Vorzeichen, wird das im Falle von Prag: In KKS findet sich die tschechische Hauptstadtregion auf Platz 29, während sie in Euro gerechnet den Platz 196 einnimmt.

Auch innerhalb der Länder gibt es bedeutende Unterschiede, wie die folgende Grafik zeigt. Die größten regionalen Differenzen zeigen sich im Vereinigten Königreich, wobei die Region Inner London eine herausgehobene Rolle spielt, da sie ein sehr hohes BIP pro Kopf zeigt. Dieser Wert kommt allerdings im Wesentlichen durch die Regionsabgrenzung und den daraus folgenden Pendlereffekt zustande. Nimmt man London aus der Betrachtung heraus, so ist die Spannweite des regionalen BIP eher durchschnittlich.

Werden diese Werte jetzt in KKS transformiert, so ergibt sich das folgende Bild der Regionen Europas in Bezug auf das BIP pro Kopf: Die Spannweite der Werte vermindert sich, d. h. der Unterschied zwischen den Regionen erscheint in Geldeinheiten größer als im Fall eines Volumenvergleichs. Die Karte 3.2 zeigt auch nochmals deutlich die herausgehobene Stellung der Hauptstadtregion. Lissabon und Madrid, Brüssel und

Schaubild 3.2 — Bruttoinlandsprodukt, NUTS-Niveau 2, Referenzjahr 2000, in Mio. EUR pro Kopf





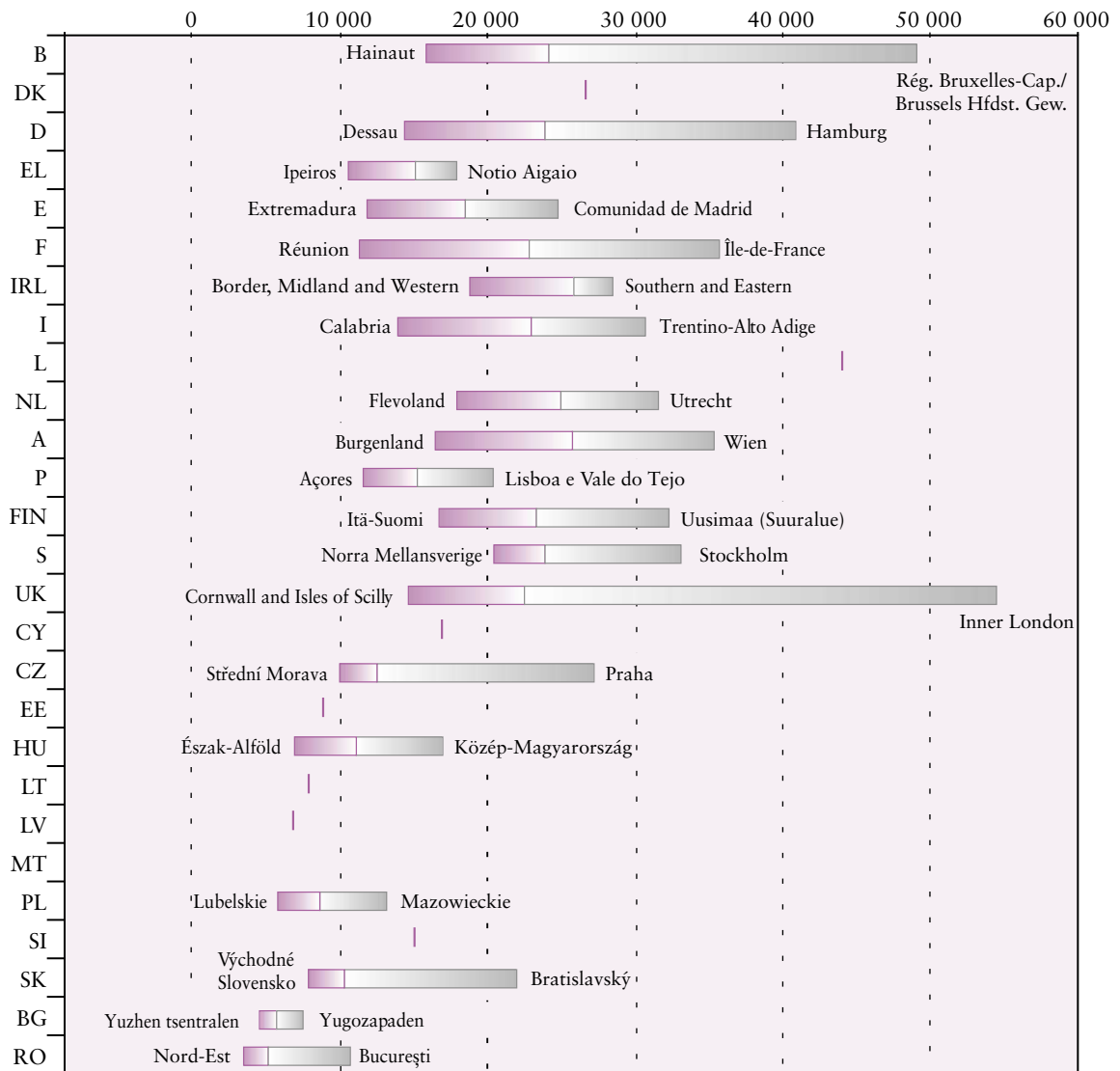
Karte 3.2

London, Berlin und Prag, Bratislava und Budapest sowie Sofia und Stockholm sind deutlich zu erkennen.

Der Vollständigkeit halber findet sich auch noch die Darstellung der regionalen Disparitäten auf Ebene der einzelnen Länder, wenn das BIP in KKS ausgedrückt wird. Gegenwärtig ist das regionale BIP pro Kopf in KKS die zentrale Variable zur

Festlegung europäischer Strukturpolitik. Regionen, die unterhalb eines gewissen Grenzwertes liegen, sind förderwürdig nach der „Ziel 1“-Förderung. Daher ist diese Variable immer von großem Interesse. Interessanterweise beruht ein großer Teil der Förderung von Regionen auf dem Konzept der KKS, die Beiträge der Mitgliedstaaten hingegen werden aufgrund von Zahlen in nationaler Währung bzw. in Euro festlegt.

Schaubild 3.3 — Bruttoinlandsprodukt, NUTS Niveau 2, Referenzjahr 2000, in Mio. KKS pro Kopf



R E G I O N A L E S B R U T T O I N L A N D S P R O D U K T



Einleitung

Die Arbeitslosigkeit ist eines der zentralen Probleme Europas. Es geht dabei nicht nur um brachliegende Kapazitäten des Produktionsfaktors Arbeit, sondern Arbeitslosigkeit bringt in der Regel große gesellschaftliche Verwerfungen mit sich. Dabei spielt die menschliche Komponente eine wichtige Rolle. Arbeitslosigkeit geht oft einher mit sozialer Ausgrenzung oder mündet für die Betroffenen in Depressionen. Zusätzlich wirft sie immense Probleme für die Sozialsysteme der Länder auf. Kranken- und Rentenversicherung verlieren Beitragszahler und geraten in finanzielle Schieflage. Regierungen geraten unter Reformdruck, den es so bei Vollbeschäftigung nicht gegeben hätte.

Die Arbeitslosenquoten sind als der Anteil von Arbeitslosen an den gesamten Arbeitskräften einer Region definiert. Sowohl Zähler als auch Nenner dieser Rate werden im Wesentlichen gemäß den Empfehlungen der 13. internationalen Konferenz von Arbeitsstatistikern berechnet. Die regionalen Schätzungen basieren auf den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebungen der Gemeinschaft (AKE) auf nationaler Ebene, die so angepasst werden, dass sie sich auf den April des betreffenden Jahres beziehen.

Um regionale Arbeitslosenquoten zu schätzen, werden Nenner (Arbeitskräfte) und Zähler (Arbeitslose) zuerst getrennt und für vier Untergruppen berechnet:

- Männer und Frauen getrennt im Alter von unter 25 Jahren;
- Männer und Frauen getrennt im Alter von über 25 Jahren.

Die Zahl der Arbeitslosen wird auf die Regionen entweder direkt auf der Grundlage der Ergebnisse des zweiten Quartals der Arbeitskräfteerhebungen aufgeteilt oder indem Informationen über registrierte Arbeitslose verwendet werden. In beiden Fällen beginnt man mit den Ergebnissen auf nationaler Ebene und teilt die Anzahl von Arbeitslosen über den verschiedenen Regionen proportional zu den regionalen Ergebnissen jener Erhebungen oder Zahlen für die registrierten Arbeitslosen auf.

Die Basis für die Regionalisierung der Arbeitskräfte hingegen ist bis hinunter auf die Ebene NUTS 2 das Ergebnis des zweiten Quartals der Arbeitskräfteerhebung. In Abhängigkeit von der Datensituation basiert die weitere Verteilung entweder ebenfalls auf den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebungen, auf Registern oder auf den letzten verfügbaren Volkszählungsergebnissen.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen wird direkt aus der Arbeitskräfteerhebung geschätzt, liegt aber

nur für das NUTS-Niveau 2 vor und ist weder nach Geschlecht noch nach Alter aufgeteilt.

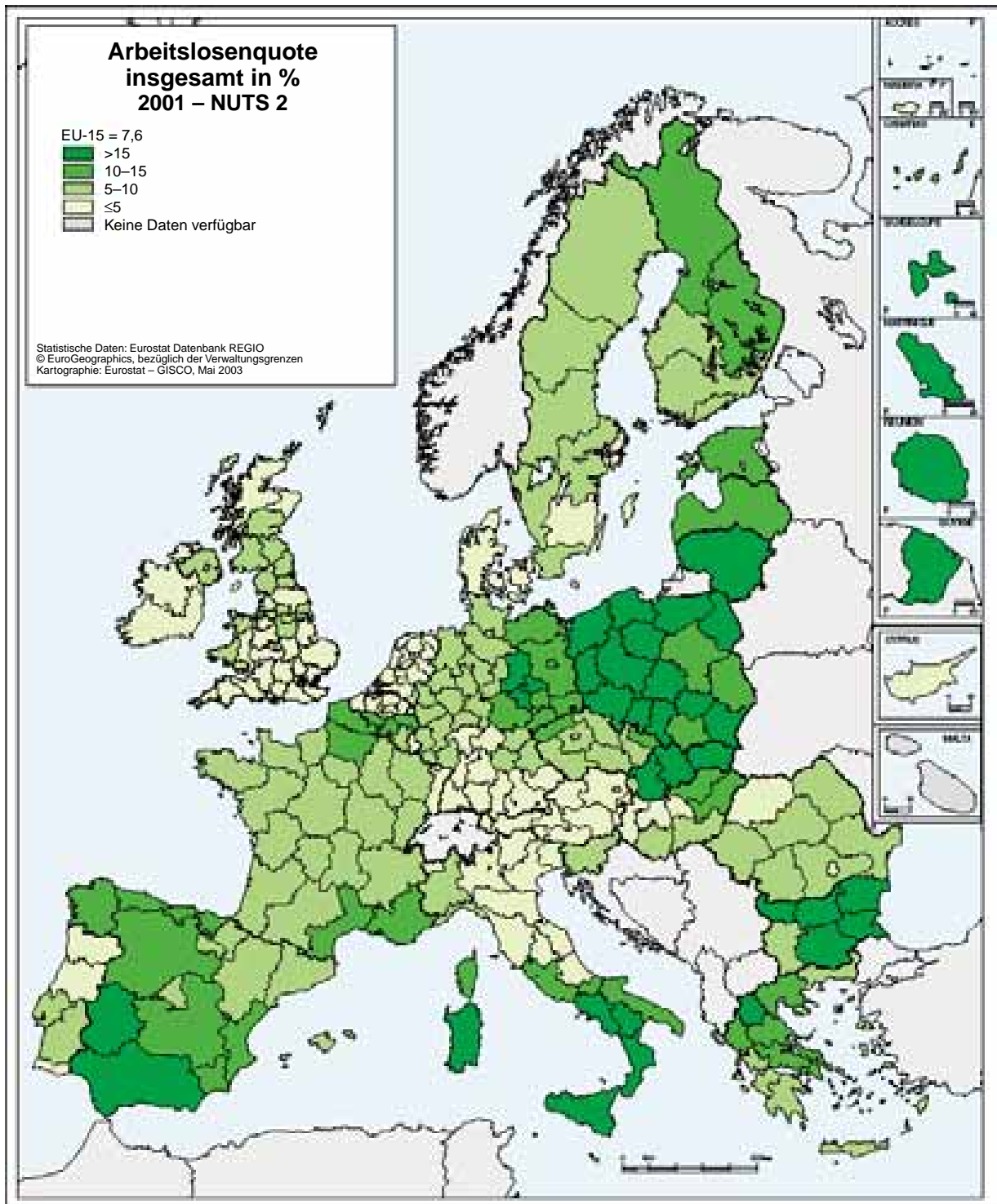
Die regionale Dimension der Gesamtarbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote schwankte im April 2001 in den NUTS-2-Regionen der Europäischen Union zwischen 1,2 % und 33,3 %, in den Kandidatenländern zwischen 2,0 % und 32,8 %. Noch stärkere Unterschiede gab es bei einer Untergliederung nach Männern und Frauen sowie dem Alter. So variierte die Arbeitslosenquote der Frauen zwischen 1,1 % und 36,4 % und die der unter 25-Jährigen zwischen 2,1 % und 59,9 %. Die Untergliederung nach Geschlecht zeigt, dass die Arbeitslosenquote der Frauen in den Kandidatenländern mit Werten zwischen 2,0 und 28,5 % weniger stark schwankt als in der Europäischen Union. Stärkere Unterschiede gab es hingegen bei den Raten der unter 25-Jährigen, die zwischen 3,0 % und 75,5 % lagen.

Die Arbeitslosenquote, d. h. das Verhältnis zwischen der Anzahl der Arbeitslosen und dem Umfang der Erwerbspersonen, betrug im April 2001 in der Europäischen Union 7,6 %. Von diesem Durchschnittswert gab es auf nationaler und insbesondere auf regionaler Ebene deutliche Abweichungen.

Beschränkt man die Betrachtung auf die NUTS-2-Regionen, dann schwankte die Arbeitslosenquote zwischen 1,2 % in der niederländischen Region Utrecht und 33,3 % in der französischen Region Réunion. Damit waren, bezogen auf jeweils 100 Erwerbspersonen, in Réunion etwa 27-mal so viele Personen arbeitslos wie in der Region Utrecht.

Von den betrachteten 265 Regionen wiesen im April 2001 immerhin 53 eine Arbeitslosenquote von höchstens 3,8 % auf und lagen damit mehr als 50 % unter dem EU-Durchschnitt von 7,6 %. Diese 53 NUTS-2-Regionen verteilten sich auf elf Mitgliedstaaten. Lediglich Griechenland, Spanien und Frankreich hatten keine NUTS-2-Region mit einer Arbeitslosenquote von unter oder höchstens 3,8 %. Dies gilt ebenfalls für Dänemark. Die Niederlande und das Vereinigte Königreich sind mit jeweils über zehn Regionen stark in dieser Gruppe vertreten, aus den Kandidatenländern finden sich lediglich drei Regionen in dieser Spitzengruppe, davon zwei in Ungarn und eine in der Tschechischen Republik. Das andere Extrem bildeten 16 Regionen aus Italien, Frankreich, Spanien und Deutschland mit einer Arbeitslosenquote von mehr als 15,2 % und damit mindestens



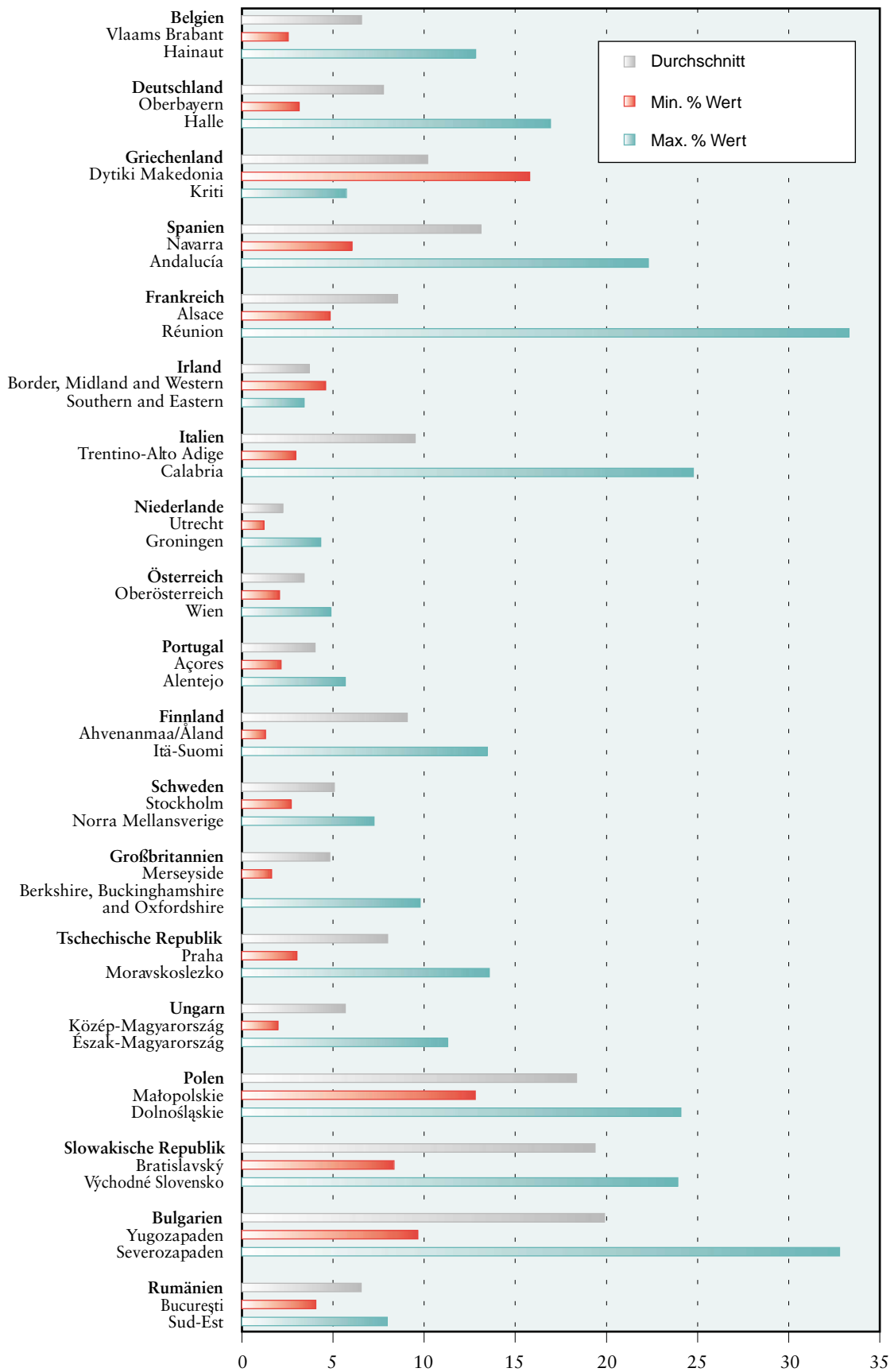
Karte 4.1

doppelt so hoch wie der Wert für die Europäische Union insgesamt.

Innerhalb der Länder sind ebenfalls deutliche Unterschiede in den Arbeitslosenraten zu beobachten. Schaubild 4.1 enthält die Regionen mit den jeweils niedrigsten und höchsten Arbeitslosenquoten im April 2001.

Offensichtlich gibt es einen gegenläufigen Trend in der Ländern der Europäischen Union und den MEBL. Während in den EU-Ländern die Arbeitslosenrate von 9,2 % im Jahr 1999 auf 8,3 % im Jahr 2000 fiel, steht sie im Jahr 2001 bei 7,6 %. Die MEBL sahen sich einer Rate von 10,4 % für 1999 und 12,5 % für 2000 gegenüber, im Jahr 2001 stieg die Rate schließlich auf 13,1 %.

Schaubild 4.1 — Arbeitslosenquote, absolut, NUTS-Niveau 2, 2001

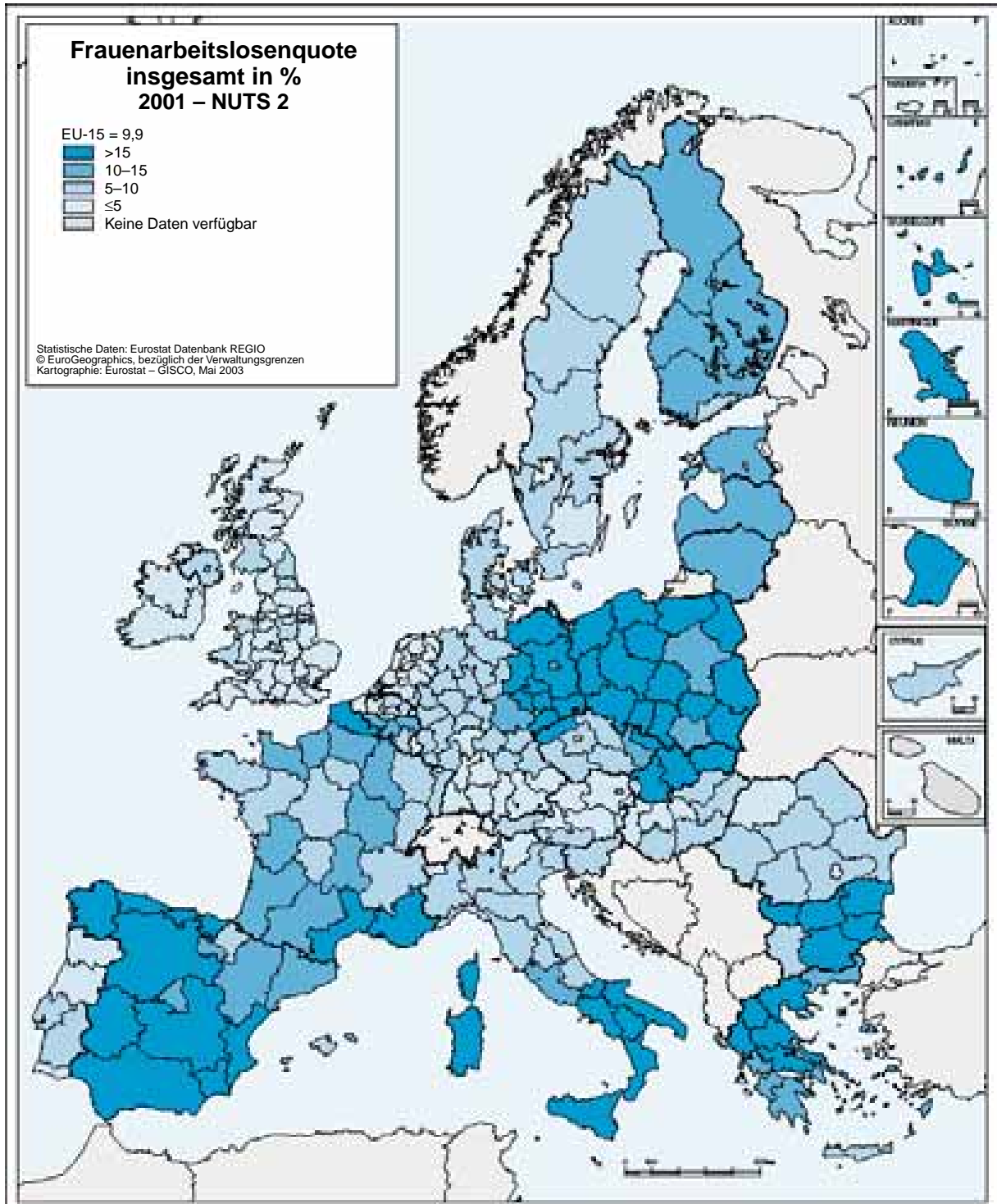


Frauen und der Arbeitsmarkt

In vielen Ländern Europas ist die soziale Lage der Geschlechter unterschiedlich. Daher bietet sich die Analyse der Frauenarbeitslosigkeit an.

Der Wertebereich der Frauenarbeitslosenquote in den Regionen Europas schwankte im April 2001 von 1,1 % bis 36,4 %. Die niedrigsten Werte von

1,1 % und 1,4 % verzeichneten die Regionen Utrecht (Niederlande) und Åland (Finnland). Die höchsten Werte verzeichnen die italienische Region Calabria (36,4 %), die spanischen Regionen Ceuta y Melilla (34,3 %) und Extremadura (34,1 %). Die Untergliederung der Arbeitslosenquote nach Geschlecht zeigt, dass die Frauenarbeitslosenquote in den Kandidatenländern ähnlich hoch ist wie die der Männer, d. h. zwischen 2,0 % für die ungarische Hauptstadtregion Közép-Magyarország und 28,5 % für die bulgarische

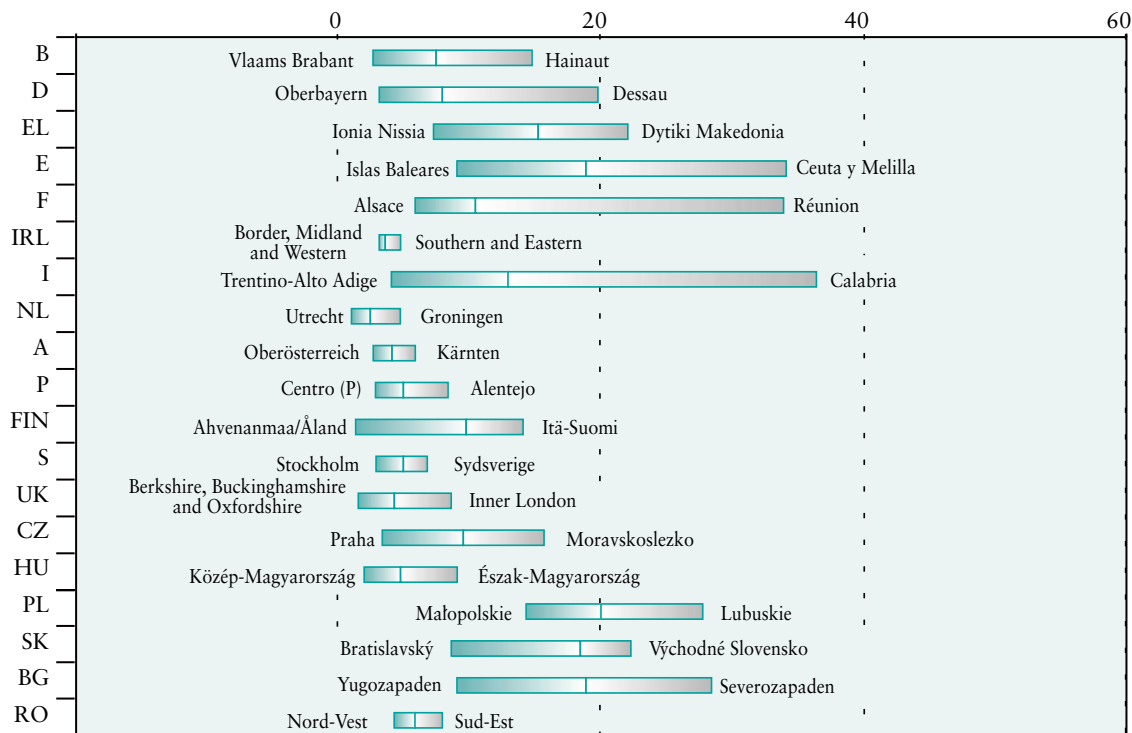


Karte 4.2

Region Severozapaden. Das könnte darauf hindeuten, dass die Rolle von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt der beitretenden Länder immer noch ausgeglichener ist als in der Europäischen Union.

Schaubild 4.2 gibt einen Überblick über die Regionen mit den jeweils niedrigsten und höchsten Arbeitslosenquoten für Frauen im April 2001.

Schaubild 4.2 — Arbeitslosenquote der Frauen, absolut, NUTS-Niveau 2, 2001



Jugendarbeitslosigkeit

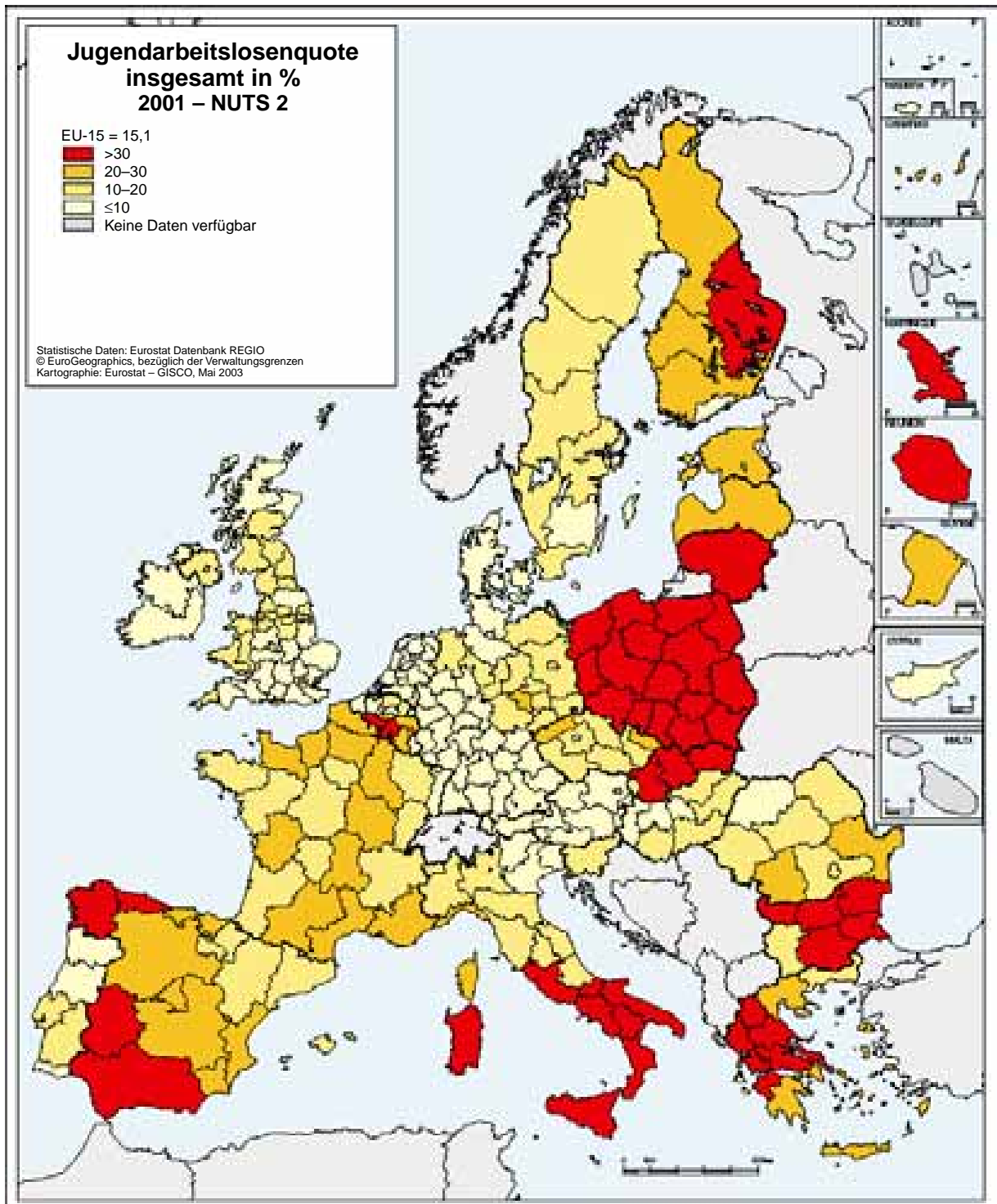
Eine andere Dimension der Arbeitslosigkeit betrifft die unter 25-Jährigen. Führt Arbeitslosigkeit im höheren Alter in vielen Fällen zu Depressionen oder sozialem Rückzug, so kann hohe Jugendarbeitslosigkeit zu starkem sozialem Unfrieden oder Gewalt führen. Geht man weiter davon aus, dass berufliche Erfahrung die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtert, so haben Personen, die bereits sehr früh in ihrem Leben arbeitslos wurden, noch geringere Chancen als andere.

In vielen der betrachteten Regionen ist die Jugendarbeitslosenquote von April 2000 auf April 2001 gesunken. Die stärksten Rückgänge waren in den italienischen Regionen Umbria mit 10,5 %, Liguria mit 9,7 % und Molise (9,5 %; den gleichen Wert findet man auch in Cantabria, Spanien) zu verzeichnen. Auffallend ist in diesem Zusammenhang die unterschiedliche Entwicklung in West- und Ostdeutschland. Während in allen Regionen Westdeutschlands die Raten sinken, nehmen sie in den Regionen der neuen Bundesländer stark zu. In

Polen kann man ebenfalls eine starke Zunahme der Jugendarbeitslosenquote beobachten. In Estland steigt die Jugendarbeitslosigkeit, obwohl die Gesamtrate zurückgeht.

Die regionalen Unterschiede bei der Jugendarbeitslosenquote, d. h. der Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen Erwerbspersonen, sind deutlich stärker als bei der Arbeitslosenquote insgesamt. Im April 2001 schwankten sie zwischen 2,1 % in der niederländischen Region Utrecht und 75,5 % in der bulgarischen Region Severozapaden. Die Zahlen für die niederländische Region Zeeland sind aufgrund geringer Stichprobengröße nicht zur Veröffentlichung geeignet. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass in dieser Region die Jugendarbeitslosigkeit besonders gering ist. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist daher Zeeland die Region mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

Auch bei der Jugendarbeitslosenquote gibt es eine ganze Reihe von Regionen, deren Quoten sich deutlich vom EU-Durchschnitt von 15,1 % unterscheiden. Immerhin lagen im April 2001 in 53 Regionen die Jugendarbeitslosenquoten unter der



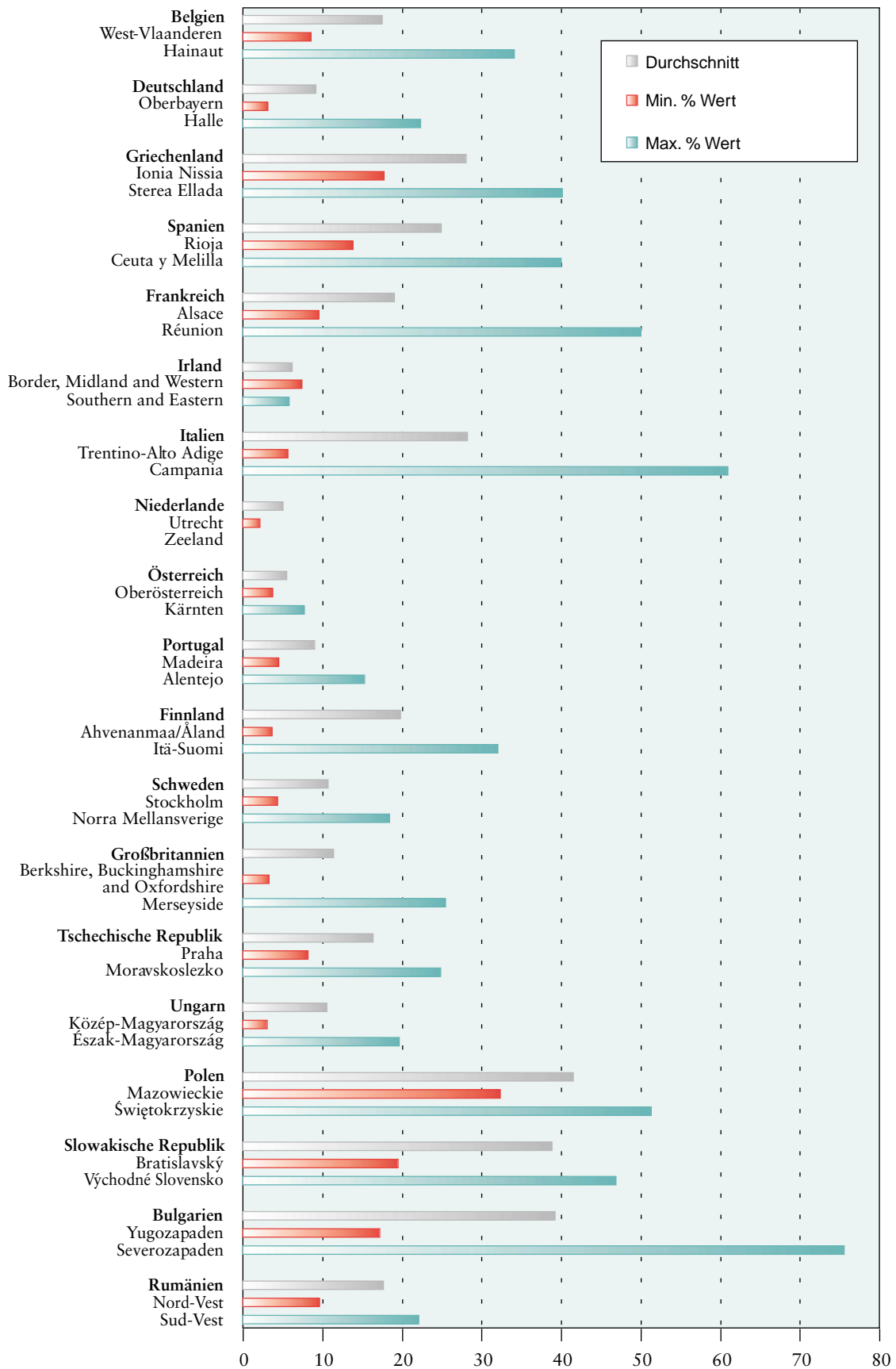
Karte 4.3

Hälfte des EU Durchschnitts, 48 Regionen hingegen wiesen eine Quote auf, die mehr als das Doppelte des Durchschnitts ausmachte.

Die 53 Regionen mit einer relativ niedrigen Jugendarbeitslosenquote waren vorwiegend in Nord- und Mitteleuropa: 17 in Deutschland, 7 im Vereinigten Königreich, 8 niederländische Regionen und 8 österreichische Regionen. Der Rest verteilt sich auf Ungarn, Italien, Irland,

Luxemburg, Portugal, Finnland und Schweden. In Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit muss jedoch angeführt werden, dass es wesentliche Unterschiede im Ausbildungssystem gibt. Dies mag die relativ zur Gesamtzahl geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland erklären; viele Jugendliche, die sonst arbeitslos wären, haben die Möglichkeit zur schulischen oder außerschulischen Ausbildung und tauchen daher nicht in den Arbeitslosenstatistiken auf.

Schaubild 4.3 — Jugendarbeitslosenquote, absolut, NUTS-Niveau 2, 2001

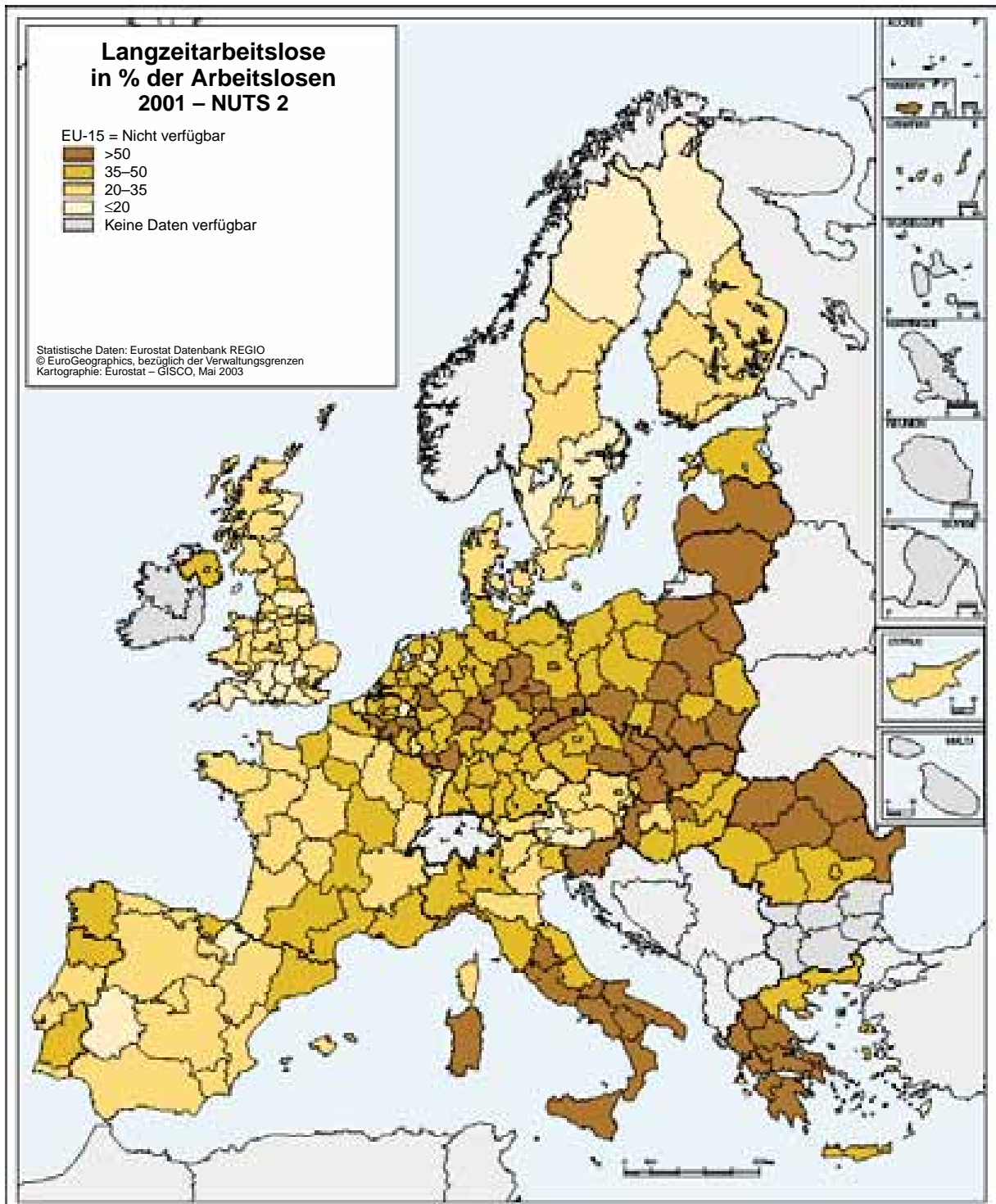


Die 48 Regionen mit besonders hohen Quoten befanden sich demgegenüber im Mittelmeerraum, im Wesentlichen in Spanien, Italien und Griechenland, sowie in den französischen Überseedepartements. Polen ist mit allen 16 Woiwodschaften vertreten. Hohe Jugendarbeitslosigkeit gibt es ebenfalls in der Slowakei, Litauen und Bulgarien.

Schaubild 4.3 enthält die Regionen mit den höchsten bzw. niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten im April 2001.

Das Problem der Langzeitarbeitslosen

Es macht einen wesentlichen Unterschied, ob Arbeitnehmer im Zuge einer normalen Umstrukturierung der Wirtschaft kurzfristig arbeitslos sind oder ob diese Arbeitslosigkeit länger andauert. „Länger“ wird in der Regel als „länger als ein Jahr“ definiert. Ist es nicht möglich,



Karte 4.4

Personen während eines Jahres wieder in Arbeit zu bringen, so liegt ein strukturelles Problem vor, welches entweder beim Arbeitnehmer zu suchen ist oder durch strukturelle Defizite in der Branchen- oder Regionalstruktur zu erklären ist.

Damit der Effekt von länger andauernder Arbeitslosigkeit separat dargestellt werden kann und auch Vergleichbarkeit der Ergebnisse von Regionen gewährleistet ist, wird im Folgenden der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den gesamten Arbeitslosen betrachtet. Es kann ja sein, dass trotz hoher Arbeitslosigkeit insgesamt der Anteil der Langzeitarbeitslosen gering ist. In so einem Fall gibt es viele Sucharbeitslose und konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit, das strukturelle Problem ist jedoch gering. Andererseits kann es sein, dass in einem Land von den wenigen Arbeitslosen ein hoher Prozentsatz längerfristig arbeitslos ist. So ein Fall lässt dann auf ein strukturelles Problem schließen.

Karte 4.4 zeigt diesen Anteil. Es fällt auf, dass im Gegensatz zu den vorigen Karten, die ein Problem eher an der Peripherie anzeigten, bei den Langzeitarbeitslosen ein großes Problem im Osten Europas besteht. Das zieht sich über Griechenland nach Süditalien. Auffallend ist auch, dass sich eine Schneise hoher Zahlen von Langzeitarbeitslosen quer durch die Mitte Deutschlands bis hin nach Belgien zieht. Der häufig zu beobachtende Gegensatz von West- und Ostdeutschland scheint hier aufgelöst zu sein. Allerdings ist auch klar, dass es in den neuen Bundesländern Deutschlands so genannte „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)“ gibt, die möglicherweise die Anzahl von Langzeitarbeitslosen verringert.

Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit liegen für 253 Regionen vor. 23 davon haben einen Anteil von Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen von unter 20 %. Davon befinden sich allein zehn im Vereinigten Königreich und vier in Schweden. Der Rest verteilt sich auf Belgien, Spanien, Österreich, Italien, Griechenland und Finnland. Auch im Bereich von unter 30 % ist lediglich Zypern aus den Kandidatenländern zu finden. Am anderen Ende der Skala liegen 46 Regionen zwischen 50 % und 60 %, 17 sogar darüber. Allein acht von den 17 finden sich in Italien, drei in Griechenland und jeweils eine in Belgien, Deutschland, Polen, Portugal, Slowenien und der Slowakei. Diese Aufzählung ist eingeschränkt aussagefähig, da keine Daten aus den französischen Überseedepartements sowie aus Bulgarien vorliegen.

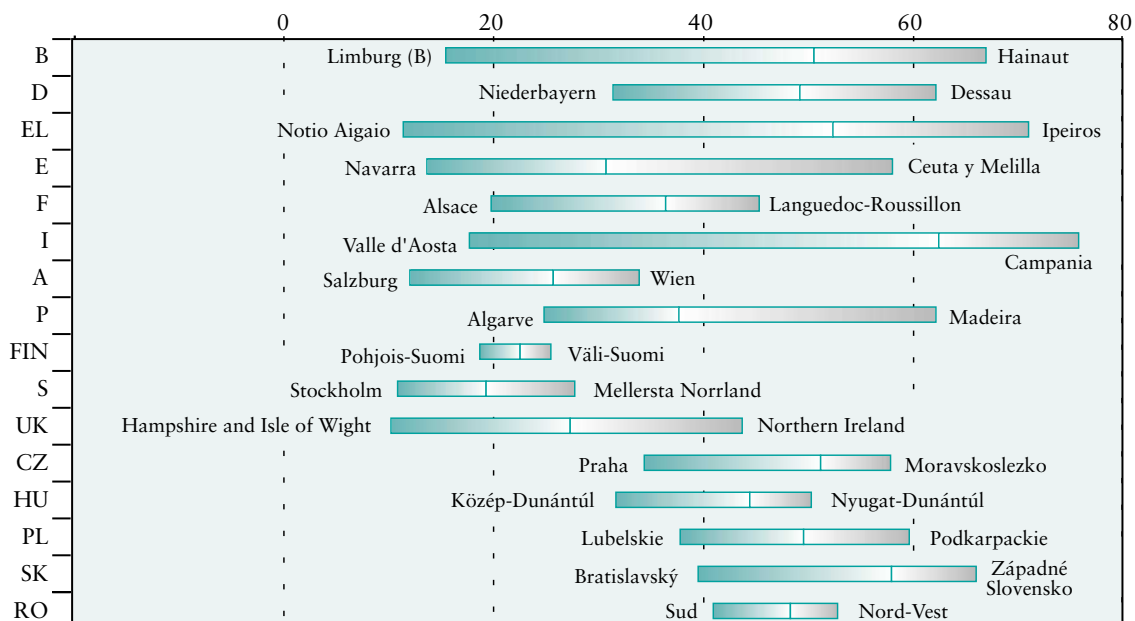
Schaubild 4.4 verdeutlicht die Verteilung innerhalb der Länder.

Revision der Methodologie

Im Jahre 2003 wird es eine Reform der regionalen Arbeitslosenquoten geben. Der Blickpunkt wird von Ergebnissen des zweiten Quartals auf jährliche Durchschnitte wechseln.

Im Rahmen eines großen Qualitätsprojekts bezüglich regionaler Indikatoren rief Eurostat eine Task Force ins Leben mit der Aufgabe, die Methodologie zur Schätzung regionaler Arbeitslosenquoten im Detail zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren. Diese Task Force präsentierte

Schaubild 4.4 — Langzeitarbeitslose, als Prozent der Arbeitslosen, NUTS-Niveau 2, 2001



Empfehlungen für ein revidiertes Konzept zur Berechnung regionaler Arbeitslosenquoten. Diese Empfehlungen sind in den relevanten Eurostat-Arbeitsgruppen zwischen Eurostat und den Mitgliedstaaten diskutiert worden. Diese Arbeitsgruppen gaben Eurostat den Auftrag, die neuen Regeln zu implementieren, sobald die dazu notwendigen Daten verfügbar werden.

Um dieses neue Verfahren zu verstehen, sind einige Hintergrundinformationen notwendig: Die Gemeinschaftliche Arbeitskräfteerhebung (AKE) ist eine der Hauptkomponenten für die Berechnung. Viele Jahre waren Daten aus der AKE nur für das zweite Quartal verfügbar. Große Anstrengungen wurden von den Mitgliedstaaten unternommen, um diese Situation zu ändern. Gegenwärtig können fast alle Länder Daten für alle vier Quartale bereitstellen. Da regionale Informationen nur einmal jährlich veröffentlicht werden, wäre es schade, diese neuen Informationen nicht zu berücksichtigen; insbesondere aufgrund der Tatsache, dass jährliche Durchschnitte die statistische Zuverlässigkeit auf regionaler Ebene erhöhen. Diese neue Methodologie ist teilweise schon für Kandidatenländer angewendet worden.

Die neue Methodik ist einfacher und transparenter als die alte. Bis hinunter auf das NUTS-Niveau 2 werden ausschließlich Jahresdurchschnittsdaten aus der AKE verwendet, das gilt

sowohl für die Anzahl der Arbeitslosen als auch für die Erwerbsbevölkerung.

Der nächste Schritt ist die Festlegung der Regionalstrukturen unterhalb der Ebene NUTS 2. Für einige Länder sind die Ergebnisse der AKE auf der NUTS-Ebene 3 nicht mehr verlässlich genug, für andere sehr wohl. Einige Länder haben neue Volkszählungsergebnisse, andere verzichten völlig auf eine Volkszählung. Wieder andere haben mehr oder weniger verlässliche Register. Die Festlegung der Struktur wird in Abhängigkeit von der Datensituation in enger Zusammenarbeit zwischen Eurostat und den jeweiligen nationalen statistischen Ämtern getroffen.

Arbeitslosenzahlen und Erwerbspersonen werden unterteilt entweder direkt auf der Grundlage der zuverlässigen AKE auf die Regionen verteilt, oder es gibt die Option, anstatt des Jahresdurchschnitts einen Drei-Jahres-Durchschnitt zu verwenden. Auch kann man Informationen von registrierten Arbeitslosen verwenden. Die genannten Volkszählungsergebnisse können ebenfalls als Informationsquelle dienen.

Regionale Arbeitslosenquoten, welche auf dieser neuen Methodik beruhen, werden zum ersten Mal im Oktober 2003 veröffentlicht.



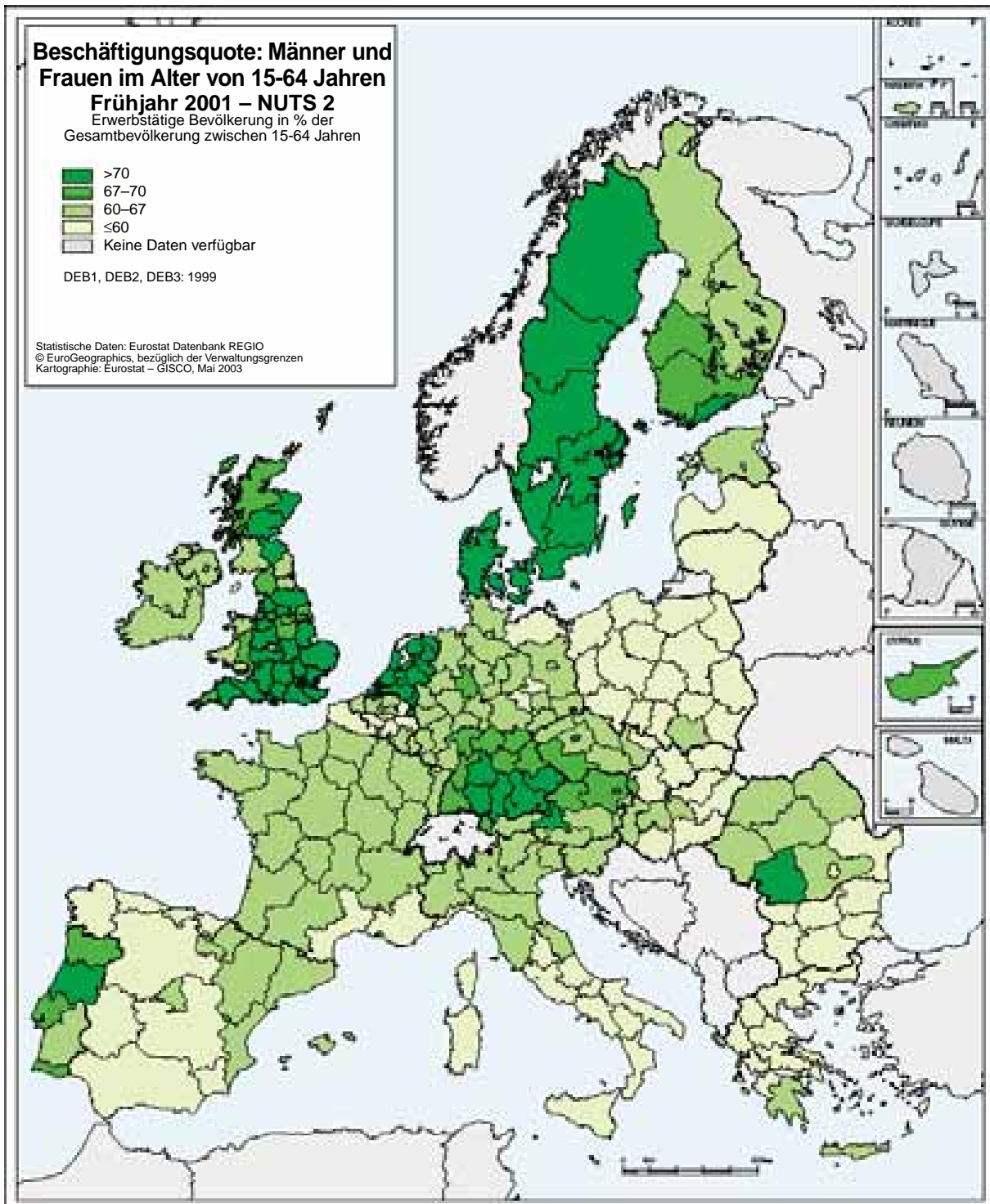


Die Erwerbstätigenquote der gesamten Bevölkerung

Die Europäische Beschäftigungsstrategie, die 1997 auf dem europäischen Beschäftigungsgipfel

in Luxemburg eingeführt wurde, steht vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit. Im Jahr 2000 aktualisierte der Europäische Rat in Lissabon die Prioritäten der Strategie und legte als Ziel die Vollbeschäftigung fest, definierte mittelfristige Beschäftigungsziele und bettete die Strategie in einen breiteren Rahmen der politischen Koordination ein.

Im Frühjahr 2000 wurde auf dem Gipfel von Lissabon als Ziel festgelegt, bis zum Jahr 2010 eine Erwerbstätigenquote in der Nähe der 70-Prozent-



Karte 5.1

Marke für die gesamte Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren zu erreichen. Im März 2001 definierte der Europäische Rat in Stockholm als Etappenziel für 2005 eine Erwerbstätigenquote von 67 % für die Gesamtbevölkerung.

Fünf Jahre nach der Einführung dieser europäischen Beschäftigungsstrategie ist generell ein deutlicher Anstieg der Erwerbstätigenquote in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu beobachten, wobei allerdings Unterschiede zwischen den Regionen bestehen. Es ist jedoch schwierig festzustellen, welchen Anteil die Einführung der europäischen Beschäftigungsstrategie an der globalen Verbesserung der Beschäftigungssituation in der Union in den letzten fünf Jahren hat und welcher Anteil auf die Verbesserung der Wirtschaftslage zurückzuführen ist.

Die Erwerbstätigenquote der Gesamtbevölkerung in der Altersgruppe 15 bis 64 Jahre liegt zwischen 40,7 % (Campania, Italien) und 80,7 % (Åland, Finnland). Die Karte 5.1 zeigt für das Jahr 2001 eine über der Zielvorgabe für 2005 (67 %) liegende Quote in Dänemark, in den meisten Regionen Österreichs, Portugals, Finnlands und des Vereinigten Königreichs, in allen Regionen der Niederlande und Schwedens sowie im Süden Deutschlands (Baden-Württemberg und Bayern).

In den Beitrittsländern sieht die Situation weniger günstig aus: Nur Zypern, Prag und Jihozápad in der Tschechischen Republik, der Südwesten Rumäniens und Bratislava in der Slowakei erreichten eine Quote von über 67 %.

Die größten Erfolge in Bezug auf die Erwerbstätigenquote waren in den letzten fünf Jahren in folgenden Ländern zu verzeichnen: in Spanien (eine Verbesserung von mehr als sechs Prozentpunkten in allen Regionen, fast elf Punkte in der Comunidad de Madrid), in den beiden Regionen Irlands (sechs und neun Punkte), in Frankreich (fünf Punkte in den Regionen Basse-Normandie und Lorraine), in Italien (über fünf Punkte in den Regionen Piemonte, Liguria, Toscana und Umbria), in fast allen Regionen der Niederlande und Portugals, im Norden Finnlands, im Norden und der Mitte Schwedens, in South Yorkshire und East Anglia im Vereinigten Königreich.

Allerdings ist die Erwerbstätigenquote in einigen Regionen zwar nicht zurückgegangen, jedoch weniger drastisch gestiegen. Dazu gehören Dänemark, in Deutschland die Regionen Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Lüneburg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen, ganz Griechenland (mit Ausnahme von Attiki) und Österreich sowie die meisten Regionen des Vereinigten Königreichs.

Die Erwerbstätigenquote der Frauen

Die in Lissabon und Stockholm für die Erwerbstätigenquote der Frauen festgelegten Ziele liegen bei 57 % für 2005 und 60 % für 2010.

Die Erwerbstätigenquote der Frauen steigt schneller an als die Erwerbstätigenquote der Gesamtbevölkerung. Laut einer Untersuchung der Veränderungen, die im Zeitraum zwischen 1997 und 2001 eingetreten sind, haben die Frauen am meisten zu dem globalen Anstieg der Erwerbstätigenquote beigetragen, wenngleich es mehrere Hauptursachen für diesen Anstieg gibt.

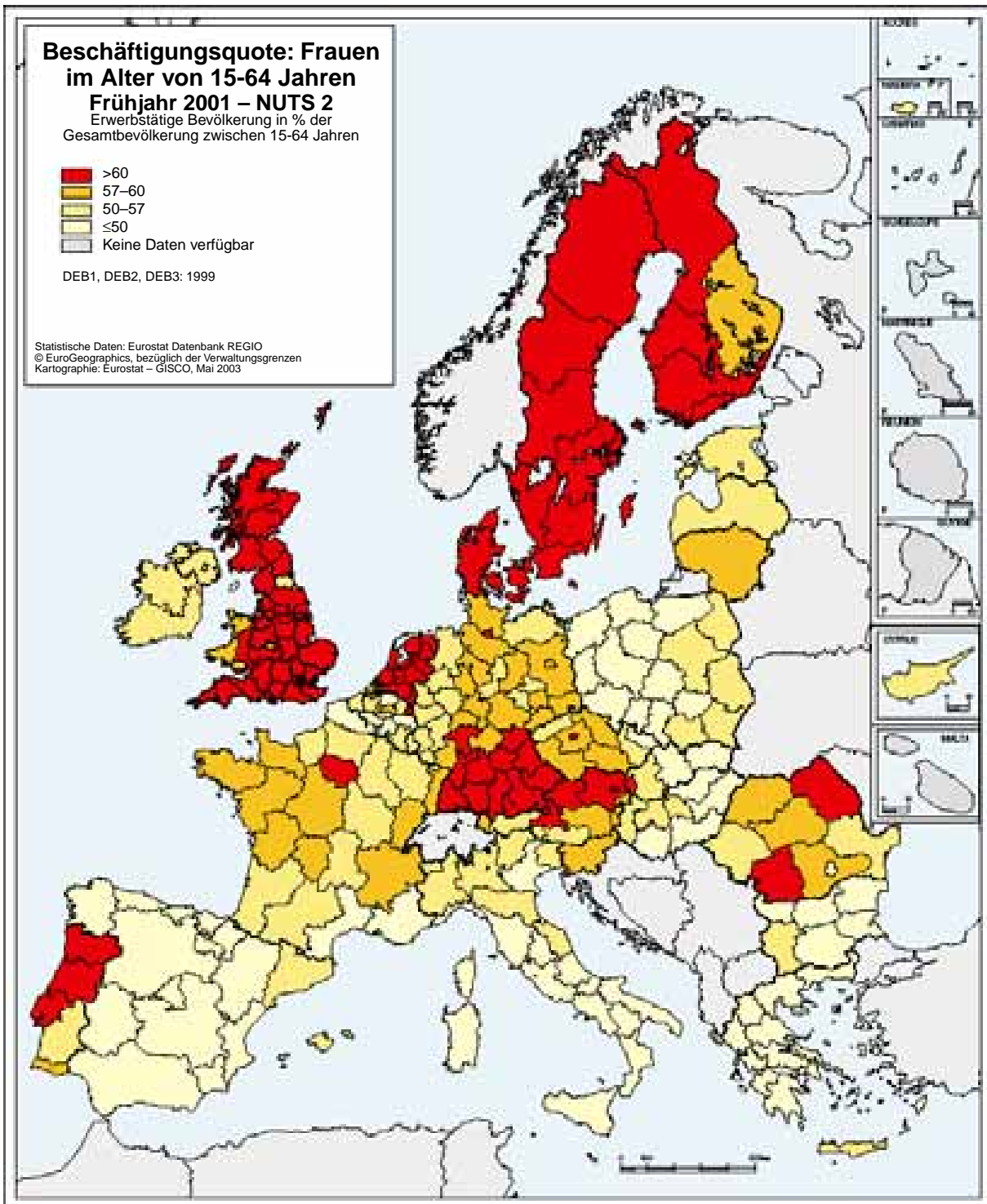
Ein Vergleich der Karten 5.1 und 5.2 zeigt, dass das für 2005 vorgegebene Ziel für die Erwerbstätigenquote der Frauen im Jahr 2001 in mehr Regionen erreicht wird als das für die gesamte Erwerbstätigenquote festgelegte Ziel. Dies gilt insbesondere für bestimmte Regionen Frankreichs, Deutschlands, Finnlands und des Vereinigten Königreichs. Unter den Beitrittsländern weisen Estland, Lettland, Slowenien, ein Teil Rumäniens und die Tschechische Republik ebenfalls eine Erwerbstätigenquote der Frauen von über 57 % auf.

Sehr häufig geht diese hohe Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben Hand in Hand mit hohen Prozentsätzen von Frauen in Teilzeitbeschäftigungen, die es ihnen ermöglichen, den Anforderungen von Beruf und Familie gleichermaßen gerecht zu werden. Dies trifft allerdings nicht für Portugal und Finnland zu, wo weniger als ein Fünftel der Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht. Auch in den Beitrittsländern ist Teilzeitarbeit eher selten.

Die meisten Regionen Spaniens und Griechenlands sowie der Süden Italiens und Frankreichs weisen Quoten von weniger als 50 % auf.

Seit 1997 hat sich innerhalb der Europäischen Union der Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote der Männer und der Frauen um fast zwei Prozentpunkte verringert. Dennoch gibt es weiterhin große regionale Unterschiede. Diese lagen in nahezu allen Regionen Spaniens, Griechenlands und Süditaliens bei über 25 Prozentpunkten.

Unterschiede von weniger als zehn Prozentpunkten sind vor allem in den Ländern im Norden und Osten der Union zu verzeichnen. Dies gilt für Dänemark, einige Regionen des Vereinigten Königreichs (Northumberland, Tyne and Wear, Greater Manchester, South Yorkshire, Devon und Eastern Scotland), praktisch alle Regionen Finnlands und Schwedens (wo die Erwerbstätigen-



Karte 5.2

quote der Frauen mitunter sogar höher liegt als die der Männer), aber auch für Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt (früher Teil der DDR) und für die meisten Regionen der Beitrittsländer mit Ausnahme von Zypern, Ungarn und der Tschechischen Republik.

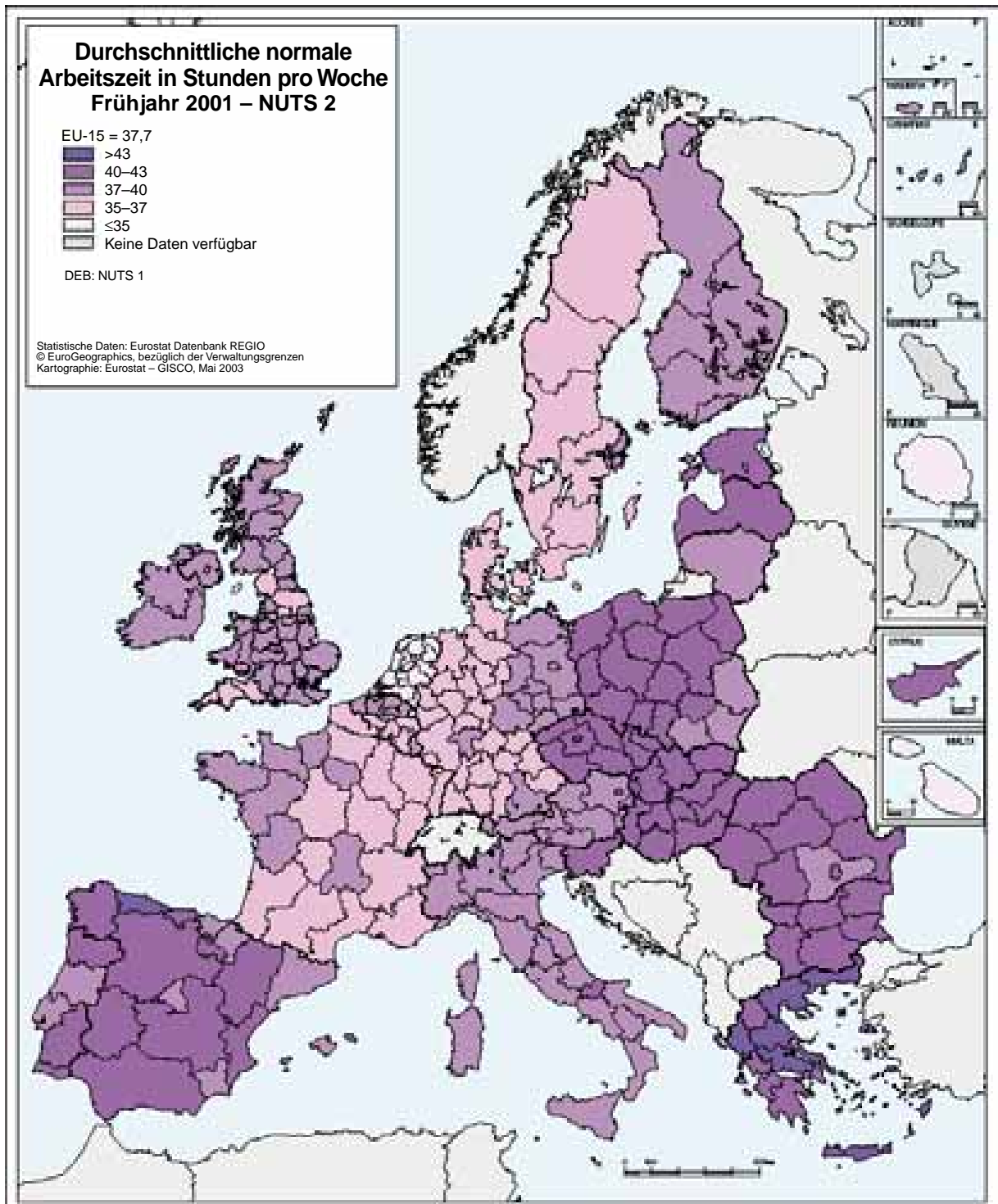
Die Unterschiede zwischen der Beteiligung der Männer und der Frauen am Erwerbsleben sind in der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren relativ

schwach ausgeprägt, vergrößern sich jedoch ab 25 mit zunehmendem Alter in allen Ländern rapide. In Belgien, in den meisten Regionen Deutschlands, in Griechenland, Spanien, Irland, Italien, Luxemburg, in den Niederlanden, in Portugal, Zypern und Rumänien vergrößert sich der Abstand im weiteren Verlauf des Erwerbslebens, weil die Frauen aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden, vermutlich, um ihren familiären Verpflichtungen nachzukommen.

In Frankreich, Finnland, Schweden, in Bremen, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in Deutschland und in allen oben nicht genannten Beitrittsländern ist eine Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit ab dem Alter von 35 zu beobachten. In der Altersgruppe zwischen 55 und 64 Jahren weisen einige Länder außerdem große Unterschiede zwischen der Erwerbstätigenquote der Frauen und der Männer auf, was auf ein niedrigeres Renteneintrittsalter der Frauen zurückzuführen ist.

Die durchschnittliche Arbeitszeit

Die durchschnittliche Arbeitszeit, die in Karte 5.3 dargestellt ist, entspricht der Anzahl von Arbeitsstunden, die normalerweise von einer Person geleistet werden. Sie umfasst alle Stunden, auch die (bezahlten und unbezahlten) Überstunden, die in der Regel je Arbeitnehmer geleistet werden.



Karte 5.3

Nicht eingeschlossen sind darin die Zeiten für den Weg vom Wohnsitz zur Arbeitsstelle und die Pausen.

In allen Regionen der Niederlande beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit weniger als 32 Stunden, weil ein großer Prozentsatz der Erwerbstätigen teilzeitbeschäftigt ist. Im Gegensatz dazu ist Teilzeitarbeit in Griechenland nahezu nicht existent (4,1 % aller Erwerbstätigen), so dass in den meisten Regionen die durchschnittliche Arbeitszeit bei über 42 Stunden liegt, insbesondere in Notio Aigaiio und Anatoliki Make-donia, Thraki (durchschnittlich 46 Stunden). In diesen Regionen ist ein erheblicher Teil der Bevölkerung im Gastgewerbe (erstgenannte Region) und in der Landwirtschaft (zweitgenannte Region) beschäftigt.

Der Wirtschaftszweig, der berufliche Status (Arbeitgeber, Selbstständiger/Angestellter) und die Häufigkeit von Teilzeitarbeit sind bestimmende Faktoren für die Arbeitszeit. So weisen die Regionen, in denen ein großer Teil der Erwerbstätigen im Hotelgewerbe oder in der Landwirtschaft arbeitet, im Durchschnitt höhere Wochenarbeitszeiten auf, ebenso wie die Regionen, in denen der Prozentsatz der Arbeitgeber und Selbstständigen hoch ist.

In allen Ländern und Regionen ist die durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen niedriger als die der Männer. Dies erklärt sich z. T. daraus, dass Frauen häufiger Teilzeitbeschäftigungen ausüben als Männer, aber auch damit, dass sie größtenteils im Dienstleistungssektor arbeiten, wo kürzere Arbeitszeiten üblich sind als in der Industrie oder in der Landwirtschaft. Frauen sind auch häufiger im Angestelltenverhältnis tätig als Männer. In den meisten Beitrittsländern sind die Unterschiede bei der durchschnittlichen Arbeitszeit von Männern und Frauen im Vergleich zu den Ländern der Europäischen Union relativ gering: weniger als drei Stunden in Bulgarien, Ungarn, der Slowakei, Rumänien, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen, weniger als sechs Stunden in allen Regionen der Tschechischen Republik und den meisten Regionen Polens, aber mehr als zehn Stunden Unterschied in den meisten Regionen der Niederlande und des Vereinigten Königreichs.

Lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen wird mit Hilfe einer Frage gemessen, die bei der Arbeitskräfteerhebung gestellt wurde. Sie bezieht sich darauf, ob die Auskunftsperson innerhalb der letzten vier Wochen vor der Erhebung an einer Form der allgemeinen oder beruflichen Bildung teilgenommen hat. In Frankreich ist der relevante Zeitraum auf eine Woche beschränkt, was den

Vergleich mit anderen Ländern erschwert und die relativ schwachen Ergebnisse bei dieser Frage z. T. erklärt. 2001 wurde diese Frage in Irland, der Tschechischen Republik, in Lettland und der Slowakei nicht gestellt.

Der in Karte 5.4 gezeigte Indikator wird für die Altersgruppe zwischen 25 und 64 Jahren der Bevölkerung berechnet, um soweit wie möglich Personen auszuschließen, die sich in einer Schul- oder Universitätsausbildung befinden. Der Prozentsatz der erwachsenen Bevölkerung, der an einer Form der allgemeinen oder beruflichen Bildung teilnimmt, bleibt auf einem niedrigen Niveau und hat sich in der Europäischen Union bei 8,4 % eingependelt (1997 lag er bei 5,8 %).

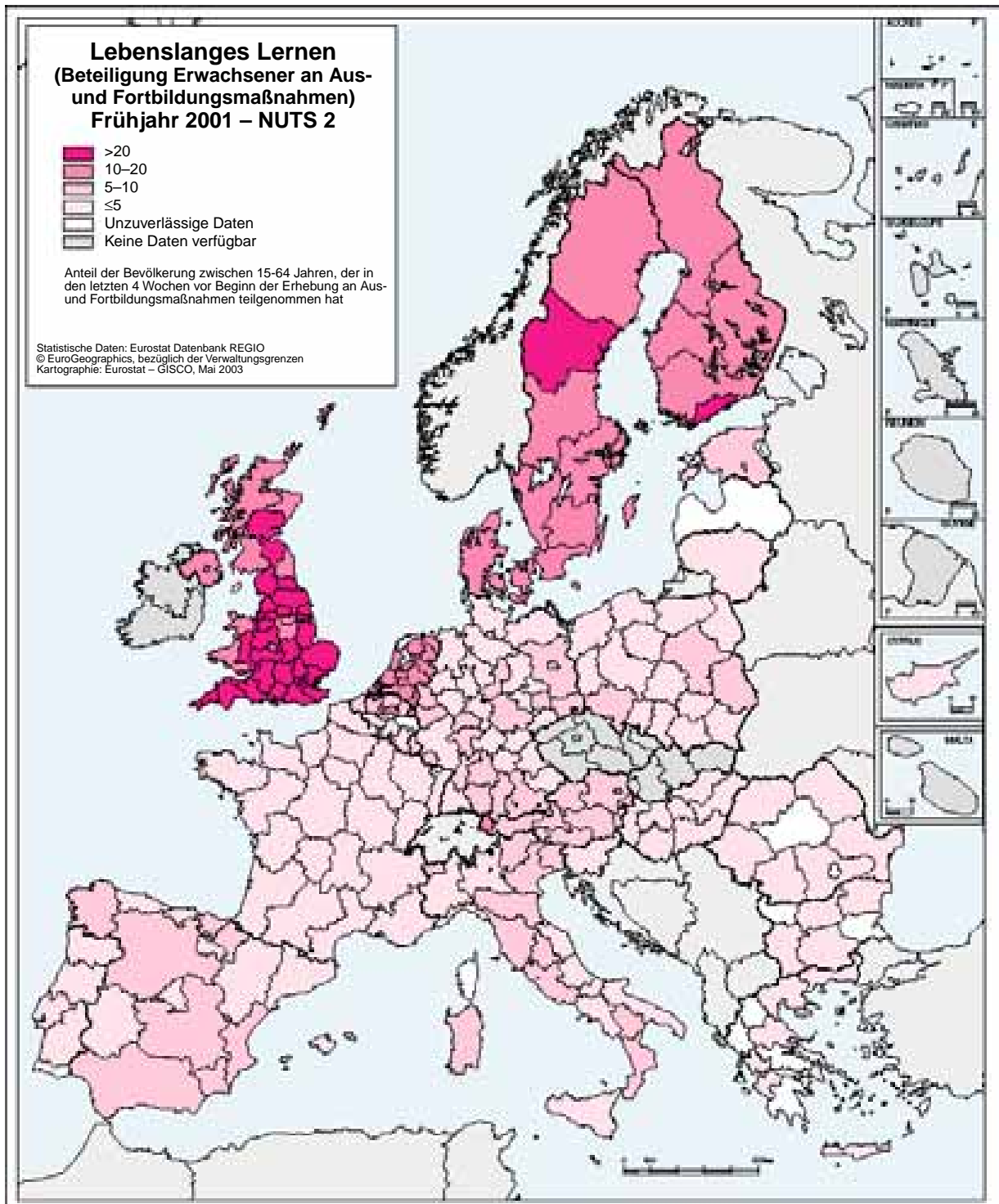
Der Norden Europas weist hierfür höhere Prozentsätze auf als die übrige Europäische Union. Die meisten Regionen des Vereinigten Königreichs, die Regionen Mellersta Norrland in Schweden und Uusimaa in Finnland verzeichnen beispielsweise Prozentsätze über 20 %. Am anderen Ende der Skala befinden sich die meisten Regionen Griechenlands, Bulgariens und Rumäniens mit Prozentsätzen unter 2 %.

Die Prozentsätze variieren auch mit dem Alter und Ausbildungsniveau. Personen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren haben fünfmal größere Chancen, an Maßnahmen der allgemeinen oder beruflichen Bildung teilzunehmen, als Personen der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre. Personen mit geringer Qualifikation haben sechsmal geringere Chancen, an diesen Maßnahmen teilzunehmen, als höher Qualifizierte. Frauen engagieren sich mehr für lebenslanges Lernen als Männer.

Bildungsgrad und Beschäftigung

In diesem Kapitel bezeichnet der Bildungsgrad das höchste erfolgreich abgeschlossene Bildungsniveau beim Verlassen des Schulsystems. Der Begriff niedriger Bildungsgrad umfasst Personen, die einen Abschluss der Primarstufe oder Sekundarstufe I haben. Mittlerer Bildungsgrad bezeichnet Bildungsabgänger, die ein Abschlusszeugnis der Sekundarstufe II oder höher (ISCED 3-4) vorweisen können, aber keine Hochschule absolviert haben. Einen hohen Bildungsgrad haben Absolventen aus dem tertiären Bereich, die ihren Abschluss an einer Hochschule erworben haben.

In der Europäischen Union weisen 42,4 % der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren einen mittleren Bildungsgrad auf, 36,2 % einen niedrigen Bildungsgrad und 21,5 % einen hohen Bildungsgrad. Schaubild 5.1 zeigt die großen

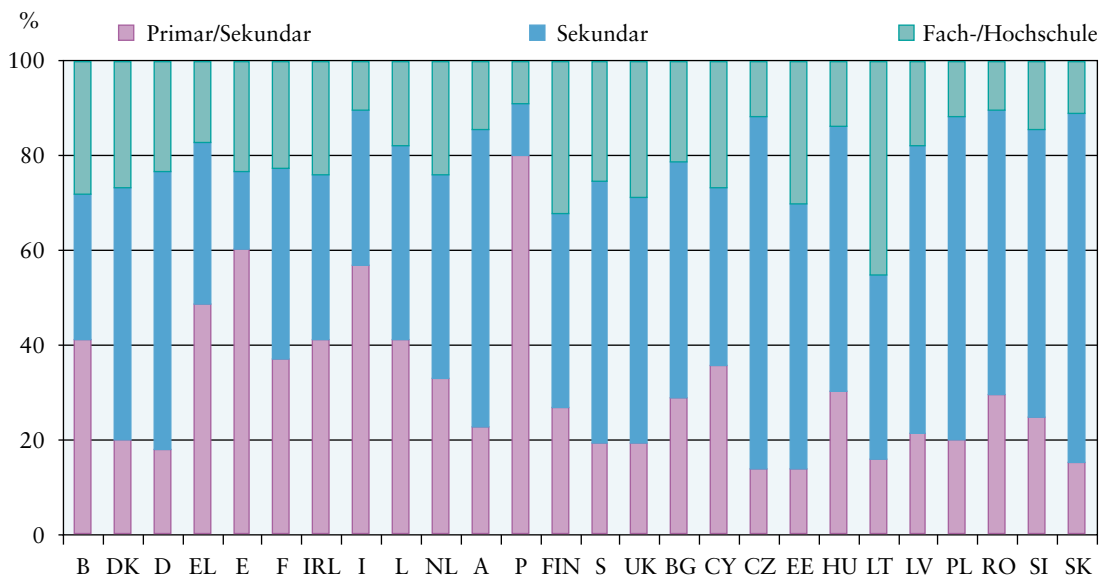

Karte 5.4

Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern in der Verteilung des Bildungsgrads in der Bevölkerung. In Belgien, Dänemark, Finnland, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Zypern, Estland und Litauen umfasst die Gruppe der Personen mit Hochschulabschluss mehr als ein Viertel der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren, in Italien, Österreich und Portugal, der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien und der Slowakei hingegen weniger als

15 %. Dagegen macht der Anteil der Bevölkerung, der nur die Primarstufe oder Sekundarstufe I absolviert hat, in Belgien, Griechenland, Spanien, Irland, Italien, Luxemburg und Portugal über 40 % aus. Die Unterschiede, die aus diesen Zahlen sprechen, sind zwar in jedem Fall existent, können jedoch gleichwohl das Ergebnis einer nicht korrekten Anwendung der oben beschriebenen Klassifizierung in den einzelnen Ländern sein.

Schaubild 5.1 — Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren nach Bildungsgrad und Land (national, EU und Beitrittsländer (NUTS 2), 2001)

Unterschiede bei den Erwerbstätigenquoten zwischen Personen mit Fach-/Hochschulabschluss (ISCED 5-6) und Personen ohne weiterführenden Bildungsabschluss (ISCED 0-2)



Generell ist festzustellen, dass die Erwerbstätigenquote sowohl in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union als auch in den Beitrittsländern mit dem Bildungsgrad steigt. In der Europäischen Union sind 85 % der Personen mit hohem Bildungsgrad erwerbstätig, gegenüber 73 % der Personen mit mittlerem Bildungsgrad und 50 % der Personen mit niedrigem Bildungsgrad.

Wie Karte 5.5 zeigt, sind in Portugal, in mehreren Regionen des Vereinigten Königreichs, in Vorarlberg (Österreich), Detmold (Deutschland), Flevoland (Niederlande), Norra Mellansverige (Schweden), im Süden Rumäniens, in Bratislavský (Slowakei) und in der Region Prag über 90 % der Bevölkerungsgruppe mit hohem Bildungsgrad erwerbstätig. Im Gegensatz dazu liegt dieser Prozentsatz in einigen Regionen Deutschlands (darunter Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen), Frankreichs (Aquitaine, Midi Pyrénées, Corse), Griechenlands (Norden und Westen), im Süden Italiens und fast in ganz Spanien (mit Ausnahme der Regionen Este, Noreste und Comunidad de Madrid) sowie in ganz Bulgarien, Estland, Litauen, dem Nordwesten und der Mitte Rumäniens und in der Region Świętokrzyskie in Polen bei unter 80 %. Nur in zwei Regionen beträgt die Erwerbstätigenquote der Personen mit hohem Bildungsgrad weniger als 70 %, nämlich in Korsika (Frankreich) und Severozapaden (Bulgarien).

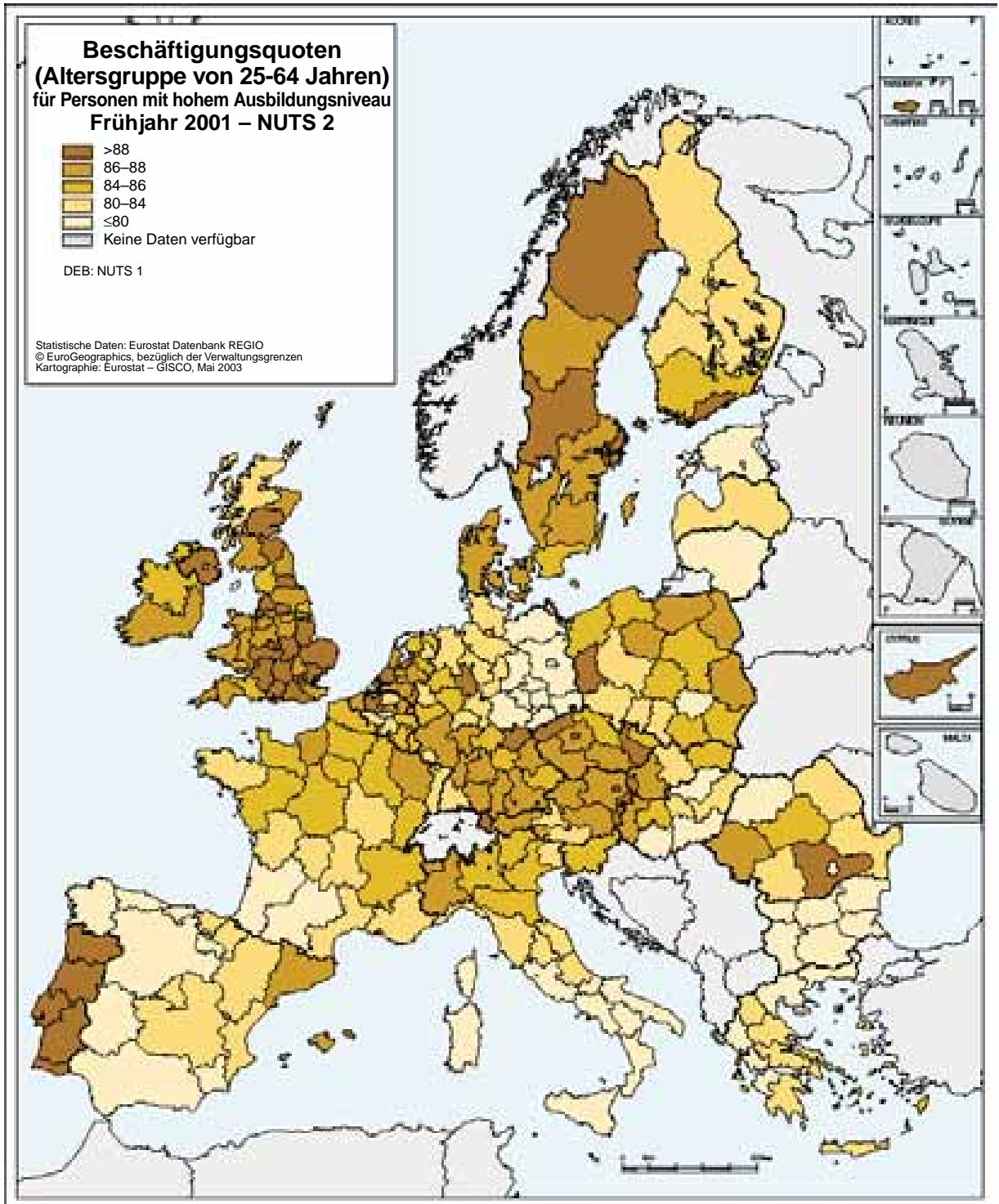
Die Erwerbstätigenquote steigt zwar mit dem Bildungsgrad, der Bevölkerungsanteil mit hohem Bildungsgrad ist jedoch von Land zu Land und von Region zu Region verschieden groß. In

Litauen, wo der Bevölkerungsanteil mit hohem Bildungsgrad fünfmal höher ist als in Portugal (45 % gegenüber 9,1 %), liegt die Erwerbstätigenquote dieser Gruppe um zehn Prozentpunkte unter derjenigen in Portugal.

Der Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote von Personen mit hohem und niedrigem Bildungsgrad lässt scharfe Kontraste zwischen den Regionen deutlich werden (siehe Schaubild 5.2). Am einen Ende der Skala sind Abstände von mehr als 50 Prozentpunkten zu finden, vor allem in der Slowakei (mit Ausnahme der Region Bratislavský) und in Polen (Kujawsko-Pomorskie Lubuskie, Slaskie, Warmińsko-Mazurskie, Zachodniopomorskie), am anderen Ende – im Nordosten, Südwesten und Nordwesten Rumäniens, in Portugal, im Süden Schwedens und in den Regionen Anatoliki Makedonia, Thraki, Kriti und Peloponnisos in Griechenland – betragen die Abstände weniger als 20 %.

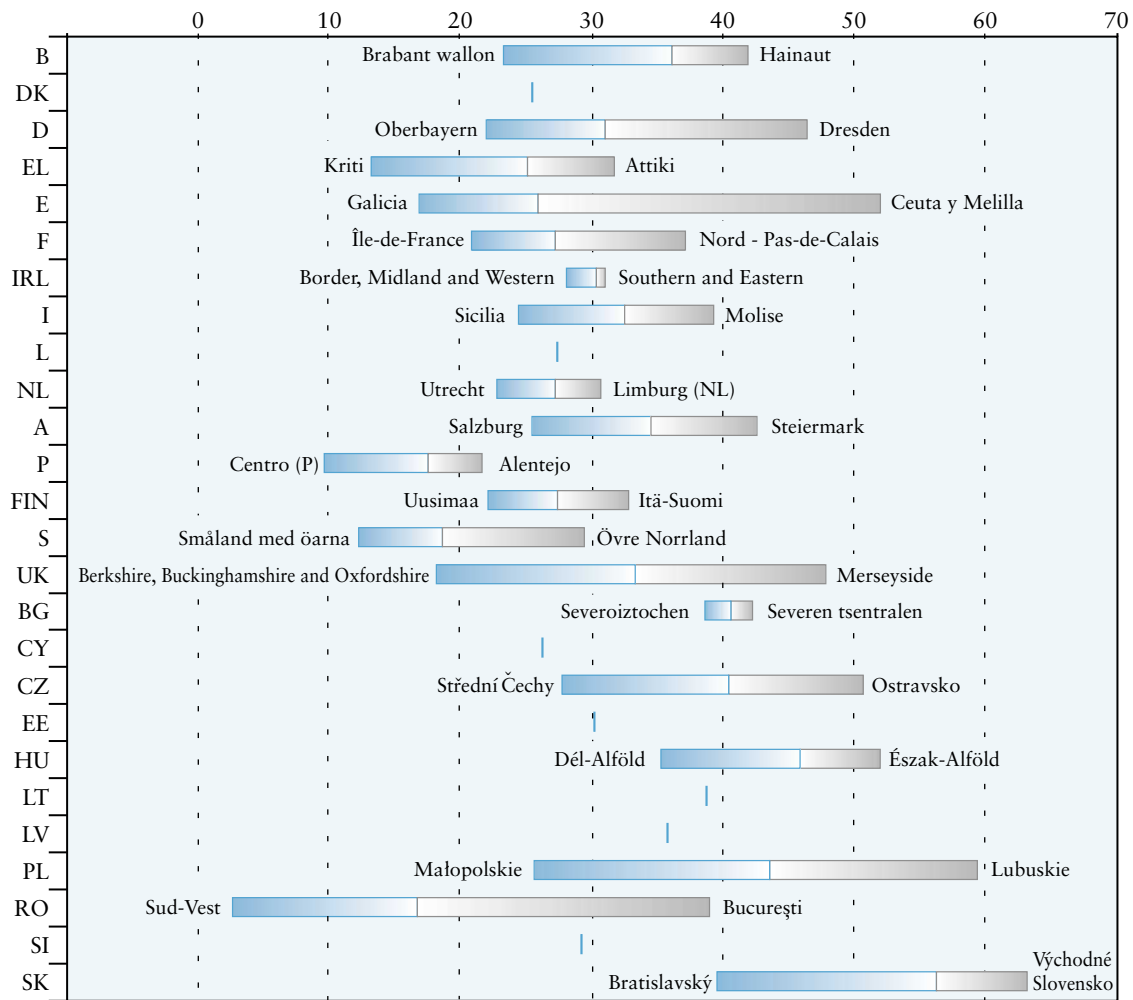
Auch innerhalb einzelner Länder bestehen recht große regionale Unterschiede bei der Erwerbstätigenquote nach Bildungsgrad. So sind in Rumänien, Polen und Spanien Unterschiede von über 30 Prozentpunkten zu verzeichnen.

Die Regionen in Italien, Irland, den Niederlanden, Portugal, Finnland und Bulgarien sind in dieser Beziehung wesentlich homogener, denn dort machen die Unterschiede weniger als 15 Prozentpunkte aus.



Karte 5.5

Schaubild 5.2 — Unterschiede bei den Erwerbstätigenquoten nach Bildungsgrad: Fach-/Hochschule und Primar/Sekundar (NUTS 2), 2001





Einführung

Zu den Strategien, die auf dem Gipfel von Lissabon im März 2000 bestimmt wurden, um die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen und in die Lage zu versetzen, rasch auf die wechselnden Anforderungen des Weltmarktes reagieren zu können, gehört der verstärkte Einsatz für einen raschen Übergang Europas zu einer wissensbasierten Wirtschaft.

Auf dem Gipfel von Barcelona stellte der Europäische Rat fest, damit der Rückstand der Europäischen Union gegenüber ihren Hauptkonkurrenten aufgeholt wird, sei es erforderlich, die FuE- sowie die Innovationsbemühungen in der Union erheblich zu verstärken. Der Rat kam in Barcelona überein, die Gesamtausgaben für FuE und Innovation bis 2010 auf 3 % des BIP zu erhöhen, wobei zwei Drittel dieser Neuinvestitionen von der Privatwirtschaft getätigt werden sollen.

Unübersehbar ist wirtschaftliches Wachstum zunehmend an die Voraussetzung gekoppelt, dass die Wirtschaft zu Veränderungen und Innovation in der Lage ist. Deshalb müssen intensive Anstrengungen unternommen werden, um ein forschungsfreundliches Klima zu schaffen und damit den Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft zu erleichtern. Dazu sind statistische Informationen über Wissenschaft und Technologie erforderlich – ein weites Feld, das Daten über Forschungstätigkeit, Patente, die Hochtechnologiebereiche des verarbeitenden Gewerbes und über die Hochtechnologiebereiche und wissensintensiven Bereiche des Dienstleistungssektors umfasst.

Unter dem Gesichtspunkt der Forschungs- und Innovationstätigkeit sind die leistungsstärksten Sektoren im so genannten Hochtechnologiebereich angesiedelt. Hochtechnologiebereiche sind sowohl für den Bereich des verarbeitenden Gewerbes als auch für den Dienstleistungssektor definiert worden (weitere Informationen zur Definition im Abschnitt „Hinweise zur Methodik“). Deshalb widmet die Ausgabe 2003 von „Regionen – Statistisches Jahrbuch“ – wie bereits die Vorjahresausgabe – diesen Bereichen ihr besonderes Augenmerk.

Innovation ist ein Prozess, für den Investitionen zunächst erforderlich sind, so z. B. in zentrale Aspekte wie Bildung und FuE, die z. T. nur schwer messbar sind. Die Zahl der Patentanmeldungen hingegen kann gemessen werden und als Zwischenindikator für den Innovationsprozess gelten. Schließlich können für die Messung der Innovationsleistung einige weitere Indikatoren herangezogen werden, z. B. die Beschäftigung im Hochtechnologiebereich des verarbeitenden Gewerbes sowie im Hochtechnologiebereich und

im wissensintensiven Bereich des Dienstleistungssektors.

Thema dieses Kapitels ist die Dynamik der Regionen, und zwar gemessen an Regionalindikatoren wie Humanressourcen im Wissenschafts- und Technologiebereich, Beschäftigung im Hochtechnologiebereich und im Bereich der höherwertigen Güter im verarbeitenden Gewerbe sowie im Hochtechnologiebereich und im wissensintensiven Bereich des Dienstleistungssektors.

Bezugsjahr für Daten zur Beschäftigung ist das Jahr 2001, für Daten über Patente werden vorläufige Daten für das Jahr 2001 herangezogen.

Humanressourcen im Wissenschafts- und Technologiebereich

In den letzten Jahren hat man zunehmend die Bedeutung des Humankapitals als Motor des Wachstums erkannt, so dass inzwischen eine Quantifizierung dieser hoch qualifizierten Arbeitskräfte eine wichtige Voraussetzung dafür bietet, festzustellen, in welchem Maße die einzelnen Länder und insbesondere auch die einzelnen Regionen in der Lage sind, ihr Humanpotenzial in innovative Praxis umzusetzen.

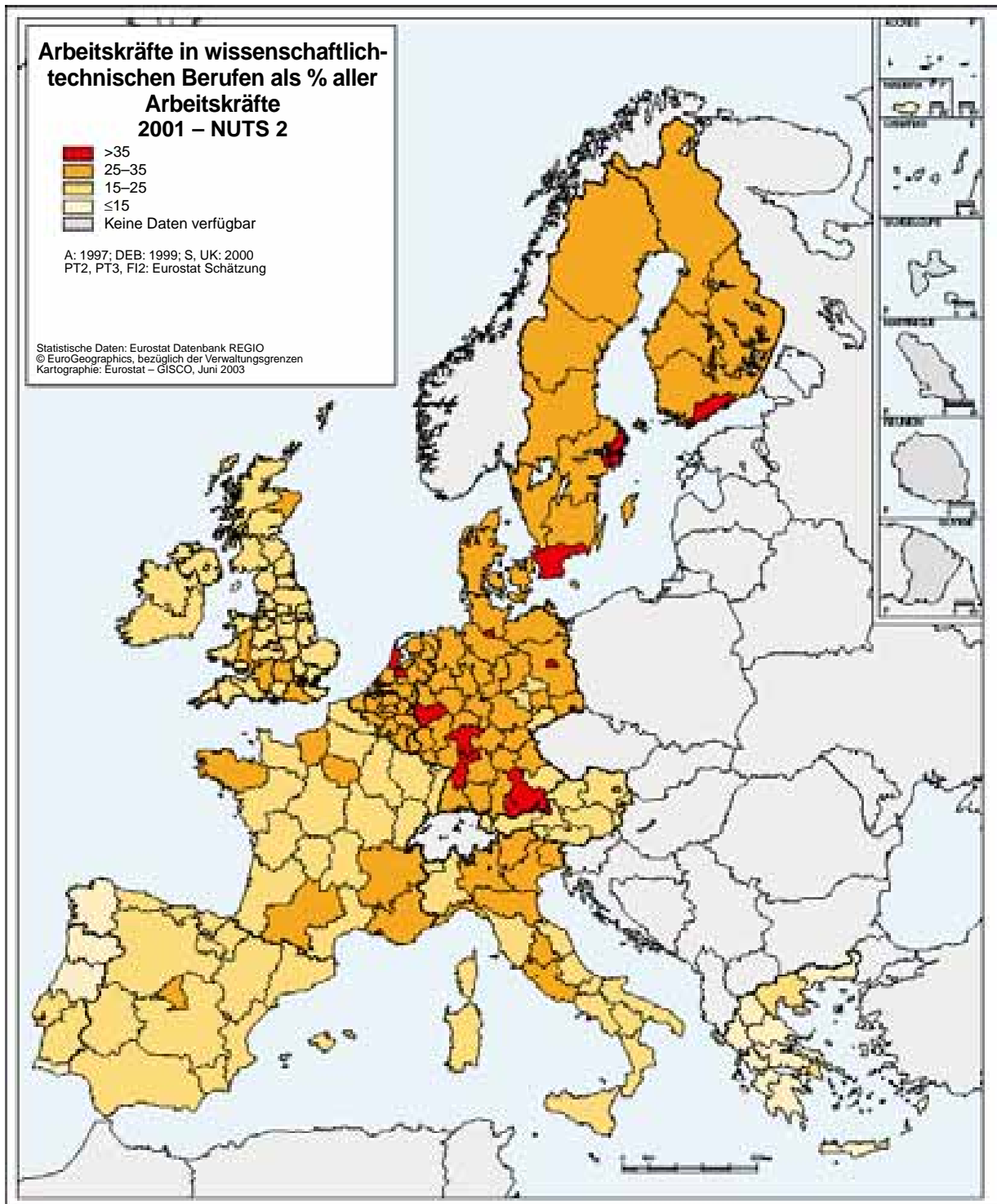
Karte 6.1 zeigt den Anteil der Beschäftigten, die als Wissenschaftler oder als Techniker gemäß der ISCO-Definition in wissenschaftlich-technischen Berufen tätig sind. Nur in einigen wenigen Ländern ist ein sehr hoher Prozentsatz (über 35 %) der Beschäftigten in wissenschaftlich-technischen Berufen tätig; in Deutschland trifft dies auf sechs Regionen (u. a. Berlin, Oberbayern, Karlsruhe) zu, in den Niederlanden auf zwei Regionen (z. B. Noord-Holland), ebenso auf Schweden (z. B. Sydsverige) und in Finnland auf eine Region (Uusima). Mit Ausnahme von drei Regionen in Deutschland ist dieser Prozentsatz mit über 25 % auch in den übrigen Regionen der vier genannten Länder hoch.

In den anderen Regionen Europas liegt der durchschnittliche Anteil der Beschäftigten in wissenschaftlich-technischen Berufen zwischen 15 und 25 %, Ausnahmen bilden einige Regionen in Portugal (u. a. Norte, Centro), Griechenland (u. a. Kriti, Peloponnisos) und Spanien (Galicia), in denen dieser Anteil unter 15 % beträgt.

In **Karte 6.2** ist der Prozentsatz der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren mit tertiärem Bildungsniveau dargestellt.

Wie in den Vorjahren, so wiesen auch 2001 einige Länder eine hohe Konzentration von Einwohnern





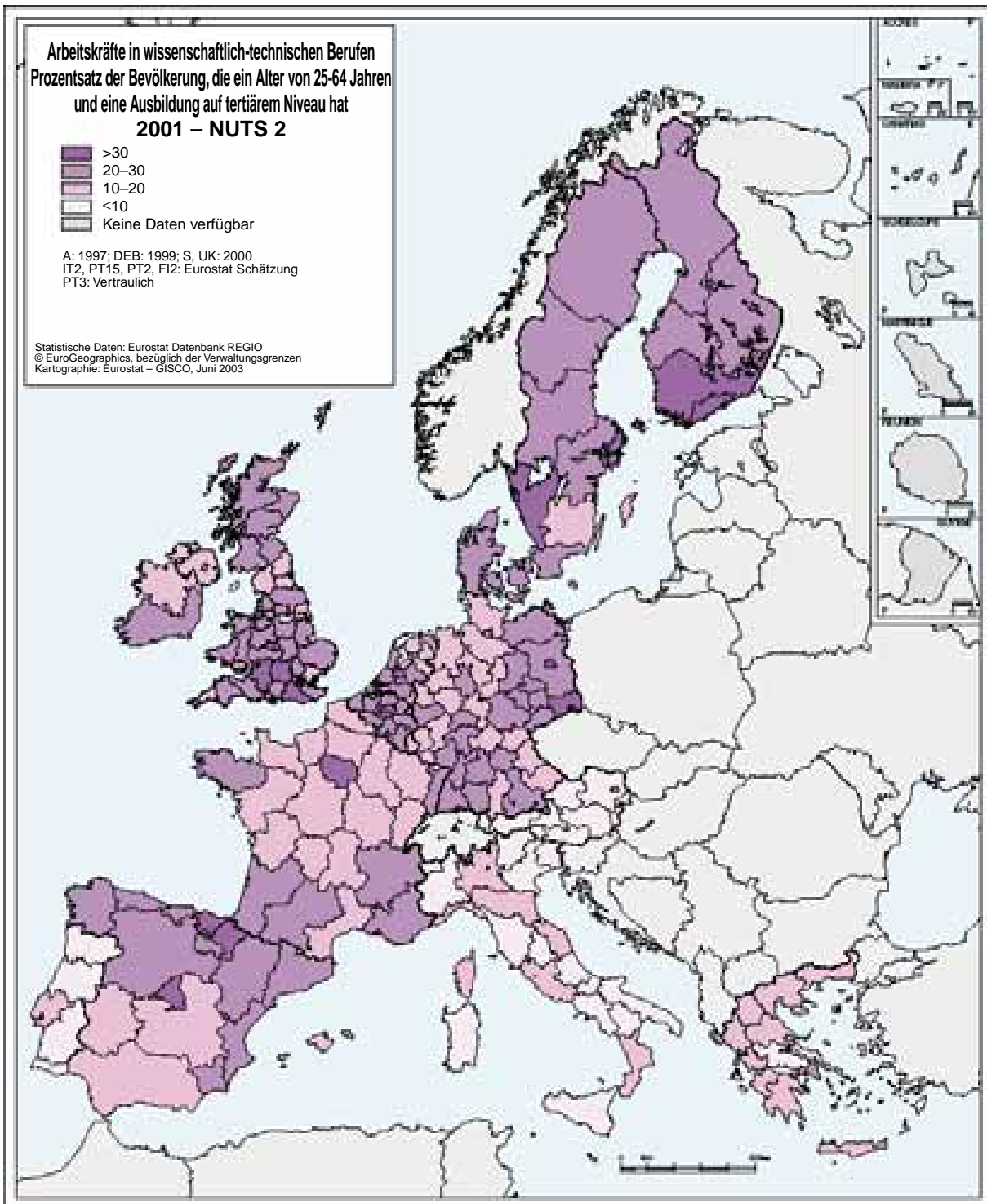
Karte 6.1

mit tertiärem Bildungsniveau in den Hauptstadtregionen auf, wie z. B. Berlin in Deutschland, Comunidad de Madrid in Spanien, London im Vereinigten Königreich, Uusimaa in Finnland und Wien in Österreich.

Ein hoher Anteil an Einwohnern mit hohem Bildungsniveau ist auch in einigen Regionen Finn-

lands und in den ostdeutschen Regionen zu beobachten.

In Spanien dominieren der nördliche und östliche Teil des Landes, insbesondere die Regionen País Vasco und Comunidad Foral de Navarra.



Karte 6.2

Beschäftigung in hochtechnologischen und wissensintensiven Bereichen

Die Bedeutung des Bereichs der Hochtechnologie (der die Bereiche Spitzentechnologie und hochwertige Technologie umfasst) im verarbeitenden Gewerbe und der hochtechnologischen und wissensintensiven Dienstleistungen hat in jüngster Zeit merklich zugenommen und zeigt deutliche Auswirkungen auf Struktur und Organisation des Arbeitsmarktes.

Karte 6.3 stellt den prozentualen Anteil der Beschäftigung im Hochtechnologiebereich im

verarbeitenden Gewerbe an der Gesamtbeschäftigung der europäischen Regionen dar.

Im Jahr 2001 waren EU-weit 12 Millionen Menschen in diesen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes beschäftigt, 7,6 % der Beschäftigten insgesamt.

Auffallend sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen; der Anteil der Beschäftigten in diesen Sektoren reicht von 0,7 % in der Region Extremadura (ES) bis 21 % im Raum Stuttgart (DE). Mit 393 000 Arbeitnehmern war Stuttgart die Region mit dem höchsten Anteil von Beschäftigten im Hochtechnologiebereich des verarbeitenden Gewerbes.

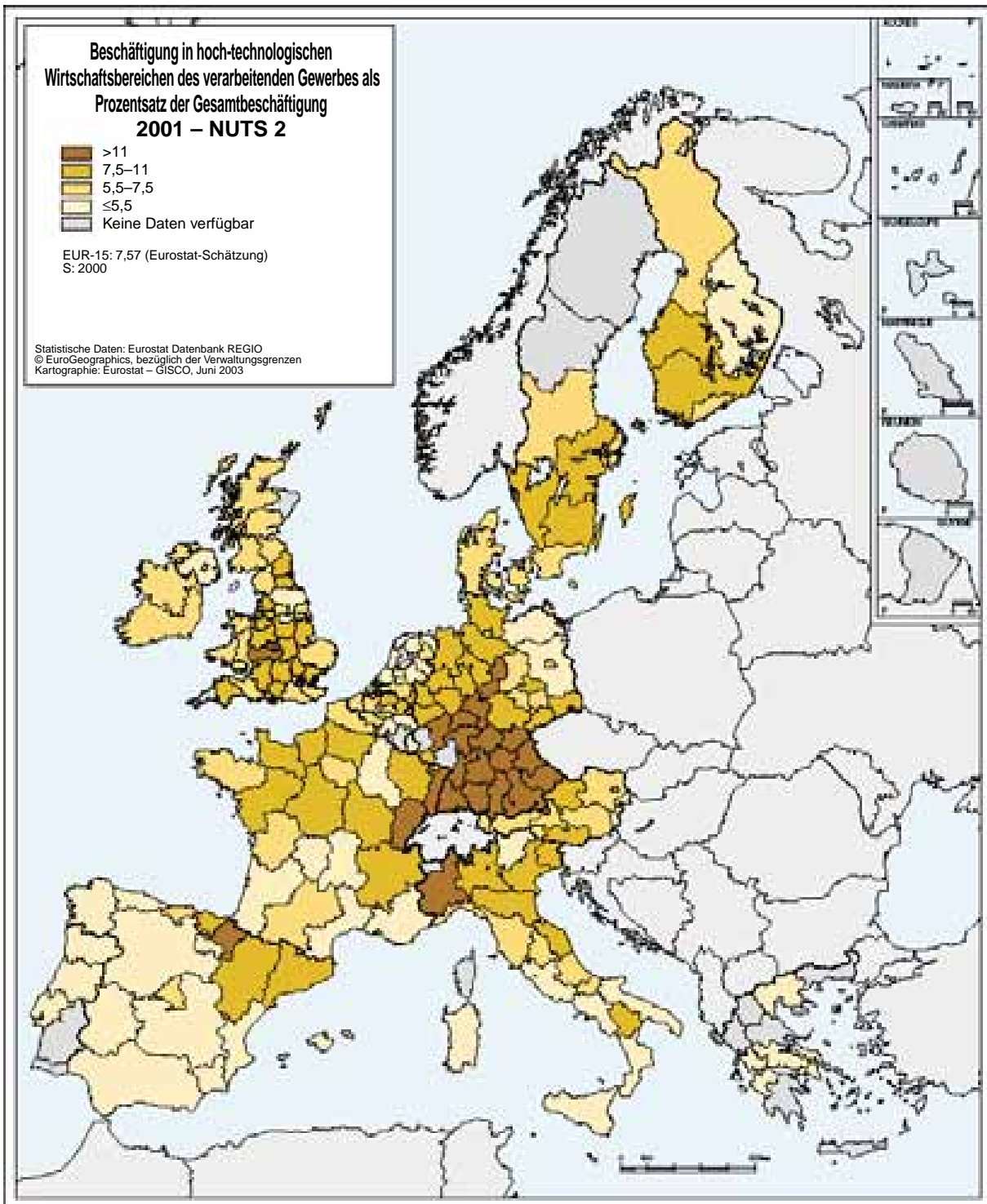
Nicht weniger als 13 der 20 führenden Regionen liegen in Deutschland, jeweils zwei in Frankreich, Italien und dem Vereinigten Königreich und eine in Spanien (siehe Tabelle 6.1).

Tabelle 6.1 – Die 20 Regionen mit der höchsten Beschäftigung in hochtechnologischen Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes ⁽¹⁾

Code	NUTS-2-Region	Beschäftigung im Hochtechnologiebereich		
		in 1 000	% der Gesamtbeschäftigung	% der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe
1	DE11 Stuttgart	393	21,0	58,1
2	DE14 Tübingen	152	18,1	51,1
3	DE91 Braunschweig	123	17,8	61,7
4	DEB3 Rheinhessen-Pfalz	152	17,0	59,3
5	DE12 Karlsruhe	209	16,9	55,2
6	FR43 Franche-Comté	82	16,6	54,2
7	DE22 Niederbayern	92	16,2	49,8
8	DE26 Unterfranken	96	15,6	19,3
9	DE25 Mittelfranken	118	14,6	49,7
10	DE27 Schwaben	122	14,4	47,6
11	DE13 Freiburg	139	14,1	46,3
12	IT11 Piemonte	245	13,8	44,8
13	UKG1 Herefordshire, Worcestershire and Warwickshire	81	13,3	57,2
14	DE21 Oberbayern	270	13,0	57,4
15	DE71 Darmstadt	230	13,0	58,6
16	FR42 Alsace	99	12,9	48,6
17	UKG3 West Midlands	134	11,9	48,8
18	IT2 Lombardia	428	10,9	34,0
19	DEA2 Köln	197	10,7	48,9
20	ES51 Cataluña	263	10,6	37,7

⁽¹⁾ Mit mindestens 80 000 Beschäftigten im Hochtechnologiebereich.

Ausnahmen im Bezugsjahr 2001 – schwedische Regionen: 2000, Koblenz, Trier, Rheinhessen-Pfalz: 1999.



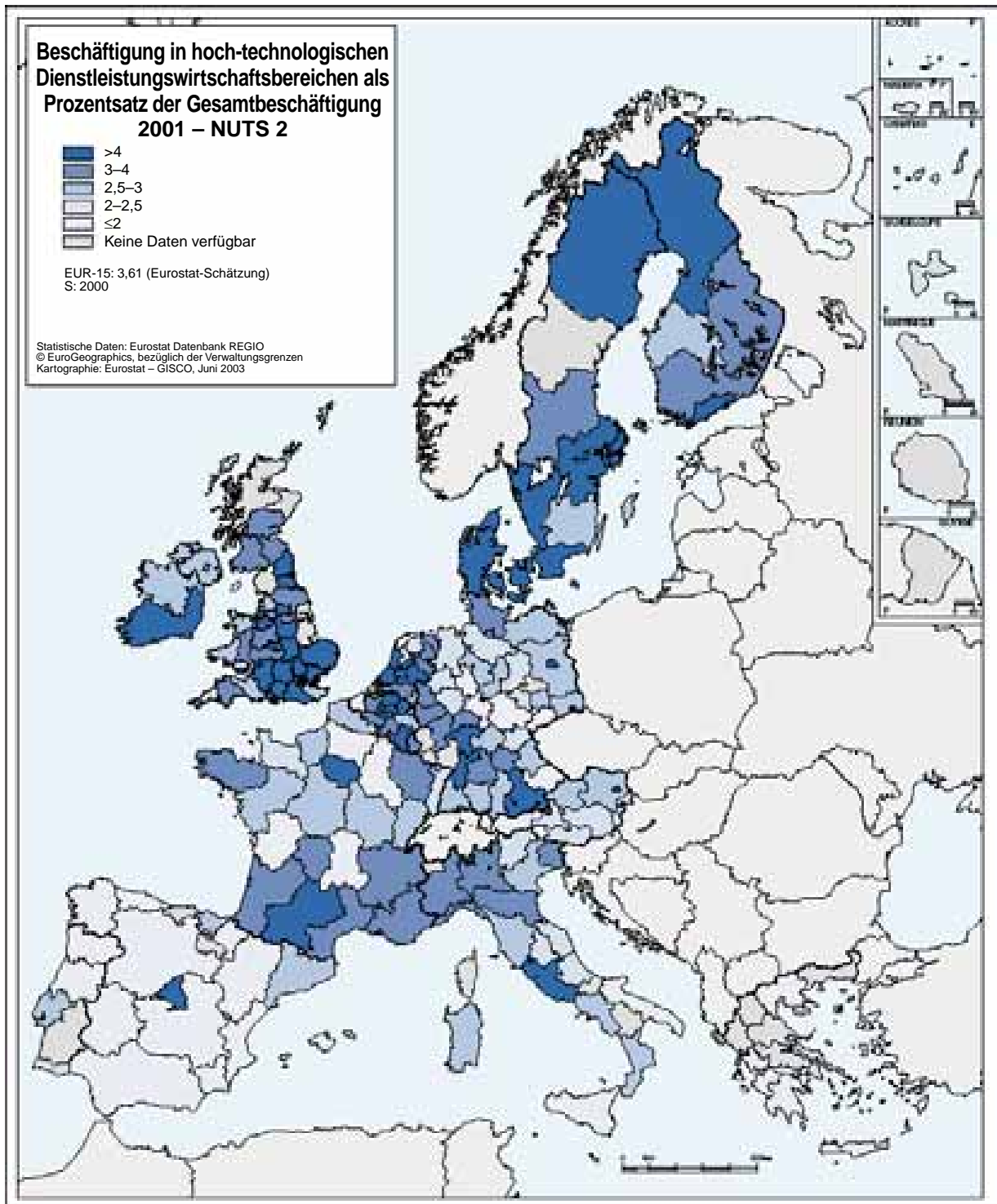
Karte 6.3

In Italien erreichen die Regionen im Norden des Landes die höchsten Quoten, eine Ausnahme bildet die Region Basilicata im Süden mit fast 11 %.

Bis auf Portugal, Griechenland, Irland und Dänemark weisen alle Länder mindestens eine Region auf, in der über 7,5 % aller Beschäftigten im Hochtechnologiebereich und im Bereich der höherwertigen Güter im verarbeitenden Gewerbe tätig sind.

Karte 6.4 stellt die Verteilung der Beschäftigung in den Hochtechnologiebereichen des Dienstleistungssektors als Anteil an der Gesamtbeschäftigung dar.

Der Beschäftigungsanteil in den Hochtechnologiebereichen des Dienstleistungssektors ist in den einzelnen Regionen der Europäischen Union sehr unterschiedlich und reicht von 0,9 % in der Extremadura (ES) bis 10,3 % in Berkshire, Buckinghamshire und Oxfordshire (UK).



Karte 6.4

Regionen mit einem höheren Anteil sind in ganz Europa zu finden. Besonders stark vertreten sind sie jedoch wiederum in Nordeuropa (u. a. in Schweden, Finnland, Dänemark, dem Vereinigten Königreich und Irland) und Südfrankreich. Auch hier weisen die Hauptstadtregionen meistens höhere Beschäftigungsanteile auf.

Aus Tabelle 6.2 wird deutlich, dass der Beschäftigungsanteil in den Hochtechnologiebereichen des Dienstleistungssektors im Vereinigten Königreich mit acht der 20 führenden Regionen besonders hoch ist.

Tabelle 6.2 – Die 20 Regionen mit der höchsten Beschäftigung in hochtechnologischen Dienstleistungswirtschaftsbereichen ⁽¹⁾

Code	NUTS-2-Region	Beschäftigung im Hochtechnologiebereich des Dienstleistungssektors			
		in 1 000	% der Gesamtbeschäftigung	% der Beschäftigung im Dienstleistungssektor	
1	UKJ1	Berkshire, Buckinghamshire and Oxfordshire	120	10,3	13,6
2	SE01	Stockholm	79	8,4	9,9
3	UKH2	Bedfordshire and Hertfordshire	66	7,8	10,4
4	FR1	Île de France	383	7,5	9,2
5	BE24	Vlaams Brabant	32	7,2	8,9
6	ES3	Comunidad de Madrid	151	7,1	9,6
7	NL31	Utrecht	42	7,1	8,9
8	UKI1	Outer London	154	7,1	8,5
9	FI16	Uusimaa (Suuralue)	52	7,1	9,0
10	UKI1	Inner London	88	6,9	7,9
11	UKJ3	Hampshire and Isle of Wight	55	6,1	8,3
12	UKJ2	Surrey, East and West Sussex	77	6,0	7,6
13	UKH1	East Anglia	62	5,6	7,9
14	IT6	Lazio	109	5,6	7,2
15	DE71	Darmstadt	97	5,5	7,8
16	AT13	Wien	41	5,4	6,8
17	UKK1	Gloucestershire, Wiltshire and North Somerset	59	5,3	7,0
18	DE12	Karlsruhe	65	5,2	8,5
19	DE21	Oberbayern	108	5,2	7,9
20	FR62	Midi-Pyrénées	52	5,0	7,4

⁽¹⁾ Mit mindestens 30 000 Beschäftigten im Hochtechnologiebereich des Dienstleistungssektors.

Ausnahmen im Bezugsjahr 2001 – schwedische Regionen: 2000, Koblenz, Trier, Rheinhessen-Pfalz: 1999.

Wissensintensive Dienstleistungen sind definiert nach dem Anteil der Arbeitnehmer mit mindestens tertiärem Bildungsniveau. Karte 6.5 zeigt die Beschäftigung in wissensintensiven Dienstleistungssektoren in den Regionen Europas.

Die Beschäftigung im Bereich wissensintensive Dienstleistungen gewinnt zunehmend an Bedeutung. EU-weit waren 2001 53 Millionen Menschen in diesen Dienstleistungssektoren tätig, dies entspricht 33 % der Gesamtbeschäftigten.

Inner London (UK) ist mit 61,1 % aller Beschäftigten die europäische Region mit dem höchsten Anteil von Arbeitnehmern in diesen Sektoren, gefolgt von Stockholm (SE) und Outer London (UK).

Die Beschäftigung im Bereich wissensintensive Dienstleistungen konzentriert sich in den nordeuropäischen Ländern, insbesondere in Schweden (Stockholm, Mellersta Norrland), Dänemark, dem Vereinigten Königreich (Inner London, Outer London), Belgien (Vlaams Brabant) und den Niederlanden (Utrecht). Besonders hoch sind die Werte auch für Südfrankreich.

Eine Reihe weiterer Zentren lässt sich in Spanien (Comunidad de Madrid), Deutschland (Berlin und Hamburg), Italien (Lazio und Calabria),

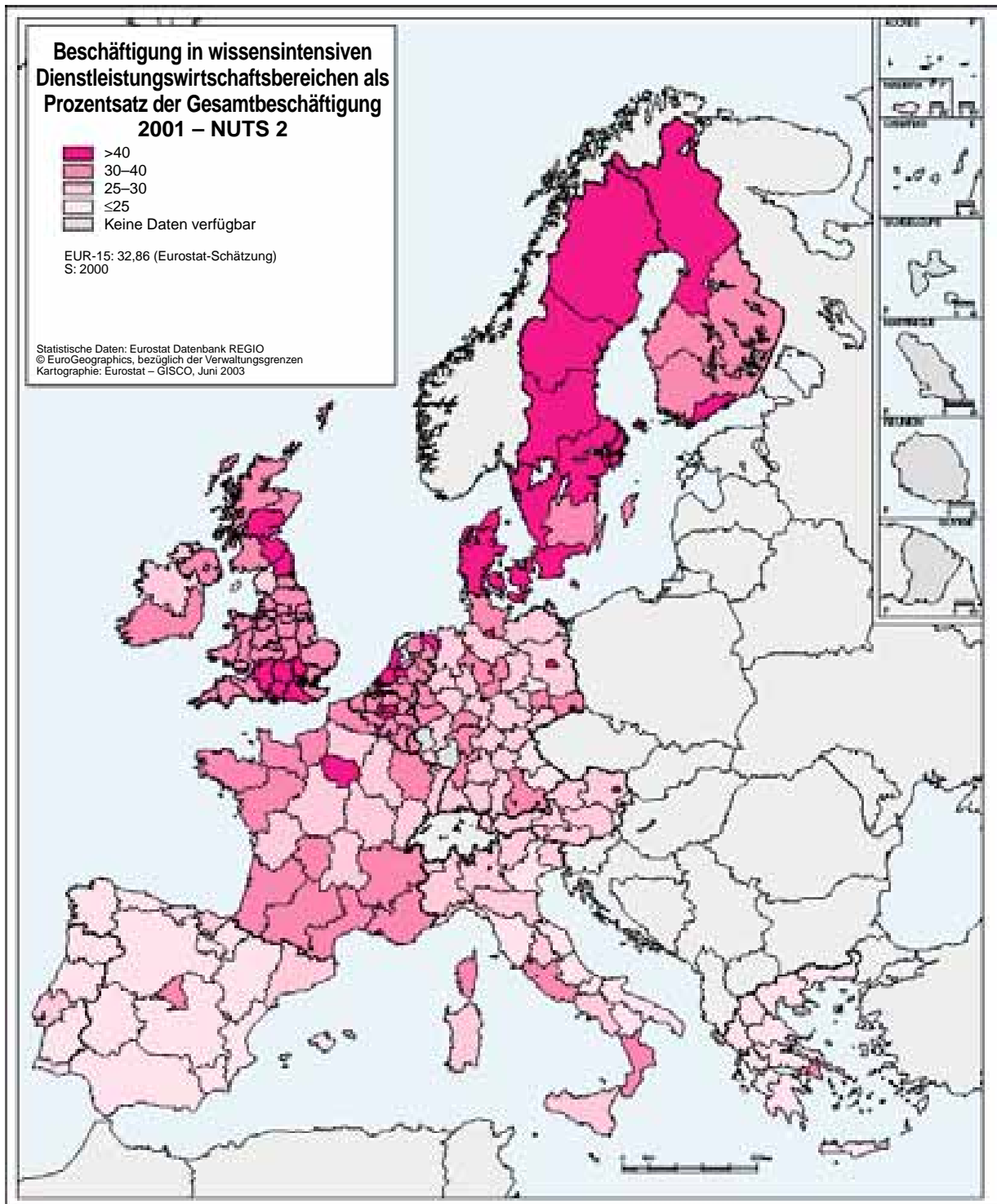
Österreich (Wien) und Griechenland (Attiki) lokalisieren. Auch in diesem Fall stechen die Regionen, die aus der Hauptstadt bestehen oder diese enthalten, besonders hervor.

Patentmeldungen

Karte 6.6 sind die wichtigsten Technologiebranchen der einzelnen Regionen gemäß der Internationalen Patentklassifikation (International Patent Classification, IPC) zu entnehmen.

Die unterschiedlichen Farben beziehen sich auf die Spezialisierung in einem bestimmten IPC-Sektor. An der Farbintensität der Darstellung lässt sich die Zahl der Patentmeldungen ablesen; eine helle Farbe bedeutet, dass in der Region bis zu zehn Patente angemeldet wurden, eine dunklere Darstellung signalisiert zehn und mehr Patentmeldungen im führenden IPC-Sektor in der Region.

„Arbeitsverfahren und Transportieren“ ist der am weitesten verbreitete IPC-Sektor in den europäischen Regionen, der insbesondere in Frankreich, Deutschland, Österreich und Norditalien vorherrscht.



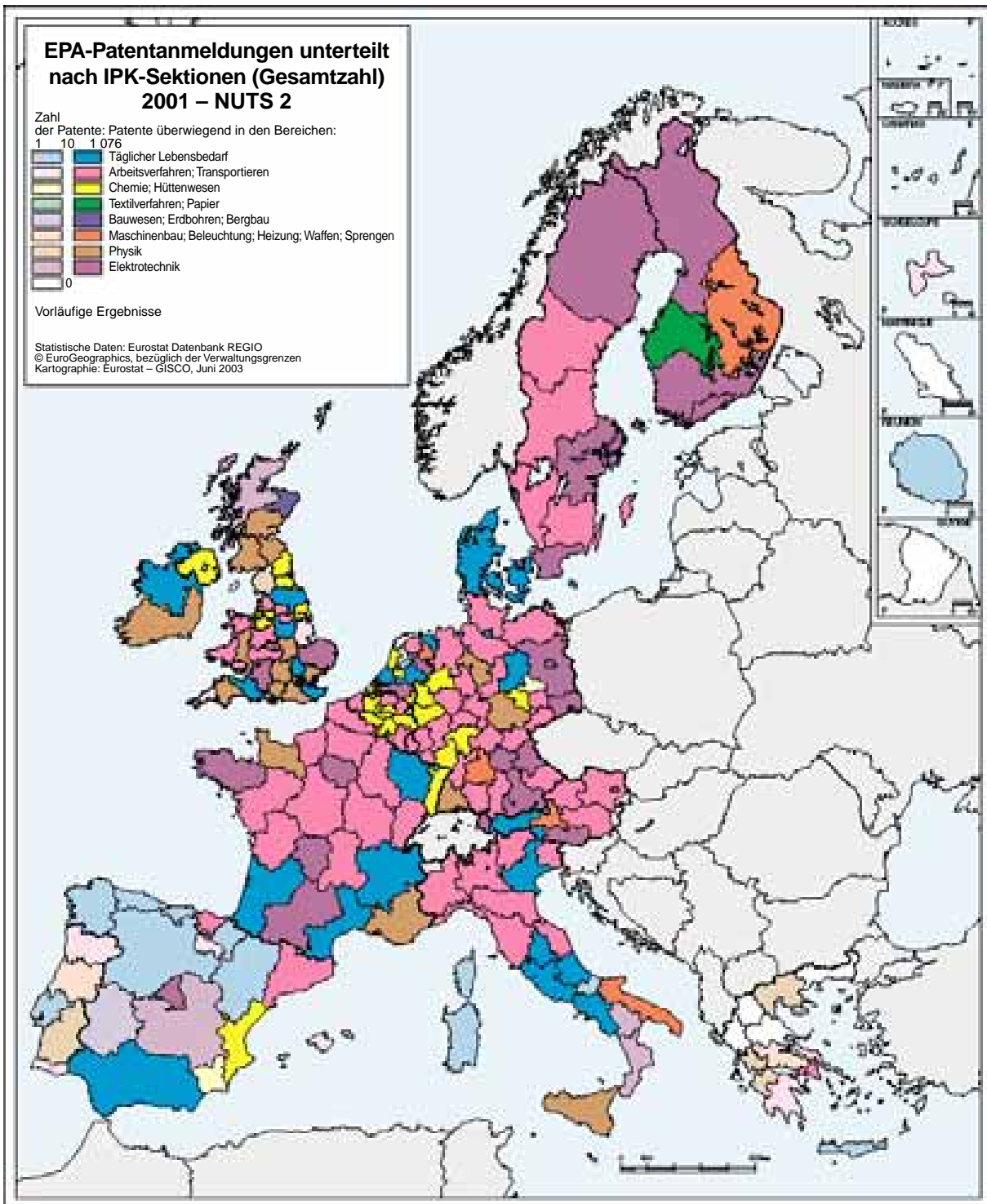
Karte 6.5

Nur in einer Region (Vali Suomi in Finnland) werden hauptsächlich Patente zu Textilien und Papier angemeldet.

Eine starke Spezialisierung auf Patente im Bereich der Elektrotechnik ist in den nördlichen Regionen von Schweden und Finnland festzustellen, und auch in Deutschland melden mehrere Regionen,

z. B. Oberbayern und Dresden, vor allem Patente auf diesem Gebiet an.

Kleinere Häufungen von Patentanmeldungen im Bereich „Chemie und Hüttenwesen“ sind u. a. in Belgien, dem Vereinigten Königreich (Nordirland), Deutschland, Spanien und Frankreich anzutreffen.

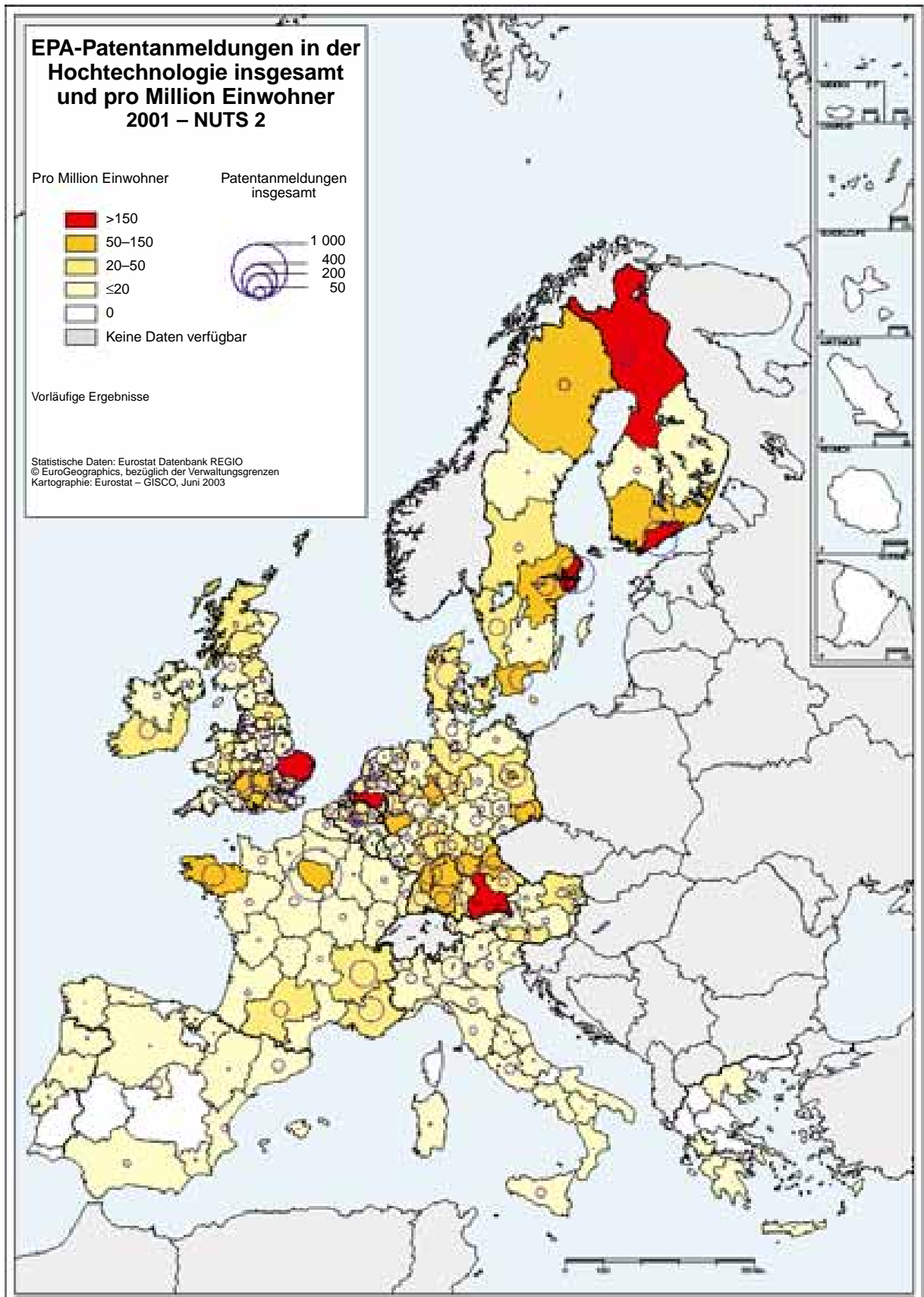


Karte 6.6

Auf der Iberischen Halbinsel herrschen helle Farbschattierungen vor, demnach ist die Spezialisierung in den betreffenden Regionen weniger ausgeprägt; Ausnahmen bilden Andalusia („Täglicher Lebensbedarf“), Comunidad Valencia („Chemie und Hüttenwesen“), Cataluña und País Vasco („Arbeitsverfahren und Transportieren“).

Karte 6.7 zeigt die Patentanmeldungen im Hochtechnologiebereich in absoluten Zahlen und pro 1 Million Einwohner.

Die geringe Bevölkerungsdichte in einigen Regionen wie etwa Pohjois Suomi in Finnland erklärt, weshalb es bei einer geringen Zahl von Patentanmeldungen insgesamt in einer Region



Karte 6.7

trotzdem zu einer hohen Zahl von Patentanmeldungen pro 1 Million Einwohner kommen kann.

Das andere Extrem stellen Regionen wie die Île-de-France (FR) dar, die dank einer hohen Bevölkerungsdichte auf insgesamt 886 Patentanmeldungen kommt, was allerdings relativ gesehen nur 81 Patenten pro 1 Million Einwohner entspricht.

Die Regionen Oberbayern in Deutschland und Noord-Brabant in den Niederlanden weisen trotz hoher Bevölkerungsdichte eine hohe Zahl von Patenten und zugleich einen hohen Anteil von Patenten pro 1 Million Einwohner auf.

In den Regionen Südeuropas fallen die Zahlen der Patentanmeldungen pro 1 Million Einwohner und auch die Gesamtzahlen der Patentanmeldungen eher niedrig aus.

Hinweise zur Methodik

Die Karten in diesem Kapitel wurden anhand der Daten aus New Cronos: Thema 9 – Wissenschaft und Technologie/Bereiche HRST, EHT and Patents erstellt.

Daten über die Humanressourcen im Wissenschafts- und Technologiebereich (Human Resources in Science and Technology, HRST) werden gemäß den Empfehlungen des „Manual of Human Resources Devoted to S&T“ („Canberra-Handbuch“) erhoben. Die Daten zu HRST nach Beruf (HRST by Occupation, HRSTO) sind gemäß der von der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO) entwickelten Internationalen Standardklassifikation der Berufe (International Standard Classification of Occupation, ISCO) klassifiziert.

Zu den Humanressourcen im Wissenschafts- und Technologiebereich nach Beruf zählen die Beschäftigten in wissenschaftlich-technischen Berufen, d. h. ISCO-Hauptgruppe 2 (Wissenschaftler) und ISCO-Hauptgruppe 3 (Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe).

Zur Bevölkerungsgruppe im tertiären Bildungsbereich gehören Personen der ISCEO-Kategorien 5A, 5A und 6.

Die Daten zu HRST und zur Beschäftigung in den Hochtechnologiebereichen der Wirtschaft wurden der Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft entnommen. Die Arbeitskräfteerhebung basiert auf einer Bevölkerungsstichprobe bei den Ergebnissen ist daher von den für Stichprobenverfahren üblichen Fehlern sowie von einer Anzahl weiterer, nicht durch das Stichprobenverfahren bedingter Fehler auszugehen. Sämtliche Ergebnisse entsprechen den Eurostat-Leitlinien für die

Stichprobengröße, denen zufolge bei zu hohen Stichprobenfehlerquoten eine Veröffentlichung unterbleibt. Aufgrund geringer Stichprobengrößen kommt es in einzelnen Regionen zu Problemen bei der Datenqualität (siehe Angaben hierzu in New Cronos).

Ein Patent ist ein staatlich verbrieftes gewerbliches Schutzrecht, das dem Patentinhaber das ausschließliche Recht auf die Nutzung seiner Erfindung für ein begrenztes Gebiet und eine begrenzte Zeit gewährt. Patente sind die am häufigsten verwendete Datenquelle für die Messung von Innovationstätigkeit und technologischer Entwicklung sowie für Vergleiche der technologischen Entwicklung. Die hier angeführten Patentdaten beziehen sich auf die Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA) während des Bezugsjahres. Sie sind nach der Region, in der der Wohnsitz des Erfinders liegt, und gemäß der Internationalen Patentklassifikation geordnet.

Hochtechnologiepatente werden übereinstimmend mit dem trilateralen statistischen Bericht gezählt, der folgende technische Bereiche umfasst: Datenverarbeitung und Bürotechnik, Biotechnologie und Gentechnologie, Luft- und Raumfahrt, Kommunikationstechnologie, Halbleiter und Laser.

Die Hochtechnologiebereiche werden gemäß der OECD-Definition (1997) nach der FuE-Intensität der Bereiche bestimmt. Die FuE-Intensität wird berechnet als das Verhältnis der FuE-Ausgaben eines Bereichs zu seiner Wertschöpfung. Hinzugechnet wird die indirekte FuE-Intensität. Sie drückt den FuE-Anteil am Input des Bereichs aus, bezogen sowohl auf Vorleistungsgüter als auch auf Kapitalinvestitionen. Wird dieser Ansatz auf die Bereiche des verarbeitenden Gewerbes nach der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE), Rev. 1, angewandt, so ergeben sich als die zehn wichtigsten Hochtechnologiebereiche (Spitzentechnologie und hochwertige Technologie): Luft- und Raumfahrt, Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik pharmazeutische Erzeugnisse, wissenschaftliche Instrumente, Kraftfahrzeugbau, Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä., Chemikalien, sonstiger Fahrzeugbau und Maschinenbau.

Die folgenden drei Dienstleistungsbereiche der NACE werden dem „Hochtechnologiebereich“ zugeordnet: Nachrichtenübermittlung, Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung.

Da sich die FuE-Intensität nicht als Indikator für Dienstleistungen eignet, wurde eine weiter gefasste Definition der wissensintensiven Dienstleistungen vorgeschlagen, die auf dem Kriterium



der Wissensintensität basiert. Letztere entspricht dem Anteil der Arbeitnehmer mit mindestens tertiärem Bildungsniveau. Zu den wissensintensiven Dienstleistungen gehören folgende Bereiche: Schifffahrt, Luft- und Raumfahrt, Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung

und Entwicklung, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Kultur, Sport und Unterhaltung, Hörfunk- und Fernsehaktivitäten, Bibliotheken, Archive, Museen usw.



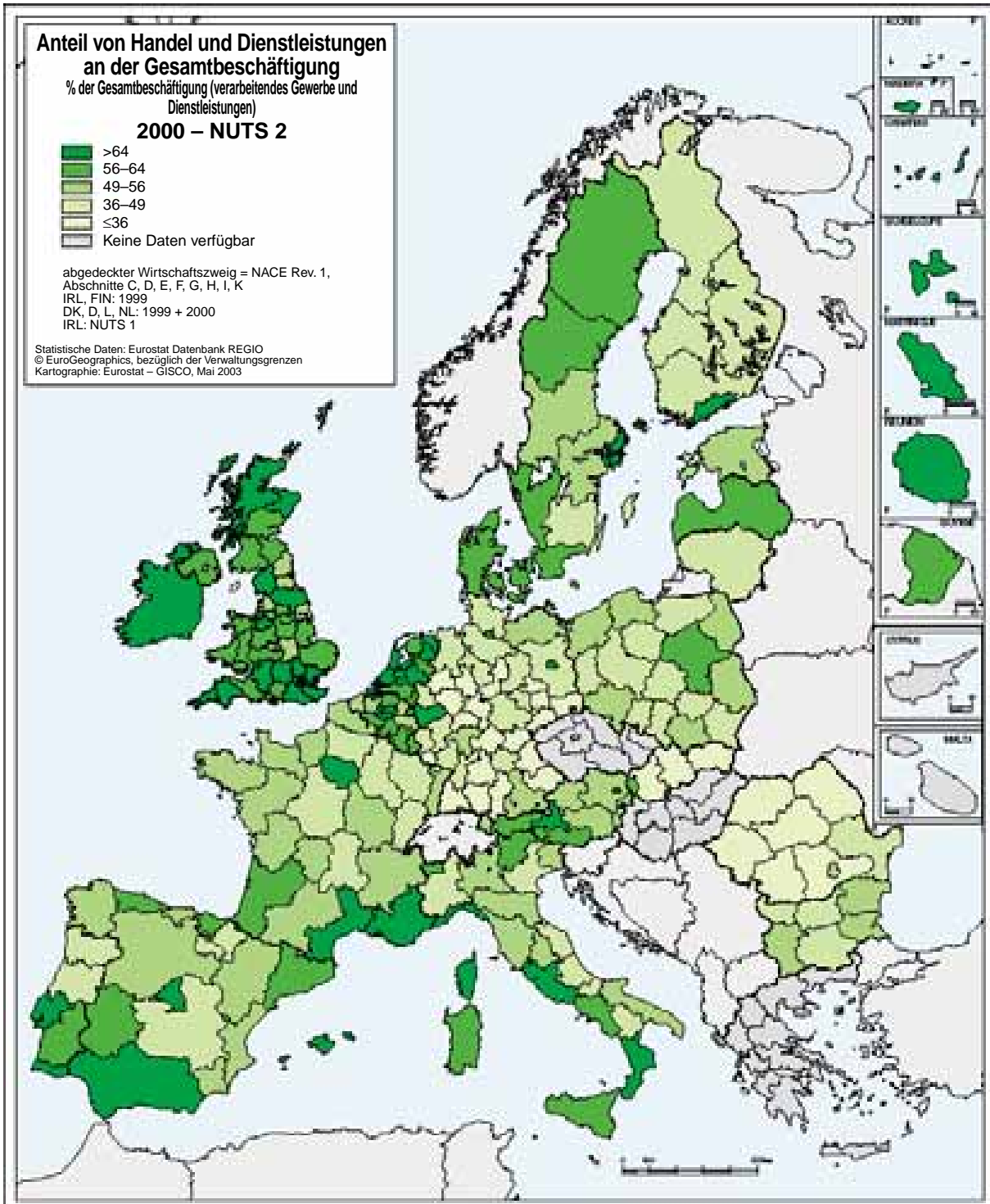


Einführung

Regionale Unternehmensstatistiken sind unentbehrlich, um einen umfassenden Einblick in die Wirtschaftstätigkeit in den Regionen Europas zu gewinnen. Wie entwickelt sich die Beschäftigung in den Regionen? Wie hoch sind das Lohn- und Gehaltsniveau und die Investitionsquote in einer Region und einem bestimmten Wirtschaftssektor? Eine genaue Strukturanalyse der Sektoren der

europäischen Wirtschaft ist nur auf regionaler Ebene möglich. Häufig konzentriert sich nämlich die wichtigste Industrie eines Landes auf einige wenige Regionen. Umgekehrt kann es durchaus sein, dass in einem ansonsten sehr dynamischen Land einige Regionen in ihrer Entwicklung zurückbleiben, weil bestimmte Schlüsselsektoren unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise leiden.

Die Karten 7.1, 7.2, 7.3 und 7.4 basieren auf den regionalen strukturellen Unternehmensstatis-



Karte 7.1

tiken, die in New Cronos in der Domäne SBS (theme4/sbs/region) sowie in der Domäne Regio (theme1/regio/sbs-r) verfügbar sind. Die hier abgebildeten Karten geben nur einen begrenzten Einblick in die verfügbaren regionalen Unternehmensstatistiken; die komplette Datenbank ist sehr viel umfangreicher.

Die regionalen Unternehmensstatistiken umfassen nicht nur die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sondern auch die Beitrittsländer und die Kandidatenländer, für die die Datenverfügbarkeit gegenwärtig beinahe so gut ist wie für Mitgliedstaaten. Für Ungarn und Bulgarien waren die Unternehmensdaten allerdings noch nicht verfügbar, als diese Veröffentlichung vorbereitet wurde.

Dienstleistungssektor – wichtigster Faktor für die Beschäftigung

Karte 7.1 zeigt den Anteil des Handels und der Dienstleistungen an der Beschäftigung im Handel ohne den Finanzbereich in den Regionen Europas.

Die Beschäftigung gibt die Zahl der beschäftigten Personen wieder. Darin sind alle Beschäftigten eingeschlossen, die in der untersuchten Einheit arbeiten, und alle, die außerhalb der Einheit arbeiten, jedoch zu der Einheit gehören und von ihr bezahlt werden. Die Karte zeigt die Ergebnisse für den gesamten Handelssektor mit einer groben Unterscheidung zwischen Industrie und Dienstleistungen. Zur Industrie zählen die Abschnitte C, D, E und F, zu den Dienstleistungen die Abschnitte H, I und K der NACE Rev. 1. Diese Analyse kann in jedem Fall ausgehend von der Basisregion in New Cronos für jeden Sektor weiter nach Wirtschaftstätigkeit aufgliedert werden.

Traditionell wird die deutsche Wirtschaft mit ihrem Schwerpunkt auf dem verarbeitenden Gewerbe der stärker dienstleistungsorientierten britischen Wirtschaft gegenübergestellt. Dieses nationale Muster lässt sich relativ unverändert auch auf die lokale Ebene in beiden Ländern übertragen. Einige wenige Regionen des Vereinigten Königreichs, insbesondere in der Mitte und im Westen des Landes (u. a. Leicestershire, Rutland and Northamptonshire sowie West Wales and The Valleys), sind jedoch fast ebenso stark industriell geprägt wie die Regionen Deutschlands.

Frankreich weist in dieser Hinsicht ein Muster auf, das in Europa nahezu einzigartig ist. Dort ist die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor in der Umgebung der Hauptstadt, verglichen mit der Gesamtzahl der Erwerbstätigen des

Landes, besonders groß. Dieser hohe Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor in der Region Île de France, der mit einer hohen Bevölkerungsdichte in dieser Region einhergeht, erklärt sich durch die Tatsache, dass die großen Industrie-Regionen gegenwärtig sehr weit von der Hauptstadt entfernt liegen. Aus Karte 7.2 ist ersichtlich, dass die Beschäftigten im Dienstleistungssektor dieser Region eher höher qualifiziert sind als die Beschäftigten in den übrigen Regionen Frankreichs.

Die Regionen an der Mittelmeerküste sind besonders stark dienstleistungsorientiert. Dieser Bereich erstreckt sich in einem Band von der Algarve in Portugal über Andalusien, die Region Provence-Alpes-Côtes d'Azur, Lazio und Campania bis nach Kalabrien in Süditalien. Korsika und Sardinien weisen ebenfalls eine hohe Beschäftigungsdichte im Dienstleistungssektor auf. Wie ist nun diese Verteilung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor zu interpretieren? Auf der einen Seite sind diese Regionen stark auf den Fremdenverkehr ausgerichtet, auf der anderen Seite sind sie noch sehr von den traditionellen und beschäftigungsintensiven Sektoren geprägt, wie z. B. dem Einzelhandel oder dem Seeverkehr. So ist Süditalien, wie aus der Karte zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kapitel 3 ersichtlich, kaum in der Lage, mit dem Norden des Landes wirtschaftlich Schritt zu halten, wo die hohe Industrialisierung die wirtschaftliche Dynamik unterstreicht.

In Italien, Frankreich und Spanien besteht ein klarer Gegensatz zwischen einer industriell geprägten Zone im Norden und einer Zone im Süden, die mehr von Handel und Dienstleistungen dominiert wird. In Frankreich ist der Dienstleistungssektor in den Regionen Languedoc-Roussillon und Provence-Alpes-Côtes d'Azur stark ausgeprägt.

Belgien, die Niederlande und der Norden Schwedens sind ebenfalls stark dienstleistungsorientiert. In den Niederlanden ist die Handels- und Verkehrstätigkeit insbesondere um die Hafenzonen von Amsterdam und Rotterdam, also in den Regionen Noord-Holland und Zuid-Holland, besonders intensiv.

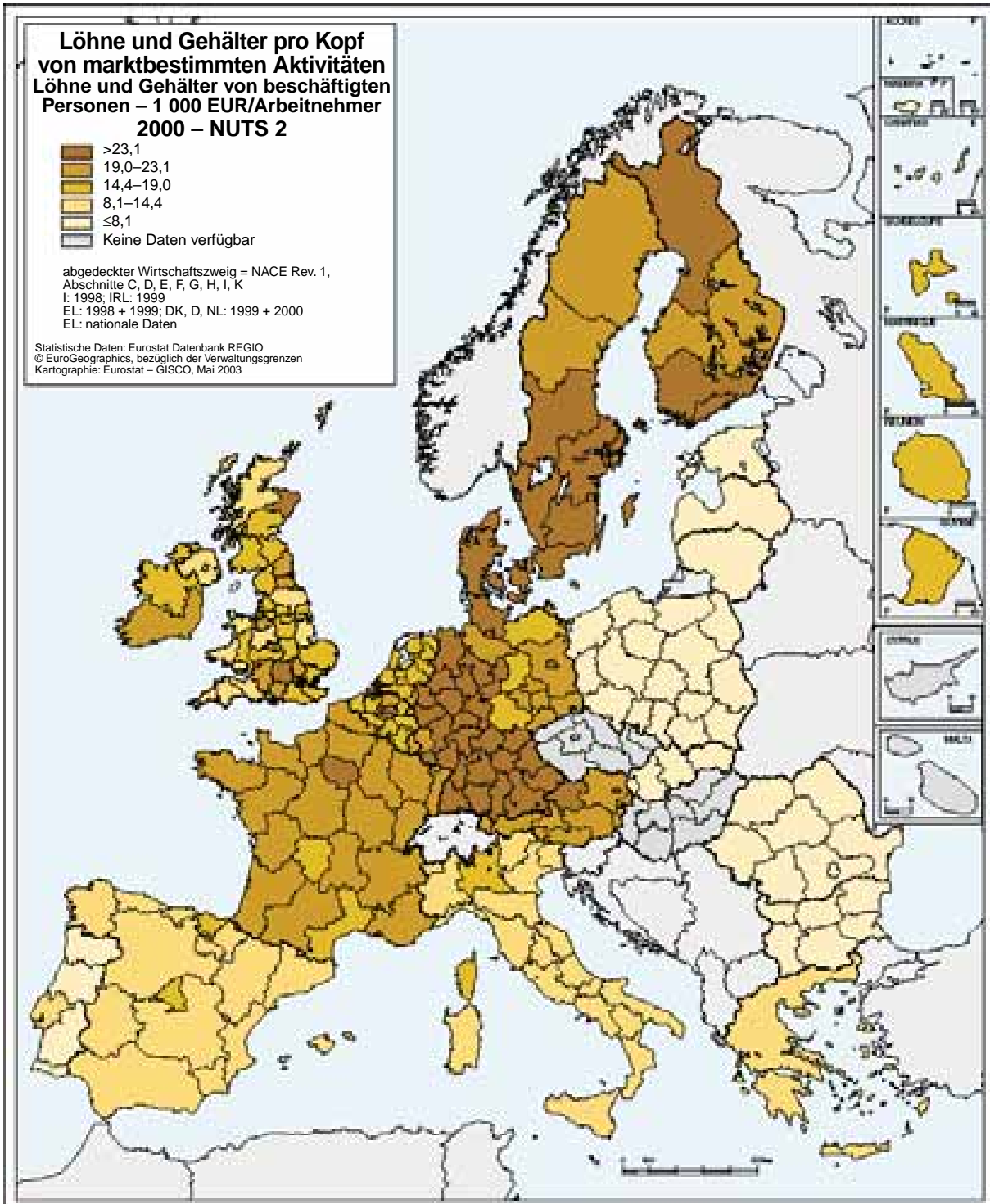
Die Regionen der Beitrittsländer und der Kandidatenländer sind im Allgemeinen stärker industrialisiert als der EU-Durchschnitt. Gleichwohl ist der Dienstleistungssektor in Lettland und in der Region von Mazowieckie in Polen dominierend.

Besserer Verdienst in den Hauptstädten

Karte 7.2 zeigt die Löhne und Gehälter pro Kopf für den gesamten Handelssektor ohne den Finanzbereich. Die Löhne und Gehälter umfassen alle Barbezüge und geldwerten Vorteile, die die Arbeitnehmer, einschließlich der Heimarbeiter, als Entgelt für ihre Arbeit im Verlauf des Geschäfts-

jahres erhalten, ob sie nun auf Stundenbasis, im Akkord oder nach Stückzahl, regelmäßig oder unregelmäßig bezahlt werden.

Der Pro-Kopf-Lohn, d. h. der Durchschnittslohn, den eine Arbeitskraft in diesem Wirtschaftszweig bezieht, ist ein guter Gradmesser für die Qualifikation der Beschäftigten in der Industrie der untersuchten Region. Je nach Einschätzung des Beobachters kann ein gehobenes durchschnittliches Lohnniveau in einer Region oder einem



Karte 7.2

Land, wie bereits angedeutet, einerseits auf eine hohe Qualifikation der Arbeitskräfte hinweisen, andererseits jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Region beeinträchtigen.

Insgesamt ist es erstaunlich, wie groß die Unterschiede bei den Löhnen und Gehältern in Europa im Allgemeinen und in der Eurozone im Besonderen sind. In einer einheitlichen Währungszone können die Unterschiede in der Bezahlung oder in der Produktivität nicht mehr durch Wechselkurschwankungen verschleiert werden. Zwar ist das Lohnniveau bei weitem nicht das einzige Kriterium für die Wettbewerbsfähigkeit in Europa, doch kommt man nicht umhin festzustellen, dass diese große Kluft zwischen den europäischen Regionen auf längere Sicht in einem Wirtschaftsraum, in dem Freizügigkeit der Arbeitnehmer und freier Warenverkehr herrschen, nicht ohne wirtschaftliche Konsequenzen bleiben kann.

Generell liegen die Durchschnittslöhne in Italien, Portugal und Spanien unter 17 000 EUR pro Kopf, hiervon hebt sich keine Region durch deutlich höhere Löhne ab.

Allerdings können die Durchschnittslöhne innerhalb eines Landes äußerst ungleich zwischen den einzelnen Regionen verteilt sein. So werden Arbeitnehmer in der Region Île de France deutlich besser bezahlt als ihre Kollegen in den übrigen Regionen Frankreichs. In dieser Region konzentrieren sich nämlich sehr viele qualifizierte Arbeitskräfte, außerdem haben dort viele große Firmen ihren Hauptsitz. Auch in Finnland werden in der Region Uusimaa viel höhere Löhne bezahlt als im übrigen Land. Generell liegen die Löhne in den Regionen in der Nähe der Hauptstadt höher als in den übrigen Regionen; eine Ausnahme bilden Portugal und die Region Lisboa e Vale do Tejo, in der auch Lissabon liegt.

Eine gewisse Analogie zu Nordeuropa weisen offensichtlich Spanien und Italien auf, wo die Löhne im Norden des Landes höher sind. In Italien ist das höhere Lohnniveau in Norditalien und in der Lombardei teilweise durch einen sektoralen Effekt zu erklären: In der Industrie im Norden ist die Produktivität höher und werden die Beschäftigten besser bezahlt als in den traditionell geprägten Regionen im Süden Italiens.

In Deutschland sind die Löhne und Gehälter in den neuen Bundesländern niedriger als in den alten. Faktisch unterscheidet sich das Gebiet der früheren Bundesrepublik nicht nur von der früheren DDR, sondern auch vom übrigen Europa durch die recht hohen Löhne und Gehälter in allen Regionen, insbesondere in den Regionen Stuttgart und Darmstadt (einschließlich des Finanzzentrums Frankfurt). Dieses hohe Lohn- und Gehaltsniveau ist vor allem auf die Tarifverhandlungen in Deutschland zurückzuführen, bei denen die Gewerkschaften ein großes

Gewicht haben. Dies ist ein besonderes Merkmal des deutschen Kapitalismus, einem Modell, bei dem Flächentarifverträge für ganze Wirtschaftszweige gegenüber Firmentarifverträgen deutlich vorherrschen. Dieses Modell steht im Gegensatz zum angelsächsischen Kapitalismus.

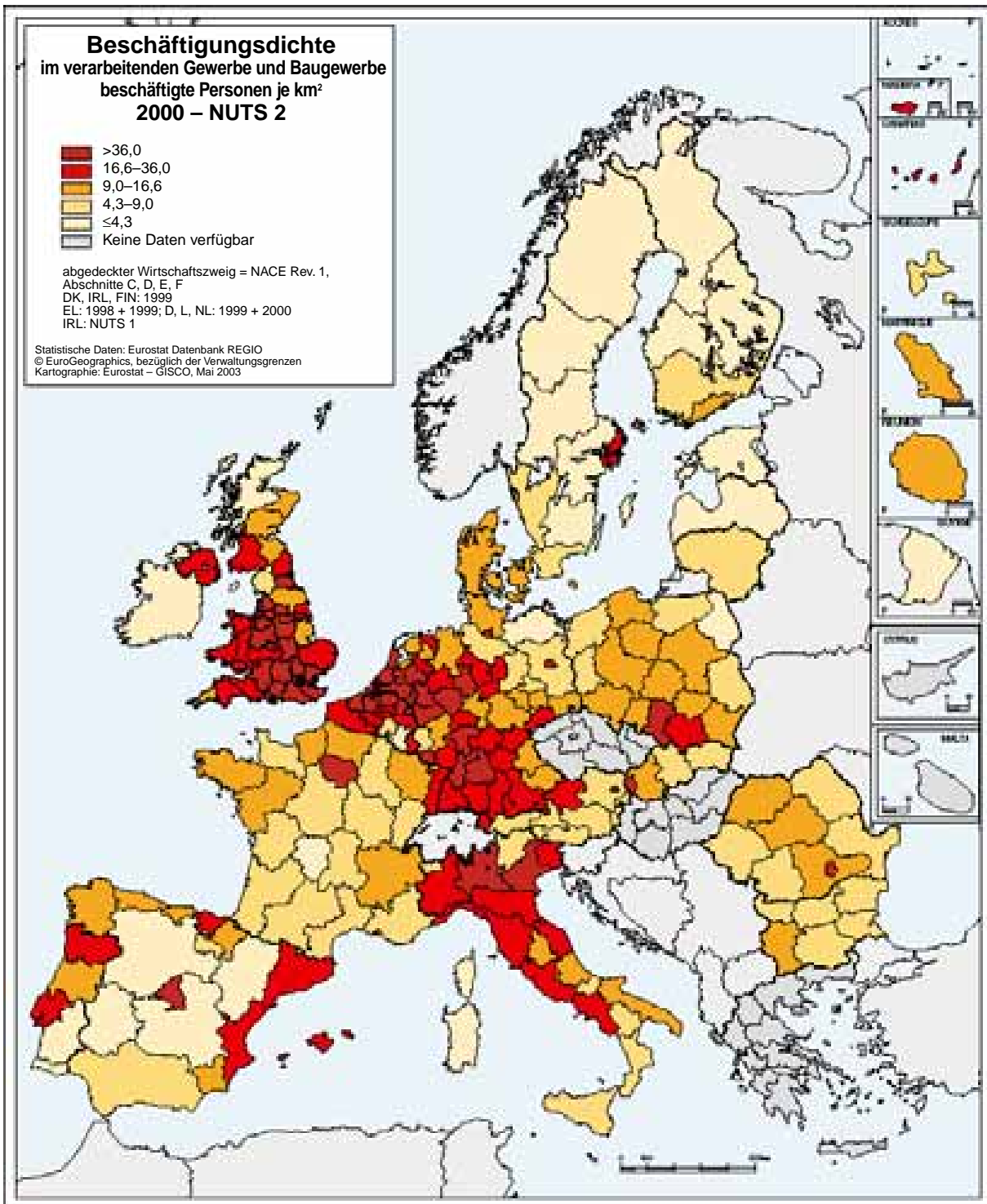
Nutzer, die sich für weitere Details interessieren, können diese Studie zum Lohn- und Gehaltsniveau in den Regionen unter Verwendung der Datenbank Regio nach Sektoren aufschlüsseln. Die Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Regionen lässt sich nämlich vor allem auf der Ebene der einzelnen Sektoren beurteilen. So kann der Nutzer beispielsweise das relative Lohn- und Gehaltsniveau in der Automobilindustrie im Piemont (Italien) und in der Region Niedersachsen (Deutschland) vergleichen.

In den Regionen der Beitrittsländer und der Kandidatenländer liegen die durchschnittlichen Gehälter deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Der Unterschied wird noch dadurch verstärkt, dass in dieser Studie die Gehälter in Euro, unter Verwendung des nominellen Wechselkurses, berechnet wurden, d. h. ohne Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten. Wenn die Kaufkraftparitäten mit einfließen, würde der Gehaltsunterschied zwischen den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern mit Sicherheit geringer ausfallen. Dennoch zeigt Kapitel 3, dass selbst bei Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten die Regionen der Kandidatenländer insgesamt ärmer als jene in den Mitgliedstaaten sind.

Ungleiche Verteilung der Arbeitsplätze in der Industrie

Karte 7.3 zeigt die Beschäftigungsdichte in der Industrie in Europa, d. h. die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie pro Quadratkilometer. Der Begriff Industrie ist hier weit gefasst und schließt die Abschnitte C, D, E und F der NACE-Systematik Rev. 1 ein, d. h. Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. Die Regionen mit hoher Beschäftigungsdichte sind häufig im allgemeineren Sinn auch die Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte. Aber wie oben schon deutlich wurde, kann es in einigen Regionen wenig Arbeitsplätze in der Industrie, aber viele Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor geben.

Norditalien, Westdeutschland, Belgien und die Niederlande sind stark industrialisierte Regionen mit einer Beschäftigungsdichte, die meist über 20 Industrie-arbeitsplätzen pro Quadratkilometer liegt. Ebenso sind die Ostküste Spaniens sowie die



Karte 7.3

Regionen Madrid und País Vasco stärker industriell geprägt als das übrige Spanien.

Die Regionen in der Umgebung der Hauptstädte weisen in der Regel eine hohe Beschäftigungsdichte in der Industrie und gleichzeitig ein ziemlich hohes Lohnniveau auf, was gleichbedeutend mit höher qualifizierten Arbeitskräften ist. Dies gilt insbesondere für Paris mit der Region Île de France, für Madrid mit der Comunidad de

Madrid und für Helsinki mit der Region Uusimaa. Häufig haben Unternehmen nämlich ihren Hauptsitz, in dem die Führungskräfte tätig sind, in der Hauptstadt.

Beschäftigungsdichte und höhere Löhne und Gehälter sind jedoch nicht zwangsläufig aneinander gekoppelt. So sind die Löhne in bestimmten Regionen in Mittelengland ziemlich niedrig, gleichzeitig besteht eine hohe Beschäfti-

gungsdichte in der Industrie. In den East Midlands im Vereinigten Königreich oder in der Region Lisboa e Vale do Tejo in Portugal dominieren die beschäftigungsintensiven Industriezweige, folglich sind die Durchschnittslöhne dort trotz einer hohen Beschäftigungsdichte in der Industrie eher niedrig.

Südpolen, besonders die Regionen von Śląskie und Małopolskie, die an die Stadt Krakau angrenzen, weisen ein besonders hohes Beschäftigungsniveau in der Industrie auf. Dies ist auch der Fall für Bukarest in Rumänien, die Region von Západné Slovensko um die slowakische Hauptstadt von Bratislava und für die Region von Jugozapaden im Südwesten von Bulgarien.

Kapitalintensive Industriezweige in den Regionen

Karte 7.4 zeigt die Investitionsquote im verarbeitenden Gewerbe. Diese Quote entspricht der materiellen Investition in die Beschäftigung in der Industrie. Sie gibt folglich das Kapitalwachstum pro Arbeitnehmer in der Industrie in den Regionen wieder. Davon sind die Investitionen betroffen, die im Verlauf des Bezugszeitraums in Sachanlagen insgesamt vorgenommen werden, also in alle Güter, die von Dritten zugekauft oder auf eigene Rechnung produziert werden (d. h. Anlagegüter) und deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt.

Die Investitionsquote tendiert zu starken Fluktuationen von einem Jahr zum anderen, so dass aus einer hohen Investitionsquote im Jahr 2000 nicht unbedingt eine Aussage über die Kapitalintensität einer Region abgeleitet werden kann. Dazu müssten die Investitionsflüsse über mehrere Jahre beobachtet werden, um daraus eventuell einen Kapitalstock berechnen zu können.

Die hier dargestellten Daten sind Unternehmensstatistiken, die sich, wie bereits erwähnt, klar von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterscheiden. Es ist jedoch anzumerken, dass die Investitionen (neben dem Verbrauch der privaten Haushalte und der Außenbilanz) eine der drei Hauptkomponenten des Bruttoinlandsprodukts sind. Deshalb sind die Regionen, die am meisten investieren, häufig auch die wohlhabendsten, wie die Übereinstimmung mit Karte 3.1 auf Seite 47 deutlich macht, die das BIP pro Einwohner zeigt.

Einige Resultate werden dennoch deutlich. So wird in den neuen Bundesländern Deutschlands mehr investiert als in den alten Bundesländern, in denen es mehr Leichtindustrie gibt. Besonders

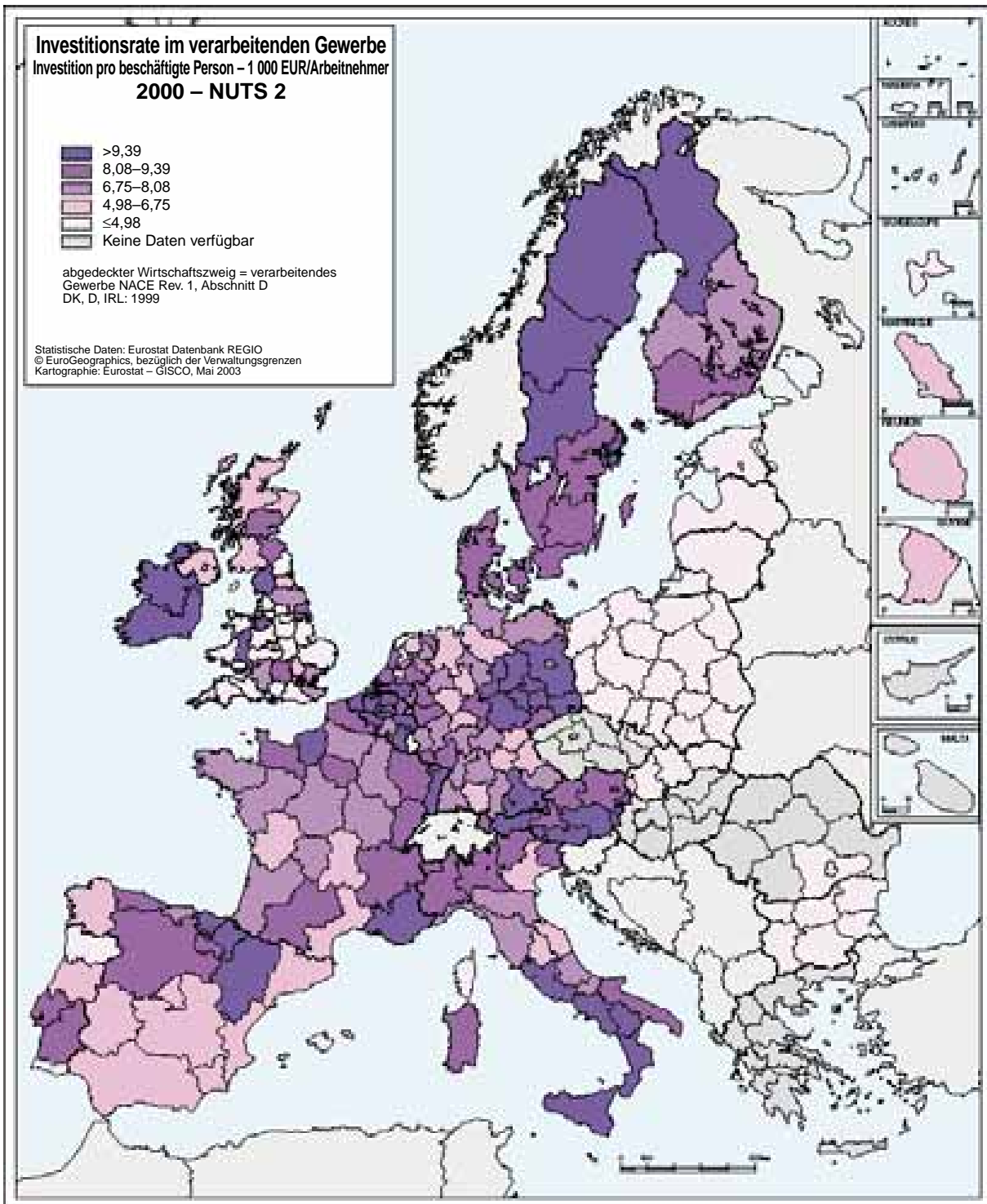
groß ist die Investitionstätigkeit in den Regionen Halle und Dresden. Ebenfalls ziemlich hoch im Vergleich zum europäischen Durchschnitt ist die Investitionsquote im Norden Italiens sowie in allen Regionen Österreichs mit Ausnahme der Region um die Hauptstadt Wien, insbesondere aber in der Region Kärnten. Besonders niedrig waren im Jahr 2000 dagegen die Investitionen der Industrieunternehmen im Süden und der Mitte des Vereinigten Königreichs im Gegensatz zu ihren irischen Pendanten.

Die relativ niedrige Investition pro Kopf in den beitretenden Ländern sowie in den Beitrittsländern ist eigentlich noch ausgeprägter, da der angewandte Wechselkurs die Kaufkraftparitäten nicht in Betracht zieht.

Schlussfolgerung

Die Domänen SBS (theme4/sbs/region) und Regio (theme1/regio/sbs-r) bieten dem an regionalen Sekordaten interessierten Nutzer einen detaillierten und harmonisierten Einblick in die Wirtschaftstätigkeit der einzelnen Sektoren in den Regionen. Nutzer, die mehr darüber wissen wollen, können auf die komplette Datenbank zugreifen, von der die hier abgebildeten vier Karten nur einen kleinen Eindruck geben. Insbesondere lassen die Daten einen Vergleich der Lohnkosten pro Kopf zwischen den verschiedenen Regionen in Europa zu und machen die relative Spezialisierung der Regionen in den verschiedenen Wirtschaftssektoren deutlich.

Hierzu ein Beispiel. Welches sind die wichtigsten Regionen in Europa im Bereich der chemischen Industrie? Um das herauszufinden, kann der Nutzer die Verteilung der Beschäftigung in der europäischen Chemieindustrie in den verschiedenen Regionen untersuchen. Er kann aber auch innerhalb der verschiedenen Regionen den relativen Anteil der Beschäftigung in der Chemieindustrie gemessen an der Gesamtbeschäftigung in der Industrie untersuchen. Er kann die Investitionen betrachten, die in den Regionen in einem bestimmten Jahr vorgenommen werden, aber ebenso die in der Vergangenheit getätigten Investitionen, da Investitionen einen stark zyklischen Charakter haben. Schließlich kann er die Beschäftigung in den Regionen mit der Zahl der örtlichen Einheiten vergleichen, was ihm eine gute Vorstellung von der Konzentration des Sektors und der mittleren Größe der örtlichen Einheiten des Sektors in der Region gibt.



Karte 7.4

Methodik der regionalen Unternehmensstatistiken

Die regionalen Daten, die gemäß der SUS-Verordnung erfasst werden, betreffen die Zahl der örtlichen Einheiten, die Löhne und Gehälter sowie die Investitionen.

Die Statistiken stehen hauptsächlich ab dem Bezugsjahr 1995 zur Verfügung. Der Zeitraum 1995-1998 ist jedoch ein Übergangszeitraum bei der Umsetzung der Bestimmungen, in dessen Verlauf die nationalen statistischen Ämter Anpassungen vorgenommen haben, um zu einem System zu kommen, das der Ratsverordnung (EG) Nr. 58/97 entspricht.

Die Verfügbarkeit der Daten ab dem Bezugsjahr 1999, dem ersten Bezugsjahr nach dem Übergangszeitraum, ist – ebenso wie deren Qualität – deutlich besser. Als Beispiel seien die belgischen Daten von 1999 genannt, in denen zum ersten Mal die örtlichen Einheiten aller Unternehmen erfasst sind. In den vorhergehenden Jahren wurden in der belgischen Regionalstatistik die örtlichen Einheiten nur für Unternehmen mit über 20 Beschäftigten erfasst. Außerdem decken die deutschen Daten ab dem Bezugsjahr 2000 zum ersten Mal die Gesamtheit der örtlichen Einheiten ab, während in den vorhergehenden Jahren nur die örtlichen Einheiten von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten erfasst wurden.

Die Regionalstatistik bildet die dritte von vier Säulen der SUS-Datenerhebung. Die beiden ersten Säulen sind die Erhebung auf nationaler Ebene und die Erhebung nach Größenklasse (insbesondere die Ergebnisse der kleinen und mittleren Unternehmen). Die letzte Säule bilden schließlich die anderen strukturellen Erhebungen (wie z. B. die statistische Erfassung der

Ausgaben in Zusammenhang mit dem Umweltschutz).

Die regionalen Unternehmensstatistiken werden nach Region (Ebene NUTS 2) und Tätigkeit (NACE Rev. 1, 2- oder 3-stellige Ebene, je nach Sektor) gegliedert. Die erfasste Population entspricht der Zahl der Erwerbstätigen im Handel ohne den Finanzsektor, also NACE Rev. 1 C bis K, mit Ausnahme von Abschnitt J, der die Finanzsektoren umfasst.

Die statistische Erhebungseinheit ist die örtliche Einheit. In den meisten Fällen wird die Haupttätigkeit der örtlichen Einheit auf örtlicher Ebene berechnet. Für einige Länder ist jedoch die Erhebungseinheit das Unternehmen, zu dem die örtliche Einheit gehört, denn ein Industrieunternehmen kann sich ja aus mehreren örtlichen Einheiten zusammensetzen. Da die statistische Erhebungseinheit somit nicht für jede Erhebung dieselbe ist, können die nach Größenklasse gegliederten Resultate [die in New Cronos in der Domäne Sizclass (theme4/sbs/sizclass) verfügbar sind] und die nach Region gegliederten Resultate mehr oder weniger divergieren, auch wenn die Größenordnung dieselbe ist. Diese Divergenz bedeutet jedoch in keinem Fall ein Qualitätsproblem für die eine oder andere Datenerhebung.

Die Wertschöpfung wird wiederum gemäß der SUS-Verordnung nicht auf örtlicher Ebene erhoben. Sie berechnet sich nämlich auf Unternehmensebene, nicht auf der Ebene der örtlichen Einheit. Die Unternehmensstatistik unterscheidet sich von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (bei der ein regionales Bruttoinlandsprodukt berechnet wird) dadurch, dass die Statistiken direkt aus dem Datenmaterial resultieren und nicht Ergebnis einer ökonomischen Synthese sind.



Einleitung

Die EU-Verkehrspolitik ist ebenso wie die EU-Regionalpolitik auf zuverlässige und aktuelle Verkehrsstatistiken in der Europäischen Union angewiesen. Die Entwicklung des Verkehrssektors steht in engem Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Seit den 70er Jahren ist das Verkehrsaufkommen, sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr, kontinuierlich gestiegen. Eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist notwendig, um der wachsenden Mobilität und den zunehmenden Fahrgast- und Güterströmen Rechnung tragen zu können. Nicht nur die Liberalisierung des Binnenmarktes hat zu einer Zunahme der Verkehrsvolumina beigetragen. Auch der Wandel in Struktur und Standort der verarbeitenden Industrie, Änderungen der Produktionsverfahren, die Just-in-time-Beförderungen voraussetzten, ein größerer Fahrzeugbestand, mehr Freizeit und höhere verfügbare Einkommen sind weitere Bestimmungsfaktoren dieser Entwicklung.

Das dazu notwendige Verkehrsnetz ist zwar EU-weit relativ dicht, steht jedoch nicht allen Regionen auf einheitlichem Niveau zur Verfügung: Unterschiede in Angebot und Nachfrage sowie variierende Bevölkerungsdichte, Verstärkungs- und Industrialisierungsgrad spiegeln sich in der Infrastrukturkapazität wider.

Die regionale Eurostat-Verkehrsstatistik hofft in diesem Bereich einen Beitrag leisten zu können, indem für eine Reihe von Infrastrukturaspekten sowie bestimmte Güter- und Personenverkehrsströme quantitative Informationen bereitgestellt werden.

Methodische Anmerkungen

Regionale Verkehrsstatistiken und entsprechende Metainformationen sind in der Referenzdatenbank New Cronos an zwei Stellen abrufbar. Zum einen beinhaltet der Themenkreis Verkehr (Thema 7) im Bereich „Tranlink“ Indikatoren auf NUTS-2-Ebene bezüglich der Infrastruktur von Straßen-, Eisenbahn- und Binnenwasserstraßennetzen, dem Fahrzeugbestand, die von Lastwagen durchgeführten Fahrten, der Straßenverkehrssicherheit und der Beförderung von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr. Die gleichen Informationen stehen unter Thema 1 (Allgemeine Statistik) im Bereich „REGIO“ zur Verfügung.

Insgesamt bietet die Datenbank New Cronos im Bereich der regionalen Transportstatistik 19 Tabellen an.

In sieben Tabellen werden, zur Zeit noch nach Mitgliedstaaten und Beitrittsländern unterschieden, jeweils die gleichen Variablen dargestellt. Mit der EU-Erweiterung im nächsten Jahr werden die Tabellen der Beitrittsländer in die der Mitgliedstaaten integriert werden.

Die von Lastkraftwagen durchgeführten Fahrten beziehen sich bisher nur auf die Regionen der Mitgliedstaaten.

Was den regionalen See- und Luftverkehr betrifft, sind sowohl für beförderte Güter als auch für Fahrgäste jeweils vier Tabellen in New Cronos enthalten, die auf unterschiedlichen Methodologien beruhen. Seit dem Referenzjahr 1999 werden diese Daten aus hafen- beziehungsweise flughafenbezogenen Erhebungen ermittelt, die von Eurostat im Rahmen bestehender Rechtsakte durchgeführt werden.

Alle Tabellen enthalten jährliche Daten und beginnen bis auf die Tabellen zum regionalen See- und Luftverkehr (mit neuer Methodologie) und der Tabelle zur Verkehrssicherheit mit dem Referenzjahr 1978. Die innerstaatlichen Verkehrsströme zwischen den Regionen sind nicht mehr in REGIO aufgeführt, sondern können in einer vereinfachten Form im Themenbereich 7 (Verkehr) unter den Bereichen „Road“, „Rail“ und „Inlandww“ abgefragt werden. Hier bieten auch die Bereiche „Aviation“ und „Maritime“ weitere Daten zu Verkehrsströmen zwischen Flughäfen bzw. Häfen an.

Die folgenden Karten, Schaubilder und Tabellen ermöglichen es, die regionale Verkehrsstatistik im Überblick darzustellen und sie zu anderen in NewCronos enthaltenen regionalen Daten in Beziehung zu setzen. Somit können auch Wechselwirkungen untersucht werden, die möglicherweise die beobachteten Unterschiede zwischen den Regionen erklären können.

Verkehrsinfrastruktur

Insgesamt betrachtet verfügt die Europäische Union über ein dichtes Verkehrsnetz. Die steigende Nachfrage nach Verkehrsdienstleistungen sowohl auf dem Gebiet der Personen- als auch der Güterbeförderung hat einen Ausbau der Infrastruktur bewirkt.

Informationen über die Verkehrsnetze von Straßen-, Eisenbahn- und Binnenwasserstraßen sind in der New-Cronos-Datenbank auf NUTS-2-Ebene enthalten. Alle Tabellen weisen die Streckenlänge gemessen in Kilometern als Einheit aus.

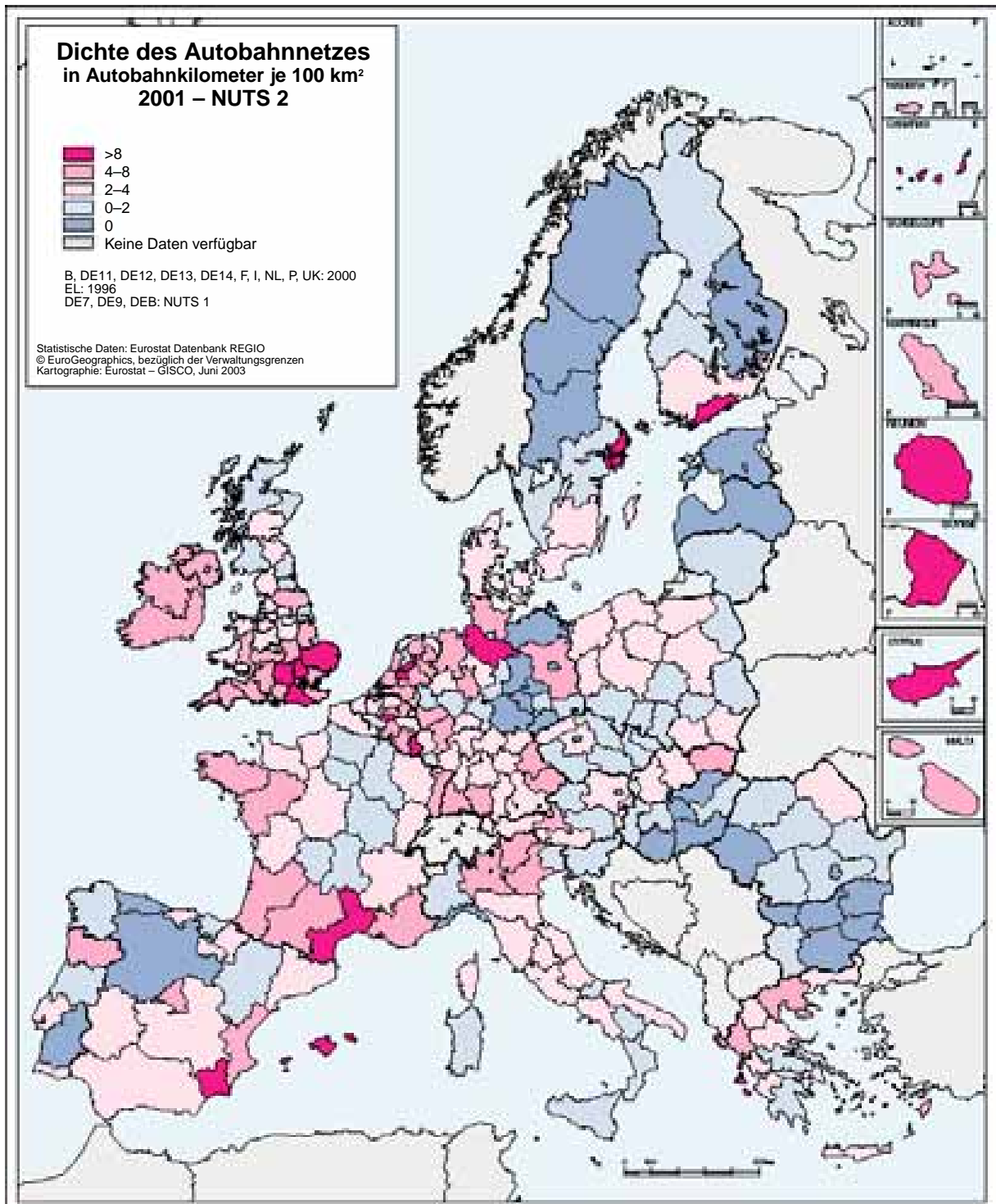
Die Straßen sind in Autobahnen und andere Straßen untergliedert. Bei den Eisenbahnstrecken wird nach zwei Kriterien unterschieden: den zwei-

und mehrgleisigen Strecken und elektrifizierten Strecken. Die Daten über Binnenwasserstraßen (schiffbare Kanäle und schiffbare Flüsse und Seen) sind nicht flächendeckend, da viele Mitgliedstaaten über kein nennenswertes Binnenwasserstraßennetz verfügen. Die von den Mitgliedstaaten übermittelten Daten unterscheiden ferner nicht zwischen breiten Kanälen mit hoher Kapazität und schmalen mit geringer Kapazität.

Die folgende Darstellung beschränkt sich auf einen Überblick des Europäischen Straßennetzes und betrachtet insbesondere die Autobahndichte.

Straßennetz

Regionen mit einem gut ausgebauten Netz von Hauptverkehrsstraßen und Autobahnen weisen in



Karte 8.1

der Regel einen relativen Wettbewerbs- und Entwicklungsvorteil auf.

In Karte 8.1 ist die Dichte des Autobahnnetzes, ausgedrückt in Autobahnkilometern je 100 km² Fläche, im Jahr 2001 auf NUTS-2-Ebene dargestellt.

Im Norden des Vereinigten Königreichs sind es definitorische Gründe, die zu weißen Flächen in der Karte führen, da die dort verfügbaren zweispurigen Straßen nicht als Autobahnen gelten. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß flächenbezogene Indikatoren insbesondere in kleinen Regionen zu relativ hohen Werten führen können.

- Wie in den zentralen Regionen der Niederlande ersichtlich, geht eine sehr hohe Autobahndichte oft eng einher mit einem hohen Verstärterungsgrad.
- Ebenso weisen Regionen, die einen größeren Ballungsraum umgeben, in einigen Fällen eine sehr hohe Autobahnnetzdicke auf. Oft weist dies auch auf Regionen mit aktivem Pendlerverhalten vom Wohn- zum Arbeitsort hin, wie es beispielsweise in der Region Vlaams Brabant, die Brüssel umgibt, der Fall ist.
- Auch Regionen, die bedeutende Industrieregionen beinhalten, verfügen in einigen Fällen über ein sehr dichtes Autobahnnetz. Insbesondere im Vereinigten Königreich sind Greater Manchester (mit Manchester), Merseyside (mit Liverpool) und West Midlands anzuführen.
- Städtische Agglomerationen verfügen ebenso oft über hohe Autobahndichten, wie in einer Vielzahl von Fällen zu erkennen ist: Wien in Österreich, Hamburg, Bremen und Düsseldorf in Deutschland, Bratislava in der Slowakei, in der spanischen Region Comunidad de Madrid, in Lisboa e Vale do Tejo (mit Lissabon) in Portugal und in Île-de-France in Frankreich.
- Auch Regionen, die ein bedeutendes Hafengebiet beinhalten, weisen in einigen Ländern bedeutende Autobahnnetzdicke auf, die zum Weitertransport der gelöschten Güter maßgeblich sind. Beispiele hierfür sind: Nord-Pas-de-Calais in Frankreich sowie einige Regionen des Vlaams Gewest in Belgien und Liguria in Italien.
- Auffallend hohe Autobahndichten sind ebenso in der deutschen Region Saarland und in der spanischen Region País Vasco festzustellen.
- Beim Betrachten der Karte fällt ebenso ein Bogen entlang der Mittelmeerküste von Comunidad Valencia in Spanien über eine sehr gut ausgebaute Region Cataluña, die Provence-Alpes-Côte d’Azur bis nach Sicilia in Italien auf. Diese relativ gut ausgebauten Autobahnnetze dürften hier die Bedeutung einer

modernen Verkehrsinfrastruktur für Fremdenverkehrsregionen widerspiegeln.

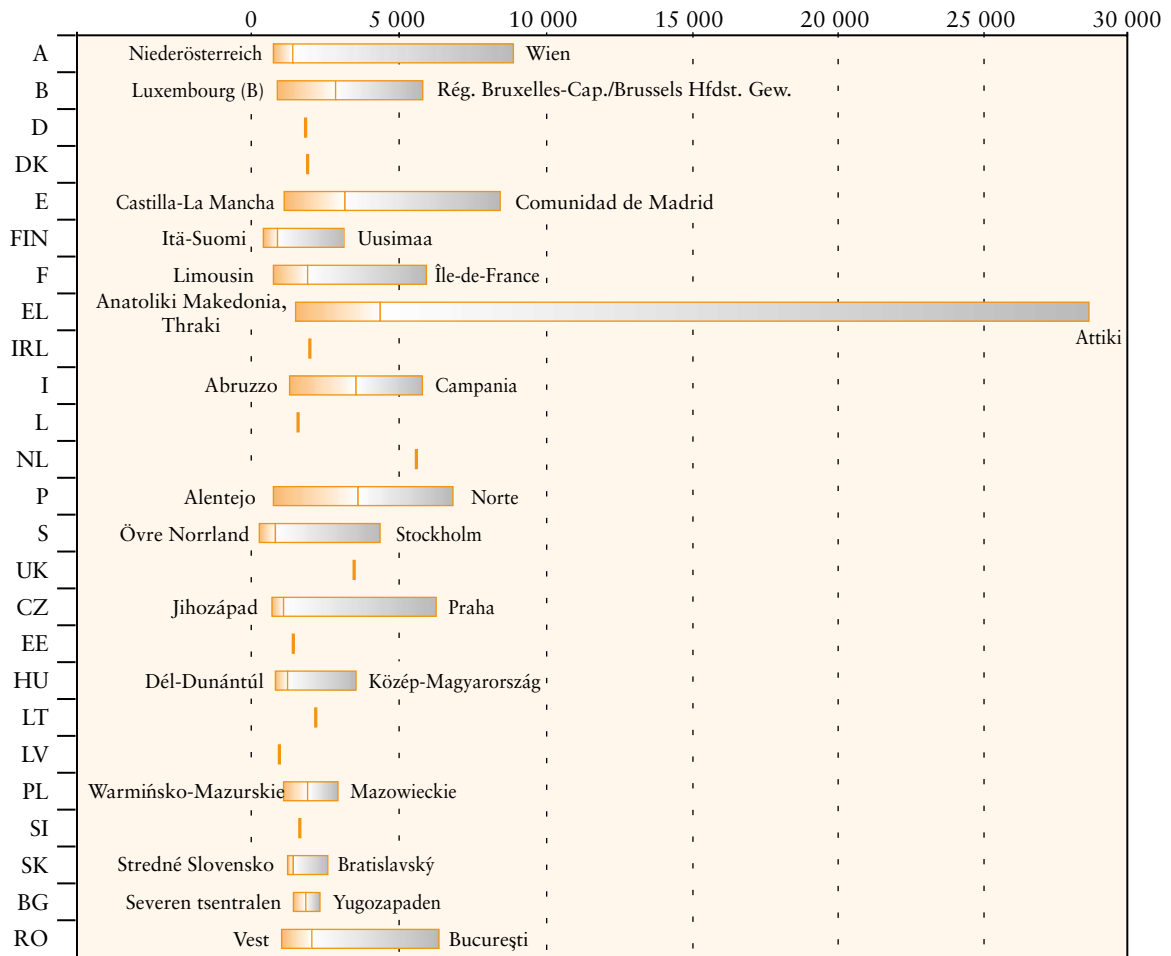
- Randregionen in Griechenland, dem Vereinigten Königreich, Schweden, Polen und Rumänien weisen geringe Autobahnnetzdicke auf, ebenso wie Inselgebiete, z. B. Corse (Frankreich), Sardegn (Italien) und Kriti (Griechenland).
- Bis auf Estland und die bereits erwähnte slowakische Region Bratislavsky weisen viele Regionen der Beitrittsländer eine geringere Autobahndichte auf und sind mit jenen Regionen der Mitgliedstaaten vergleichbar, die durch eine geringere Verstärterung gekennzeichnet sind (die meisten Regionen in Irland, Frankreich, Spanien und Portugal).

Eisenbahnnetz

Die Erreichbarkeit des Eisenbahnnetzes für den europäischen Bürger lässt sich mittels des Indikators Einwohner je Kilometer Eisenbahn annähern. Hiermit wird die Bevölkerungsdichte berücksichtigt und somit die Aussagefähigkeit des Indikators – im Gegensatz zu einem Flächenbezug – erhöht. Schaubild 8.1 zeigt diesen Indikator auf dem Niveau der NUTS-2-Regionen. Neben dem nationalen Durchschnitt (die gestrichelte orangefarbene vertikale Linie) sind für alle Mitgliedstaaten (die eine Untergliederung nach NUTS-2-Regionen aufweisen) jeweils die Regionen mit den höchsten und den niedrigsten Werten grafisch dargestellt. Dieser Indikator ist im Zeitablauf recht stabil, da es – im Gegensatz zum Straßenbau – nur relativ selten vorkommt, dass ein Eisenbahnabschnitt stillgelegt oder neu eröffnet wird.

- Auffallend ist, dass die regionale Bandbreite des Indikators zwischen den Ländern sehr stark variiert. Während in Griechenland die Einwohnerzahl pro Kilometer Eisenbahnnetz und somit die Erreichbarkeit zwischen 1 485 und 28 709 variiert, ist dieser Unterschied in Bulgarien mit 1 473 (Severer zentralen) und 2 357 (Yugozapaden) am geringsten. Der relativ dünn besiedelten griechischen nördlichen Randregion Anatoliki Makedonia, Thraki steht die dichtbesiedelte Region Attiki, zu der auch Athen zählt, gegenüber.
- Aufgrund der relativ hohen Bevölkerungsdichte verzeichnen die Regionen, in denen sich die Hauptstädte befinden, in der Regel einen sehr hohen Dichtewert. Interessanterweise liegen in einigen Fällen die jeweiligen Regionen mit dem niedrigsten nationalen Wert in direkter Umgebung dieser Ballungsgebiete (Wien und Niederösterreich, Comunidad de Madrid und Castilla-La Mancha)

Schaubild 8.1 — Regionale Variation im Pro-Kopf – Zugang zu Eisenbahnen, NUTS 2, 2001 (Einwohner pro km Bahnstrecke)



NB: F: 2000; A: 1997; Bevölkerung: 2000.

– Da für Dänemark und Luxemburg keine NUTS-2-Regionen definiert sind, werden hier lediglich die nationalen Durchschnitte angegeben.

Fahrzeuge

Verkehrsmittel

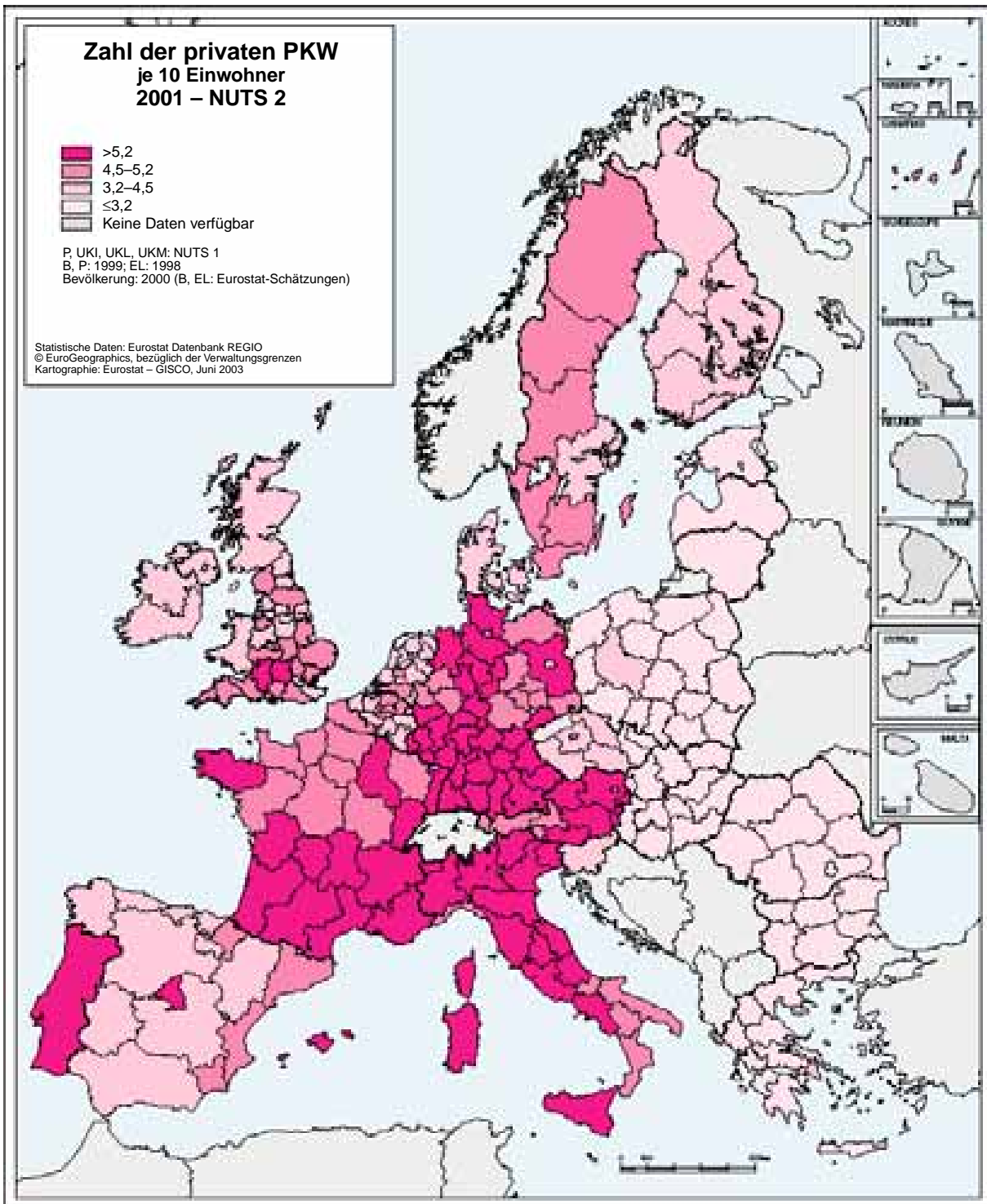
Verkehrsmittel können definiert werden als alle Transportmittel, mit denen Güter und/oder Personen befördert werden können. Demnach sind neben PKW, Bussen, Lastwagen, Zügen, Binnenschiffen, Flugzeugen auch Sattelanhänger, Güterwagen, Fahrräder und motorisierte Zweiräder gemeint. Dementsprechend liegen in New Cronos regionale Fahrzeugdaten auf NUTS-2-Ebene vor und sind nach den Fahrzeugkategorien Personenkraftwagen (Pkw), Busse, Güterkraftfahrzeuge, Straßenzugmaschinen, Sonderfahr-

zeuge, Anhänger, Sattelaufleger und Krafträder untergliedert.

In diesem Kapitel wird jedoch nur einer dieser Indikatoren, nämlich der PKW-Besatz, dargestellt.

Karte 8.2 stellt den PKW-Bestand, gemessen als Zahl der privaten Fahrzeuge je zehn Einwohner, dar. Dieser Mobilitätsindikator, der auch weiterhin steigende Tendenz aufweist, steht in vielen – aber wie in der Karte zu erkennen, nicht in allen – Fällen in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung (gemessen am BIP je Einwohner, siehe auch Kapitel 3) einer Region. Als Beispiel hierfür sind zahlreiche deutsche Regionen zu nennen, die sowohl ein hohes BIP als auch einen hohen Pkw-Bestand vorweisen, während die meisten griechischen Regionen für beide Indikatoren niedrige Werte ausweisen.

Ein Blick auf Karte 8.2 zeigt, dass es jedoch auch einige Regionen gibt, die von diesem Trend abweichen:



Karte 8.2

– Größere städtische Kernregionen verfügen in der Regel über ein ausgedehntes öffentliches Nahverkehrsnetz, wodurch der PKW-Bestand in diesen Regionen eher niedrig ist. Die mangelnde Verfügbarkeit von ausreichenden Parkplätzen oder sehr hohe Parkkosten in den städtischen Zentren führen zu einem Rückgang des PKW-Besatzes der städtischen Bevölkerung. Ebenso kann die Alters- und Sozialstruktur der

Stadtbevölkerung hier einen Einfluss haben. Damit einhergehend ist oftmals die PKW-Dichte in den umliegenden Regionen eher hoch, was auf aktives Pendlerverhalten hinweist. Als Beispiele sind hier zu nennen: Berlin mit der umgebenden Region Brandenburg und Bremen mit seinen umliegenden Regionen in Deutschland, London mit South East und Eastern sowie Wien mit Niederösterreich in Österreich.

- In jenen großflächigeren NUTS-2-Regionen, die eine Kernstadt und ein ausgedehntes Umland beinhalten, ist die PKW-Dichte eher gleich verteilt. Dies ist der Fall in Comunidad de Madrid und Île-de-France, wo sich diese Faktoren ungefähr die Waage halten.
- Eine hohe PKW-Dichte kann auch Indikator des relativen persönlichen Wohlstands sein. Vor allen trifft dies für Regionen mit einem relativ höheren Durchschnittseinkommen zu, wie z. B. das Großherzogtum Luxemburg, zahlreiche deutsche Regionen mit bedeutenden Wirtschaftszentren in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sowie Prag in der tschechischen Republik.
- Der neuere Ausbau der Autoindustrie kann in einigen europäischen Regionen ebenso als Motor für eine erhöhte PKW-Dichte aufgeführt werden. Dies ist der Fall in den ostdeutschen Regionen, insbesondere in Chemnitz.
- In Regionen, die wirtschaftlich stark von Tourismus geprägt sind, scheint die PKW-Dichte ebenso hohe Werte zu erreichen. Insbesondere spanische, französische und italienische Mittelmeerregionen (einschließlich der Inselregionen), die z. T. von Ausländern als Altersruhesitz gewählt wurden, weisen einen relativ hohen PKW-Besatz auf.
- In einigen dünner besiedelten Regionen ist das Auto möglicherweise unverzichtbar, um mobil zu sein. Dazu zählen wohl die um die Comunidad de Madrid gelegenen zentral-spanischen Regionen, die französischen Regionen Champagne Ardenne, Auvergne, Limousin und Midi-Pyrénées und jene finnischen und schwedischen Regionen außerhalb der Hauptstädte.
- Die PKW-Dichte erzielt in den zentraleuropäischen Regionen von Estland bis nach Griechenland vergleichbare Werte zwischen 3,2 und 4,5 PKW je zehn Einwohner.

Seeverkehr

Regionale statistische Angaben zum Seeverkehr liegen in New Cronos auf NUTS-2-Ebene vor, und dies sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr. Sie geben Auskunft über die in den jeweiligen Regionen beförderten Güter und Fahrgäste. In New Cronos stehen zwei Zeitreihen zu diesen Indikatoren zur Verfügung. Eine Zeitreihe geht bis ins Jahr 1978 zurück und endet mit dem Referenzjahr 1998. Seit 1999 wird für die EU-Mitgliedstaaten eine neue Methodologie zur Ermittlung dieser regionalen Statistiken verwendet, die in der Datenbank auch in getrennten Tabellen verwaltet werden. Die beiden

Zeitreihen sind aufgrund der unterschiedlichen Methodologien nicht mehr direkt vergleichbar. Entsprechende Daten für die Beitrittsländer werden zur Zeit noch mittels Fragebögen ermittelt.

Die aktuellen regionalen Angaben zu beförderten Passagieren und Gütern werden direkt aus Erhebungen, die auf dem Niveau der Seehäfen aufgrund bestehender Rechtsakte durchgeführt werden, ermittelt (Richtlinie 95/64/EG des Rates). Auch die Methodologie im Hinblick auf den intraregionalen Verkehr ist somit auf nationalem und NUTS-2-Niveau identisch (Doppelzählungen, wie bisher der Fall, sind ausgeschlossen).

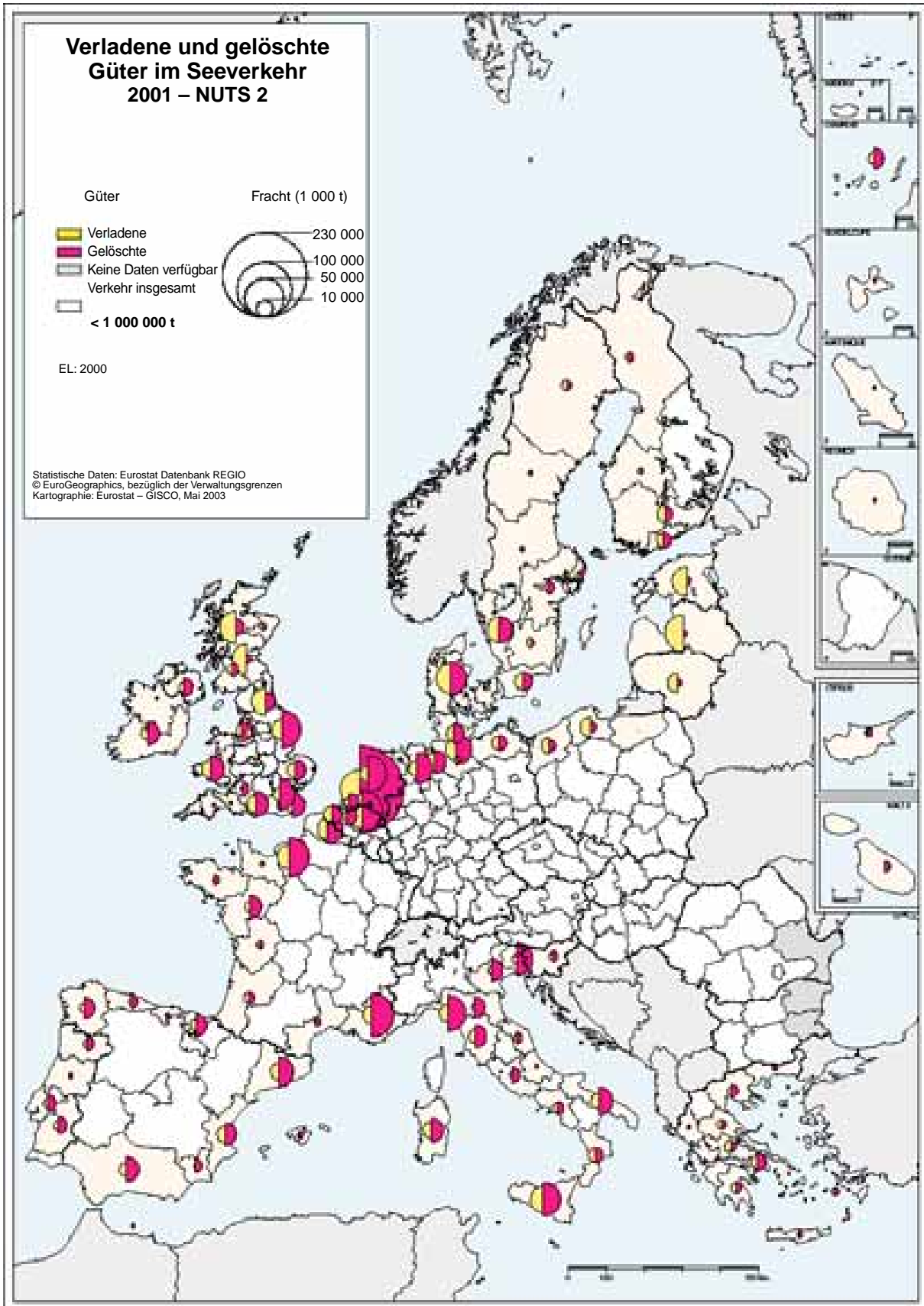
Die aufgrund der Ratsrichtlinie 95/64/EG erhobenen Daten beziehen sich nur auf Häfen, die einen bestimmten Schwellenwert sowohl für Passagiere als auch für Fracht überschreiten. Der von kleinen Häfen erwirtschaftete Verkehr wird nicht berücksichtigt, so dass sich Unterschiede zwischen nationalen Gesamtwerten und aggregierten regionalen Eurostat-Werten ergeben können. Die regionale Verteilung des Verkehrsvolumens kann jedoch recht gut dargestellt werden.

Bei der aktuellen Ermittlung der regionalen Fahrgast- und Frachtvolumen im Seeverkehr erfolgt die Zuordnung der Seehäfen zu NUTS-Regionen ausschließlich aufgrund der geografischen Zugehörigkeit und nicht aufgrund wirtschaftlicher Verflechtungen (wie es in der Vergangenheit z. T. der Fall war).

Die Passagierdaten sind untergliedert in Einsteiger und Aussteiger, und die in der folgenden Karte dargestellten Frachtdaten unterscheiden verladene und gelöschte Tonnen Fracht. Die Karte beinhaltet lediglich Angaben für Küstenregionen mit Frachthäfen.

- Auffallend ist die starke Konzentration von beträchtlichen entladenen Gütermengen in der Region Zuid-Holland, die den Rotterdamer Hafen beinhaltet. Die gelöschten Gütermengen sind mehr als dreimal so hoch wie die der nächsthöchsten EU-Region. Auch die Region Antwerpen mit ihrem gleichnamigen Hafen unterstützt diese regionale Zentralisierung. Der Einfluss dieser gewaltigen Frachtmengen und die Notwendigkeit ihres Weitertransports haben einen bedeutenden Einfluss auf den Güterkraftverkehr durch einen großen Teil der Europäischen Union.

- In den meisten europäischen Küstenregionen werden wesentlich mehr Güter gelöscht als verladen. Dieses Phänomen deutet sicherlich auf die Abhängigkeit der EU-Wirtschaft von Importen hin.
- Verladen wird hingegen in stärkerem Maße als gelöscht in den nördlichen Regionen Highlands and Islands sowie Eastern Scotland und Tees



Karte 8.3

Valley and Durham im Vereinigten Königreich sowie in Estland, Lettland, Litauen und den polnischen Küstenregionen. Dies ist in enger Beziehung zu der stark entwickelten Industrie und dem Vorkommen von natürlichen Ressourcen in diesen Regionen zu sehen, die auf dieses Verkehrsmittel zur Vermarktung ihrer Produkte zurückgreifen. Für die baltischen Regionen ist ein ähnliches Argument wie für die Region Zuid-Holland aufzuführen, nämlich die wichtige Bedeutung dieser Regionen für den Weitertransport (mit sehr guter Anbindung an die unterschiedlichen Transportmodi).

- Ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen gelöschten und verladenen Frachtmengen herrscht nur in wenigen Regionen vor. Es ist insbesondere in Dänemark und in den schwedischen Regionen Västsverige und Sydsverige zu verzeichnen.
- Die Anbindung der Häfen an den umweltverträglichen „Kurzstrecken-Seeverkehr“ (einschließlich Fluß-See-Schifffahrt), der in Europa auch eine sehr hohe Transportleistung erbringt, trägt ebenso zu den dargestellten räumlichen Verteilungsmustern bei.
- Das Verhältnis zwischen gelöschten und verladenen Gütern ist insbesondere in Inselregionen eher im Ungleichgewicht, d. h., es werden mehr Güter gelöscht als verladen (z. B. für Sardegn in Italien, Islas Baleares in Spanien und Kriti in Griechenland). Dies könnte auch im Zusammenhang mit dem Hauptwirtschaftszweig dieser Regionen, dem Tourismus, stehen und auf eine mögliche Anlagerung von Vorräten und Materialien hinweisen. Im Gegenzug scheinen diese Regionen keine Frachtgüter für die Verschiffung zu produzieren.
- Övre Norrland in Nordschweden weist, obwohl sehr dünn besiedelt, eine vergleichsweise hohe Verladefracht auf, was sehr wahrscheinlich auf die Gewinnung großer Mengen von Grundstoffen zurückzuführen ist.

Luftverkehr

Regionalstatistische Angaben zum Luftverkehr stehen in New Cronos auf NUTS-2-Ebene zur Verfügung und zeigen die beförderten Passagiere und Fracht. Auch für diese Daten werden zwei Zeitreihen angeboten, die auf unterschiedlichen Methodologien beruhen. Die seit 1978 vorhandene Zeitreihe wurde mit Bezugsjahr 1998 beendet und durch eine neue, anders definierte Zeitreihe ab 1999 ersetzt.

Die aktuelle Methodologie ermittelt die regionalen Statistiken zu beförderten Fluggästen und

Fracht in den Ländern der Europäischen Union direkt aus Erhebungen, die aufgrund eines Rechtsaktes auf dem Niveau der Flughäfen erfolgen [Verordnung (EG) Nr. 473/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates]. Diese Datenermittlung garantiert aufgrund einheitlicher Methodologie eine Übereinstimmung der von Eurostat publizierten nationalen und regionalen Angaben, was bisher nicht notwendigerweise der Fall war. Der innerhalb einer NUTS-Region stattfindende Verkehr zwischen Flughäfen, die der gleichen NUTS-Region angehören, wird mittels der aktuellen Methodologie korrekt ermittelt, was in den Zeitreihen von 1978-1998 aufgrund von Doppelzählungen nicht der Fall war und oft zu überhöhten Werten geführt hat.

Ebenso wie beim Seeverkehr werden die Daten zum Luftverkehr auch nur für jene Flughäfen erhoben, die bestimmte Schwellenwerte für Passagiere und Fracht überschreiten. Dies kann natürlich zu Unterschieden führen, wenn der nationale Verkehr aus den regionalen Angaben aggregiert und mit dem insgesamt auf nationalem Niveau stattfindenden Verkehr verglichen wird. Der von kleinen Flughäfen erwirtschaftete Verkehr wird nicht berücksichtigt. Die regionale Verteilung des Verkehrsvolumens kann jedoch recht gut dargestellt werden.

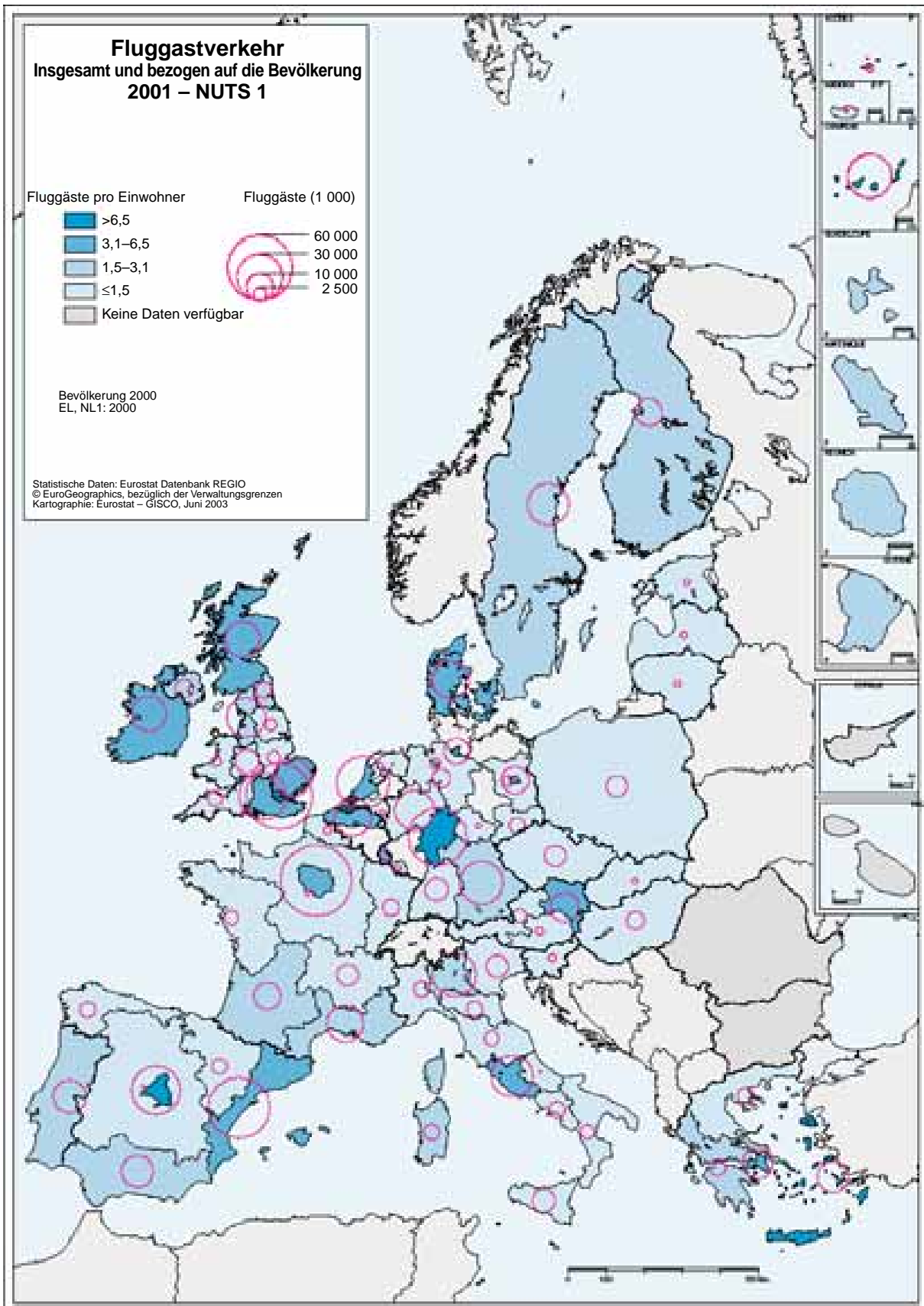
Auch im Fall der Flughäfen erfolgt die Zuordnung zu den entsprechenden NUTS-Regionen mittels der korrekten geografischen Lage und lässt wirtschaftliche Verflechtungen unberücksichtigt, wie es in vergangenen Datenerhebungen der Fall war. Entsprechende Daten für die Beitrittsländer werden zur Zeit noch mittels Fragebögen ermittelt.

Die Fluggastdaten sind untergliedert in Einsteiger und Aussteiger.

Die bisher in New Cronos enthaltenen Angaben zu „Umsteigern“ sind zur Zeit aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit mit der neuen Methodologie nicht zu ermitteln.

In der folgenden Karte wurde der Fluggastverkehr dargestellt und analysiert.

Die Datenaufbereitung zum regionalen Luftverkehr erfolgt zwar auf NUTS-2-Niveau, jedoch ist der Einzugsbereich eines größeren Flughafens (d. h. das Gebiet, aus dem seine Fluggäste kommen) in den meisten Fällen wesentlich größer als dieses regionale Niveau. Daher wurde für Karte 8.4 die Untergliederung nach NUTS-1-Regionen gewählt. Die Größe der Kreise weist die Gesamtzahl der Fluggäste aus, die Flughäfen in der jeweiligen NUTS-1-Region in Anspruch nehmen.



Karte 8.4

Die fünf internationalen Flughäfen Londons verteilen sich auf drei NUTS-1-Regionen (Eastern, London und South East).

Im Fall Luxemburgs, Irlands, Dänemarks und Schwedens entspricht die NUTS-1-Ebene der nationalen Ebene.

Für die französischen „Departements d'outre mer“ steht auf dem Niveau NUTS 1 nur ein gemeinsamer Wert zur Verfügung, so dass hier keine Darstellung der Gesamtzahl der Fluggäste pro Gebiet erfolgt.

- Das „Bassin parisien“ („Pariser Becken“) bleibt ein gutes Beispiel für das beachtliche Einzugs-potenzial von Flughäfen. Obwohl dieses Einzugsgebiet eine sehr viel größere Fläche abdeckt als die Region Île-de-France, die es vollständig einschließt, wird sein eigener Beförderungsbedarf fast vollständig von den Pariser Flughäfen innerhalb der Île-de-France abgedeckt.
- Die Annahme, dass Hauptstädte automatisch das höchste Luftverkehrsaufkommen eines Landes aufweisen, trifft nicht immer zu. In Spanien ist der Fluggastverkehr der touristischen Region Este in absoluten Zahlen höher als in der Region Comunidad de Madrid. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Deutschland, wo die wirtschaftlich stark entwickelte Region Hessen mit dem Wirtschaftszentrum Frankfurt ein großes Geschäftsverkehrsaufkommen verzeichnet (sowohl in absoluten Zahlen als auch bezogen auf die Einwohner) und als deutsche Drehscheibe für Langstreckenflüge gilt. Der Geschäftsverkehr ist sicherlich auch in der italienischen Region Lombardia mit Mailand sowie in den niederländischen Regionen Utrecht, Noord-Holland und Zuid-Holland um Amsterdam Ursache des erhöhten Verkehrsvolumens.
- Erhöhter Fluggastverkehr in Inselregionen ist in engem Zusammenhang mit dem Hauptwirtschaftszweig dieser Regionen, dem Fremdenverkehr, zu sehen, wie z. B. Nissia Aigaiou/Kriti in Griechenland und Canarias in Spanien, die hohe Fluggastzahlen je Einwohner ausweisen.

Verkehrssicherheit

Verkehrssicherheit wird auf regionalem Niveau aufgrund der Zahl der Getöteten und Verletzten bei Straßenverkehrsunfällen in der Datenbank New Cronos thematisiert. Die Datenerhebung erfolgt auf NUTS-2-Ebene. Die entsprechenden Zeitreihen gehen bis ins Jahr 1988 zurück.

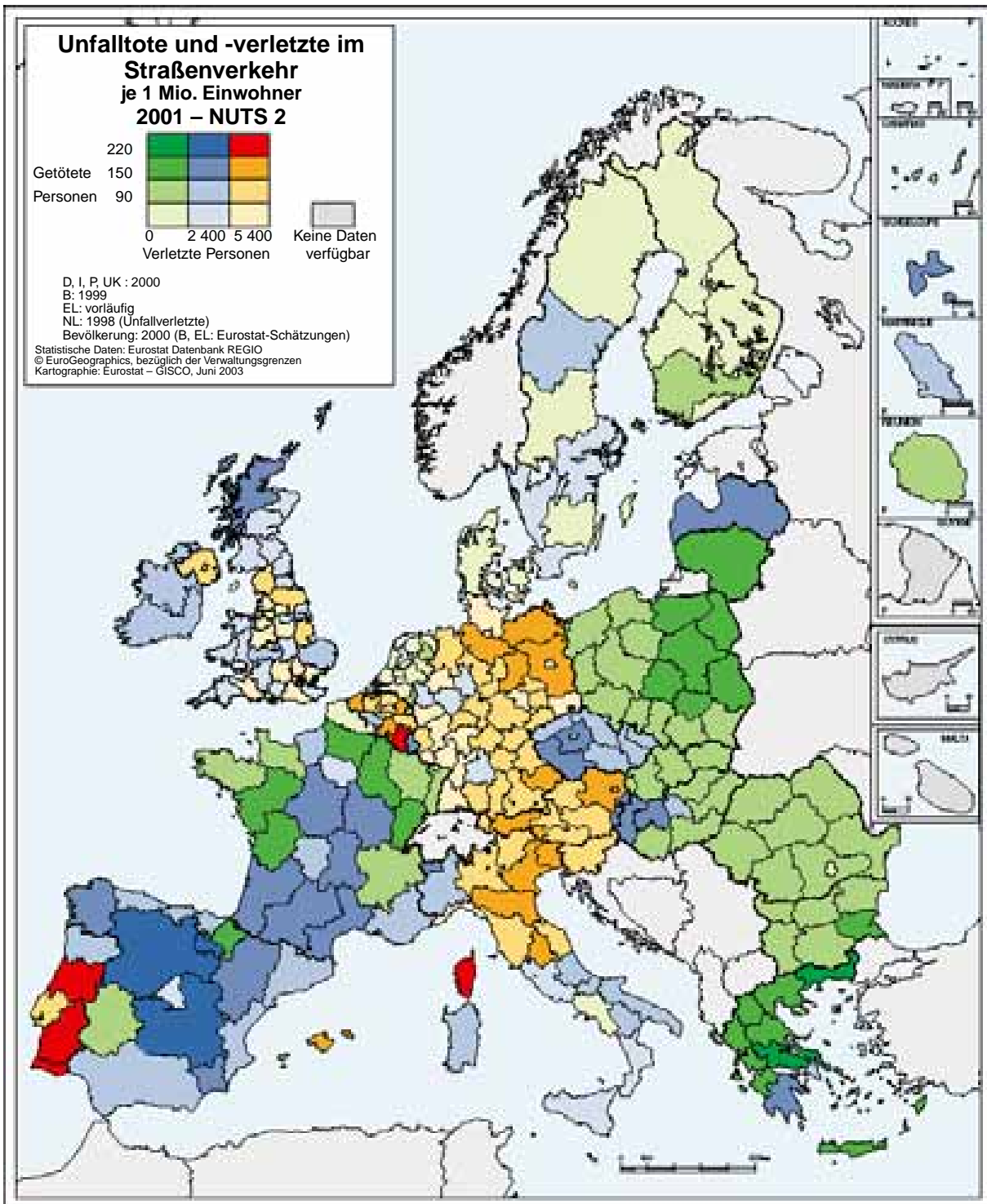
Die Karte 8.5 klassifiziert die Regionen nach dem Verhältnis der bei Straßenverkehrsunfällen getö-

teten und verletzten Personen, bezogen auf die Einwohner der jeweiligen Region. Der Bezug zur Bevölkerung soll die regionalen Abweichungen aufgrund höherer Bevölkerungszahlen einiger Regionen ausgleichen.

Mit wachsender Intensität der Farben nimmt in der Karte auch die Zahl der bei Unfällen getöteten Personen zu. Gleichzeitig steigt die Zahl der bei Unfällen verletzten Personen beim Übergang von grün- (über blau-) zu rotgefärbten Regionen. Die dunkelrot gefärbten Regionen sind somit jene Regionen, in denen Unfälle die schwerwiegendsten Folgen haben, und dies sowohl im Hinblick auf die Verletzten als auch auf die Getöteten.

Nach der Standarddefinition umfassen Unfalltote im Straßenverkehr alle Personen, die innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall sterben. Diese Definition wird jedoch nicht von allen Mitgliedsstaaten verwendet, so dass einige Länder, die eine kürzere Zeitspanne ansetzen, vergleichsweise niedrigere Kennzahlen ausweisen. Berichtigungskoeffizienten für jene Länder, die von der Standarddefinition abweichen, sind dem New-Cronos-Referenzhandbuch zu entnehmen. Die hier verwendeten Daten sind jedoch nicht mit diesen Koeffizienten bereinigt.

- Die Zahl der Unfalltoten und Verletzten variiert erheblich zwischen den Regionen Europas. Sie reicht von 21 Unfalltoten und 3 007 Verletzten je 1 Million Einwohner in Ceuta y Mellila in Spanien bis zu 369 Getöteten und 7 253 Verletzten je 1 Million Einwohner in Alentejo in Portugal.
- Auch das Verhältnis zwischen getöteten und verletzten Verkehrsopfern variiert sehr stark. In den portugiesischen Regionen Centro, Alentejo und Algarve sowie in der belgischen Region Luxembourg und der französischen Region Corse haben Straßenverkehrsunfälle die schwerwiegendsten Folgen. Sowohl die Zahl der Getöteten als auch die Zahl der Verletzten ist in diesen Regionen am höchsten.
- Sehr hohe Zahlen von Verkehrstoten (über 220), einhergehend mit vergleichsweise geringen Verletztenzahlen (weniger als 2 400), treten in den griechischen Regionen Anatoliki Makedonia, Thraki und Sterea Ellada auf. In diesen Regionen sind die Überlebenschancen bei einem Straßenverkehrsunfall demnach vergleichsweise gering.
- Die zentraleuropäischen Regionen von Litauen bis zur griechischen Region Kriti weisen ein ähnliches Muster wie im vorgenannten Fall auf, in dem Straßenverkehrsunfälle in der Regel tödlich enden und nur verhältnismäßig wenige Personen verletzt überleben, wenn auch die Zahl der Getöteten in der Regel etwas geringer ist (90-220 je 1 Million Einwohner). Auf dieser



Karte 8.5

Achse ist lediglich in Lettland und in der griechischen Region Peleponnissos die hohe Zahl der getöteten mit einer hohen Zahl verletzter Personen gekoppelt.

- Mehr als 220 Tote und zwischen 2 400 und 5 400 Verletzte sind in den Regionen Castilla y León, Castilla-la Mancha und La Rioja in Spanien festzustellen.

- Auffallend wenige Verkehrstote und -verletzte sind in vielen Regionen der Niederlande, in den schwedischen Regionen Stockholm, Norra mellansverige und Övre Norrland, den drei nördlichen finnischen Regionen sowie der Region Uusimaa, der italienischen Region Campania, der französischen Region Nord-Pas-de Calais und in der rumänischen Region București zu verzeichnen.

- Wesentlich mehr Personen überleben dagegen verletzt einen Straßenverkehrsunfall in den zahlreichen westdeutschen Regionen von Münster bis Freiburg und in zentralen Regionen des Vereinigten Königreichs von Lancashire bis Surrey, East and West Sussex sowie in der italienischen Region Ligurien.
- Regionen, die größere Ballungsgebiete umfassen, wie Comunidad de Madrid in Spanien, Berlin in Deutschland, Brüssel in Belgien, Wien in Österreich, Praha in der Tschechischen Republik, București in Rumänien, verzeichnen im Allgemeinen weniger Verkehrstote und -verletzte als ihr Umland, was möglicherweise mit dem stärkeren Rückgriff auf öffentliche Verkehrsmittel durch die Stadtbevölkerung, niedrigeren Durchschnittsgeschwindigkeiten und einem größeren Autobahnangebot zusammenhängt.
- In stark touristisch geprägten Inselregionen wie in Frankreich und Griechenland ist sicherlich auch der saisonale Zustrom von Touristen eine nicht zu unterschätzende Ursache der hohen Werte beider Indikatoren. Dem dadurch erhöhten Verkehrsaufkommen wird bei diesem Indikator durch den Bezug auf die Bevölkerungszahl nicht Rechnung getragen.

Es ist nicht sinnvoll, die Ursachen für Unfalltote und Verletzte im Straßenverkehr auf wenige Faktoren zu reduzieren, da die Ursachen in der Regel in einer Vielzahl von Faktoren zu suchen sind. Beispielhaft können folgende Faktoren aufgeführt werden, wobei diese Liste nicht erschöpfend ist: Fahrausbildung, die Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzungen und Beschränkungen von Alkohol am Steuer, der zunehmende Fahrzeugbesatz, die Qualität der Fahrzeuge, die zurückgelegten Entfernungen, die nicht ausreichend modernisierten Straßennetze, nationale Sicherheitsstandards, das Vorhandensein von gut ausgerüsteten und ausgebildeten Rettungsdiensten und Ähnliches.

Zusammenfassung

Regionale Verkehrsstatistiken zeigen in vielen Bereichen Trends, die auch auf Basis von wirtschaftsbezogenen Indikatoren ermittelt werden könnten, wodurch der enge Zusammenhang dieser beiden Bereiche unterstrichen wird. Besonders deutlich wird dies anhand eines Vergleichs der regionalen Infrastrukturausstattung, des Fahrzeugbestands sowie der beförderten Passagiere und Güter mit dem regionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Aus diesem Vergleich geht hervor, dass eine Zunahme des Verkehrs oft mit der des Wirtschaftswachstums einhergeht. Ferner wird auch deutlich, dass es sich bei dieser Entwicklung nicht um individuelle Verkehrsströme, sondern um miteinander verbundene Netze handelt, deren Integration wesentlich ist.

Die dargestellten Verteilungsmuster zeigen also, dass zwischen den vorgestellten Verkehrsvariablen direkte Zusammenhänge bestehen und dass die regionale wirtschaftliche Entwicklung im Wesentlichen durch eine adäquate Verkehrsinfrastruktur unterstützt wird. Im Gegenteil kann ein Mangel an angemessener Verkehrsinfrastruktur ein hemmender Faktor für die regionale Entwicklung sein. Es wurde auch deutlich, dass das Verkehrsvolumen in bestimmten Regionen überproportional hoch ist und mit Sicherheit wesentlich stärkere Umweltprobleme verursacht, als dies in den Randregionen mit geringem Volumen der Fall ist.

Für die Beitrittsländer lässt sich ein ähnliches Verteilungsmuster feststellen wie für die EU-Mitgliedstaaten. Der Konzentrationsprozess des Verkehrsvolumens auf bestimmte wirtschaftlich stark entwickelte Regionen ist jedoch noch nicht in gleichem Maße ausgebildet.



Einführung

Die regionalen Gesundheitsindikatoren für die Europäische Union, die von Eurostat als Beitrag zur Festlegung von Zielen im Gesundheitswesen entwickelt wurden, beruhen auf standardisierten Definitionen und Verfahren, die Vergleiche ermöglichen. Um zuverlässige Vergleichsdaten über den allgemeinen Gesundheitszustand der untersuchten Bevölkerung zu liefern, müssen die Daten zwischen den Regionen vergleichbar sein und die im Laufe der Zeit eingetretenen Änderungen widerspiegeln. Darüber hinaus müssen die wichtigsten nicht medizinischen Gesundheitsfaktoren auf regionaler Ebene berücksichtigt werden.

Die regionalen Gesundheitsstatistiken umfassen zwei unterschiedliche Bereiche. Zum ersten Bereich gehören die Daten zur Mortalität und Morbidität, wobei die entsprechenden Krankheiten nach einer internationalen Klassifizierung und vergleichbaren Diagnosemethoden definiert werden. Diese Statistiken sind Gegenstand der ersten beiden Teile dieses Kapitels. Zum zweiten Bereich gehören die von Eurostat erhobenen Gesundheitsdaten, die mit den Infrastrukturen im weitesten Sinne und den personellen Ressourcen im Gesundheitswesen zusammenhängen. Mit der Analyse dieser Daten befasst sich der dritte Teil dieses Kapitels.

Bemerkungen zur Methodik

Die Versorgung mit ambulanten und stationären medizinischen Leistungen auf nationaler und regionaler Ebene ist eng mit den Gesamtausgaben im Gesundheitswesen verknüpft. Zwischen 1980 und 2000 hat sich der Anteil des BIP, der für den Gesundheitsbereich aufgewendet wird, in den meisten Mitgliedstaaten erhöht. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Interpretation von Vergleichen zwischen den Ländern wegen der unterschiedlichen Organisation und Abgrenzung der Gesundheitssysteme auf nationaler oder regionaler Ebene schwierig ist, weil solche Vergleiche sich auf Zahlen zu vorgegebenen Daten oder auf Trends stützen (wo zieht man beispielsweise die Grenze zwischen Gesundheits- und Sozialleistungen?). Die in der Europäischen Union existierenden Gesundheitssysteme hängen mehr denn je von Mechanismen ab, die den Zugang zur Gesundheitsversorgung beschränken und kanalisieren, damit die reibungslose Funktion und Kontinuität der Systeme gewährleistet ist. Die Strukturen des staatlichen Gesundheitswesens unterscheiden sich von Land zu Land erheblich, und die allgemeinen Aktivitäten in diesem Bereich

sind auf verschiedene Behörden verteilt. Die Nachbehandlung und Pflege erfolgt im Wesentlichen in den allgemeinen Krankenhäusern. In Ländern wie Dänemark, Irland, dem Vereinigten Königreich, Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden setzen sich Ambulanzkliniken und ambulante Chirurgiezentren allmählich als Alternative zum herkömmlichen Krankenhausaufenthalt durch. Ambulante Chirurgiezentren gewinnen in Deutschland, Luxemburg und Portugal immer mehr an Bedeutung; in Griechenland und Spanien sind sie jedoch wenig verbreitet. Ebenso ist eine verstärkte Tendenz festzustellen, die spezialisierte Psychiatriepflege in die allgemeinen Krankenhäuser zu integrieren, den Pflegebedarf mit ambulanten Pflegediensten abzustimmen und die großen psychiatrischen Einrichtungen zu schließen. Da die regionalen Verwaltungen an Bedeutung gewinnen, erhalten die Regionen ein immer größeres Gewicht in der politischen und administrativen Behandlung von Gesundheitsfragen.

a) Die gesundheits- und sozialpolitischen Regionen

Die gesundheits- und sozialpolitischen Regionen werden von den Regierungen der Regionen, Provinzen oder Gemeinden festgelegt, und dies erfolgt von einer Region zur anderen und von einem Mitgliedstaat zum anderen auf sehr unterschiedliche Weise. Die Regionalregierungen entwickeln sich sehr stark, und die Bedeutung der Regionen als politisch-administrative Einheit für die Verwaltung des Gesundheitswesens nimmt in Europa zu. Beispielsweise haben die regionalen Körperschaften in Spanien ein hohes Maß an Autonomie erreicht, was ihnen in der Praxis ermöglicht, den gesamten Gesundheitsetat zu verwalten. In Belgien ist die Lage sehr ähnlich. In Frankreich besteht seit der Gesundheitsreform von 1996 die Möglichkeit der regionalen Planung des Gesundheitswesens, wobei die Krankenhäuser für die Vergabe der Mittel zuständig sind. Tief greifende Reformen des Gesundheitswesens werden derzeit auch im Vereinigten Königreich durchgeführt. Dort sind Unterschiede bei den Kompetenzen der Gesundheitsbehörden (NHS Trusts) festzustellen. In anderen Mitgliedstaaten (z. B. den Niederlanden und Schweden) liegt die Zuständigkeit im Gesundheitswesen jedoch bei den Kommunen.

Aus diesem Grund ergibt sich für die Statistiken zur Gesundheit und zu den ärztlichen/ambulanten/stationären Leistungen auf regionaler Ebene die Schwierigkeit, dass die Verwaltungen der Regionen, Provinzen oder Kommunen oder die regionale Gliederung, die für die Gesundheitsbehörden der Mitgliedstaaten von Interesse ist, nicht der NUTS-Systematik entsprechen, was zu

gewissen Schwierigkeiten beim Quervergleich regionaler Statistiken führen kann.

b) Die Indikatoren zur Mortalität

Eurostat erhebt die Daten über die absolute Zahl der Todesfälle (auf nationaler Ebene und auf den regionalen Ebenen NUTS 1 und NUTS 2). Die Codierung erfolgt nach der im Totenschein angegebenen *ursprünglichen Todesursache* (Sektion b). Die Todesursachen werden auf der Grundlage der *Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD)* der WHO bestimmt. Alle Mitgliedstaaten verwenden die neunte bzw. zehnte Fassung dieser Klassifikation. Die rohe Sterbeziffer stellt ein gewichtetes Mittel der altersspezifischen Sterblichkeitsraten dar. Der Gewichtungsfaktor ist die altersmäßige Verteilung der Bevölkerung, deren Sterblichkeit beobachtet wird. Der Vergleich der Gesamtsterblichkeitsrate von zwei oder mehreren Bevölkerungen (auf der Ebene NUTS 2 in der vorliegenden Veröffentlichung) ist ein Vergleich einer Kombination von verschiedenen altersspezifischen Sterbeziffern und von verschiedenen demografischen Strukturen, die nicht nur die „tatsächlichen“ Sterblichkeitsunterschiede widerspiegeln, sondern auch den Auswirkungen der demografischen Struktur auf die Gesamtzahl der Todesfälle und die rohen Sterbeziffern Rechnung tragen. Die „vorzeitige“ Sterblichkeit geht häufig auf Todesursachen zurück, deren Auftreten durch eine Veränderung der Verhaltensweisen (Alkohol, Tabak, gewaltsamer Tod) verringert werden könnte, die mit sozialen, ökonomischen und kulturellen Risikofaktoren verknüpft sind. Aus der Typologie nach Todesursache und Alter ergeben sich so genannte „Sterblichkeitsprofile“, die eine überdurchschnittliche oder unterdurchschnittliche Sterblichkeit im Vergleich zum europäischen Mittel darstellen. Diese Profile wurden mit Hilfe von aufsteigend hierarchischen Klassifizierungsmethoden erstellt, deren Baumstruktur auf jeder entsprechenden Karte erscheint.

c) Die Indikatoren zur Tuberkulose

Auf nationaler Ebene hat sich das Programm der WHO-Zentren für Zusammenarbeit zur Tuberkulose-Überwachung in Europa (EuroTB) zum Ziel gesetzt, die Tuberkulose in Europa zu überwachen und die Überwachungsmethoden zu standardisieren. Dieses Programm wird im Wesentlichen von der Europäischen Union (GD SANCO) finanziert und gemeinsam mit dem Institut de Veille sanitaire (InVS) in Frankreich und der Königlichen Gesellschaft zur Bekämpfung der Tuberkulose in den Niederlanden (KNVC) durchgeführt. Die 51 Staaten der WHO-Region Europa nehmen an dem Projekt teil. Auf regionaler Ebene sammelt Eurostat die Überwachungsdaten anhand der EuroTB-Protokolle. Das Kriterium zur Meldung

einer TB-Erkrankung ist der Nachweis einer Kultur des Tuberkelbakteriums (*Mycobacterium tuberculosis, bovis oder africanum*). Entsprechend der Entscheidung 2002/253/EG der Kommission vom 19. März 2002 zur Festlegung von Falldefinitionen für die Meldung übertragbarer Krankheiten an das Gemeinschaftsnetz sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Informationen über die epidemiologische Entwicklung und mögliche Gefahren für die öffentliche Gesundheit durch übertragbare Krankheiten mitzuteilen. Zu diesen in der Europäischen Union meldepflichtigen Krankheiten zählt auch die Tuberkulose.

d) Die Indikatoren zu den Ressourcen

Bezüglich der in dieser Veröffentlichung angewandten Indikatoren zu den Ressourcen, die im Gesundheitsbereich zur Verfügung stehen, sei angemerkt, dass Eurostat die statistischen Daten zu den Beschäftigten im Gesundheitswesen (Zahl der Ärzte und andere Berufe) und zur Zahl der Krankenhausbetten auf regionaler Ebene erhebt.

Auf nationaler Ebene erhebt Eurostat die Daten über die Zahl der effektiv vorhandenen Ärzte getrennt für jede der existierenden Definitionen: die *zur Ausübung des Berufes zugelassenen Ärzte* (diese können praktizierend, im Ruhestand, arbeitslos oder im Ausland sein), die *praktizierenden Ärzte*, also alle Ärzte, die Patienten im Krankenhaus, einer Arztpraxis oder anderswo behandeln, und die *aktiven Ärzte*, die einer Beschäftigung im Gesundheitsbereich nachgehen. Auf regionaler Ebene stehen jedoch nicht für alle drei Definitionen Informationen zur Verfügung; in diesem Fall wird die Zahl der Ärzte in jeder Region durch die Mitgliedstaaten auf der Grundlage unterschiedlicher Konzepte und Register ermittelt. In den meisten Mitgliedstaaten und Beitrittsländern entspricht die Zahl der Ärzte der Zahl der *praktizierenden Ärzte*. In Belgien, Italien, den Niederlanden und Finnland handelt es sich jedoch um die Zahl der *zur Berufsausübung zugelassenen Ärzte*, in Spanien um die Zahl der *aktiven Ärzte*. Im Vereinigten Königreich und in Irland wird nur der öffentliche Sektor berücksichtigt.

Die von Eurostat gesammelten Daten zur Zahl der vorgehaltenen Betten werden in der Regel in Form von Jahresmitteln der Betten vorgelegt, die während des Bezugsjahres oder entsprechend den Registrierungskonzepten oder vereinbarten Budgets oder Programmen belegt werden. Eine Vergleichbarkeit ist kaum gegeben, und die Zahlen sind mit Vorsicht zu interpretieren, denn was ein „Krankenhaus“ oder ein „Krankenhausbett“ ist, unterscheidet sich von einem Mitgliedstaat zum anderen. Im Allgemeinen sind diese Unterschiede in der Bettenzahl von den verschiedenen Arten der Erhebung beeinflusst (jährliches Mittel, Bezugsjahr bis 31. März oder bis 31. Dezember, „offizielle“ Betten, „im Etat enthal-

tene“ Betten oder „vorgesehene“ Betten). Die rechnerische Erfassung der Betten berücksichtigt nur Betten, die für die vollständige Unterbringung von Patienten im Krankenhaus genutzt werden. Die Angaben zur „Zahl der Betten, die für die Krankenhauspflege reserviert sind“ beziehen sich auf alle Betten in allgemeinen Krankenhäusern (mit Ausnahme der Kinderbetten für gesunde Neugeborene), in Universitätskliniken und Fachkliniken, in psychiatrischen Krankenhäusern, Einrichtungen für geistig Behinderte, Pflegeheimen und anderen. Krankenhausbetten, die für die Tagespflege reserviert sind, Betten in medizinischen Einrichtungen für Kinder, Betten in Tagesstätten für Kinder, die medizinisch überwacht werden müssen, und Betten in Einrichtungen für Blinde oder Gehörlose werden hierbei nicht notwendigerweise berücksichtigt.

Die Sterblichkeit in den EU-Regionen

Anhand der standardisierten Sterbeziffern, in denen der Einfluss der demografischen Struktur eliminiert wurde, können geografische Unterschiede beim Sterberisiko nachgewiesen werden. Nach der altersspezifischen Standardisierung variieren die Zahlen in einem Bereich zwischen eins und zwei. Die sich daraus ergebende Landkarte unterscheidet sich erheblich von der Darstellung, die von den rohen Sterbeziffern ausgeht. Generell ist eine Übersterblichkeit der Männer festzustellen, deren Sterbeziffern um bis zu zweimal höher liegen als die der Frauen. Trotz dieser Unterschiede sind die Regionen mit der höchsten Sterblichkeit für Männer und Frauen identisch.

Die Unterschiede in der Sterblichkeit gehen auf eine Reihe von Faktoren zurück

Die Regionen mit der höchsten Sterblichkeit sind häufig wirtschaftlich benachteiligte Regionen. In Frankreich, im Vereinigten Königreich und in Deutschland weisen die Regionen der früheren Schwerindustriezentren, die sich jetzt in der Umstrukturierung befinden, wie z. B. Nord-Pas-de-Calais, Lancashire, Yorkshire und das Saarland, eine erhöhte Sterblichkeit der Männer und Frauen auf. Dasselbe gilt für die neuen Bundesländer Deutschlands, Andalucía (Spanien) und Campania (Italien), die innerhalb dieser Staaten relativ arme Regionen mit derzeit hoher Arbeitslosigkeit darstellen. Mit dem sozioökonomischen Faktor allein lässt sich jedoch die Höhe der Sterblichkeit nicht erklären. Die Korrelation zwischen dem sozioökonomischen Niveau und der Sterblichkeit bestätigt sich nicht immer. Dänemark,

einer der reichsten Mitgliedstaaten, befindet sich in Bezug auf die Sterblichkeit auf gleicher Höhe mit Portugal und Irland. Umgekehrt verzeichnet Griechenland insgesamt die gleiche Untersterblichkeit wie Schweden. Die europäischen Gebirgsregionen (Alpen, Pyrenäen, Peloponnes) weisen günstige Sterbeziffern auf, anders als die alten Industrieregionen. Parallel zu den sozioökonomischen Faktoren und den Umwelteinflüssen, die häufig zusammenwirken, stellen auch die gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen eine wesentliche Determinante für die Unterschiede in der Sterblichkeit dar. Außerdem können regionale Ungleichheiten in der Sterblichkeit auch auf Unterschiede in der Wirksamkeit oder im Zugang zur Gesundheitsfürsorge in der Europäischen Union hinweisen.

Generelle Übersterblichkeit der Männer, jedoch unterschiedlich hoch in den Mitgliedstaaten

Die Unterschiede bei der Sterblichkeit von Männern und Frauen verstärken sich noch, wenn man den Einfluss der Altersstrukturen ausschaltet. Der große Anteil älterer Frauen an der europäischen Bevölkerung erklärt die ähnlichen rohen Sterbeziffern von Frauen und Männern. Im gleichen Alter haben Männer jedoch ein deutlich höheres Sterberisiko. Die Übersterblichkeit der Männer ist ein generelles Phänomen in der gesamten Europäischen Union, das jedoch von einem Mitgliedstaat zum anderen unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Die höchste Übersterblichkeit der Männer gibt es neben Finnland und Spanien in Frankreich. Dagegen verzeichnen Schweden, das Vereinigte Königreich, Dänemark und Griechenland eine relativ geringe Übersterblichkeit der Männer.

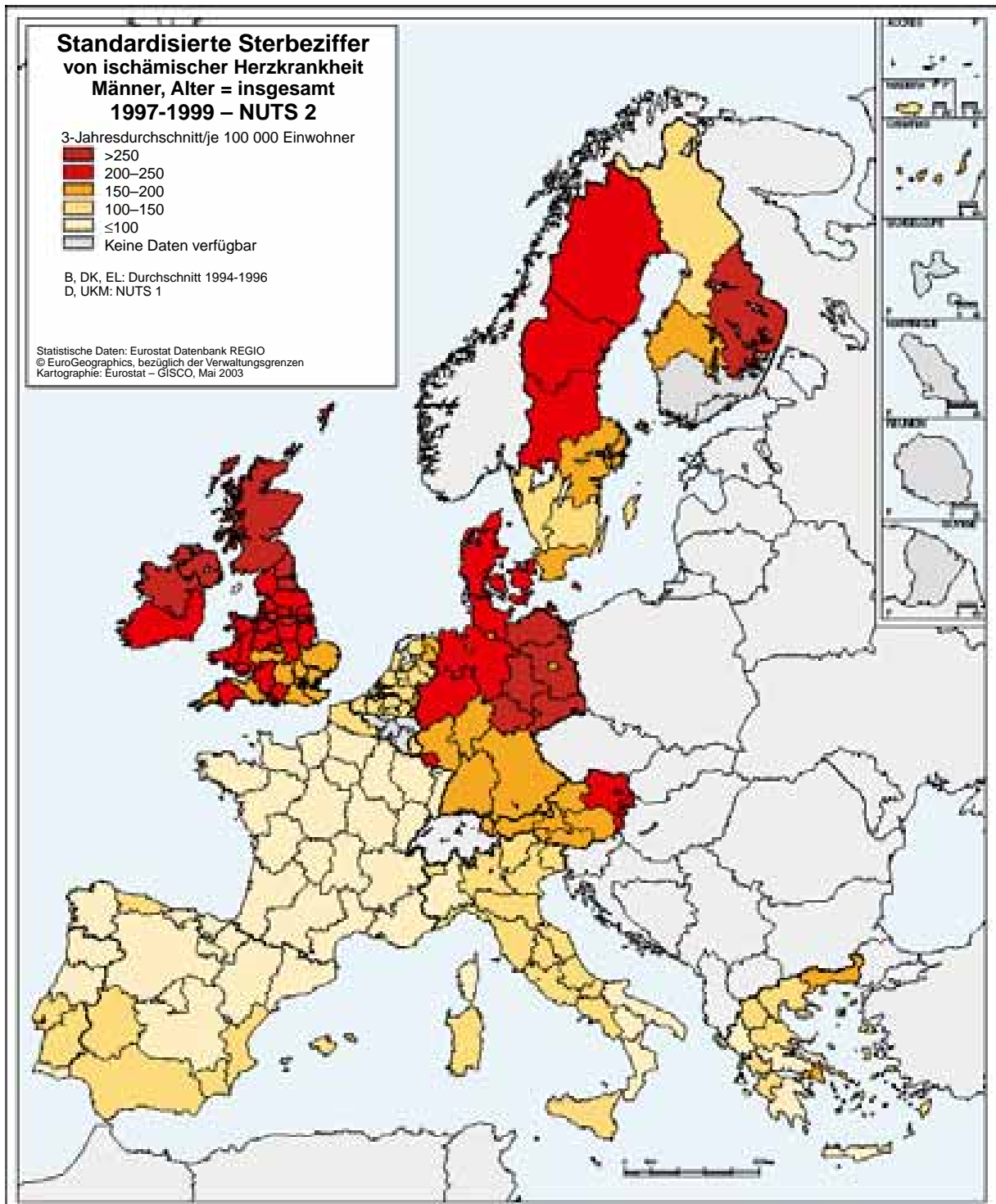
Geografische Zweiteilung bei ischämischen Herzerkrankungen

Der Gegensatz zwischen dem Norden und dem Süden der Europäischen Union, der bei der Sterblichkeit infolge von Erkrankungen des Herzkreislauf-Systems insgesamt bekannt ist, wird tatsächlich zu einem großen Teil von der geografischen Verteilung ischämischer Herzerkrankungen bestimmt. Diese Verteilung, die für beide Geschlechter ähnlich ausfällt (siehe Karten 9.1 und 9.2), ist sehr spezifisch. Hier stehen sich zwei Ländergruppen gegenüber: Die eine mit einer deutlichen Übersterblichkeit besteht aus den Britischen Inseln, den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und den deutschsprachigen Ländern, die andere Gruppe, die durch Untersterblichkeit gekennzeichnet ist, umfasst Luxemburg, Belgien und die Mittelmeerländer einschließlich Frankreich. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen sind sehr groß; die Sterbeziffern variieren in einem Bereich

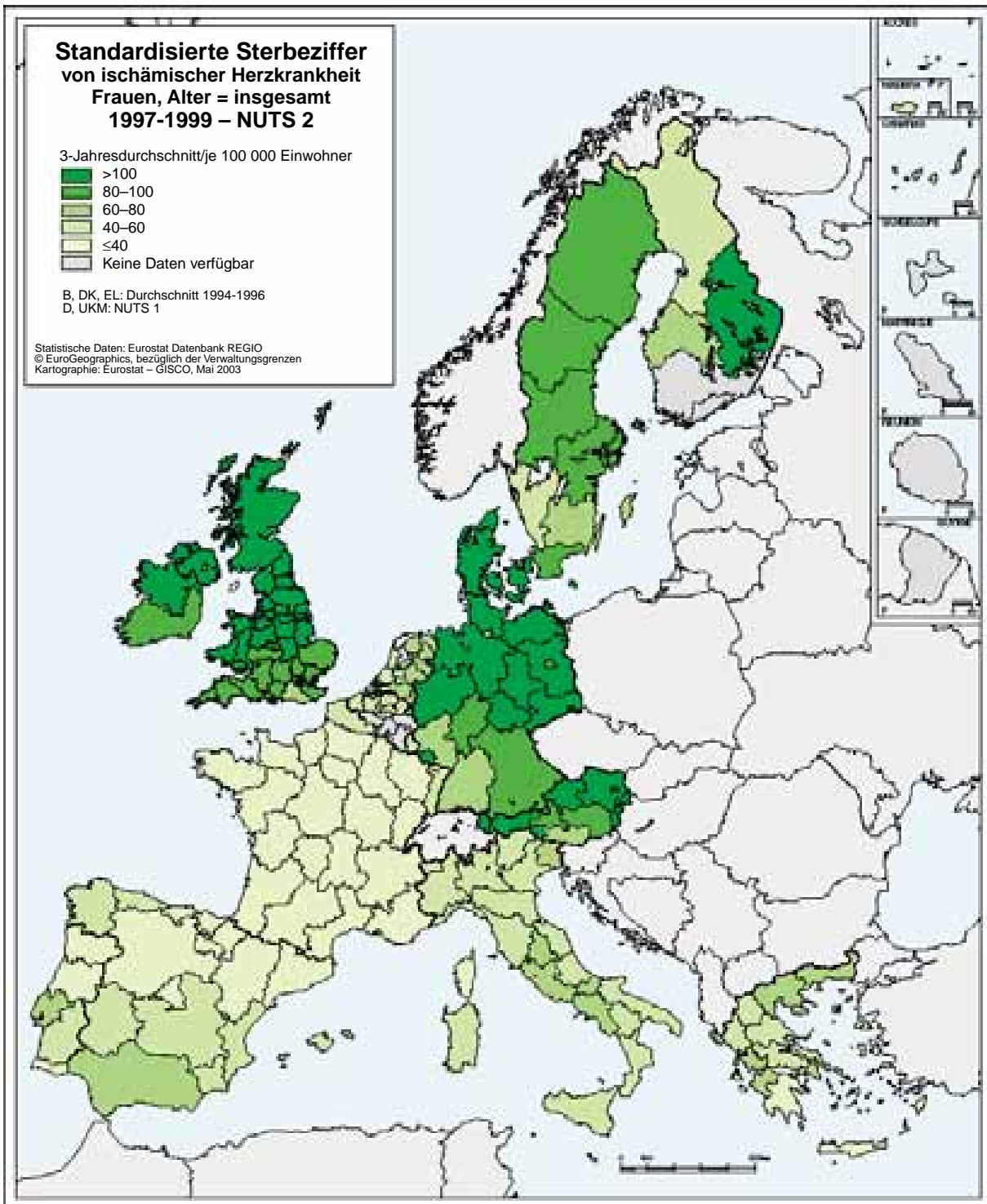
zwischen eins und fünf bei den Männern und zwischen eins und sieben bei den Frauen. Im Süden verzeichnen Frankreich und der Norden Spaniens und Portugals die günstigsten Sterbeziffern Europas. Im Norden sind die nördlichsten Regionen sowie die neuen Bundesländer Deutschlands, das Saarland und Wien am meisten betroffen.

Vor der Interpretation dieser Unterschiede im Hinblick auf Risikofaktoren oder Besonderheiten

der jeweiligen Gesundheitssysteme sollte die Frage angesprochen werden, inwieweit die übliche Ausstellung des Totenscheins vergleichbar ist. Ein Teil der Todesfälle infolge einer Herzerkrankung könnte beispielsweise, je nach der üblichen Totenscheinausstellung, als unbestimmte Todesursache oder als Herzinfarkt registriert sein. Eine vergleichende Studie zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich, die vor kurzem durchgeführt wurde, hat jedoch gezeigt, dass die Sterbeziffern, auch wenn die Daten anhand stichhaltiger



Karte 9.1



Karte 9.2

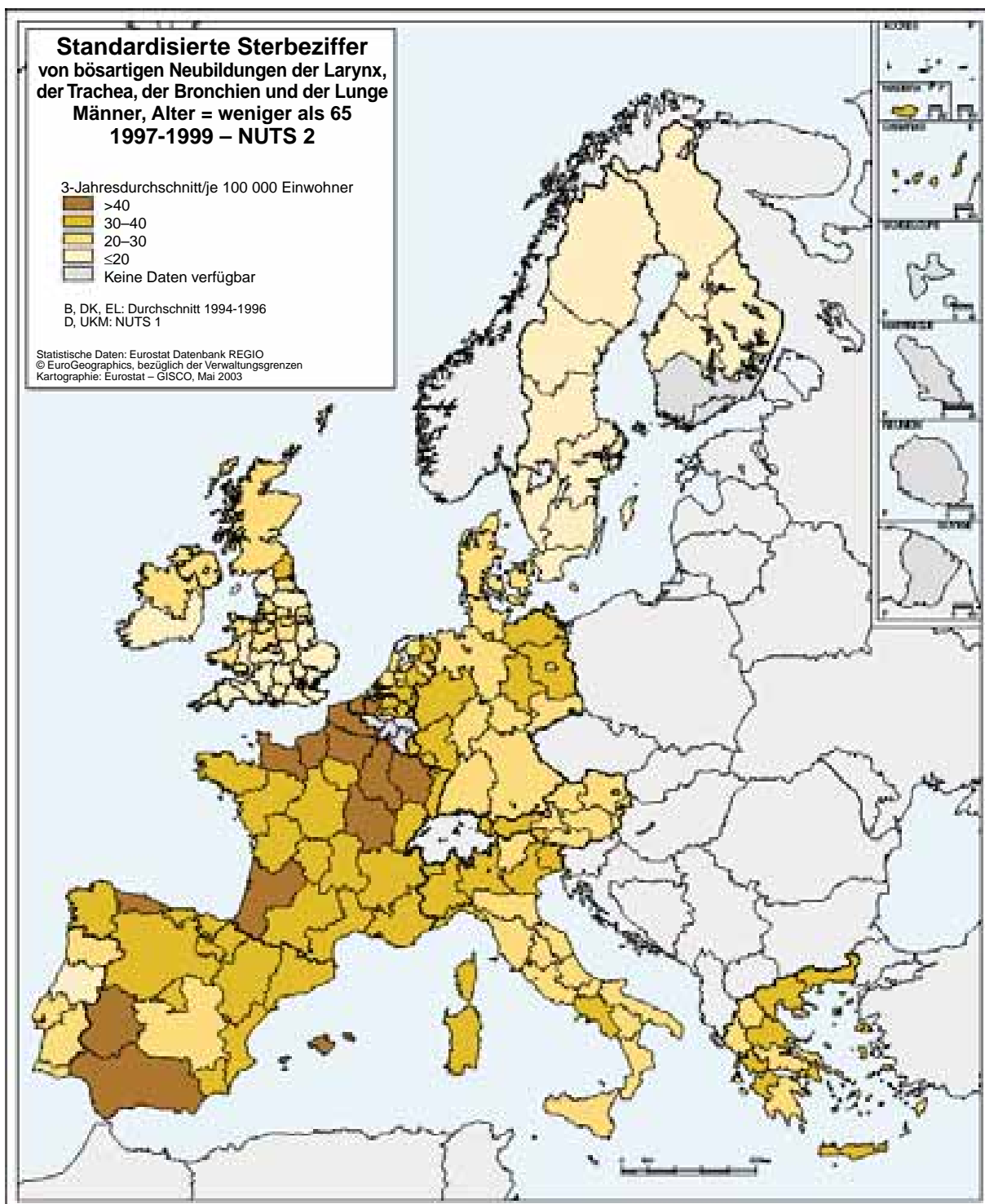
Hypothesen korrigiert wurden, immer noch eine weit niedrigere Mortalität in Frankreich ergaben. Neben diesen potenziellen methodischen Unschärfen lassen sich die beobachteten Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in der Sterblichkeit durch ischämische Herzkrankheiten auch durch das Ernährungsverhalten erklären, beispielsweise durch eine sehr fetthaltige oder unausgewogene Ernährung in den nördlichen Mitgliedstaaten. Schließlich ist noch zu berücksichtigen, dass der Tod bei ischämischen

Herzkrankungen, insbesondere beim Herzinfarkt, sehr schnell eintritt, häufig noch vor der Einlieferung ins Krankenhaus. Die Frage, wie engmaschig das Gesundheitsnetz ist, wie hoch die Qualität und die Schnelligkeit der ärztlichen Versorgung sind – sowohl zum Zeitpunkt des Notfalls (Notdienste) als auch im Vorfeld (kardiologische Abteilungen in den Krankenhäusern) – müsste daher ebenfalls bei der Erklärung der Sterbeziffern berücksichtigt werden. Dazu wären jedoch spezifische Studien erforderlich.

Bei den Männern eine starke Korrelation zwischen industriellen und städtischen Ballungsräumen und der Sterblichkeit infolge von Krebserkrankungen der Atemwege

Die regionale Sterblichkeit der männlichen Bevölkerung variiert in einem Bereich zwischen eins und vier. Die Unterschiede verlaufen innerhalb der

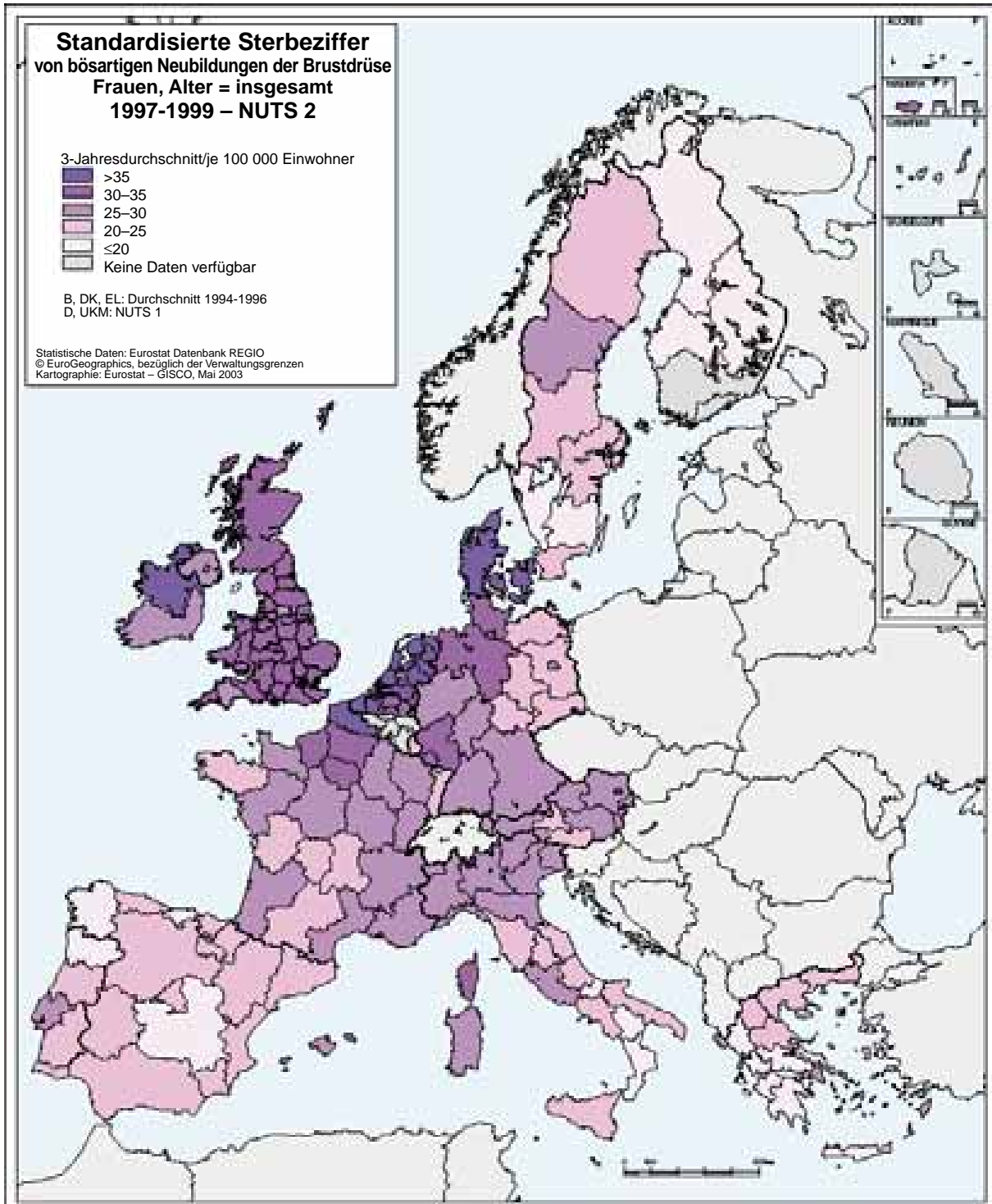
Staatsgrenzen (siehe Karte 9.3). Die Todesfälle aufgrund von Krebserkrankungen der Atemwege treten häufig vor dem 65. Lebensjahr ein (diese Krebsart hat eine kurze Überlebensdauer). Die Verteilung der vorzeitigen Sterblichkeit ergibt ein deutlich anderes Bild als die der Sterblichkeit für alle Altersgruppen. Die nördlichsten Mitgliedstaaten bleiben hierbei relativ verschont im Vergleich zu den übrigen EU-Staaten. Trotz ausgeprägter Unterschiede innerhalb der meisten



Karte 9.3

Mitgliedstaaten sind doch landesspezifische Tendenzen zu erkennen. In Frankreich beispielsweise sind alle Regionen stark betroffen. Geografische Kontinuitäten, die sich über die Staatsgrenzen hinweg fortsetzen, müssen gleichermaßen unterstrichen werden. Die überwiegende Mehrheit der Küstenregionen und der Mittelmeerinseln verzeichnen eine Übersterblichkeit, von Andalusien bis Campania; dasselbe gilt für die Regionen

am Atlantik, von Galizien bis zur Bretagne. Insgesamt sind alle südlichen Länder betroffen, mit Ausnahme von Österreich und Portugal. Im Gegensatz dazu bilden die Länder im Norden der Europäischen Union eine Zone der Untersterblichkeit. Finnland und Schweden erscheinen sehr homogen. Innerhalb der Britischen Inseln sind einige Disparitäten zu bemerken, aber die Sterblichkeit ist generell eher unterdurchschnittlich.



Karte 9.4

Der Zusammenhang zwischen dem Tabakkonsum und der Sterblichkeit infolge von Krebserkrankungen der Atemwege ist heute klar nachgewiesen. Die Regionen mit Übersterblichkeit sind geografische Zonen, in denen der Tabakkonsum höher ist oder war als anderswo. Es gibt jedoch nicht genügend zuverlässiges Datenmaterial über die historische Entwicklung des Tabakkonsums in den europäischen Regionen, um diese Korrelation präzise messen zu können. Die erhöhte Zahl von Todesfällen infolge von Krebserkrankungen der Atemwege in den Industriegebieten ist daher wahrscheinlich ein Indikator für die Sterblichkeit vor allem einer männlichen Bevölkerung mit starkem Tabakkonsum, die überdies bei der Arbeit vielfach einer gesundheitsgefährdenden Umwelt ausgesetzt ist.

Eine deutlich ausgeprägte Landkarte beim Brustkrebs

Brustkrebs ist die häufigste Krebsart bei Frauen. Er ist für mehr als 4 % aller Todesfälle in der weiblichen Bevölkerung Europas verantwortlich. Brustkrebs trifft häufig junge Frauen: Über die Hälfte der Todesfälle betrifft Frauen unter 65 Jahren. Diese Krebsart ist die wichtigste Todesursache bei Frauen zwischen 45 und 64 Jahren (mehr als 12 % der Todesfälle). Wenngleich die geografische Verteilung der weiblichen Sterblichkeit infolge von Brustkrebs deutliche Abstufungen aufweist, ist doch anzumerken, dass die Sterblichkeitsunterschiede innerhalb von Europa hier weniger ausgeprägt sind als bei anderen Krebsarten, insbesondere bei Krebserkrankungen der Atemwege oder der oberen Luftröhre/Speiseröhre. Die Amplituden der Sterblichkeitskurve sind, verglichen mit diesen Krebsarten, schwach ausgeprägt und liegen in einem Bereich zwischen 1 und 2,6.

Die regionale Landkarte für Brustkrebs (siehe Karte 9.4), die für alle Altersgruppen und für die Gruppe unter 65 Jahren ähnlich verläuft, zeigt, dass die räumliche Verteilung der Sterbeziffern nicht zufallsbedingt ist, und definiert Kontinuitäten. Eine große Ländergruppe mit Übersterblichkeit umfasst Dänemark, das die höchsten Sterbeziffern in Europa verzeichnet, den Westen Deutschlands, den Norden Frankreichs, den Norden Italiens, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und die Britischen Inseln. In den übrigen Regionen der Europäischen Union liegen die Sterbeziffern deutlich niedriger, insbesondere in Griechenland, Spanien, Finnland und Schweden. In Portugal besteht ein deutlicher Gegensatz zwischen dem Norden und dem Süden, wobei die Regionen im Norden günstigere Sterbeziffern aufweisen. Die Mittelmeerinseln (Korsika, Sardinien, Sizilien und die Balearen, aber ohne die griechischen Inseln) verzeichnen ähnlich hohe Sterbeziffern, wodurch sie weniger günstig

abschneiden als ihr Mutterland. Abgesehen von Deutschland, Frankreich, Italien und Portugal, wo erhebliche regionale Kontraste zu beobachten sind, entspricht die Verteilung der Sterblichkeit infolge von Brustkrebs in der Regel der Tendenz des jeweiligen Landes. Es gibt mehrere anerkannte Risikofaktoren, die die Entstehung von Brustkrebs begünstigen, und die geografische Verteilung dieser Krebsart spiegelt wahrscheinlich die ungleiche räumliche Verteilung dieser Risikofaktoren wider. Hormonelle Faktoren werden häufig genannt, ebenso übermäßiger Fettkonsum, was gleichermaßen das Risiko des Auftretens von Brustkrebs erhöhen soll, während der Verzehr von Frischobst und grünem Gemüse dieses Risiko vermindern soll. Darüber hinaus werden auch genetische Faktoren angeführt, die Brustkrebs begünstigen, diese sind jedoch seltener.

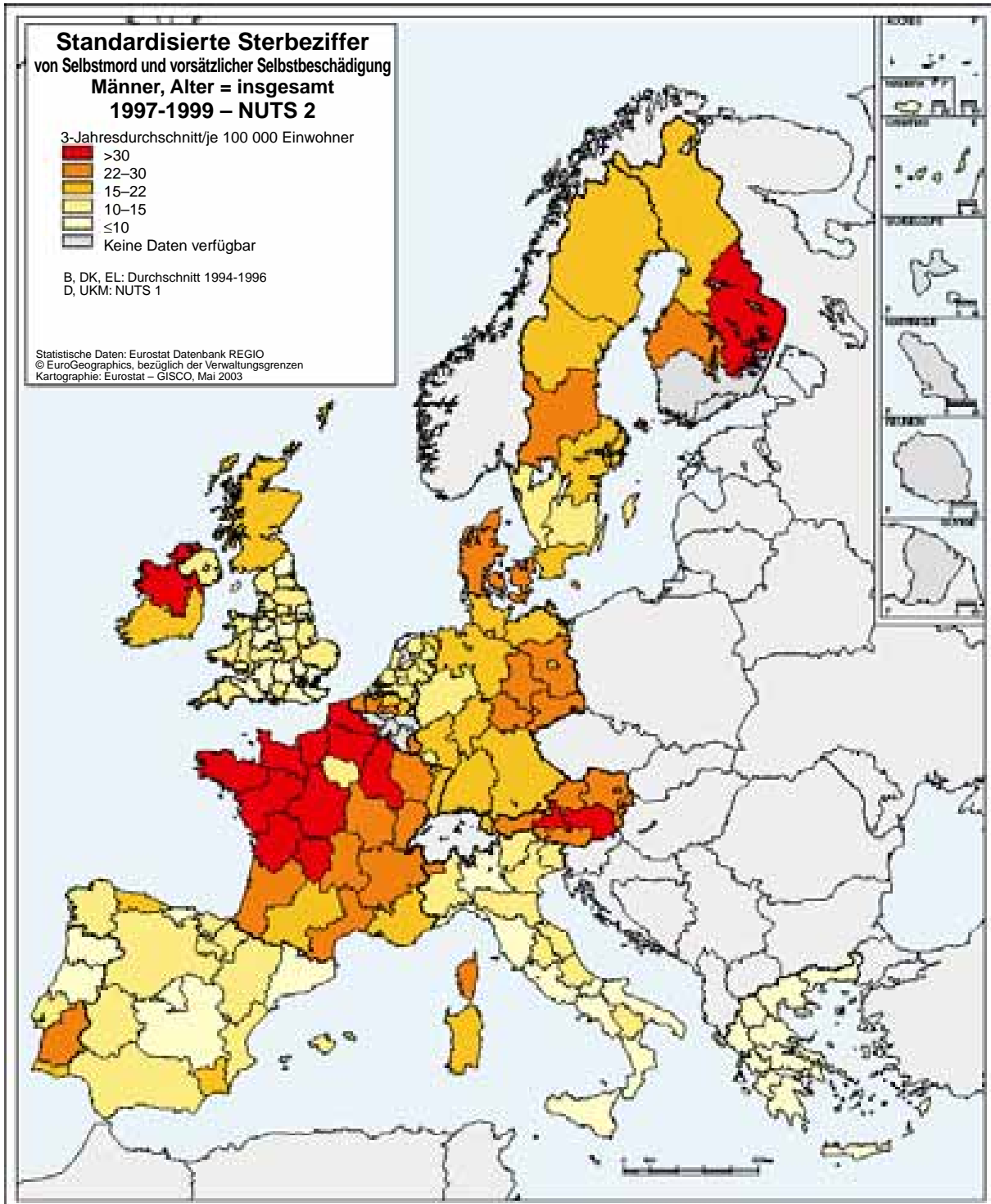
Die Landkarte der Sterblichkeit infolge von Selbsttötung zeigt länderspezifische Tendenzen

Die Selbsttötung hat einen erheblichen Einfluss auf die vorzeitige Sterblichkeit. Sie ist nach dem Verkehrstod die zweithäufigste Todesursache bei jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren. Drei Viertel aller Todesfälle durch Selbsttötung betreffen die Personengruppe unter 65 Jahren. Die Übersterblichkeit der Männer ist sehr groß, im europäischen Durchschnitt liegt sie 3,3mal höher als die der Frauen. Die Sterbeziffern der Männer und Frauen variieren in einem Bereich von 1 bis 20 bzw. von 1 bis 50, je nach Region. Wenngleich die Männersterblichkeit weit höher als die Frauensterblichkeit ist, besteht doch in den meisten Regionen Europas eine Korrelation zwischen den männlichen und den weiblichen Sterbeziffern (siehe Karten 9.5 und 9.6). Am stärksten betroffen in Europa ist Finnland mit erhöhten Sterbeziffern in allen Regionen. Finnland ist auch der einzige Staat in Europa, in dem Selbsttötung die häufigste Todesursache junger Menschen zwischen 15 und 24 Jahren ist, noch vor dem Verkehrstod. Alle Regionen Österreichs und Frankreichs verzeichnen ebenfalls eine erhöhte Sterblichkeit, niedrigere Zahlen gibt es jedoch in den Regionen Alsace, Île-de-France und Midi-Pyrénées. Belgien, Dänemark, Deutschland, Irland, Luxemburg und Schweden weisen eine mittlere Sterblichkeit ungefähr in Höhe des europäischen Durchschnitts auf. In Deutschland erscheinen die höchsten Sterbeziffern bei den Männern in den neuen Bundesländern und bei den Frauen in den Stadtstaaten. Die Niederlande verzeichnen eine weniger günstige Sterblichkeit bei den Frauen als bei den Männern. Die Sterbeziffern der Männer sind ähnlich wie im Vereinigten Königreich. Diese beiden Mitgliedstaaten im Norden der Europäischen Union sind eine Ausnahmeerscheinung mit einer generell niedrigeren Sterblichkeit infolge von Selbsttötung. Den

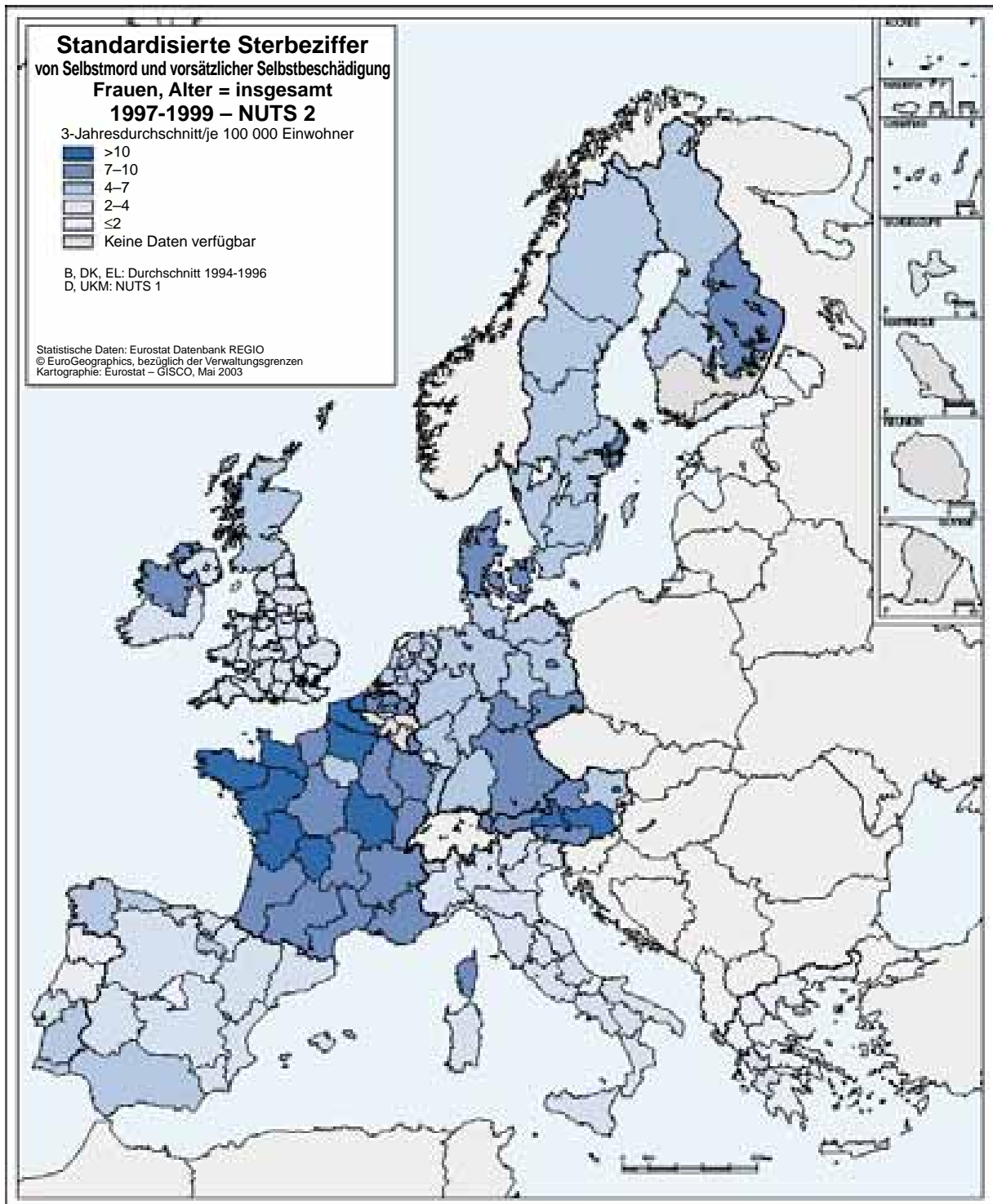
größten Kontrast innerhalb der Europäischen Union bildet die Sterblichkeit der Mitgliedstaaten am Mittelmeer (Griechenland, Italien, Spanien und Portugal) verglichen mit dem übrigen Europa. In diesen Mitgliedstaaten, insbesondere bei der weiblichen Bevölkerung Griechenlands, hat die Selbsttötung nur einen sehr geringen Einfluss auf die Sterblichkeit. Dennoch sind einige Nuancen zu erkennen. Der Norden Italiens ist mehr von Selbsttötungen betroffen als der Süden,

in Portugal wiederum sind die Sterbeziffern der Männer im Süden höher als im Norden. In Spanien schließlich weisen Galicia und Asturias höhere Zahlen auf als die übrigen spanischen Provinzen.

Die Interpretation dieser stark ausgeprägten Unterschiede ist eine heikle Sache. Von allen Todesursachen ist die Selbsttötung am häufigsten Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen, in denen die Gültigkeit der Daten diskutiert wird,



Karte 9.5



Karte 9.6

und zwar sowohl innerhalb eines Mitgliedstaates als auch in Bezug auf die internationale Vergleichbarkeit. Zu den aufgeworfenen Problemen gehört das Fehlen präziser Kriterien zur Bestimmung einer Selbsttötung und die Nichtdurchführung von Autopsien, mit deren Hilfe eine bessere Überprüfung der Todesursache möglich wäre, insbesondere bei Todesfällen, bei denen die Tötungsabsicht unklar ist. Die Tendenz, auf Selbsttötung zu erkennen, kann außerdem davon abhängen, welcher Arzt für die Ausstellung des Totenscheins

zuständig ist, aber auch von gesellschaftlich-demografischen Merkmalen der verstorbenen Person. Diese Tendenz schwankt möglicherweise auch in Abhängigkeit von kulturellen oder religiösen Kriterien. Die äußerst geringen Zahlen in einigen Mittelmeerländern können daher z. T. auch auf eine seltene Registrierung der Selbsttötung als Todesursache zurückzuführen sein. Die meisten Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass die Selbsttötung als Todesursache in den amtlichen Statistiken unterschätzt wird. Die

Unterschiede in der Sterblichkeit durch Selbsttötung sind jedoch so groß, dass sie nicht allein durch solche Unschärfen in der Erfassung erklärt werden können.

Das Auftreten der Tuberkulose in den EU-Regionen

Die Rückkehr der Tuberkulose

In den Industrieländern trat nach einem stetigen Rückgang der Tuberkulose Anfang der 90er Jahre ein Stillstand ein. Dies ist eine Auswirkung der organisatorischen Schwierigkeiten bei der Tuberkulosebekämpfung, die durch die Ausbreitung der HIV-Infektion noch verstärkt wurde. Wie das InVS (Frankreich) berichtet, galt vor 20 Jahren in Europa die Aussage als politisch korrekt, die Tuberkulose sei nahezu ausgerottet (was die Zahlen über ihr Auftreten bewiesen) und gehöre zu den Infektionskrankheiten der Dritten Welt. Viele Einrichtungen der TB-Bekämpfung wurden wieder abgeschafft, und außerhalb der Krankenhäuser gab es wenig Einrichtungen, die in der Lage waren, Patienten mit Tuberkulose zu behandeln. Zu diesen grundsätzlichen Faktoren kamen noch andere Faktoren erschwerend hinzu, die die deutliche Rückkehr der Tuberkulose begünstigten: Migrationsbewegungen, die im Wesentlichen zwischen Ländern mit hohem TB-Vorkommen und EU-Staaten mit geringem TB-Vorkommen stattfinden; der geringe Durchimpfungsgrad der Bevölkerung durch die Gesundheitsämter, vor allem in den ländlichen, abgeschlossenen Gebieten und in der Peripherie großer Ballungsräume, die HIV-Epidemie sowie die geringen Ressourcen, die den öffentlichen Gesundheitsprogrammen zur Überwachung der Tuberkulose zugeordnet wurden. Nach einer Infektion mit dem HIV-Virus kommt es bei HIV-positiven Patienten häufig zum Auftreten von Tuberkulose. Die Wirtschaftskrise der 80er Jahre in den Industrieländern, die eine zunehmende ökonomische Unsicherheit zur Folge hatte, hat zur Rückkehr der Tuberkulose, einer Krankheit der Armen, beigetragen. Die erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose hängt zu einem großen Teil auch mit der Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen zusammen.

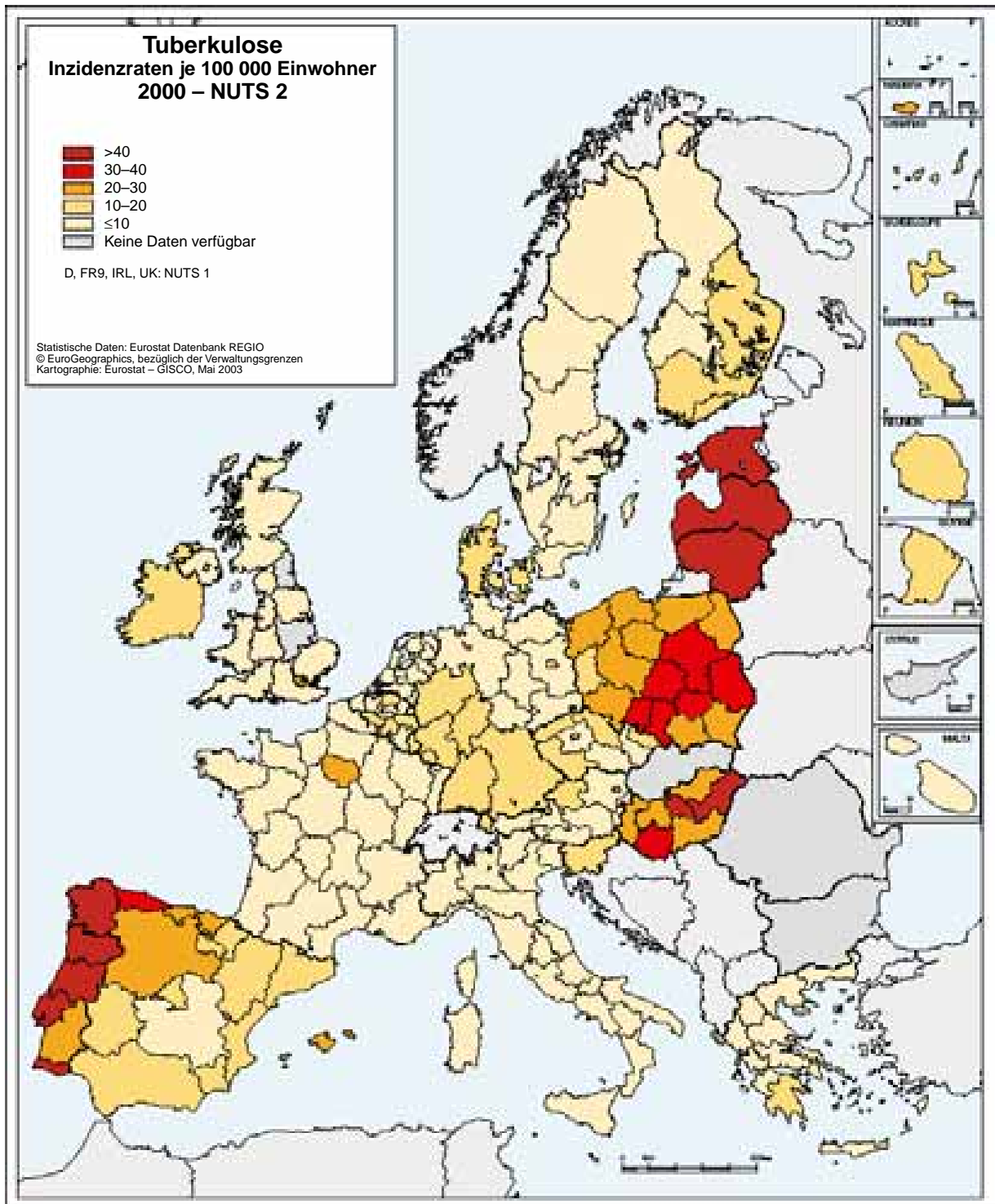
Die Zahl der gemeldeten Tuberkulosefälle im Jahr 2000

Im Jahr 2000 wurden in der Europäischen Union 46 846 Fälle von Tuberkulose gemeldet, das sind 12,4 Fälle pro 100 000 Einwohner. Zwischen

1995 und 2000 ging die Zahl der gemeldeten Fälle in der WHO-Region Westeuropa global um 3 % pro Jahr zurück, stieg jedoch in Dänemark, Luxemburg, Norwegen und dem Vereinigten Königreich wegen einer wachsenden Zahl von Fällen bei Personen, die im Ausland geboren wurden, an. EuroTB zufolge ist der jährliche Rückgang der Tuberkulosefälle bei den Inländern größer (-7 %) als bei den im Ausland Geborenen (-1,5 %) (Daten von zehn Ländern). In Mitteleuropa ist die Zahl der Tuberkulosefälle pro Jahr in neun Ländern zwischen 3 und 6 % zurückgegangen, in Bulgarien und Rumänien dagegen um 2 bis 4 % gestiegen. Im Osten (den Staaten der ehemaligen UdSSR) liegt die Quote im Jahr 2000 um 57 % höher als 1995, mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 5 bis 12 % in den meisten Ländern. In der Europäischen Union ist die Tuberkuloserate nach der Stagnation und dem anschließenden Anstieg, der in zahlreichen Ländern Ende der 80er Jahre und Anfang der 90er Jahre verzeichnet wurde, gegenwärtig wieder im Rückgang begriffen. In vielen EU-Ländern wird die Entwicklung jedoch in jedem Fall von der steigenden Zahl gemeldeter Fälle von Personen ausländischer Abstammung beeinflusst. Die Zahlen lagen in allen Ländern bei unter 20 TB-Fällen pro 100 000 Einwohnern, Ausnahmen bildeten Spanien (21,3) und vor allem Portugal (44,1). Von 1995 bis 2000 ging die Quote um 15,9 % zurück. Die Ausnahme von der Regel bilden Griechenland, Spanien und Dänemark.

Auf regionaler Ebene (siehe Karte 9.7) finden sich einerseits erhöhte TB-Zahlen in Regionen, in denen große Städte liegen (Île-de-France, Greater London, Lisboa e Vale do Tejo, Bruxelles-Capitale usw.), was in starkem Kontrast zu den anderen Regionen desselben Staates (vor allem in Frankreich und im Vereinigten Königreich) steht. Andererseits verzeichnen die baltischen Regionen (Estland, Lettland und Litauen), ein großer Teil der polnischen Regionen (insbesondere Łódzkie, Świętokrzyskie und Mazowieckie) und der ungarischen Regionen (insbesondere Közép-Magyarország und Észak-Alföld) ebenfalls eine sehr große Zahl von TB-Fällen. Schließlich finden sich in fast allen Regionen Portugals (insbesondere Algarve, Lisboa e Vale do Tejo, Norte und Centro) und einigen Regionen Spaniens (Ceuta y Melilla, Galicia und Asturias) deutlich über dem europäischen Durchschnitt liegende Zahlen. Die Verteilung der Fälle in den übrigen Mitgliedstaaten ist sehr homogen, mit Ausnahme von Deutschland und Finnland, wo ein gewisser Kontrast zwischen den Regionen im Norden und im Süden deutlich zu erkennen ist.





Karte 9.7

Gesundheitsressourcen in den EU-Regionen

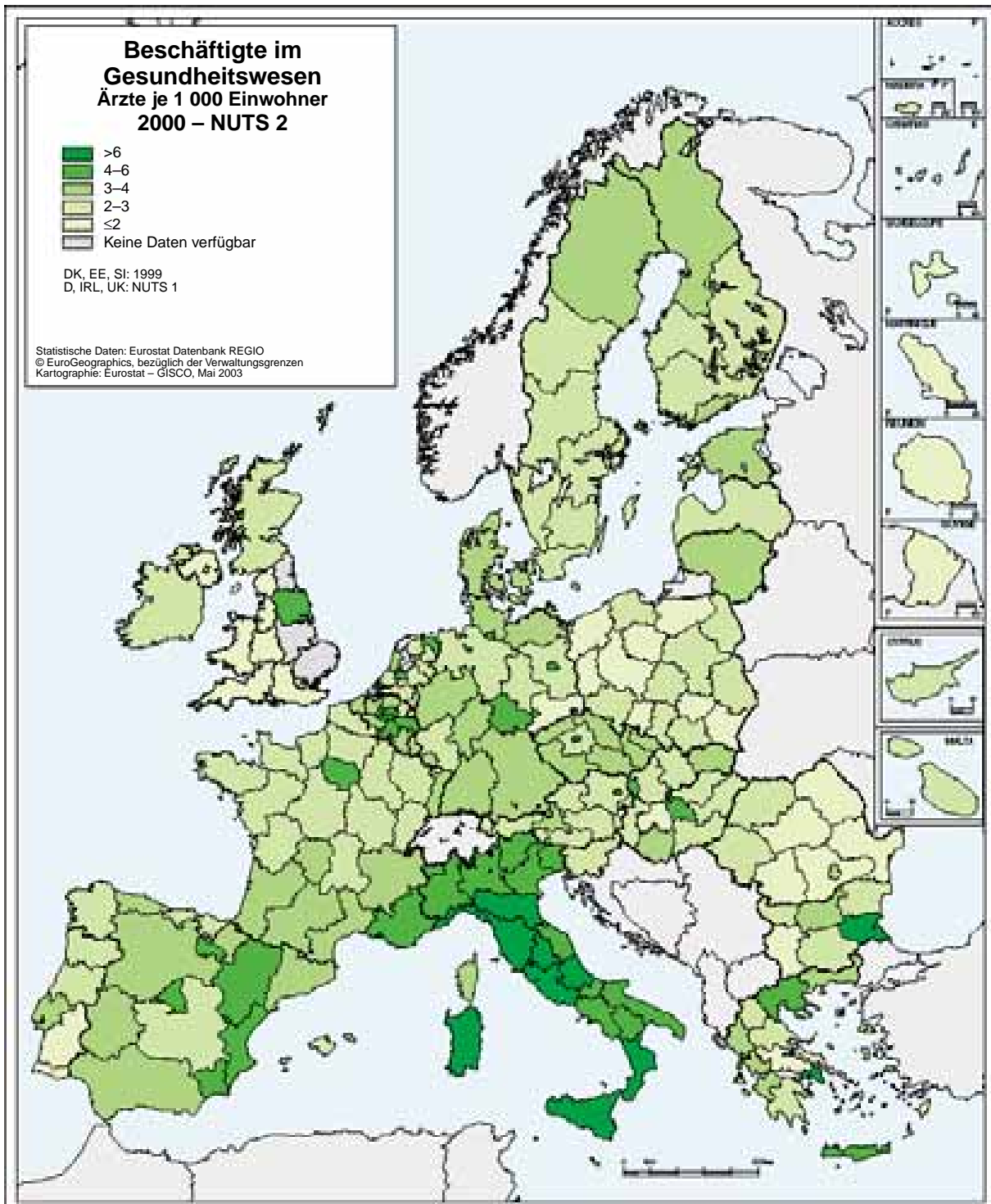
Veränderungen hinsichtlich der Zahl der Ärzte

Die Gesamtzahl der praktizierenden Ärzte ist in den meisten Mitgliedstaaten im Verlauf der letzten 20 Jahre gestiegen. Die Zahl der zugelassenen Ärzte ist in allen Mitgliedstaaten höher als

die Zahl der praktizierenden Ärzte, wengleich die 2000 festgestellte Korrelation zwischen den Ländern schwankt. In Luxemburg sind die Differenzen vergleichsweise gering, während sie in Spanien ganz erheblich sind. Die Dichte der praktizierenden Ärzte (Ärzte pro 100 000 Einwohner) hat in allen Mitgliedstaaten und allen Beitrittsländern im Verlauf der letzten 20 Jahre zugenommen. 1999 meldete Griechenland einen Wert von über 400. In fünf Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Österreich, Luxemburg und Frank-

reich) wurden über 300 praktizierende Ärzte pro 100 000 Einwohner gezählt. In zwei Mitgliedstaaten (Niederlande und Vereinigtes Königreich) lag diese Zahl bei unter 200. Doch die Zahlen für das Vereinigte Königreich und Irland beziehen sich nur auf Ärzte, die im staatlichen Gesundheitswesen arbeiten, und sind daher streng genommen nicht vergleichbar. Jedenfalls kann diese große Spanne in der Ärztedichte ebenso mit Unterschieden zwischen den Gesundheitssystemen erklärt werden. In einigen Mitgliedstaaten gibt es

Studien, die darauf hinweisen, dass die Zahl der Ärzte zunehmen könnte (z. B. Bedarf an bestimmten Fachärzten, verschärfter Bedarf im Bereich der Langzeitpflege), in anderen (z. B. im Vereinigten Königreich) sind Diskussionen im Gange über den zusätzlichen Bedarf an Allgemeinärzten und Fachärzten infolge des Mangels an Assistenzärzten in den Krankenhäusern). Die Dichte der zugelassenen Ärzte variiert zwischen 250 pro 100 000 Einwohner in Irland und 599 pro 100 000 Einwohner in Italien. Diese Spanne



Karte 9.8

ist um einiges größer als die für die praktizierenden Ärzte.

Die dazugehörige Karte (siehe Karte 9.8) zeigt die mittlere regionale Ärztedichte pro 1 000 Einwohner unter Verwendung der Daten der Ebene 2 der NUTS-Systematik für das Jahr 2000. In einigen Mitgliedstaaten ist diese Dichte von einer Region zur anderen recht homogen, während sie in anderen schwankt. In den städtischen Ballungsräumen, z. B. Île-de-France (FR), Lazio (IT), Bruxelles (BE), Attiki (EL), Wien (AT), Madrid (ES), Praha (CZ), Bratislavsky (SK), Berlin und Hamburg (DE) ist die Ärztedichte höher. Im Vergleich zu 1986 sind die Zahlen praktisch in allen Regionen der Mitgliedstaaten gestiegen. Die niedrigsten Zahlen wurden in den Zonen mit schwacher Bevölkerungsdichte festgestellt. In den meisten Regionen Italiens und in den nördlichen Regionen Spaniens besteht eine hohe Ärztedichte, so dass diese Regionen „Nettoexporteure“ von Ärzten in andere Regionen, insbesondere in das Vereinigte Königreich, sind. Noch deutlicher manifestiert sich diese Erscheinung bei den Krankenpflegeberufen. Die hohe Ärztedichte in den griechischen Regionen Attiki und Ketriki Makedonia (mit Athen bzw. Thessaloniki) erklärt sich möglicherweise dadurch, dass hier weniger strenge Vorschriften für die Anerkennung der Arztdiplome der Beitrittsländer gelten. Nichtsdestotrotz bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den EU-Regionen und den Regionen der Beitrittsländer. Alle Regionen scheinen eine ausreichende Ärztedichte zu haben, mit Ausnahme einiger Regionen in Griechenland, Portugal, dem Vereinigten Königreich und Rumänien.

Veränderungen hinsichtlich der Zahl der Krankenhausbetten

Bei der Zahl der Krankenhausbetten pro Kopf der Bevölkerung verlief die Entwicklung völlig anders. Im Zeitraum 1980-2000 ist die Gesamtzahl der Krankenhausbetten in den meisten Mitgliedstaaten erheblich gesunken. Für die gesamte Europäische Union ist zwischen 1980 und 2000 ein Rückgang um mehr als 30 % zu verzeichnen. Dieser Rückgang erklärt sich wahrscheinlich zu einem großen Teil durch die Reduzierung der Verweildauer im Krankenhaus, die EU-weit von 17,4 Tagen im Jahr 1980 auf 11 Tage im Jahr 1997 gesunken ist. In zahlreichen Ländern ist die Verweildauer im Verlauf der letzten 30 Jahre erheblich gesunken. Parallel dazu haben sich auch die Unterschiede zwischen den Ländern verringert. 1980 wurde der höchste Wert (23,2 Tage) in Luxemburg und in Schweden verzeichnet. Dieser Wert war 2,4mal höher als der niedrigste Wert (9,8 Tage), der in Irland verzeichnet wurde. 1996 lag der höchste Wert bei

15,3 Tagen (Luxemburg) und der niedrigste bei 7,2 Tagen (Dänemark).

Ein weiterer Grund zur Erklärung dieser Entwicklung sind die in den 90er Jahren zutage getretenen Finanzierungsprobleme, die überall zu einer Rationalisierung der Gesundheitsleistungen geführt haben. Auf die gestiegene Nachfrage betagter Menschen, die häufiger unter Behinderungen und chronischen Krankheiten leiden, wurde in den meisten Fällen damit reagiert, dass Akut- oder Psychiatriebetten für die Langzeitpflege umgewidmet wurden und gleichzeitig die Gesamtbettenzahl systematisch reduziert wurde. Die verfügbaren Ressourcen in Form von Krankenhausbetten nach Einwohnerzahl schwankt stark von einem Mitgliedstaat zum anderen. Dabei besteht jedoch auf nationaler wie auf regionaler Ebene eine starke Korrelation zwischen dem Angebot an Krankenhausleistungen und der Gesamthöhe der Gesundheitskosten.

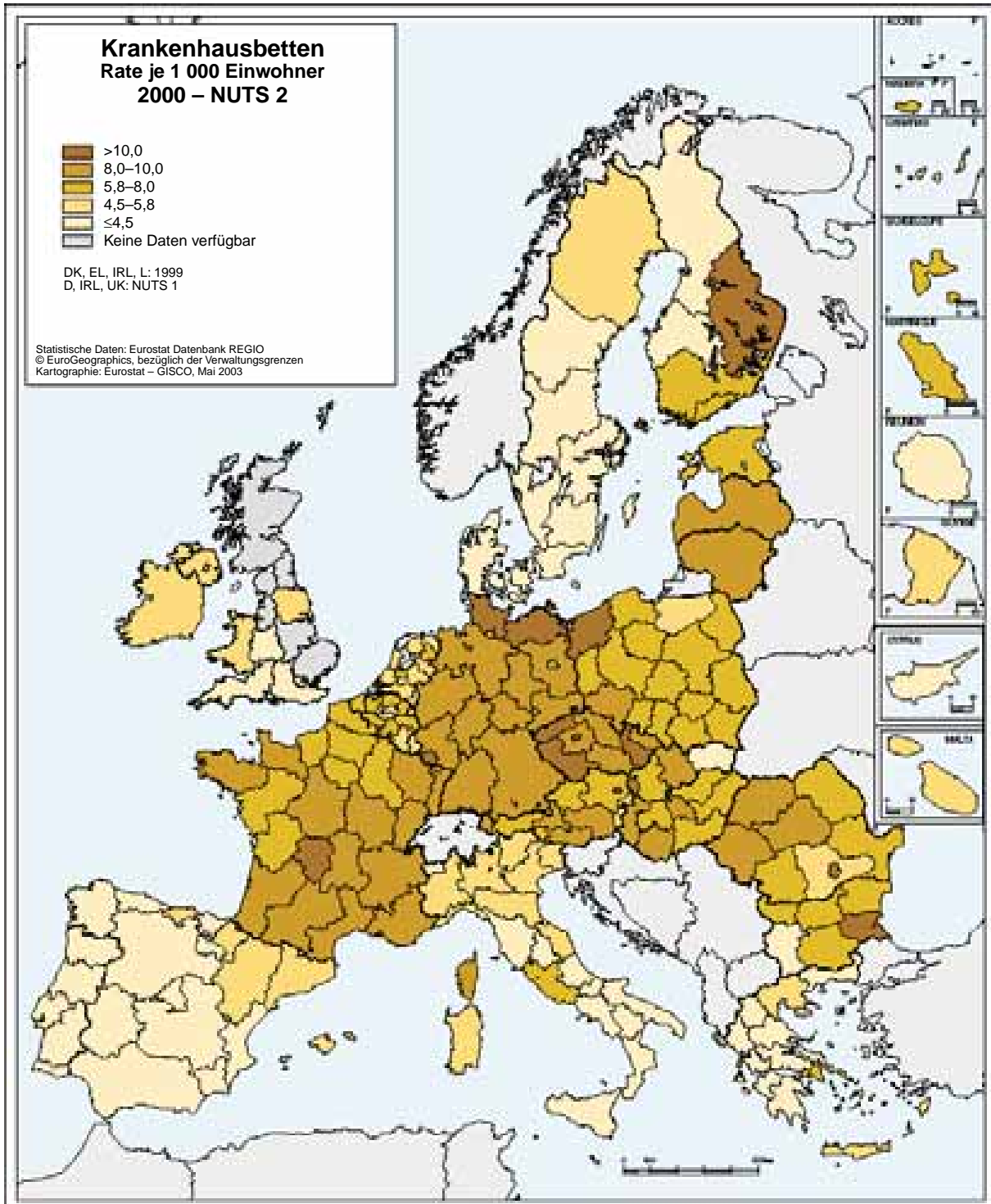
In Schweden, Spanien und im Vereinigten Königreich ist die Zahl der Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner von allen Mitgliedstaaten am geringsten (359, 409 bzw. 408 im Jahr 1999/2000), in Frankreich liegt sie am höchsten (820). In diesen Zahlen sind sowohl die staatlichen Krankenhäuser als auch die Privatkliniken berücksichtigt, bei der Einbeziehung der Klinikbetten und Tagespflegebetten gibt es jedoch Unterschiede. Der Unterschied in der Bettendichte ist dennoch beträchtlich, selbst wenn diese verschiedenen Definitionen unberücksichtigt bleiben.

Im Zeitraum 1998-2000 setzten die Mitgliedstaaten zwischen 6 % und 10,4 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Gesundheitsversorgung ein. Zwischen den nördlichen und den südlichen Ländern (plus Irland) besteht dabei ein Gefälle, das aber nicht sehr ausgeprägt ist. Die Gesundheitsausgaben machen in Deutschland (10,3 %), Frankreich (9,5 %) oder Dänemark (8,3 %) einen höheren Anteil am BIP aus als in der Slowakei (5,9 %) oder Polen (6,2 %). Zwischen 1980 und 2000 hat sich der für den Gesundheitsbereich aufgewandte Anteil des BIP in den meisten Mitgliedstaaten erhöht. Die Höhe der Ausgaben wird auf der einen Seite von den Preisen für Leistungen und Lieferungen und auf der anderen Seite von der Menge der erbrachten Leistungen und Lieferungen bestimmt. In diesem Bereich ergibt sich ein generelles Problem, dass nämlich „Gesundheit“ ein Gut ist, das sich nicht direkt messen lässt. Während es in den meisten Sektoren der Wirtschaft ohne weiteres möglich ist, Daten zu Waren und Preisen direkt zu erfassen, ist dies z. B. bei ambulant oder stationär erbrachten Leistungen nicht so leicht möglich. Dabei sei jedoch noch einmal betont, dass die auf nationaler wie auf regionaler Ebene bestehenden Unterschiede in der Organisation der Gesundheitsversorgung und

in der Abgrenzung der Leistungen (z. B. was sind Gesundheitsleistungen, was Sozialleistungen?) es sehr schwer machen, die Vergleichsdaten der Länder richtig zu interpretieren, was sowohl den Vergleich einzelner Aspekte als auch den Vergleich von Entwicklungstrends betrifft.

Ein Nord-Süd-Gefälle ist auch bei den Krankenhausbetten festzustellen, wenn auch in abgewandelter Form. Die Regionen Deutschlands, Frankreichs, Österreichs und Finnlands (mit

Mecklenburg-Vorpommern, Wien, Ita-Suomi, Saarland und Limousin an der Spitze) weisen eine sehr hohe Bettendichte auf, die in starkem Kontrast zu den Zahlen der Regionen Spaniens, Portugals und Griechenlands (besonders die Algarve und Sizilien) sowie den Regionen des Vereinigten Königreichs und Irlands steht. Einige Grenzregionen mit der Türkei oder der Russischen Föderation, wie z. B. Yugoiztochen (BG) oder Ita-Suomi (FIN) haben ebenfalls eine überdurchschnittlich hohe Bettendichte, weil mit



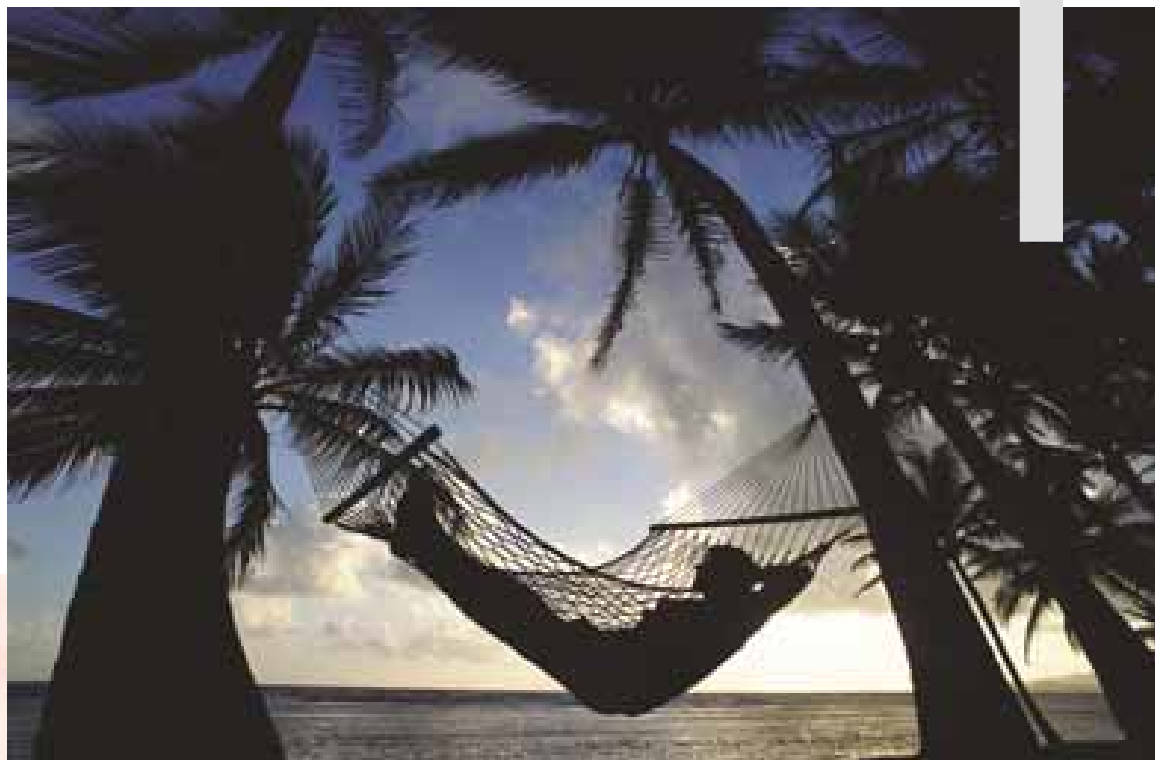
Karte 9.9

einem Zustrom von Patienten aus diesen Ländern gerechnet wird.

Die gleichmäßigste Bettendichte je 1 000 Einwohner besteht in Spanien (zwischen drei und fünf) und in Österreich, wo sie etwas stärker schwankt (zwischen sechs und zwölf). In Österreich, Frankreich und Deutschland ist die Bettenzahl je 1 000 Einwohner im Vergleich zum EU-Durchschnitt am höchsten; in Spanien, Portugal und in einigen Regionen Griechenlands ist sie am geringsten. Die Entwicklungstendenz bei der Zahl von Krankenhausbetten je Einwohner ist sehr

unterschiedlich. Zwischen 1986 und 2000 hat die Bettenzahl je 1 000 Einwohner in der gesamten Europäischen Union erheblich abgenommen (von 8,3 auf 6,3). Auch hier gibt es wieder beträchtliche Unterschiede zwischen den EU-Regionen und den Regionen der Beitrittsländer. Alle Regionen der Beitrittsländer verfügen über eine Bettendichte, die häufig sogar höher ist als die der EU-Regionen. Die gilt für Severozápad und Střední Morava (CZ), Bratislavský (SK), București (RO) und Zachodniopomorskie (PL).





Einführung

Als die Europäische Gemeinschaft gegründet wurde, war der Tourismus durch finanzielle Zwänge und geografisch durch Transportbeschränkungen, Grenzformalitäten und Sprachbarrieren noch stark begrenzt. In der Europäischen Union des Jahres 2003 stellt sich die Lage ganz anders dar. Der Pauschalurlaub bietet Zugang zu weit entfernten Teilen der Union zu erschwinglichen Preisen, und die große Zahl der Autobesitzer und ein gut ausgebautes Autobahnnetz haben die Anzahl von Kurzurlauben in näher gelegenen Gebieten ansteigen lassen. Durch die Zugehörigkeit der nordischen Mitgliedstaaten zum Schengen-Abkommen gibt es heute kaum noch Grenzformalitäten, und in der Tourismuswirtschaft werden Sprachkenntnisse zunehmend geschätzt. Diese Tendenzen wurden begleitet durch eine gezielte Tourismusförderung in vielen europäischen Regionen, und zwar sowohl in Bezug auf die Infrastruktur für die Besucher als auch in Bezug auf die Bedeutung der Tourismusindustrie für die Wirtschaft der Region.

Eurostat erfasst seit 1994 Daten über Tourismus auf regionaler Ebene. Die Datenerhebung erfolgt nach zwei Kriterien: Kapazität und Belegung. Die Kapazität bezieht sich auf die Beherbergungsinfrastruktur, die dem Fremdenverkehr in der betreffenden Region zur Verfügung steht. Die Belegungszahlen bieten statistische Daten über die Zahl der in einer bestimmten Region verbrachten Übernachtungen in einer angemieteten Unterkunft.

Aufgrund des fortschreitenden Erweiterungsprozesses hat Eurostat vor kurzem damit begonnen, auch Daten aus den zukünftigen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten zu erheben. Diese Daten sind jetzt erstmals in die jeweiligen Karten eingearbeitet worden.

Methodische Hinweise

Obleich in diesem Kapitel vornehmlich aus Gründen der kartografischen Klarheit als Regionalebene für die Analysen die NUTS-2-Region dient, umfasst die Datenbank REGIO von Eurostat auch zahlreiche Daten auf der NUTS-3-Ebene.

Statistiken über die Kapazität (Infrastruktur)

Die Karte 10.1 veranschaulicht die Gesamtzahl der Schlafgelegenheiten nach Regionen. Wie sich zeigt, befinden sich die meisten Beherbergungsbetriebe in Urlaubsgebieten. Zu ihnen gehören vor allem Nord- und Mittelitalien, Südfrankreich, Nordostspanien sowie Vorarlberg und Tirol in Österreich und Bayern in Deutschland. Regionen mit geringerer Hoteldichte liegen in Portugal, Mittelfrankreich und Teilen Ostdeutschlands.

Die beitretenden Länder mit der größten Tourisuskapazität sind die Tschechische Republik (Nordosten), Polen (Woiwodschaft Westpommern) und Ungarn (Westtransdanubien). Um sich davon eine konkrete Vorstellung zu machen: Die Tourisuskapazität Tschechiens entspricht in etwa der Irlands oder der Niederlande und die ungarische der belgischen.

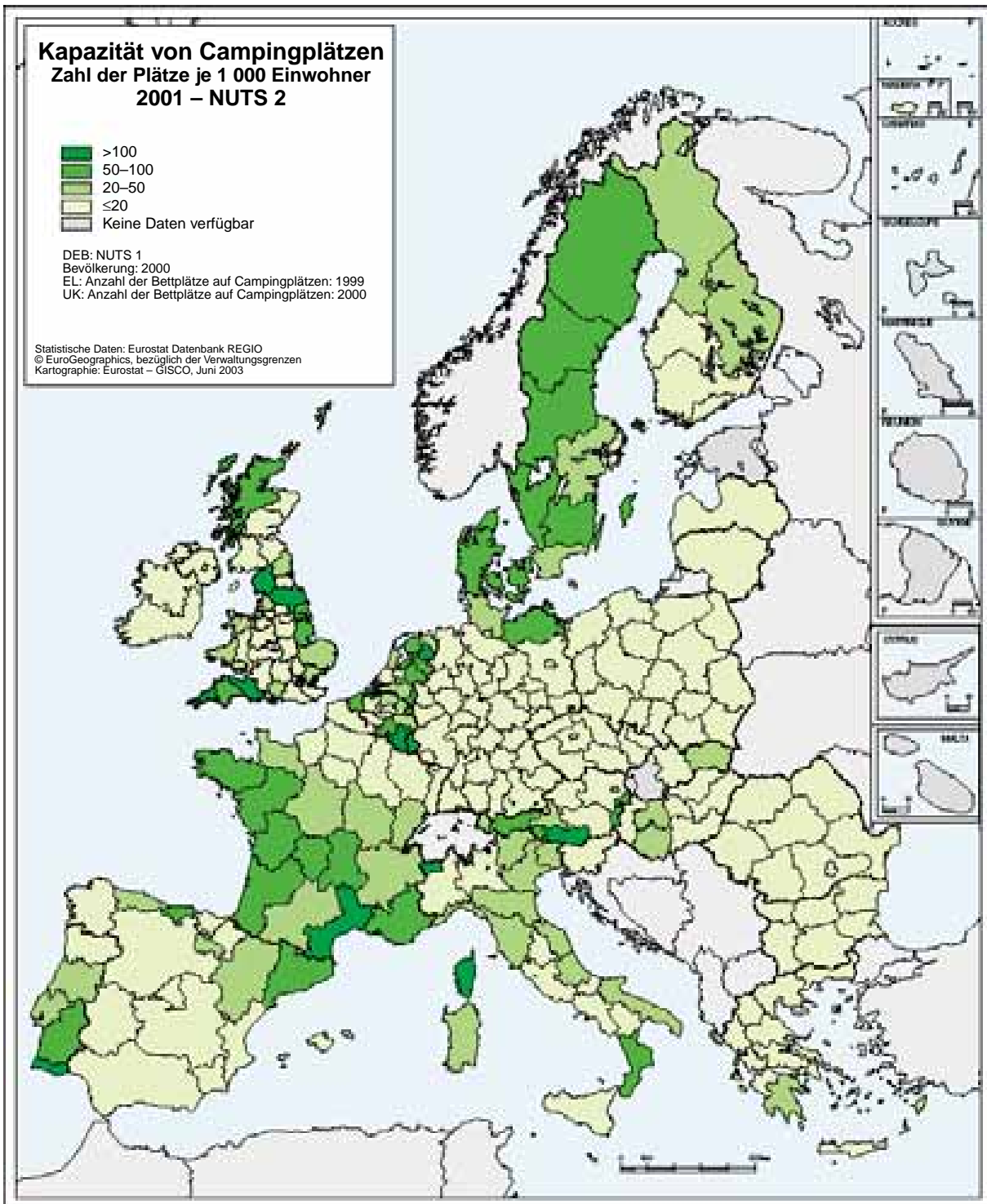
Was insbesondere Campingplätze angeht, stellt die Karte 10.2 heraus, wie viel Kapazität dieser Art von Unterkunft vorhanden ist, und zwar unter der besonderen Berücksichtigung der Relation zur Wohnbevölkerung der Region. Dabei überrascht kaum, dass Ballungsgebiete, insbesondere Regionen um Hauptstädte wie London, Berlin oder Wien, pro Einwohner wenig Campingplätze vorweisen können. Die auf der Karte dunkler unterlegten Gebiete weisen dagegen auf Regionen mit einer wesentlich höheren Zahl von Campingplätzen im Verhältnis zur Einwohnerzahl hin.

- Obwohl in ganz Frankreich ein ausgezeichnetes Angebot an Campingplätzen zu finden ist, kann trotzdem eine Konzentration vor allem an der Atlantikküste, von der Bretagne bis hin zur Aquitaine, und auch im Languedoc-Roussillon am Mittelmeer festgestellt werden.
- In Belgien gibt es zwei Gebiete mit einer hohen Dichte von Campingplätzen. Zum einen handelt es sich um West-Vlaanderen an der Nordseeküste, wo die Situation ähnlich ist wie im benachbarten Zeeland in den Niederlanden. Die hohe Anzahl von Campingplätzen in der Provinz Luxemburg in den Ardennen entspricht einem Muster, das sich in das Großherzogtum Luxemburg und, in eingeschränktem Maß, bis in die Region um Trier in Deutschland fortsetzt.

Bergregionen sind bei Campingtouristen gleichfalls beliebt, wie sich am Beispiel Kärntens in Österreich und dem Aosta-Tal in Italien erkennen lässt.

- Das Angebot an Campingplätzen auf der französischen Insel Korsika ist relativ gut. Dies trifft jedoch nicht auf verschiedene andere Ferien-





Karte 10.2

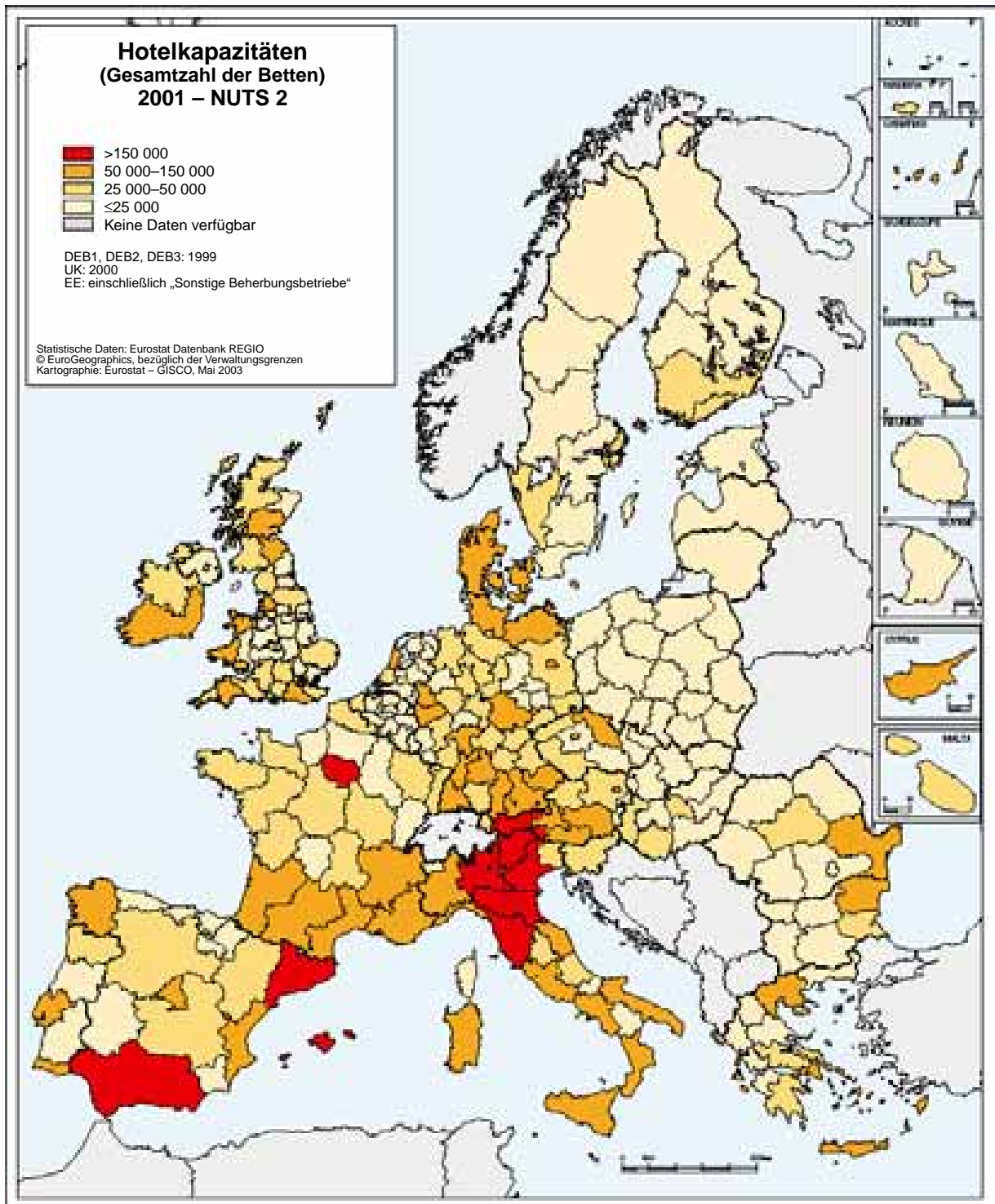
bestimmten Gebiet als Anteil an der Wohnbevölkerung der Region dargestellt.

Einige klassische Ziele für Pauschalurlaube wie die Balearen in Spanien oder die Algarve in Portugal bieten in der Tat ein sehr reichhaltiges Angebot an Hotelunterkünften pro Einwohner. Zu diesen klassischen Urlaubzielen in der Europäischen Union kann man die Insel Zypern hinzu-

zählen, die über eine ähnliche Hotelkapazität wie die Algarve verfügt.

Am Beispiel der beiden Teile Tirols in Österreich lässt sich ganz typisch ablesen, dass Fremdenverkehr ein Ganzjahresphänomen ist.

Vor allem bei den immer beliebter werdenden Kurzurlaube reisen natürlich viele Urlauber

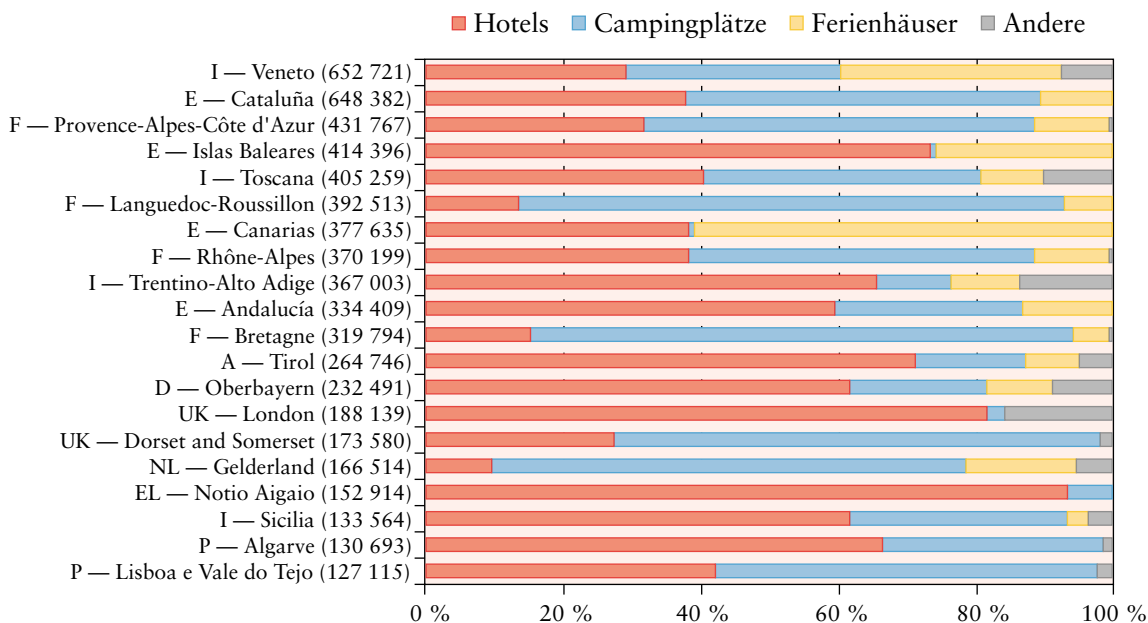


Karte 10.3

nicht mit dem Flugzeug an ihren Zielort. Eine Anzahl von Regionen mit ausgeprägter Hotelinfrastruktur liegt in gut erreichbarer Entfernung von Hauptballungsgebieten der städtischen Bevölkerung. Dies gilt z. B. im Vereinigten Königreich für West Wales and the Valleys, Dorset und Somerset und in Deutschland für den Schwarzwald. Aber auch Mittelschweden ist für Kurzurlaube recht attraktiv.

Städtische Ballungsgebiete stehen normalerweise am unteren Ende der Skala von Hotelbetten pro Einwohner. Es gibt jedoch in Europa Städte, die im internationalen und europäischen Tourismus eine herausragende Rolle einnehmen und daher diesem Trend widersprechen. Die augenfälligsten Beispiele hierfür sind London und der Großraum Paris.

Schaubild 10.1— Die 20 bedeutendsten Tourismusregionen; Anzahl der Betten nach Art der Unterkunft, 2001 – NUTS 2



Belegungszahlen

Zwar liefern Zahlen über die touristische Infrastruktur – wie beispielsweise in den Karten 10.1 bis 10.3 dargestellt – Hinweise auf die den Besuchern in einer spezifischen Region zur Verfügung stehenden Beherbergungskapazitäten. Es ist jedoch ebenso wichtig zu wissen, in welchem Umfang diese Kapazität tatsächlich genutzt wird. Daher wird ein Maß der Belegung benötigt. Auf der NUTS-2-Ebene und für die Jahre 1994-2001 beinhaltet die Datenbank REGIO Daten über Ankünfte und Übernachtungen. Diese Zahlen werden zusätzlich untergliedert nach Ansässigen und Nichtansässigen. Nichtansässige sind Personen mit einer anderen Staatsangehörigkeit als der des Landes, in dem sich die Region befindet.

Da dieser Indikator hier auf Pro-Kopf-Basis berechnet wird, stehen Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte wie beispielsweise Madrid oder das Ruhrgebiet in Deutschland nicht sehr weit oben auf der Liste der Übernachtungen insgesamt.

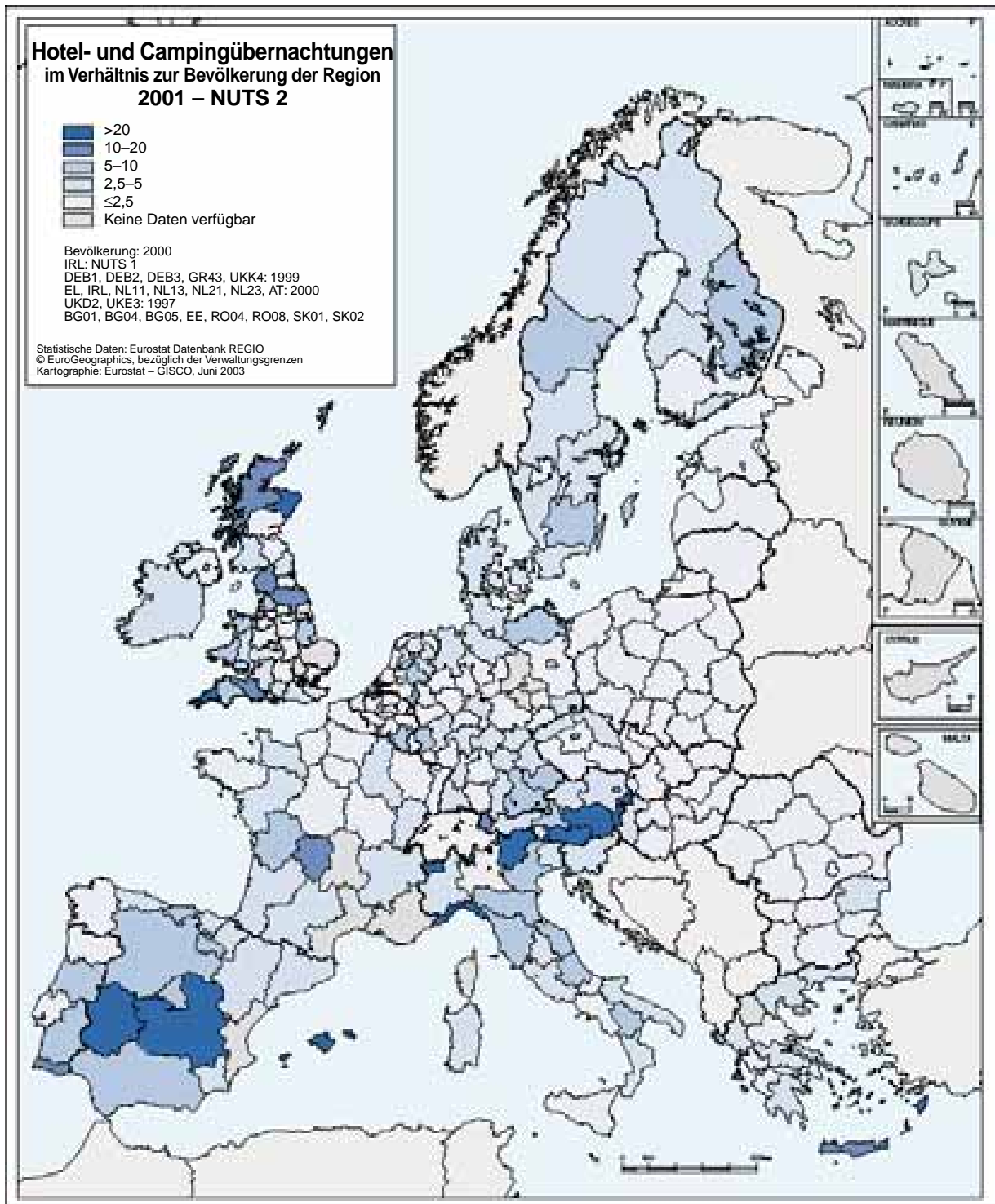
Das herausragendste Merkmal der Karte 10.4 ist ein fast fortlaufender Gürtel von überdurchschnittlich hohen Belegungsraten, die vermutlich die Sommerferien von Familien widerspiegeln, der von der Bretagne an der französischen Atlantikküste über die Mittelmeerküste und Marche in Italien und zur Comunidad de Valencia in Spanien verläuft.

Mecklenburg-Vorpommern, Südostbayern, die Gegend um Trier wie auch das Großherzogtum Luxemburg und die belgische Provinz Luxemburg verdanken ihren hohen Rang bezüglich Kurzurlauben sowie längeren Ferien dem Umstand, dass sie leicht per Auto von den dicht besiedelten Regionen Deutschlands und der Benelux-Staaten aus zu erreichen sind.

Eher den Winter- als den Sommerurlaubern verdanken wohl Österreich mit seinen vier westlichsten Regionen wie auch Italiens Aosta-Tal und die Region Trentino-Alto Adige ihre Positionen.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn der einheimische Reiseverkehr nicht berücksichtigt wird. Bestimmte Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte wie z. B. die Regionen Paris, Wien und Inner-London sind sicherlich wesentliche Ziele ausländischer Besucher. Zur selben Kategorie gehören auch die Region Brüssel, da die „Hauptstadt Europas“ von Dienst- und Geschäftsreisenden aufgesucht wird, und die Region Nordostspanien.

Ein Blick auf die Lage in den beitretenden Ländern zeigt eindeutig, dass ausländische Besucher dort zum größten Teil in Hotels oder auf Campingplätzen übernachten. Ferienwohnungen spielen hier anders als in den meisten anderen Urlaubsgebieten in der Europäischen Union eine sehr geringe Rolle.

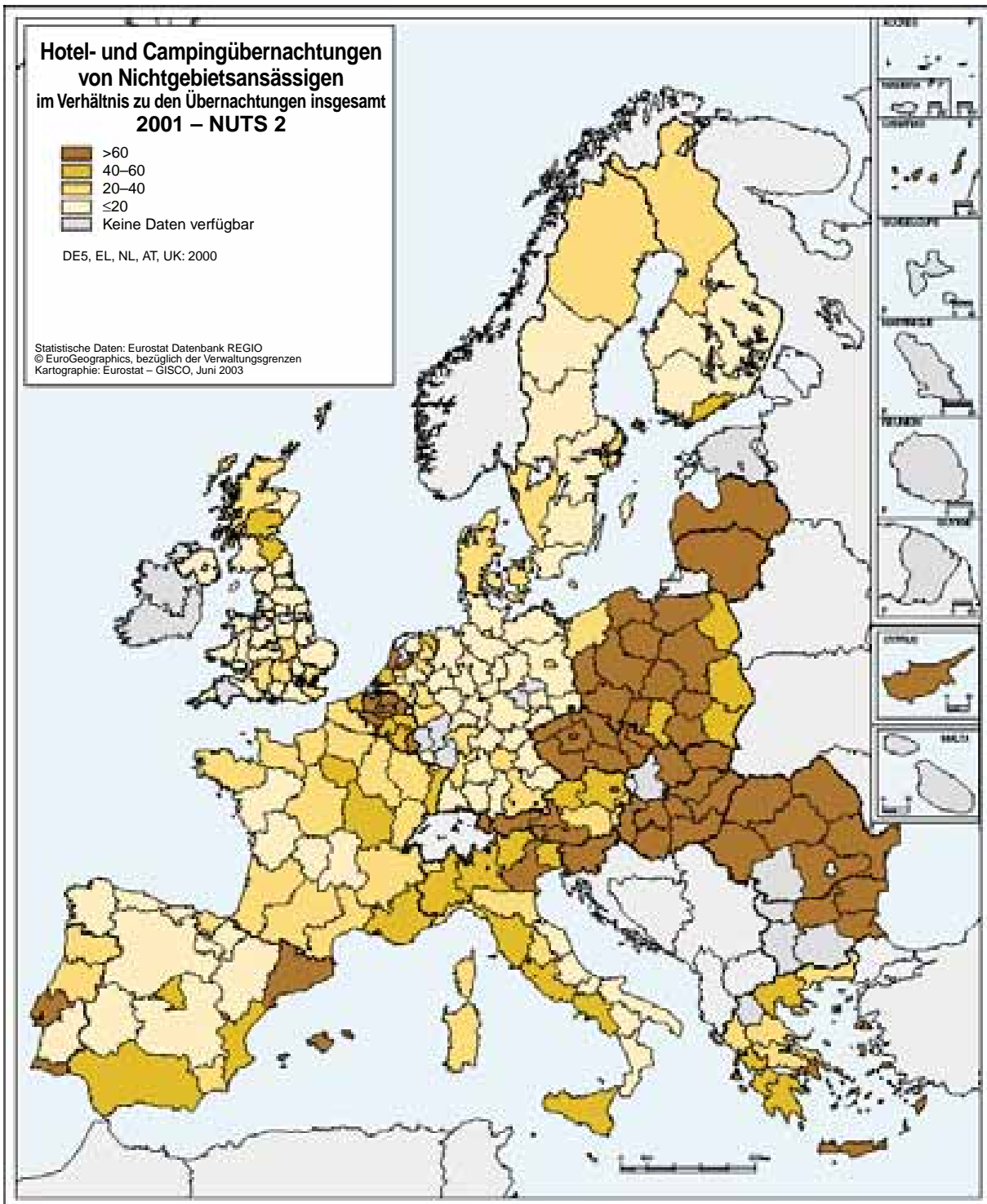


Karte 10.4

Schlussfolgerung

Die hier genannten Beispiele sollen lediglich einige der vielen Möglichkeiten hervorheben, den Tourismus in den Regionen der Europäischen Union und der beitretenden Länder zu analysieren.

Sie zeigen deutlich, dass die Bedeutung des Tourismus in den Regionen Europas immer offensichtlicher wird und dass nicht vom Tourismus geprägte Regionen mit Pauschalreiseangeboten, Sonderveranstaltungen und dergleichen zusätzliche Touristen anziehen versuchen.

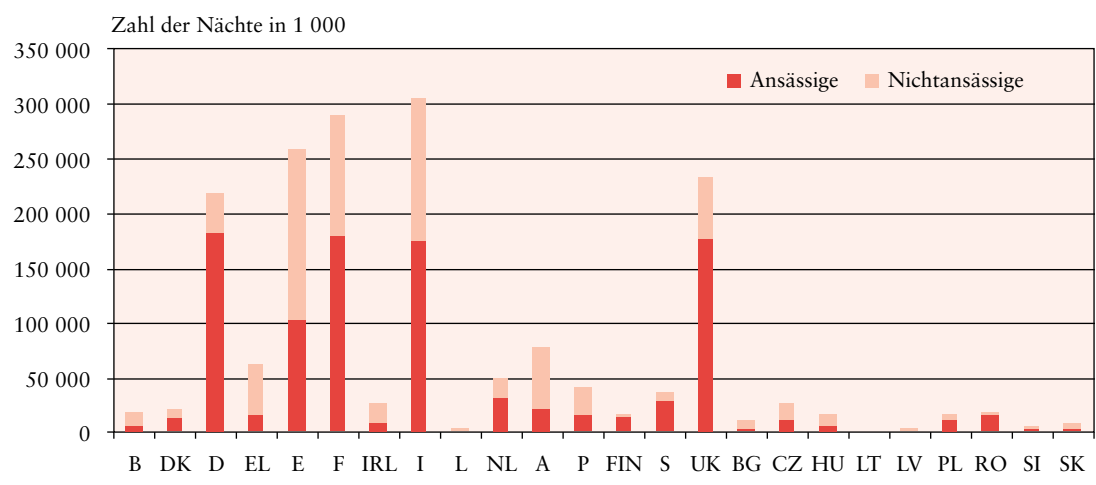


Karte 10.5

Besonders der Trend zu mehr und kürzeren Reisen stimuliert die Regionen, ihre Anziehungskraft zu fördern. Die angeführten Beispiele können freilich eine gründliche Analyse nicht ersetzen. Wir hoffen

jedoch, daß sie die Leser ermutigen werden, tiefer in die Datenbank REGIO einzusteigen und viele weitere interessante Entdeckungen zu machen.

Schaubild 10.2 — Inlands- und Auslandstourismus 2001. Von Gebietsansässigen und Nichtgebietsansässigen verbrachte Nächte in Hotels und auf Campingplätzen



NB: EL, IRL, A, UK: 2000.

R
H
E
K
R
E
V
N
E
D
M
E
R
F



Hintergrund

Oberstes Ziel europäischer Regionalpolitik ist es, den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union zu verbessern, indem die Ungleichheiten zwischen den europäischen Regionen verringert werden. Da die Europäische Union stark urbanisiert ist, spielen die Städte eine wichtige Rolle bei der Suche nach einem besseren sozialen und wirtschaftlichen Gleichgewicht in der Union. Während in früheren Jahren die Städte wenig Beachtung bei der Formulierung der Regionalpolitik fanden, findet zur Zeit auf diesem Gebiet ein bedeutender Wandel statt.

Die Ergebnisse der Pilotphase des so genannten „Urban Audit“ (siehe Regionen-Jahrbuch 2002, Kapitel 11) machten deutlich, dass auch und gerade in den europäischen Städten starke Ungleichheiten auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene bestehen, die einen politischen Handlungsbedarf rechtfertigen. Es existieren offenbar sowohl Ungleichheiten zwischen den Städten in der Europäischen Union als auch deutliche Ungleichheiten innerhalb der Städte.

Die Pilotphase 1998/1999 des Urban Audit zeigte, dass es möglich war, für eine breite Palette von Indikatoren Informationen auf einer konsistenten gesamteuropäischen Grundlage zu erheben und darzustellen. Nach Abschluss des Urban Audit im Frühjahr 2000 beschloss daher die Kommission, das Projekt fortzuführen, um so eine fundierte quantitative Basis für die zukünftige Regionalpolitik zu schaffen.

Die Ergebnisse der Urban-Audit-Pilotphase wurden zunächst einer eingehenden Bewertung unterzogen. Diese Analyse führte zu einer Reihe von Schlussfolgerungen hinsichtlich der Liste der erhobenen Variablen, der Liste der teilnehmenden Städte und der räumlichen Dimension für die nun folgende Phase des Urban Audit II.

Die Arbeiten am Urban-Audit-II-Projekt werden im folgenden Text dargestellt.

Enger Zeitplan

Da die Ergebnisse des Urban Audit II die Basis zukünftiger europäischer Regionalpolitik darstellen sollen, war es für die Kommission wichtig, erste Ergebnisse der Erhebung schon in den nächsten Kohäsionsbericht einzuarbeiten, der im November 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Hierzu war es nötig, diese ersten Ergebnisse schon im Juli 2003 zur Verfügung zu haben, um den Bericht schreiben zu können.

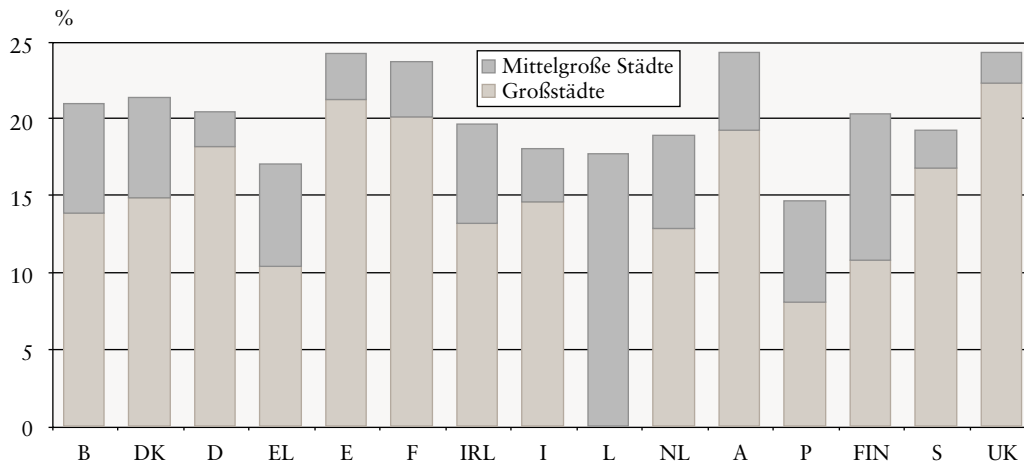
Da mit der eigentlichen Arbeit zur Erhebung der nötigen Daten und Zahlen erst im Herbst 2002 begonnen werden konnte, bedeutete dies einen erheblichen Zeitdruck aller Beteiligten, zumal hier aus statistischer Sicht Neuland betreten wurde und immer noch wird. Dennoch gab es berechtigte Hoffnung, dass im Sommer 2003 erste vergleichbare Ergebnisse des Urban Audit II vorliegen.

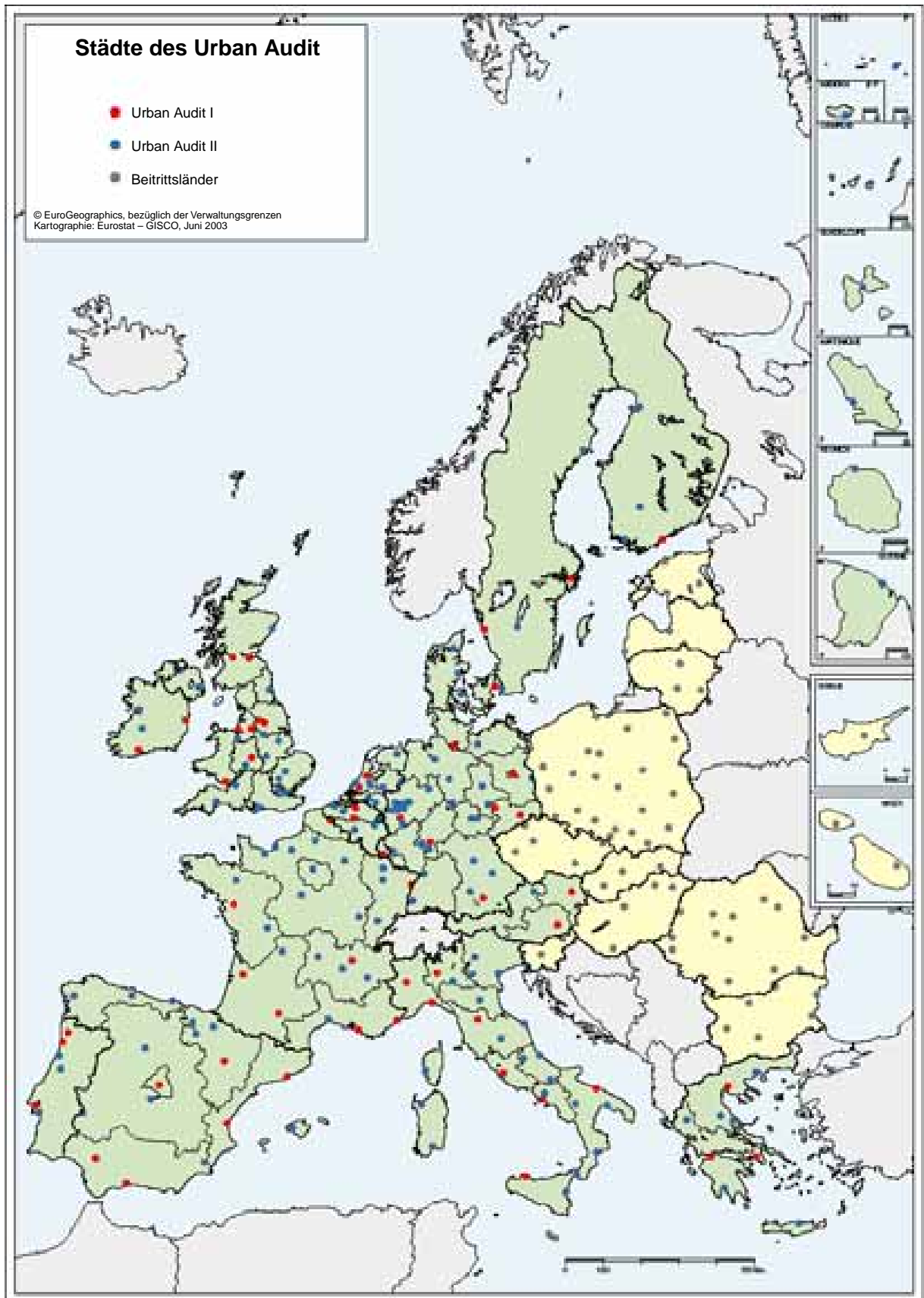
Diese ersten Daten konnten noch nicht in diesem Jahrbuch dargestellt werden, da sie erst nach Redaktionsschluss vorlagen, sie können aber bei Eurostat angefragt werden. Im Regionen-Jahrbuch 2004 werden mit Sicherheit interessante Beispiele der Urban-Audit-II-Ergebnisse vorgeführt werden.

Auswahl der Städte

In der Urban-Audit-Pilotphase war beschlossen worden, die größten städtischen Ballungsräume der Europäischen Union einzubeziehen. London und Paris wurden ausgenommen, da sie für ein

Schaubild 11.1 — Urban Audit II: abgedeckter Bevölkerungsanteil





Karte 11.1

einjähriges Pilotprojekt als zu schwierig erachtet wurden. Im Urban Audit II sind beide Städte jedoch selbstverständlich beteiligt. Zudem wurde die Zahl der europäischen Großstädte deutlich erweitert.

Daneben liegt ein besonderer Schwerpunkt auf mittelgroßen Städten (50 000 bis 250 000 Einwohner), die in der Pilotphase nicht hinreichend erfasst wurden, obwohl ein großer Teil der EU-Bevölkerung in solchen Städten mittlerer Größe lebt. Ausführliche Informationen über die verschiedenen Aspekte der Lebensqualität in diesen Städten sind für städtepolitische Fördermaßnahmen auf europäischer Ebene von großem Wert.

Alles in allem nehmen 189 Städte der Europäischen Union am Projekt Urban Audit II teil. Damit werden 21 % der Bevölkerung der Europäischen Union im Urban Audit II erfasst.

Zugleich wurde ein separates Phare-Programm gestartet, mit dem der Informationsbestand über stadtbezogene Themen durch neue statistische Daten für etwa 60 Städte in den Beitrittsländern ergänzt wird. Zwar lagen die Städtestatistiken der Beitrittsländer im Sommer 2003 noch nicht vor, aber die intensiven Arbeiten der Kollegen in diesen Ländern lassen hoffen, dass schon Ende 2003 vergleichbare Daten zur Verfügung stehen. Es wird hochinteressant sein, die Ergebnisse der Beitrittsländer mit denen der Mitgliedstaaten zu vergleichen.

Mit umfassenden Zahlen für deutlich über 200 europäische Städte wird eine solide Datenbasis geschaffen, die sicherlich Aufschluss über den konkreten Bedarf künftiger Regionalpolitik im Bereich der Städte gibt.

Die Karte zeigt alle Städte des Urban Audit II, wobei die Städte, die schon an der Pilotphase teilnahmen, besonders gekennzeichnet sind. Die Karte zeigt, dass eine gute geografische Verteilung der Städte bei der Auswahl gefunden wurde.

Es ist wichtig hier festzuhalten, dass die Ergebnisse des Urban Audit II nicht dazu dienen werden, gezielt bestimmte Städte bzw. Stadtteile für künftige Fördermaßnahmen auszuwählen. Ein solches Ziel würde unter Umständen die Ergebnisse verzerren. Der Urban Audit II dient vielmehr dazu, fundiertes quantitatives Zahlenmaterial als Basis für die bald anstehenden politischen Entscheidungen künftiger Regionalpolitik zu liefern.

Räumliche Einheiten

Wie in der Pilotphase gibt es drei Ebenen räumlicher Einheiten, auf denen Beobachtungsdaten

erhoben werden. Die erste Ebene ist das „Stadtzentrum“ oder der „Stadtkern“, d. h. die Verwaltungseinheit, für die in der Regel umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung steht. In den Ländern, in denen das Konzept als solches nicht existiert (Vereinigtes Königreich, Portugal), mussten einige Anpassungen vorgenommen werden.

Sodann wird das weitere städtische Umland („Larger Urban Zone“, LUZ) untersucht, d. h., es werden Informationen zusammengestellt, die auch das „Hinterland“ einschließen. Grundlage der Definition dieses städtischen Umlands ist die funktionale Stadtregion, also insbesondere die Berücksichtigung der Pendlerströme.

Und schließlich sollen, wie erwähnt, die innerstädtischen sozialen und wirtschaftlichen Diskrepanzen gemessen werden, indem Daten über die einzelnen Stadtteile erhoben werden. Diese sollen in allen untersuchten Städten zwischen 5 000 und 40 000 Einwohner haben, um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten.

Im Einzelfall war die Definition des städtischen Umlands und insbesondere der Stadtteile sehr schwierig und aufwändig. Es zeigte sich, dass die räumlichen und administrativen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten, die sich über viele Jahrhunderte herausgebildet haben, oft Sonderlösungen erforderten. Oberstes Ziel der Definition von städtischem Umland und der Stadtteile war es, räumliche Einheiten zu finden, für die die Ergebnisse zwischen verschiedenen Ländern immer noch hinreichend vergleichbar sind.

Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist sicherlich die Qualitätsanforderung an die Urban-Audit-Ergebnisse, die einerseits sehr wichtig für die Nutzung der Daten ist, die andererseits aber auch am schwersten zu erfüllen ist.

Die Variablen

In der Pilotphase des Urban Audit wurden rund 480 Variablen erhoben. Der Beantwortungsgrad der Städte reichte allerdings von Null bis hin zur vollständigen Erfassung, wobei er häufig eher niedrig war. Auf der Grundlage einer gründlichen Analyse entschied Eurostat sich, rund 300 Variablen nicht mehr ins Urban Audit II zu übernehmen; 150 Variablen wurden demgegenüber hinzugefügt, da sie in der Pilotphase zur Messung wichtiger Phänomene noch fehlten. Somit werden im Rahmen von Urban Audit II „nur“ 333 Variablen erhoben, von denen Eurostat hofft, dass der Abdeckungsgrad sehr hoch sein wird.

- 1 Demografie
 - 1.1 Bevölkerung
 - 1.2 Nationalität
 - 1.3 Haushaltsstrukturen
- 2 Soziale Aspekte
 - 2.1 Wohnen
 - 2.2 Gesundheit
 - 2.3 Kriminalität
- 3 Ökonomie
 - 3.1 Arbeitsmarkt
 - 3.2 Unternehmen
 - 3.3 Einkommen und Armut
- 4 Wahlen und Verwaltung
 - 4.1 Wahlen
 - 4.2 Lokale Verwaltung
- 5 Ausbildung
 - 5.1 Ausbildungsangebot
 - 5.2 erreichtes Ausbildungsniveau
- 6 Umwelt
 - 6.1 Klima
 - 6.2 Luftqualität und Lärm
 - 6.3 Wasser
 - 6.4 Abfallbeseitigung
 - 6.5 Bebauung
 - 6.6 Energieverbrauch
- 7 Verkehr
- 8 Informationsgesellschaft
- 9 Kultur und Erholung
 - 9.1 Kulturangebot
 - 9.2 Tourismus

Die gewählten Variablen decken nunmehr eine breite Palette der sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit in den Städten ab und dürften eine solide Grundlage sein, um die „Lebensqualität“ in Europas Städten quantitativ zu erfassen.

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über den Inhalt des Projekts Urban Audit II:

Eine gründliche Überprüfung der 333 Variablen ergab, dass einige der Daten in den Ländern bereits irgendwo in vorhandenen Datenbanken vorliegen (Typ A). Andere Variablen können geschätzt werden, da ähnliche Informationen zur Verfügung stehen; hierbei könnten fortgeschrittene Schätzverfahren angewandt werden (Typ B). Für eine dritte Gruppe von Variablen werden in einer neuen Erhebung frische Daten gesammelt werden müssen (Typ C), da die Daten weder vorliegen noch in irgendeiner Weise mit befriedigender Qualität geschätzt werden können. Diese Zuordnung der Variablen in drei Gruppen fällt natürlich in jedem Land anders aus (siehe Grafik).

Die Grafik zeigt, dass in den skandinavischen Ländern, in Frankreich und dem Vereinigten Königreich viele Variable bereits vorliegen, während in Griechenland, Irland und Italien ein großer Anteil geschätzt werden oder im nächsten Jahr frisch erhoben werden muss.

Es wurde schnell deutlich, dass es unmöglich war, innerhalb des engen Zeitrahmens (Beginn: Oktober 2002, Daten erforderlich: Juni 2003) neue Erhebungen von Statistiken durchzuführen. Somit waren für den Sommer 2003 keine Daten der Variablen vom Typ C zu erwarten. Die neue Erhebung dieser Statistiken wird Ende 2003 begonnen, mit ersten Zahlen ist frühestens Mitte 2004 zu rechnen.

Auch eine komplette Schätzung aller Variablen vom Typ B war nicht innerhalb weniger Monate machbar. Daher wurden 75 „Schlüssel“-Variable identifiziert, die als besonders wichtig anzusehen sind. Diese waren bis Sommer 2003 prioritär zu schätzen, soweit dies möglich war.

Schaubild 11.2 — Klassifikation der Urban-Audit-Variablen

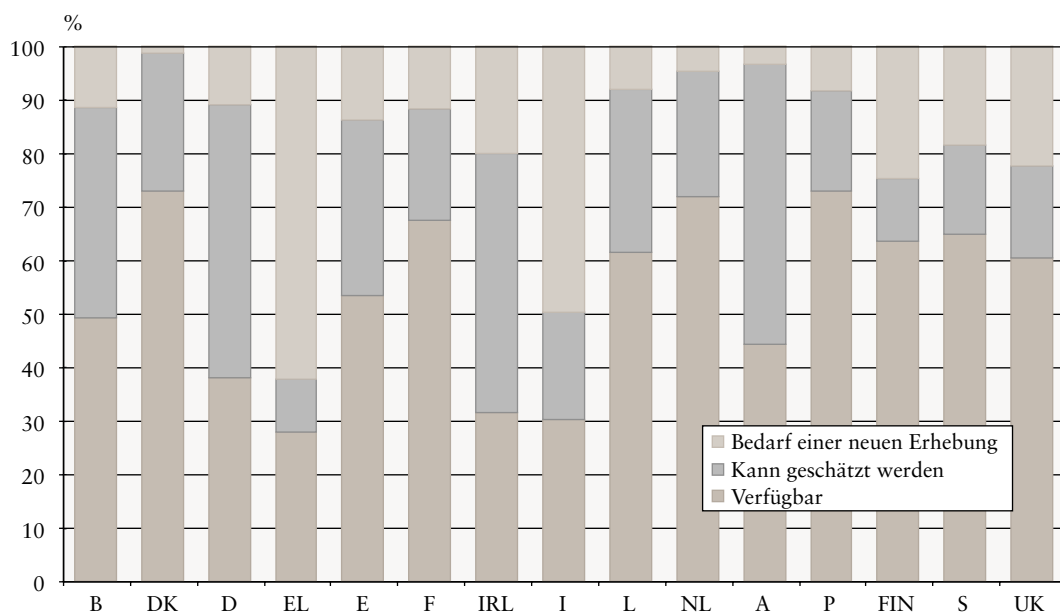


Schaubild 11.3 — Zahl der Variablen nach Themenbereichen

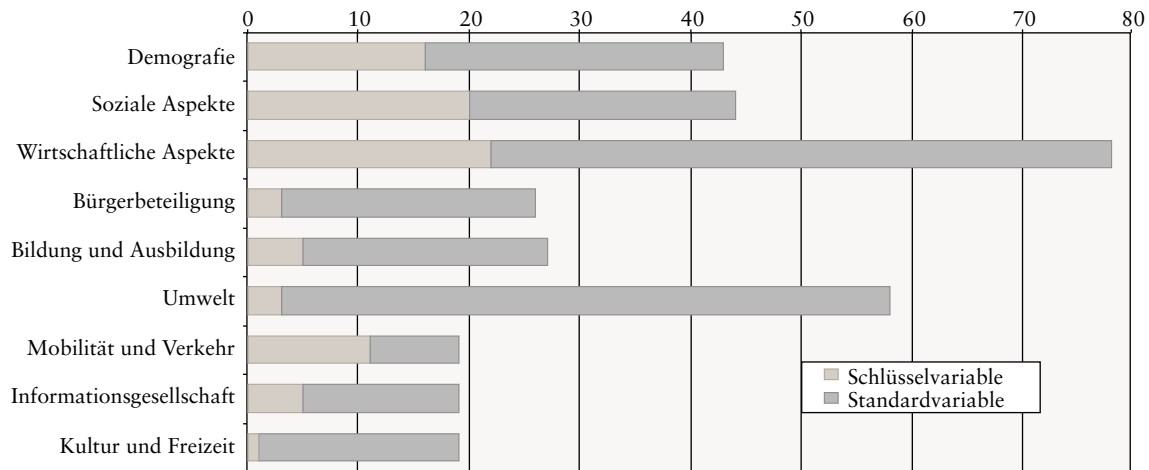


Schaubild 11.3 zeigt die Anzahl der Variablen (Schlüsselvariable und Standardvariable) pro Thema.

unter Vertrag genommen wurden, um die Schätzungen der Variablen vom Typ B zu unterstützen.

Organisation

Die Zusammenstellung all dieser Variablen aus 189 Städten kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten partnerschaftlich zusammenarbeiten. Insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den nationalen statistischen Ämtern und den betroffenen Städten muss sehr eng sein.

Zu diesem Zweck wurden für jedes Land nationale Urban-Audit-Koordinatoren (NUAK) benannt. Sie fungieren als Verbindungspersonen zwischen den Städten, den nationalen statistischen Ämtern (oder den nationalen Datenerhebungsstellen) und Eurostat. Die nationalen statistischen Ämter wurden von der Kommission durch Zuschüsse finanziell unterstützt, damit sie in der Lage waren, wenigstens alle Schlüsselvariablen bis spätestens Juni 2003 zusammenzustellen.

Regelmäßige Treffen aller Beteiligten sichern den Informationsfluss zwischen der Kommission (DG REGIO und Eurostat), den nationalen Ämtern, den Städten und methodischen Spezialisten, die

Nächste Schritte

Das Projekt Urban Audit II ist noch nicht abgeschlossen. Erste Qualitätsprüfungen der gelieferten Daten wurden durchgeführt, aber weitere sorgfältige Kontrollen auf Konsistenz und andere Qualitätsmerkmale müssen erfolgen.

Auch die Daten der Pilotphase von 1999/2000 müssen geprüft und gegebenenfalls verbessert werden, um so in Zukunft eine zeitliche Analyse der Daten zu ermöglichen.

Weitere aussagekräftige Indikatoren müssen aus den 333 Variablen errechnet werden, die im Internet zu veröffentlichen sind. Schließlich müssen die Ergebnisse des Urban Audit II sorgfältig analysiert werden, um zu fundierten Schlussfolgerungen für die künftige Regionalpolitik zu kommen.

Und die Erhebung der Variablen vom Typ C steht noch vor der Tür.



Einkommen der privaten Haushalte und BIP

Einleitung

Ein Ziel der Beschäftigung mit Regionalstatistik ist sicherlich der Versuch einer Aussage über den Wohlstand von Regionen. Schon Adam Smith überschrieb sein Hauptwerk der Ökonomik mit dem Titel „Wohlstand der Nationen“. Von da aus ist es nur noch ein kleiner Schritt zu den Regionen. Zudem verlieren die Nationalstaaten im zusammenwachsenden Europa mehr und mehr an Bedeutung, und der Wohlstand von Regionen rückt ins Zentrum.

Der zentrale und mit Abstand am häufigsten verwendete Indikator zur Messung des Wohlstands von Regionen ist das regionale Bruttoinlandsprodukt (BIP). Häufig wird das BIP in Kaufkraftstandards (KKS) und pro Kopf ausgedrückt, um die Zahlen zwischen den Regionen vergleichbar zu machen. Das regionale BIP ist ja auch Gegenstand des Kapitels 3 dieser Veröffentlichung.

Das BIP wird auf regionaler Ebene von der Produktionsseite her berechnet. Es ist die wertmäßige Summe der Waren und Dienstleistungen, welche in einer Region von den in der Region beschäftigten Personen produziert wird. Wenn man sich jetzt die Frage stellt, inwieweit das BIP zum Wohlstand der Regionen beiträgt, so ist es die Funktion der Schaffung von Einkommen für die privaten Haushalte. Allerdings ist durch vielfältige interregionale Verflechtungen und staatliche Intervention keinesfalls garantiert, dass dieses Einkommen auch bei den Bewohnern einer Region ankommt.

Primäre Einkommensverteilung der privaten Haushalte in Kontenform

Verwendung	Aufkommen
D.4 Vermögenseinkommen	B.2/B.3 Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen
B.5 Primäreinkommen (Saldo)	D.1 Arbeitnehmerentgelt
	D.4 Vermögenseinkommen

Das Primäreinkommen ist Ausgangspunkt der sekundären Einkommensverteilung, welche den staatlichen Umverteilungsmechanismus beschreibt. Zum Primäreinkommen kommen nun alle monetären Sozialleistungen und Transfers. Aus diesem Topf müssen Haushalte Steuern auf Einkommen

Regionales BIP pro Kopf hat einige unerwünschte Eigenschaften. Eine davon ist, dass man eine arbeitsplatzbezogene Zahl durch eine wohnortbezogene Zahl dividiert. Sobald es einen Pendler-saldo gibt, also Menschen in einer Region arbeiten und in einer anderen wohnen, wird diese Inkonsistenz relevant. Das prominenteste Beispiel ist die britische Region Inner London, die mit Abstand das höchste regionale BIP pro Kopf hat. Nun wird jedoch dieses BIP nicht unmittelbar in Einkommen für die Einwohner von Inner London transformiert, da jeden Tag Tausende nach London pendeln, um dort zu arbeiten, jedoch in den angrenzenden Regionen wohnen. Andere Beispiele sind Hamburg oder Wien.

Zudem weist das BIP andere konzeptionelle Schwächen auf, es scheint daher lohnend, sich die Einkommensverteilung von privaten Haushalten einmal näher anzusehen.

Einkommensverteilung der privaten Haushalte

In marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften, die zusätzlich über staatliche Umverteilungsmechanismen verfügen, unterscheidet man zwei Arten der Einkommensverteilung.

Die *primäre* Einkommensverteilung gibt das Einkommen der privaten Haushalte an, welches sich aus dem Marktgeschehen, also dem Handel von Produktionsfaktoren und Gütern ergibt. Auf der Aufkommenseite zählt man die Arbeitnehmerentgelte, d. h. Einkommen aus dem Verkauf des Produktionsfaktors Arbeit. Zudem können private Haushalte Vermögenseinkommen beziehen. Natürlich entsteht auch Einkommen als Betriebsüberschuss bzw. Selbstständigeneinkommen. Negativ schlagen für die Haushalte etwa zu zahlende Zinsen zu Buche. Den Saldo dieser Transaktionen bezeichnet man als *Primäreinkommen* der privaten Haushalte.

und Vermögen zahlen, Sozialbeiträge entrichten und Transfers tätigen. Die Summe, welche nach diesen Transaktionen übrig bleibt, der Saldo also, wird als *verfügbares Einkommen* der privaten Haushalte bezeichnet.



Sekundäre Einkommensverteilung der privaten Haushalte in Kontenform

Verwendung	Aufkommen
D.5 Einkommens- und Vermögensteuern	B.5 Primäreinkommen
D.61 Sozialbeiträge	D. 62 Monetäre Sozialleistungen
D.7 Sonstige laufende Transfers	D.7 Sonstige laufende Transfers
<i>B.6 Verfügbares Einkommen (Saldo)</i>	

Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte als Salden der Einkommensverteilung

Eurostat verfügt für die oben aufgeführten Variablen über Zahlen auf der NUTS-Ebene 2. Jede Zahl für sich genommen ist natürlich interessant, jedoch stellen das Primäreinkommen und das verfügbare Einkommen die zentralen Säulen dieser Konten dar.

Bevor ein Vergleich dieser Größen durchgeführt werden kann, muß zunächst ein Exkurs über die Einheit erfolgen, in der man diese Einkommen sinnvollerweise ausdrücken sollte, damit ein entsprechender Vergleich Sinn macht.

Für die Zwecke des interregionalen Vergleichs wird das regionale BIP im Allgemeinen pro Kopf und in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt. Das Ziel ist, einen Volumenvergleich zu ermöglichen. Entsprechend sollte mit den Einkommensgrößen der privaten Haushalte verfahren werden, damit diese dann mit dem regionalen BIP und untereinander verglichen werden können.

Nun taucht hier ein Problem auf. Die KKS sind so konzipiert, dass sie für das BIP als Ganzes gelten. Die Berechnung erfolgt mit dem Ausgabenansatz, und eine Unterteilung der KKS existiert ebenfalls nur auf der Ausgabenseite. In der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) hingegen wird zumindest für die Regionen der Europäischen Union der Ausgabenansatz nicht verwendet, da er Angaben über Im- und Exportflüsse auf Regionalebene voraussetzen würde. Diese Daten sind nicht vorhanden, so dass die regionale VGR nur von der Produktionsseite her berechnet wird. Das impliziert aber, dass man keine exakte Korrespondenz zwischen den Einkommensgrößen und den KKS hat. KKS existieren nur für den privaten Verbrauch.

Jedoch ist zu vermuten, dass diese konzeptionellen Unterschiede kaum ins Gewicht fallen und man die Einkommensgrößen der privaten Haushalte mit der Konsumkomponente der KKS umrechnen sollte, wir wollen sie KKKs (Kaufkraftkonsumstandards) nennen.

Ergebnisse für das Jahr 2000

Auf den nächsten Seiten finden sich zwei Karten, die die regionale Verteilung des Primäreinkom-

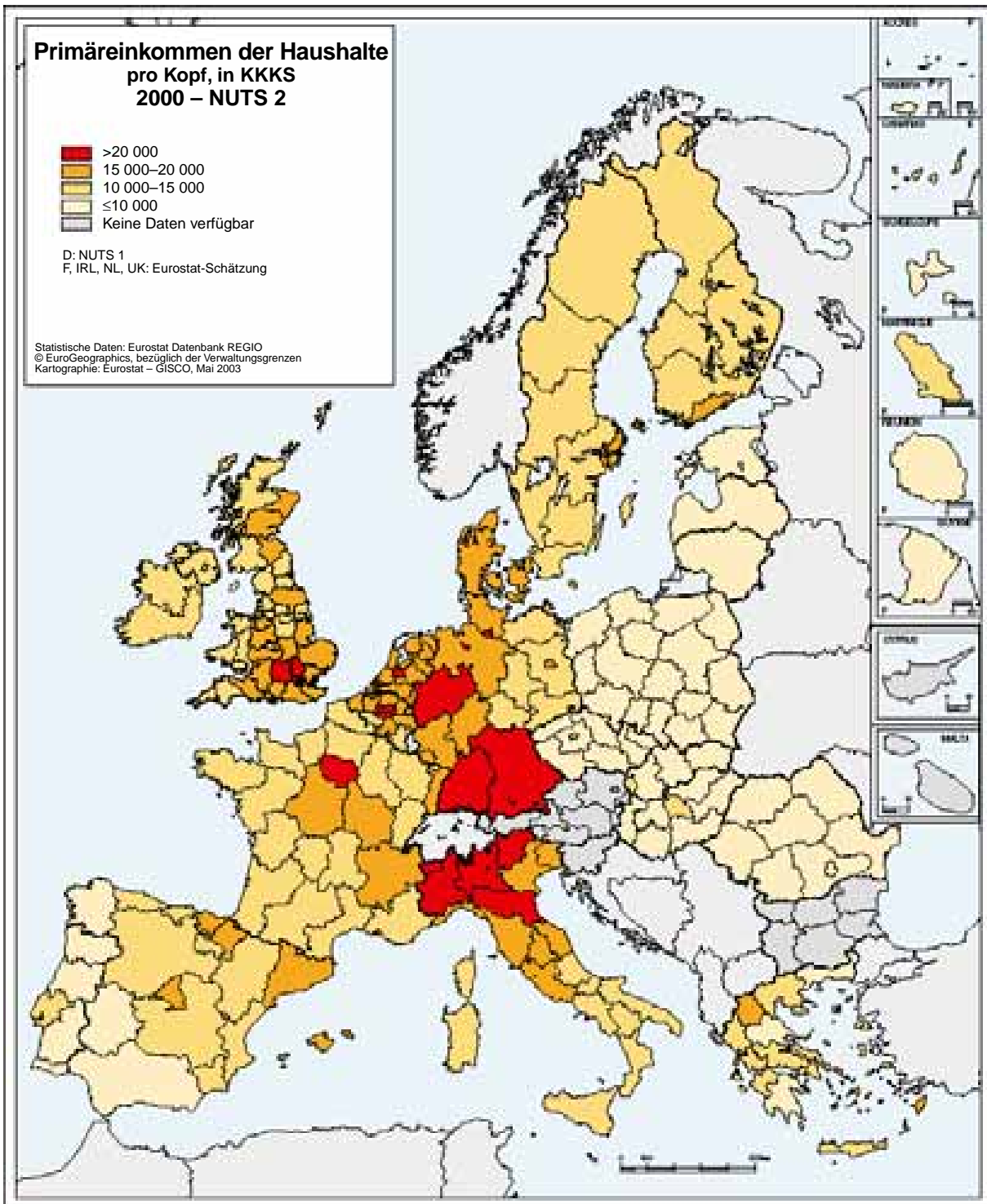
mens (Karte 12.1) sowie die regionale Verteilung des verfügbaren Einkommens (12.2) auf europäischer Ebene darstellen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt Eurostat noch kein vollständiger Datensatz auf der NUTS-Ebene 2 vor. Daten für Österreich werden vor dem Sommer 2003 erwartet. Für Deutschland liegen lediglich Daten der NUTS-Ebene 1 vor. Die Daten für Frankreich, Irland, Portugal, die Niederlande und das Vereinigte Königreich wurden durch Fortschreibung für das Jahr 2000 geschätzt. Keine Daten gibt es für Slowenien, Zypern, Malta, Bulgarien und die Türkei.

Zeigen sich bei der Betrachtung der regionalen Verteilung des Primäreinkommens der Haushalte noch „Inseln des Wohlstands“ wie das Umland von London, Paris und Brüssel, Norditalien und Süddeutschland, aber auch Utrecht und Nordrhein-Westfalen sowie die Stadtstaaten Bremen und Hamburg, so wirkt der Übergang vom Primäreinkommen auf das verfügbare Einkommen der Haushalte sehr stark nivellierend. Deutliche Strukturen sind nicht mehr zu erkennen. Man erkennt deutlich den umverteilenden Einfluss des Staates.

Für die Interpretation der Ergebnisse bedarf es immer eines Bezugsrahmens. Wir werden hier zwei Arten von Bezügen verwenden. Zum einen wird die Relation zwischen Primäreinkommen und den verfügbaren Einkommen der Haushalte diskutiert, zum anderen wird das Verhältnis der Einkommensgrößen zum regionalen Bruttoinlandsprodukt beleuchtet werden.

Große Unterschiede gibt es im Verhältnis des verfügbaren Einkommens zum Primäreinkommen. Diese sind in der Karte 12.3 dargestellt. Die größte Differenz weisen hier die Hauptstadtregionen Stockholm und Helsinki auf. In diesen Regionen bleibt den Haushalten vom Primäreinkommen am wenigsten. Hier zeigt sich deutlich der starke Einfluss des Staates in nordischen Ländern.

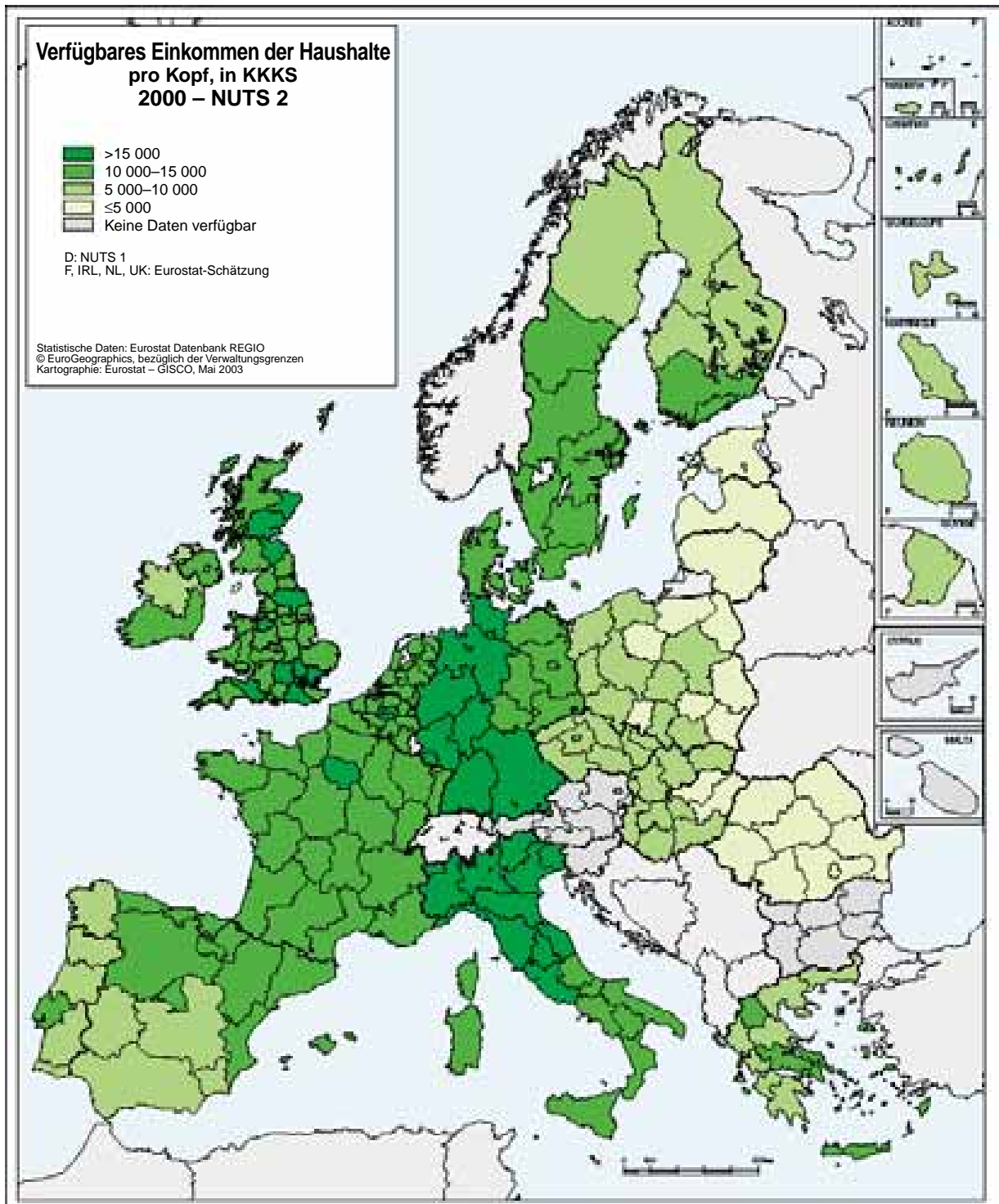
Es gibt nun jedoch auch einige Regionen, in denen die Haushalte durch monetäre Sozialleistungen, aber auch durch sonstige Transfers ein höheres verfügbares Einkommen haben als ihr Primäreinkommen. Sie sind also die Gewinner staatlicher Umverteilungspolitik.



Karte 12.1

Mehr Primäreinkommen als verfügbares Einkommen haben Haushalte aus fünf Regionen in Griechenland, aus sechs Regionen in Polen sowie sechs Regionen im Vereinigten Königreich. Rumänien hat zwei, Frankreich, Italien und Ungarn jeweils eine. In Deutschland sind es drei Bundesländer, bei denen diese Relation über 100 % liegt.

Ganz besonders interessant ist ebenfalls das Verhältnis von verfügbarem Einkommen und regionalem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dies ist deswegen wichtig, da das regionale BIP pro Kopf ein wichtiger Indikator zur Festlegung der europäischen Strukturpolitik ist. Regionen erhalten (u. a.) dann Regionalförderung, wenn ihr regionales BIP unterhalb von 75 % des EU-Durch-

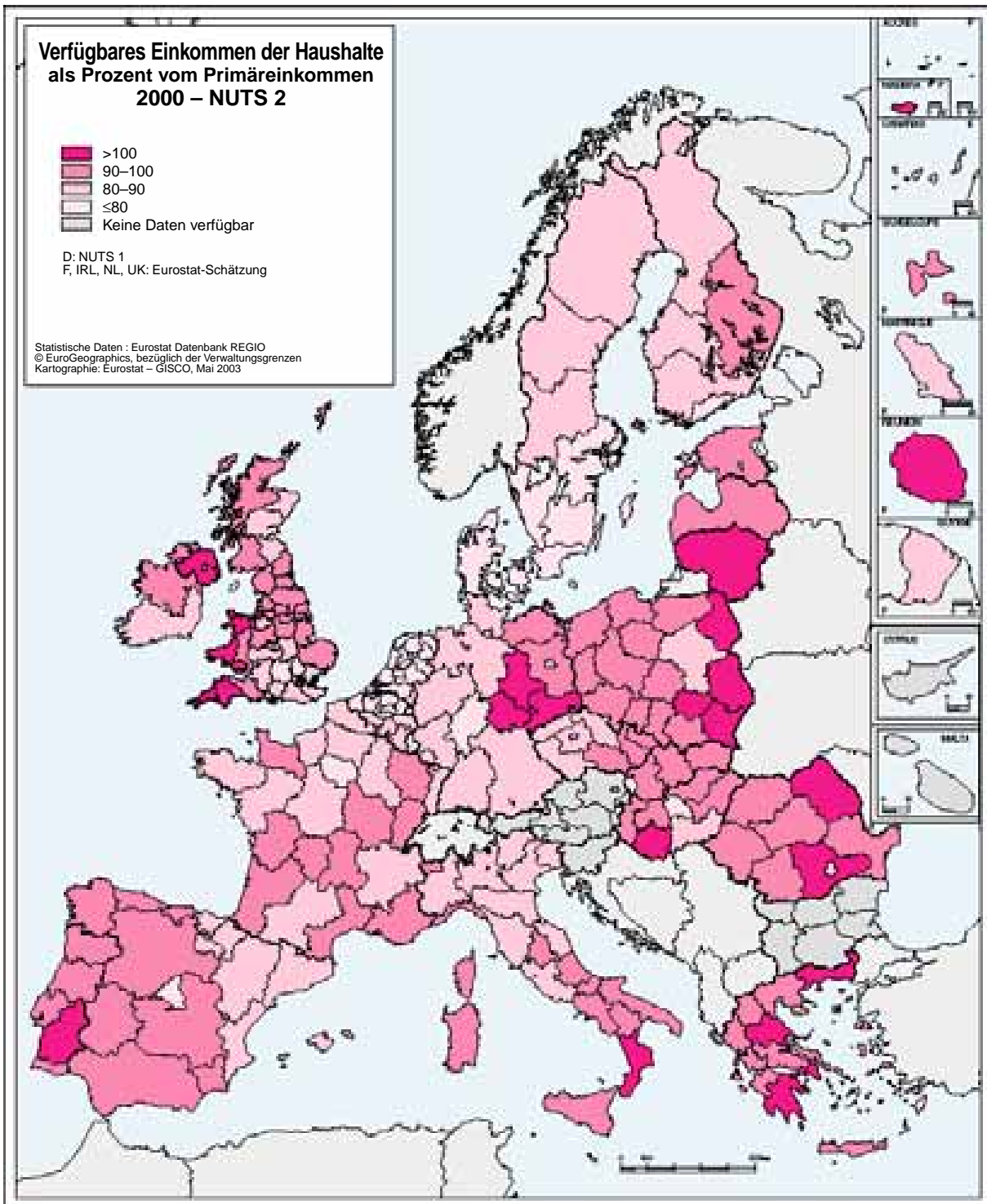


Karte 12.2

schnitts liegt. Hauptstadtregionen weisen häufig ein hohes regionales BIP auf. Aus der Karte 12.4 kann man nun sehen, dass dieses hohe BIP sich in der Regel nicht in den verfügbaren Einkommen der Haushalte widerspiegelt. Das gilt sowohl für die Regionen der Europäischen Union als auch für die beiden herausgehobenen Regionen der

Beitrittsländer Praha und Bratislavský, die ein sehr hohes BIP pro Kopf zeigen.

Am anderen Ende der Rangskala gibt es Regionen, bei denen das Verhältnis für die Region wesentlich günstiger ist. Zwei griechische Regionen sind Spitzenreiter, aber auch im Vereinigten Königreich und in Ostdeutschland kann

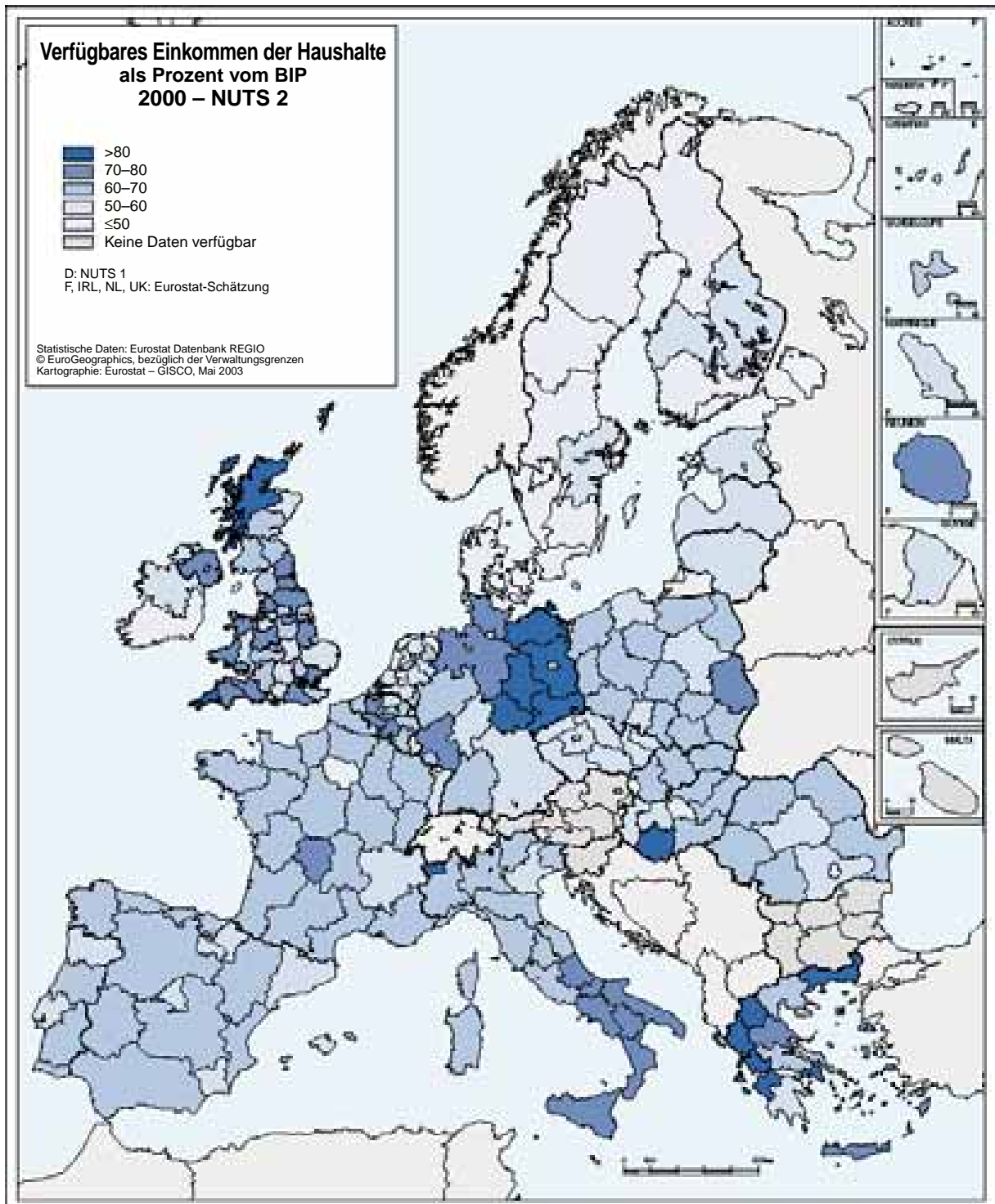


Karte 12.3

man diese Relation beobachten. Es wird deutlich, dass sich bei Zugrundelegung dieses Indikators auch die relative Position einer Region innerhalb Europas verändern wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es innerhalb Europas starke Unterschiede des Anteils des verfügbaren Einkommens der Haushalte gibt, der

nach staatlicher Umverteilung des Primäreinkommens der Haushalte übrig bleibt. Ebenfalls unterscheidet sich das verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf recht deutlich vom regionalen BIP. Aus diesen Beobachtungen folgt ziemlich eindeutig, dass damit ein Vergleich von Regionen innerhalb eines Landes sinnvoll bleibt,


Karte 12.4

aber Vergleiche von Regionen unterschiedlicher Länder sehr problematisch sind.

Es fällt auf, dass es insbesondere Länder mit hoher staatlicher Aktivität sind, bei denen das verfügbare Einkommen der Haushalte recht niedrig ausfällt. Es kann vermutet werden, dass in diesen Fällen der Staat sehr viel des Einkommens an sich zieht. Auf der anderen Seite bedeutet das

nicht, dass diese Regionen besonders arm sind, sie profitieren möglicherweise stark von diesen staatlichen Aktivitäten in Form von Sachleistungen (Straßen, Kindergärten). Im folgenden Abschnitt wird versucht, diesen Aspekt näher zu beleuchten. Es werden experimentelle Berechnungen vorgestellt, die die verzerrenden Effekte zu kompensieren versuchen.

Wie reich sind die Regionen Europas?

Experimentelle Berechnungen

Einleitung

Wie reich sind die Regionen in Europa? Zur Beantwortung dieser Frage bedarf es zunächst der begrifflichen Klärung der Begriffe: *Europa*, *Region* und *reich*. Europa wird hier definiert als Europäische Union plus Beitrittskandidaten. Dies ist keine normative Festlegung, sondern orientiert sich am Vorhandensein vergleichbarer Daten. Für die regionale Abgrenzung existiert eine Klassifikation, die NUTS (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik), welche die Regionenabgrenzung beschreibt. Die Analyse beschränkt sich auf die Regionen der NUTS-Ebene 2. Der Begriff *reich* hingegen ist nicht mehr so leicht zu definieren. An dieser Stelle soll der Begriff *reich* auch nicht im Sinne von Vermögen, sondern im Sinne von Einkommen gebraucht werden. Vermögen spielt nur insofern eine Rolle, als es Einkommen, z. B. Zinseinkommen, generieren kann. Wir wollen aber noch einen Schritt weitergehen und im Sinne der ökonomischen Theorie Einkommen als etwas betrachten, das deshalb wichtig ist, da es Konsum ermöglicht und damit Nutzen stiftet. Das bedeutet aber auch, dass etwa öffentliche Güter, die kostenlos bereitgestellt werden, ebenfalls Nutzen stiften und in dem Sinne auch als ein Einkommen besonderer Art zu rechnen sind.

Diese Arbeit orientiert sich an den gegenwärtig verfügbaren Daten. Es ist eine pragmatische Analyse, deren Intention es nicht ist, den theoretisch besten Indikator zu beschreiben, sondern einen Indikator zu entwickeln, der die vorhandenen Informationen möglichst sinnvoll ausnutzt.

Verfügbares Einkommen der Haushalte

Die Argumente, welche weiter oben in Bezug auf das regionale BIP vorgebracht wurden, sind hinreichend bekannt und bereits ausgiebig diskutiert worden. Als eine Konsequenz daraus wurden regionale Haushaltskonten in das Lieferprogramm des ESVG 95 aufgenommen, welches für Mitgliedstaaten verpflichtend ist. Unter anderem müssen Informationen über das verfügbare Einkommen der Haushalte bereitgestellt werden. Da diese Zahl wohnortbasiert ist, kann sie leicht durch die Anzahl der Personen einer Region geteilt werden.

Wie im ersten Teil dieser Analyse gezeigt, variiert der Anteil des verfügbaren Einkommens am BIP von Land zu Land sehr stark. In Schweden und Finnland liegt der Anteil bei etwa 45 %, in Frank-

reich, Spanien und dem Vereinigten Königreich bei 60 %, Deutschland und Italien folgen mit ungefähr 65 %, und in Griechenland liegt dieser Anteil bei über 70 %.

Diese starken Unterschiede machen nun einen Vergleich (oder ein Ranking) des regionalen verfügbaren Einkommens der Haushalte problematisch. Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf Abschreibungen sowie Primäreinkommenssalden bzw. Transfersalden von/ins Ausland bleiben unberücksichtigt, und insbesondere der ganze Komplex unterschiedlicher staatlicher Aktivität wird vernachlässigt.

Wird trotzdem, wie im vorhergehenden Abschnitt, ein solcher Vergleich durchgeführt, sieht er etwa die Regionen Schwedens und Finnlands im unteren Drittel der Rangliste, da hier der Staat einen großen Teil der Wirtschaftsleistung an sich zieht und somit weniger Einkommen für die Haushalte übrig bleibt.

Allerdings sollte berücksichtigt werden, dass der Staat den Teil, den er zunächst an sich bindet, in der einen oder anderen Form ja wieder zurückgibt. Staatliche Aktivität kommt in der Regel den Bürgern zugute und bewirkt z. B., dass weniger des verfügbaren Einkommens ausgegeben werden muss. Ein Beispiel soll das deutlich machen: Finanziert der Staat aus seinen Einnahmen gute und preiswerte Kinderbetreuungsmöglichkeiten, so brauchen private Haushalte diese Dienstleistung nicht auf dem privaten Markt teuer zu kaufen. Ein gutes öffentliches Transportsystem verringert private Ausgaben für Autos. Man könnte noch weitere Beispiele anführen. Zusammenfassend lässt sich aber feststellen, dass ein Vergleich des regionalen verfügbaren Einkommens nicht den wirklichen Wohlstand von Regionen widerspiegelt, der sich im Konsum von privaten und öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ausdrücken sollte.

Der Zwei-Stufen-Ansatz

In der Logik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gibt es genau definierte Gleichungssysteme. Ausgehend vom regionalen Bruttoinlandsprodukt ist der Saldo von Einkommen aus dem Ausland für die Haushalte relevant, da dies ihre Konsummöglichkeiten erweitert. Die Abschreibungen hingegen sind als gesamtgesellschaftliche Kosten zu sehen, die bei gleichbleibendem Kapitalstock die Konsummöglichkeiten der Haushalte vermindern. Der Saldo dieser Transaktionen ergibt sich als Nettotionaleinkommen zu Marktpreisen. Nun muss das Nettotionaleinkommen zu Marktpreisen noch um diejenigen Transfers korrigiert werden, die ins Ausland gehen bzw. aus dem Ausland kommen. Damit ergibt sich das verfügbare Einkommen aller Sektoren der Volkswirtschaft.



In der Logik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sieht der Weg vom BIP zum verfügbaren

einkommen der Haushalte also wie folgt aus:

	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	
	+ Saldo der Primäreinkommen aus dem Rest der Welt	
	- Abschreibungen	
=	Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen	
	- Saldo der laufenden Transfers an die übrige Welt und von der übrigen Welt	
=	Verfügbares Einkommen aller Sektoren	(100 %)
	- Verfügbares Einkommen finanzieller/nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften und privater Organisationen ohne Erwerbszweck	(im Durchschnitt 4 %)
	- Verfügbares Einkommen des Staates	(im Durchschnitt 25 %)
=	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	(im Durchschnitt 71 %)

Der Unterschied des verfügbaren Einkommens aller Sektoren zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ergibt sich aus dem verfügbaren Einkommen der anderen Sektoren. Daher lohnt es sich zunächst, sich einmal die Größenordnungen zu vergegenwärtigen. Im europäischen Durchschnitt macht das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit 71 % des gesamten verfügbaren Einkommens den bei weitem größten Teil aus. Die Schwankungsbreite liegt bei 5-78 %. Das verfügbare Einkommen des Staates schlägt mit 25 % zu Buche (zwischen 19 % und 36 %). Der Rest hat mit einem Durchschnitt von 4 % einen eher geringen Anteil, wobei die Spannweite hier zwischen 2 % in Frankreich und 14 % in der Niederlande liegt.

Jetzt zur regionalen Verteilung dieser Komponenten: Bekannt ist die regionale Verteilung und Größe des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. Gegenwärtig gibt es keine Daten zur regionalen Verteilung der verfügbaren Einkommen der restlichen Sektoren. Unter diese Positionen fallen Betriebsüberschuss und Vermögenseinkommen der Kapitalgesellschaften und die staatliche Aktivität. Unter die letztere sind Umverteilung, Infrastruktur, Verteidigungsausgaben usw. zu rechnen. Alle diese Transaktionen kommen in irgendeiner Form den privaten Individuen zugute. Das gilt ebenfalls für den Betriebsüberschuss und das Vermögenseinkommen der Kapitalgesellschaften, denn diese gehören ja letztlich auch privaten Individuen. Was nicht bekannt ist, ist die regionale Verteilung und relative Größe dieser zwei Komponenten. Trotzdem tragen diese Komponenten zum Wohlstand in den Regionen erheblich bei, und die Vernachlässigung erschwert erheblich den Vergleich zweier Regionen unterschiedlicher Länder.

Unter Berücksichtigung der genannten Argumente wird nun folgende Vorgehensweise vorgeschlagen:

1. Das verfügbare Einkommen der Haushalte wird gemäß der ja bekannten Regionalstruktur auf die Regionen aufgeteilt.
2. Für jedes Land wird dann die Differenz von dem „verfügbaren Einkommen aller Sektoren“ und dem „verfügbaren Einkommen der Haushalte“ pro Kopf auf die Bevölkerung der einzelnen Regionen aufgeteilt.

Dies ist die einfachste und transparenteste Möglichkeit, den verbleibenden Rest aufzuteilen. Es fehlen Informationen über die regionale Verteilung dieser Größen. Daher wird angenommen, dass die staatliche Aktivität jedem Bürger einer Region im Durchschnitt gleich zugute kommt. Das bedeutet etwa die Annahme einer gleichen Altersstruktur der Regionen innerhalb eines Landes; eine starke, aber nicht völlig unrealistische Annahme. Etwas problematischer verhält es sich mit dem „Betriebsüberschuss und dem Vermögenseinkommen“. Da aber auch hier keinerlei sonstige Informationen vorliegen, aus denen sich eine Regionalstruktur ableiten ließe, wird hier ebenfalls der Pro-Kopf-Ansatz gewählt.

Dieser Ansatz scheint eher für den Sektor Staat gerechtfertigt zu sein, als dass man das für die privaten Organisationen sagen könnte. Aufgrund der geringen Größe dieses Anteils (im Durchschnitt 4 %) werden die Resultate allerdings nur marginal beeinflusst. Experimente mit anderen Verteilungsschlüsseln wie Wertschöpfung oder Beschäftigte ergaben eine nahezu identische Regionalstruktur. Aus Gründen der Transparenz wird deshalb der Pro-Kopf-Ansatz gewählt. Die Summe, die aus den Aktivitäten 1 und 2 resultiert,



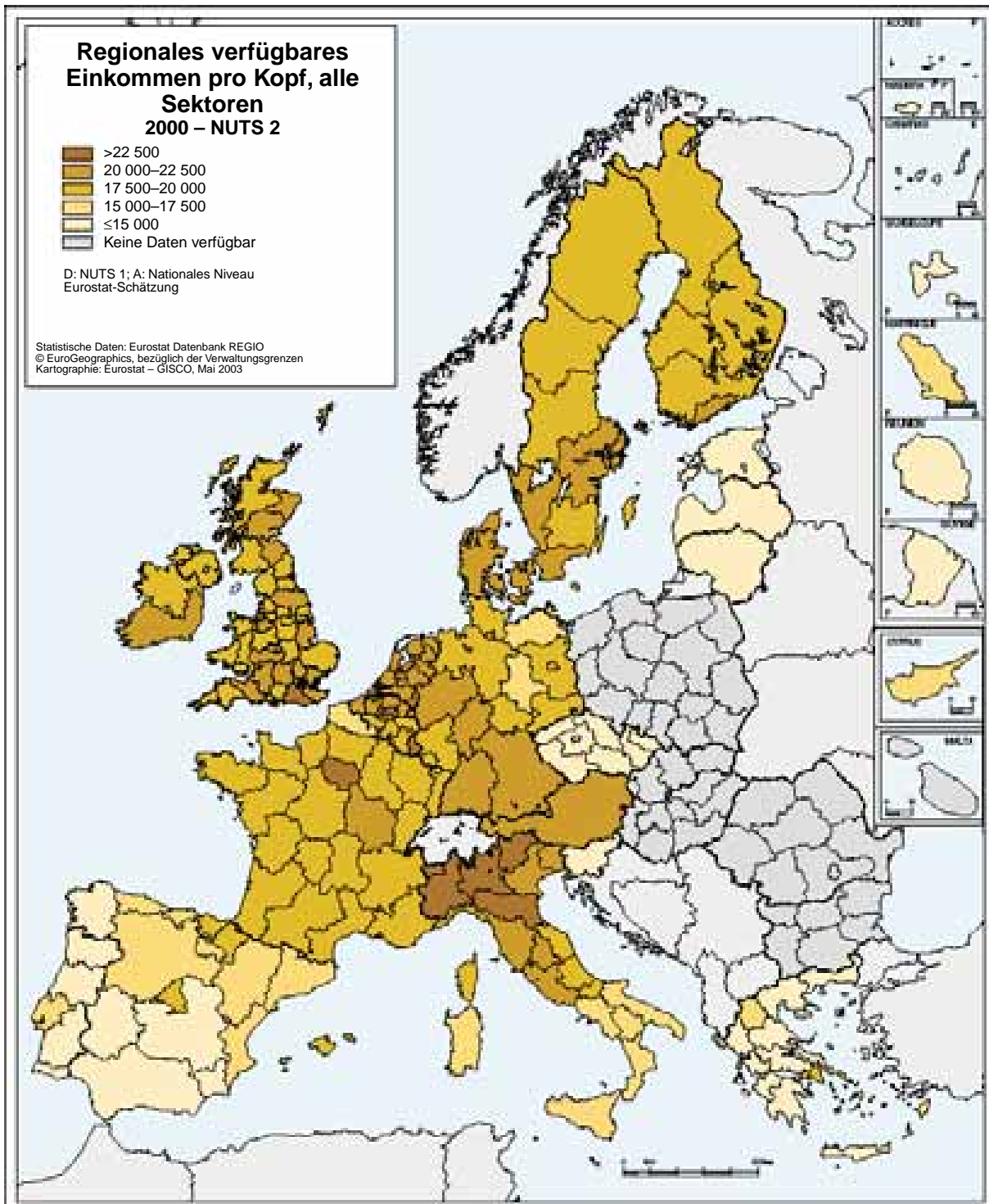
wird durch die Anzahl der Personen, die in einer Region wohnhaft sind, dividiert. Dabei wird die jahresdurchschnittliche Bevölkerung verwendet, die auch als Nenner für das BIP/Kopf Eingang findet.

Resultate

Die ersten Resultate dieses neuen Indikators sollten noch mit etwas Vorsicht interpretiert werden. Österreich war noch nicht in der Lage,

Daten vorzulegen. Es ist vorgesehen, dass diese Datenlücken bis zum Sommer 2003 geschlossen sind. Deutschland braucht wegen einer Ausnahmegenehmigung nur Daten auf NUTS-Ebene 1, das sind die Bundesländer, vorzulegen. Für das verfügbare Einkommen der Haushalte liegen bislang keine Regionaldaten für Bulgarien und die Türkei vor.

Leider liegen für Malta und Zypern sowie Ungarn, Polen und die Slowakei keine Daten aus der nationalen VGR vor, obwohl regionale Daten



Karte 12.5

für die Haushalte vorhanden sind. Auch diese Datenlücken sollten sich bald schließen. Auch sind noch Revisionen der Daten dieser ersten Runde möglich.

Die Karte 12.5 zeigt die regionale Verteilung dieses neuen Indikators. Unter allem Vorbehalt lässt sich Folgendes feststellen:

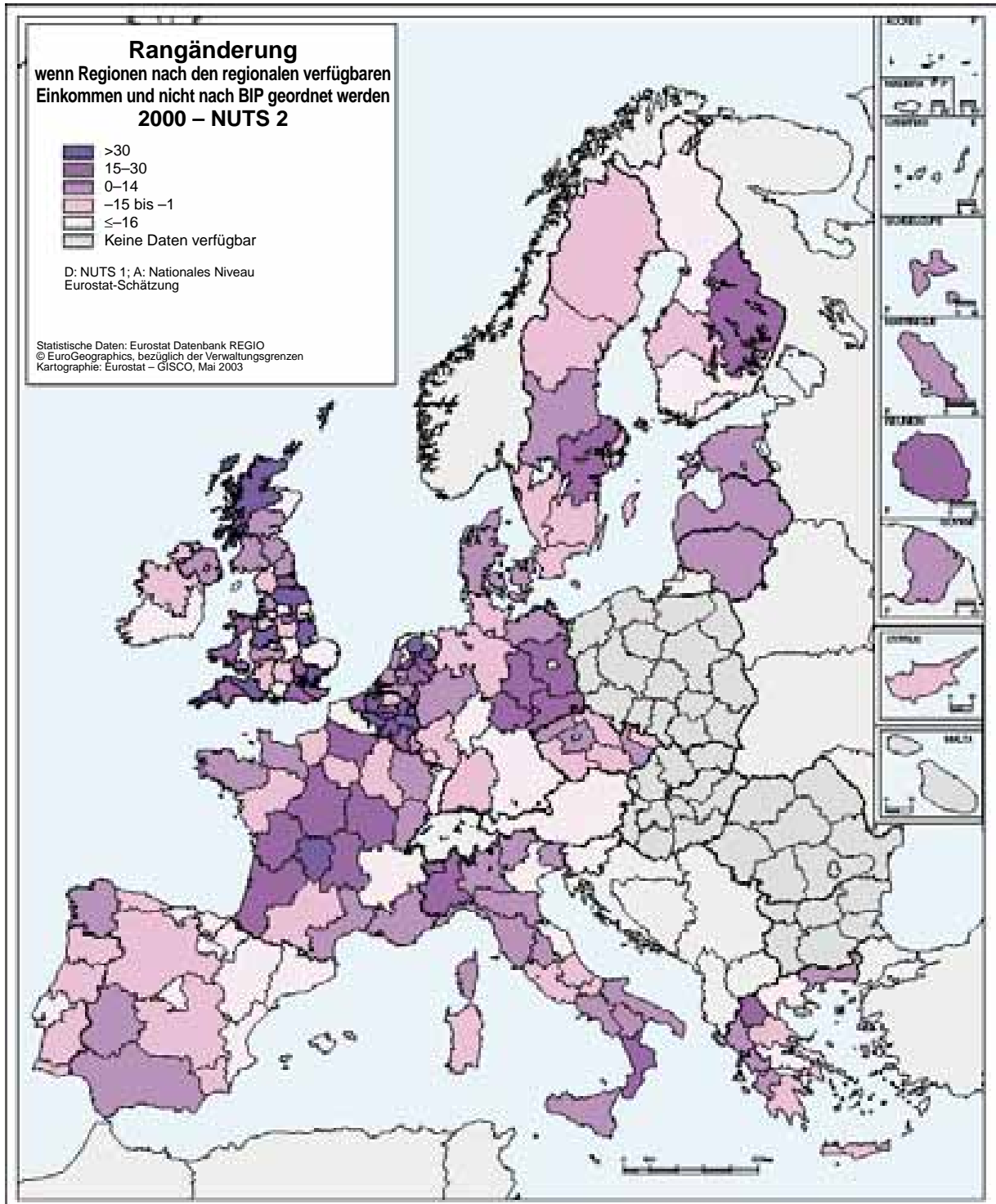
Als eindeutig reichste Region Europas ergibt sich das Großherzogtum Luxemburg. Dieses Ergebnis

ist keineswegs überraschend und wird durch andere Studien bestätigt.

Erstaunlich hingegen ist die starke Präsenz norditalienischer Regionen. Immerhin sind fünf der ersten elf Regionen in Italien zu finden. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass die staatliche Umverteilungspolitik in Italien weniger starke regionale Auswirkungen hat als in anderen Ländern. Aber auch hier muss wieder daran erin-



N
E
T
N
O
K
S
T
L
A
H
S
U
A
H



Karte 12.6

nert werden, dass der Staatsanteil am verfügbaren Einkommen pro Kopf verteilt wurde. Es kann durchaus sein, dass regionale Umverteilung auf andere Weise erfolgt.

Deutlich zeigt sich auch, dass die Regionen, die an das Zentrum von London angrenzen, ihre relative Position wesentlich verbessern. So gewinnt allein die Region Outer London 87 Rangziffern. Dies ist eine eindeutige Folge der Pendlerströme. Diese Verbesserung in der Rangordnung wird in der Karte 12.6 grafisch dargestellt.

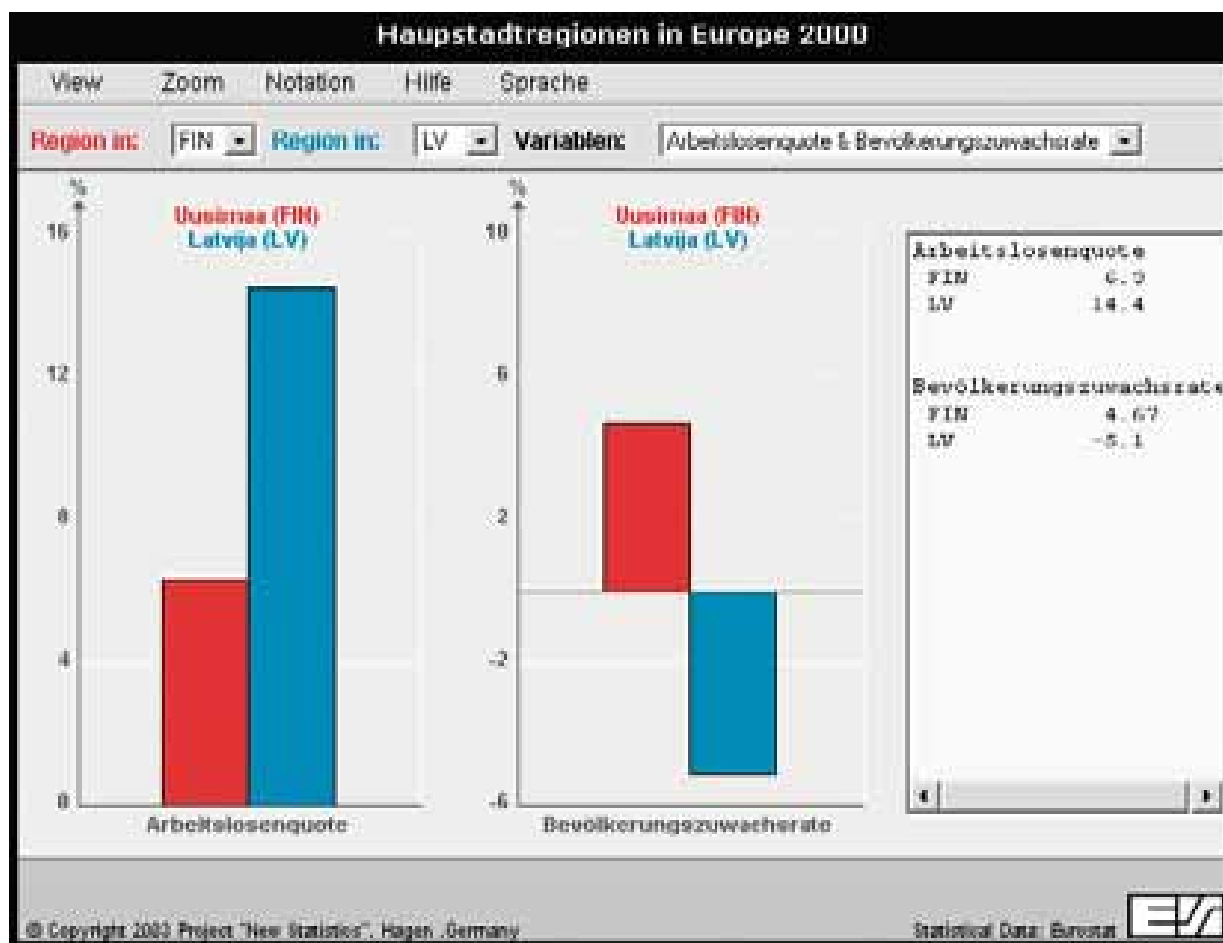
Pendler spielen sicher auch eine Rolle in Flevoland und Namur, die sich jeweils um ungefähr 60 Rangziffern verbessern.

Eine deutliche regionale Umverteilung zeigt sich in Deutschland. Die fünf neuen Bundesländer verbessern sich im Durchschnitt um ungefähr 15 Rangziffern. Hessen und Berlin verlieren stark, aber auch große Flächenländer wie Bayern und Baden-Württemberg verlieren 20 bzw. 6 Rangziffern. Am stärksten verschlechtern die tschechische Hauptstadtregion Praha und Comunidad de Madrid ihre relative Position.

Es bedarf möglicherweise noch der Verfeinerung des vorgestellten Ansatzes. Auch sind die Daten noch nicht vollständig vorhanden. Trotzdem scheinen die ersten Ergebnisse dieser Berechnungen plausibel und tragen zu einem objektiveren Vergleich der Regionen Europas bei.

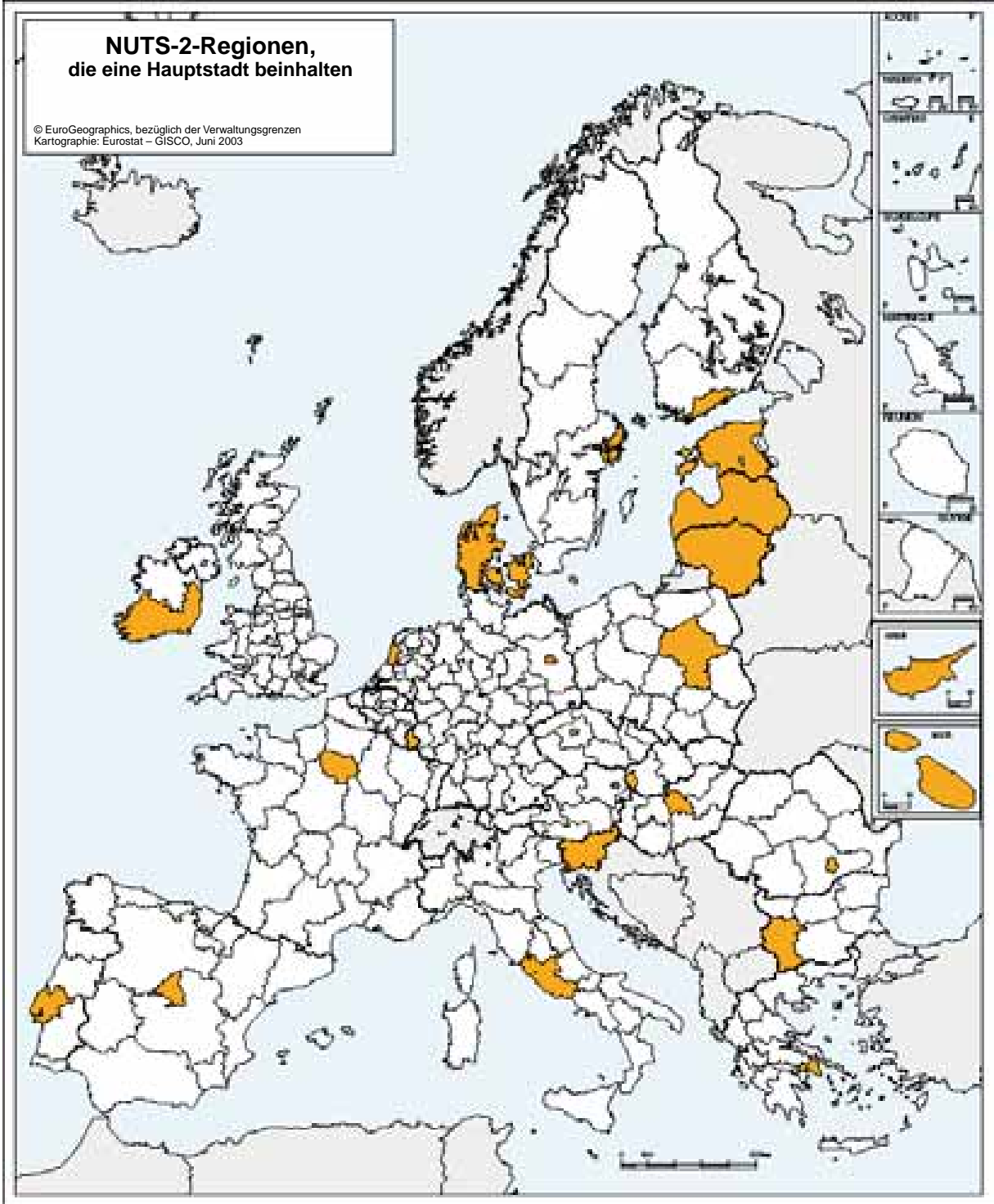


INTERAKTIVE PRÄSENTATION VON DATEN



NUTS-2-Regionen, die eine Hauptstadt beinhalten

© EuroGeographics, bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Kartographie: Eurostat – GISCO, Juni 2003



Interaktive Visualisierung von Regionaldaten

Zum ersten Mal enthält die dem Jahrbuch für Regionen beigelegte CD nicht nur statische PDF-Dateien, sondern zusätzlich auch ein Java-Applet, das eine interaktive und benutzerfreundliche grafische Präsentation regionaler Unterschiede ermöglicht. Die Visualisierung erfolgt anhand von Balkendiagrammen, wobei diese jeweils durch numerische Information in Tabellenform ergänzt werden. Die hier zugrunde gelegten Regionen sind diejenigen NUTS-2-Regionen, welche die Hauptstädte der 15 EU-Mitgliedstaaten und die von elf der zwölf EU-Beitrittsländer einschließen. Es sei betont, dass die genannten Regionen nicht mit den Hauptstädten identisch sind. In einigen Fällen, etwa bei der Region *Inner London*, reicht die Hauptstadt mit ihren Vororten weit über die NUTS-2-Region hinaus, die den eigentlichen Kern der Hauptstadt umfasst. In anderen Fällen sind die betrachteten NUTS-2-Regionen wesentlich größer als die Hauptstadt. Bei zwei Mitgliedstaaten (Dänemark und Luxemburg) und sechs Beitrittsländern (Zypern, Estland, Litauen, Lettland, Malta und Slowenien) ist das gesamte Land nur eine NUTS-2-Region.

Das Applet gestattet Ihnen, die Daten nach Ihren Vorstellungen ohne Programmieraufwand zu erforschen und so Unterschiede und Gemeinsamkeiten der 27 Regionen spielerisch zu entdecken. Dabei sind die oben genannten Unterschiede in der Natur der betrachteten Regionen nicht zu vergessen. In vielen Fällen helfen Ihnen die Karten und die Kommentare, die Sie in diesem Jahrbuch finden, die über dieses Applet zu erschließenden Informationen zu den Hauptstadt-Regionen sachgerecht zu interpretieren und in einen nationalen Kontext zu stellen.

Wie ist das Applet zu handhaben?

Das Applet ist auf der CD als eine Liste von Dateien gespeichert. Nachdem Sie die Liste geöffnet haben, klicken Sie auf die Datei „Capital-CityEU.htm“, um das Applet zu starten.

Die Anwendung ermöglicht zwei unterschiedliche Datensichten. Über die Schaltfläche „View“ können sie von einer Sicht auf die andere wechseln.

Die erste „View“-Option („Vergleich von Regionen“ ist die Voreinstellung) gestattet es

Ihnen, entweder *alle EU-Mitgliedstaaten* oder, alternativ, *alle* hier betrachteten *EU-Beitrittsländer* hinsichtlich der Ausprägungen von *einem* von insgesamt acht sozioökonomischen Merkmalen zu vergleichen:

- Das Applet visualisiert in der Grundeinstellung zunächst für die 15 EU-Mitgliedstaaten die Werte des Merkmals „Bevölkerung“. Über das Auswahlménü „Variable“ können Sie für dieselben Länder auch die Werte der anderen sieben Merkmale darstellen. Insgesamt stehen hier also acht verschiedene Balkendiagramme zur Wahl.
- Anstelle der EU-Mitgliedstaaten können Sie über das Auswahlménü „Ländergruppe“ die Beitrittsländer wählen und deren Hauptstadtregionen bezüglich einer der acht Variablen vergleichen. So erhalten Sie weitere acht Grafiken.

Die zweite „View“-Option („Vergleich von Variablen“) ermöglicht einen Vergleich zwischen *zwei* beliebigen der *27 Hauptstadtregionen* hinsichtlich unterschiedlicher *Variablenpaare*:

- Als Voreinstellung erhalten Sie hier einen Vergleich der österreichischen und der belgischen Hauptstadtregion hinsichtlich des Merkmalpaars „Bevölkerung“ und „Bevölkerungsdichte“. Sie können über die Auswahlménüs „Region 1“ und „Region 2“ jede andere Kombination von Regionen einstellen und bezüglich desselben Merkmalpaars vergleichen. Auf diese Weise lassen sich $27 \times 26 = 702$ Grafiken generieren, wobei jede zwei Balkendiagramme umfasst.
- Anschließend können Sie dieselben Kombinationen von Regionen auch hinsichtlich drei anderer Merkmalpaare vergleichen, nämlich bezüglich der Merkmalpaare „Gesamtfläche“ und „landwirtschaftlich genutzte Fläche“, „Arbeitslosenquote“ und „natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung“ sowie „BIP“ und „Anzahl der PKWs pro 10 Einwohner“. Das ergibt $3 \times 702 = 2\,106$ weitere Grafiken.

Die hier wiedergegebenen Erläuterungen zur Handhabung sind in etwas komprimierterer Form über die „Hilfe“-Funktion des Applets zugänglich. Die Schaltfläche „Notation“ des Applets eröffnet einen Zugang zu inhaltlichen Erläuterungen und methodologischen Anmerkungen.

EUROPÄISCHE UNION: Regionen auf NUTS-2-Ebene

BE	Belgique-België	DED	Sachsen	FR1	Île-de-France
BE1	Rég. Bruxelles-Cap. / Brussels Hfdst. Gew.	DED1	Chemnitz	FR2	Bassin parisien
BE2	Vlaams Gewest	DED2	Dresden	FR21	Champagne-Ardenne
BE21	Antwerpen	DED3	Leipzig	FR22	Picardie
BE22	Limburg (B)	DEE	Sachsen-Anhalt	FR23	Haute-Normandie
BE23	Oost-Vlaanderen	DEE1	Dessau	FR24	Centre
BE24	Vlaams-Brabant	DEE2	Halle	FR25	Basse-Normandie
BE25	West-Vlaanderen	DEE3	Magdeburg	FR26	Bourgogne
BE3	Région wallonne	DEF	Schleswig-Holstein	FR3	Nord-Pas-de-Calais
BE31	Brabant wallon	DEG	Thüringen	FR4	Est
BE32	Hainaut	GR	Ellada	FR41	Lorraine
BE33	Liège	GR1	Voreia Ellada	FR42	Alsace
BE34	Luxembourg (B)	GR11	Anatoliki Makedonia, Thraki	FR43	Franche-Comté
BE35	Namur	GR12	Kentriki Makedonia	FR5	Ouest
DK	Danmark	GR13	Dytiki Makedonia	FR51	Pays de la Loire
DE	Deutschland	GR14	Thessalia	FR52	Bretagne
DE1	Baden-Württemberg	GR2	Kentriki Ellada	FR53	Poitou-Charentes
DE11	Stuttgart	GR21	Ipeiros	FR6	Sud-Ouest
DE12	Karlsruhe	GR22	Ionia Nissia	FR61	Aquitaine
DE13	Freiburg	GR23	Dytiki Ellada	FR62	Midi-Pyrénées
DE14	Tübingen	GR24	Sterea Ellada	FR63	Limousin
DE2	Bayern	GR25	Peloponnisos	FR7	Centre-Est
DE21	Oberbayern	GR3	Attiki	FR71	Rhône-Alpes
DE22	Niederbayern	GR4	Nissia Aigaiou, Kriti	FR72	Auvergne
DE23	Oberpfalz	GR41	Voreio Aigaio	FR8	Méditerranée
DE24	Oberfranken	GR42	Notio Aigaio	FR81	Languedoc-Roussillon
DE25	Mittelfranken	GR43	Kriti	FR82	Provence-Alpes-Côte d'Azur
DE26	Unterfranken	ES	España	FR83	Corse
DE27	Schwaben	ES1	Noroeste	FR9	Départements d'Outre-Mer
DE3	Berlin	ES11	Galicia	FR91	Guadeloupe
DE4	Brandenburg	ES12	Principado de Asturias	FR92	Martinique
DE5	Bremen	ES13	Cantabria	FR93	Guyane
DE6	Hamburg	ES2	Noreste	FR94	Réunion
DE7	Hessen	ES21	País Vasco	IE	Ireland
DE71	Darmstadt	ES22	Comunidad Foral de Navarra	IE01	Border, Midland and Western
DE72	Gießen	ES23	La Rioja	IE02	Southern and Eastern
DE73	Kassel	ES24	Aragón	IT	Italia
DE8	Mecklenburg- Vorpommern	ES3	Comunidad de Madrid	IT1	Nord Ovest
DE9	Niedersachsen	ES4	Centro (E)	IT11	Piemonte
DE91	Braunschweig	ES41	Castilla y León	IT12	Valle d'Aosta
DE92	Hannover	ES42	Castilla-La Mancha	IT13	Liguria
DE93	Lüneburg	ES43	Extremadura	IT2	Lombardia
DE94	Weser-Ems	ES5	Este	IT3	Nord Est
DEA	Nordrhein-Westfalen	ES51	Cataluña	IT31	Trentino-Alto Adige
DEA1	Düsseldorf	ES52	Comunidad Valenciana	IT32	Veneto
DEA2	Köln	ES53	Islas Baleares	IT33	Friuli-Venezia Giulia
DEA3	Münster	ES6	Sur	IT4	Emilia-Romagna
DEA4	Detmold	ES61	Andalucía	IT5	Centro (I)
DEA5	Arnsberg	ES62	Región de Murcia	IT51	Toscana
DEB	Rheinland-Pfalz	ES63	Ceuta y Melilla	IT52	Umbria
DEB1	Koblenz	ES7	Canarias	IT53	Marche
DEB2	Trier	FR	France	IT6	Lazio
DEB3	Rheinhessen-Pfalz			IT7	Abruzzo-Molise
DEC	Saarland				

IT71 Abruzzo
 IT72 Molise
 IT8 **Campania**
 IT9 **Sud**
 IT91 Puglia
 IT92 Basilicata
 IT93 Calabria
 ITA **Sicilia**
 ITB **Sardegna**
 LU **Luxembourg**
 (Grand-Duché)
 NL **Nederland**
 NL1 **Noord-Nederland**
 NL11 Groningen
 NL12 Friesland
 NL13 Drenthe
 NL2 **Oost-Nederland**
 NL21 Overijssel
 NL22 Gelderland
 NL23 Flevoland
 NL3 **West-Nederland**
 NL31 Utrecht
 NL32 Noord-Holland
 NL33 Zuid-Holland
 NL34 Zeeland
 NL4 **Zuid-Nederland**
 NL41 Noord-Brabant
 NL42 Limburg (NL)
 AT **Österreich**
 AT1 **Ostösterreich**
 AT11 Burgenland
 AT12 Niederösterreich
 AT13 Wien
 AT2 **Südösterreich**
 AT21 Kärnten
 AT22 Steiermark
 AT3 **Westösterreich**
 AT31 Oberösterreich
 AT32 Salzburg
 AT33 Tirol
 AT34 Vorarlberg
 PT **Portugal**
 PT1 **Continente**
 PT11 Norte
 PT12 Centro (P)
 PT13 Lisboa e Vale do Tejo

PT14 Alentejo
 PT15 Algarve
 PT2 **Açores**
 PT3 **Madeira**
 FI **Suomi/Finland**
 FI1 **Manner-Suomi**
 FI13 Itä-Suomi
 FI14 Väli-Suomi
 FI15 Pohjois-Suomi
 FI16 Uusimaa
 FI17 Etelä-Suomi
 FI2 **Ahvenanmaa/Åland**
 SE **Sverige**
 SE01 Stockholm
 SE02 Östra Mellansverige
 SE04 Sydsverige
 SE06 Norra Mellansverige
 SE07 Mellersta Norrland
 SE08 Övre Norrland
 SE09 Småland med öarna
 SE0A Västsverige
 UK **United Kingdom**
 UKC **North-East**
 UKC1 Tees Valley and
 Durham
 UKC2 Northumberland and
 Tyne and Wear
 UKD **North-West**
 UKD1 Cumbria
 UKD2 Cheshire
 UKD3 Greater Manchester
 UKD4 Lancashire
 UKD5 Merseyside
 UKE **Yorkshire and the
 Humber**
 UKE1 East Riding and
 North Lincolnshire
 UKE2 North Yorkshire
 UKE3 South Yorkshire
 UKE4 West Yorkshire
 UKF **East Midlands**
 UKF1 Derbyshire and
 Nottinghamshire
 UKF2 Leicestershire,
 Rutland and
 Northamptonshire

UKF3 Lincolnshire
 UKG **West Midlands**
 UKG1 Herefordshire,
 Worcestershire and
 Warwickshire
 UKG2 Shropshire and
 Staffordshire
 UKG3 West Midlands
 UKH **Eastern**
 UKH1 East Anglia
 UKH2 Bedfordshire and
 Hertfordshire
 UKH3 Essex
 UKI **London**
 UKI1 Inner London
 UKI2 Outer London
 UKJ **South-East**
 UKJ1 Berkshire,
 Buckinghamshire and
 Oxfordshire
 UKJ2 Surrey, East and West
 Sussex
 UKJ3 Hampshire and Isle of
 Wight
 UKJ4 Kent
 UKK **South-West**
 UKK1 Gloucestershire,
 Wiltshire and North
 Somerset
 UKK2 Dorset and Somerset
 UKK3 Cornwall and Isles of
 Scilly
 UKK4 Devon
 UKL **Wales**
 UKL1 West Wales and the
 Valleys
 UKL2 East Wales
 UKM **Scotland**
 UKM1 North-Eastern
 Scotland
 UKM2 Eastern Scotland
 UKM3 South-Western
 Scotland
 UKM4 Highlands and Islands
 UKN **Northern Ireland**

E

G

N

Ä

H

N

A

DIE REGIONEN IN DEN BEITRITTLÄNDERN

Anmerkung: Die beiliegende Liste von Regionen der Beitrittsländer ist dazu bestimmt, dem Leser zu helfen, auf den Karten die Regionen zu lokalisieren, die im Text erwähnt sind. Es handelt sich nicht um eine offizielle Liste. Den aktuellen Stand der Nomenklatur statistischer Regionen in den Beitrittsländern finden Sie auf der Eurostat-Internetseite unter:

http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon/nuts/splash_regions.html

Wählen Sie dort „Klassifikationen“ und klicken Sie die Nummer 83.

Kode	Land	Region Ebene 2	Kode	Land	Region Ebene 2
	Bulgarien			Malta	
BG	BALGARIJA		MT	MALTA	
BG01		Severozapaden		Polen	
BG02		Severen tsentralen		POLSKA	
BG03		Severoiztochen	PL		
BG04		Yugozapaden	PL01		Dolnośląskie
BG05		Yuzhen tsentralen	PL02		Kujawsko-Pomorskie
BG06		Yugoiztochen	PL03		Lubelskie
	Zypern		PL04		Lubuskie
CY	KΥΠΡΟΣ/CYPRUS/KIBRIS		PL05		Łódzkie
	Tschechische Republik		PL06		Małopolskie
CZ	ČESKÁ REPUBLIKA		PL07		Mazowieckie
CZ01		Praha	PL08		Opolskie
CZ02		Střední Čechy	PL09		Podkarpackie
CZ03		Jihozápad	PL0A		Podlaskie
CZ04		Severozápad	PL0B		Pomorskie
CZ05		Severovýchod	PL0C		Śląskie
CZ06		Jihovýchod	PL0D		Świętokrzyskie
CZ07		Střední Morava	PL0E		Warmińsko-Mazurskie
CZ08		Moravskoslezsko	PL0F		Wielkopolskie
	Estland		PL0G		Zachodniopomorskie
EE	EESTI			Rumänien	
	Ungarn		RO	ROMÂNIA	
HU	MAGYARORSZÁG		RO01		Nord-Est
HU01		Közép-Magyarország	RO02		Sud-Est
HU02		Közép-Dunántúl	RO03		Sud
HU03		Nyugat-Dunántúl	RO04		Sud-Vest
HU04		Dél-Dunántúl	RO05		Vest
HU05		Észak-Magyarország	RO06		Nord-Vest
HU06		Észak-Alföld	RO07		Centru
HU07		Dél-Alföld	RO08		București
	Litauen			Slowenien	
LT	LIETUVA		SI	SLOVENIJA	
	Lettland			Slowakei	
LV	LATVIJA		SK	SLOVENSKÁ REPUBLIKA	
			SK01		Bratislavský kraj
			SK02		Západné Slovensko
			SK03		Stredné Slovensko
			SK04		Východné Slovensko